

# PLÖTZLICH UND ERWARTET

## Nachruf auf eine gemeinsame Währung











## Hausmitteilung

20. Juni 2011

Betr.: Titel, Piraten, Syrien, „Dein SPIEGEL“

Enbenso plötzlich wie erwartet ist der Euro in seine bisher schwerste Krise geraten – und nun wird er zur größten Gefahr für die Stabilität Europas. Die SPIEGEL-Redakteure Thomas Darnstädt, Manfred Ertel, Armin Mahler, Peter Müller, Christoph Pauly, Christian Reiermann, Michael Sauga und Anne Seith beschreiben, wie die Regierungen der Euro-Zone beinahe verzweifelt versuchen, „zu retten, was so nicht zu retten ist“ (Mahler). Das Fazit: Der Euro ist gescheitert, weil er zu unterschiedliche Volkswirtschaften aneinanderschweißt. Während in den Geberländern der Widerstand gegen immer neue Hilfszahlungen wächst, zieht es in den hochverschuldeten Südländern vor allem Jugendliche auf die Straße. Die Reporter Ullrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Barbara Hardinghaus, Ralf Hoppe, Juan Moreno und Barbara Supp gingen in europäischen Protesthochburgen der Frage nach, ob es ein Europa von unten gibt: eine Verständigung darüber, welche Zukunft die Union hat. Fichtner hat beobachtet, „dass viele Jüngere Europa als bedrängende Macht ohne Gesicht erleben, die entscheidet, wer arm wird und wer reich“ (Seite 38).



Ullrich mit Pappkamerad

Die Schifffahrtsstraße vom ägyptischen Port Said durch das Rote Meer und den Golf von Aden gilt wegen häufiger Piratenüberfälle als die gefährlichste der Welt. Und doch war SPIEGEL-Redakteur Andreas Ullrich, 48, an Bord des Flüssiggastankers „GasChem Antarctic“ überrascht, als innerhalb von sieben Tagen gleich viermal kleine, offene Boote Kurs auf den Tanker nahmen. Dessen Besatzung setzte auf Abschreckung: Aus Feuerlöschschläuchen schoss Wasser mit hohem Druck, an der Reling postierten sich Sicherheitsleute mit Gewehren, unterstützt von Pappkameraden mit umgehängten Maschinenpistolenattrappen. „Die Piraten drehten ab“, sagt Ullrich, „über Telex erfuhren wir später, dass sie ein uns folgendes Schiff überfallen hatten“ (Seite 60).

Massiv geht der syrische Staat gegen Regimekritiker vor – und er möchte das Mohnen Zeugen tun. Ausländischen Journalisten, die kritisch berichten, droht die Ausweisung, Oppositionelle, die ihnen Informationen geben, müssen mit Repressalien rechnen. Der SPIEGEL-Reporter, der durch Syrien reiste und sich in Gesprächen mit Bürgerrechtlern, Anwälten und Journalisten ein Bild der Lage machte, arbeitete mit großer Vorsicht: kein Mail-Verkehr mit Informanten, keine Telefongespräche, nur konspirative Treffen. „In der Bevölkerung gibt es einen Widerwillen gegen die Diktatur, aber auch die Angst vor dem, was ihr folgen könnte“, sagt der Reporter. Er bleibt zum Schutz seiner Gesprächspartner anonym (Seite 84).

Immer sehen Delphine fröhlich aus, mitunter aber haben sie eine Stinkwut. Ratten kriegen gute Laune, wenn sie gekitzelt werden: „Dein SPIEGEL“, das Nachrichten-Magazin für Kinder, beschreibt in seiner Titelgeschichte, was Tiere fühlen – und den Versuch einer Biologin, Interviews mit Schweinen zu führen. Außerdem im Heft: Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Ernst Uhrlau, 64, erklärt im Kinderinterview, wie seine Agenten arbeiten und was sie von ihrem Filmkollegen James Bond unterscheidet. „Dein SPIEGEL“ erscheint an diesem Dienstag.



## In diesem Heft

### Titel

Die Euro-Rettungsprogramme helfen der Gemeinschaftswährung nicht mehr ..... 38  
Die Eurofighter – warum Millionen junge Europäer auf die Straße gehen ..... 47

### Deutschland

**Panorama:** Koalition plant Wahlrechtsreform ohne SPD und Grüne / Bundeswehr bildet jemenitische Offiziere aus / Sicherheitsmängel bei deutschen Flugzeugen ..... 17  
**Parteien:** Sind die Grünen bereit für die großen Aufgaben? ..... 22  
**Bundeswehr:** SPIEGEL-Gespräch mit Verteidigungsminister Thomas de Maizière über die Kriege in Libyen und Afghanistan und die Schwächen der Nato ..... 25  
**Antisemitismus:** Linken-Fraktionschef Gysi bekommt die antijüdischen Ressentiments seiner Partei nicht in den Griff ..... 28  
**Essay:** Der Verfassungsrechtler Bernhard Schlink über die Debatte des Bundestags zur Präimplantationsdiagnostik ..... 30  
**Innenpolitik:** Der neue Bundesminister Hans-Peter Friedrich hat seine Rolle noch nicht gefunden ..... 32  
**Sozialstaat:** Das Nachhilfeprogramm für bedürftige Kinder ist bislang ein Flop ..... 35  
**CDU:** Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth über ihre Erfahrungen mit Schwarz-Grün und die Probleme der Union in Großstädten ..... 36

### Gesellschaft

**Szene:** Die Fotos einer kanadischen Wolkenkratzerbezwinererin / Interview mit der Autorin Susan Cain über introvertierte Menschen ..... 58  
Eine Meldung und ihre Geschichte – über einen Briten, der von der Polizei immer wieder um seine Nachtruhe gebracht wird ..... 59  
**Seefahrt:** Unterwegs durch das Piratengebiet am Horn von Afrika ..... 60  
**Ortstermin:** In Berlin stellen sich Franz Müntefering und Sven Kuntze dem Alter ..... 65

### Wirtschaft

**Trends:** Barroso will Agrarsubventionen kürzen / Mineralölwirtschaft verdient kräftig an der Angst vor Biosprit / Mieterbund fordert Gesetzesänderung ..... 66  
**Autoindustrie:** Das Geschacher um Opel ..... 68  
**Kabinett:** Interview mit Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler über Steuersenkungen und die Kosten des Atomausstiegs ..... 72  
**Energie:** Die Stromkonzerne rüsten zum juristischen Schlag gegen die Bundesregierung ..... 74  
**Gesundheit:** Pharmahersteller Sanofi-Aventis soll über eine dubiose Hilfsorganisation illegale Rabattgeschäfte organisiert haben ..... 76  
**Landwirtschaft:** Auf städtischen Dächern könnten Treibhäuser die Lebensmittelversorgung ergänzen ..... 80

### Ausland

**Panorama:** US-Präsident Obama kommt Parteispendern entgegen / Kurden-Führer Öcalans Druck auf Ankara ..... 82  
**Syrien:** Reise durch ein geschundenes Land ... 84  
**Libyen:** Guerilla-Kampf in der Hauptstadt ..... 90  
Die Nato-Zentrale im Ballsaal des Duce ..... 93  
Rebellen und Diplomaten in Bengasi ..... 94



## Die Transferunion

Seiten 38, 47

So war der Euro nicht gedacht: Mit jedem Hilfspaket verwandelt sich die Währungs- mehr in eine Transferunion. Doch der Widerstand gegen diese Politik wächst – in den Geber- wie in den Nehmerländern.

## Grüne am Scheideweg

Seite 22

Auf einem Sonderparteitag entscheiden die Grünen über ihre Haltung zum Atomausstiegsplan der Regierung. Dahinter steht die Frage, um welchen Preis die Partei eine politische Führungsrolle in Deutschland anstrebt.

## Anarchie auf dem Meer

Seite 60

Der Indische Ozean am Horn von Afrika gilt wegen der Piraten als gefährlichstes Seegebiet der Welt. Die internationalen Marine-Einheiten bieten kaum Schutz. Deutsche Reeder haben nun begonnen, ihre Schiffe zu bewaffnen.

## Das Märchen vom Pharmahilfsverein

Seite 76



Labor von Sanofi-Aventis

Pharmakonzerne geben Pillen, denen das Ende der Haltbarkeit droht, offiziell an Nichtregierungsorganisationen ab. In Wirklichkeit landen die Präparate aber in deutschen Apotheken. Die Staatsanwaltschaft hat in einer Großrazzia jetzt mehr als 17 Objekte durchsucht. Sie verdächtigt vor allem Sanofi-Aventis, in Deutschland seit Jahren mit Schmiergeld dubiose Rabatt-deals organisiert zu haben.





## Aufstand in Syrien

Seite 84

Mit maßloser Gewalt bringt das Assad-Regime die Menschen gegen sich auf. Offen schickt es Truppen gegen Aufständische, heimlich schürt es den Bürgerkrieg, den angeblich nur der Diktator verhindern kann.

BASSEM TELLAWI / AP

## Der Sohn einer Leiche

Seite 112

Vor 20 Jahren wurde Max Siegel von einer hirntoten Mutter geboren. Der Fall beschäftigt den Vater und die beteiligten Mediziner bis heute – und wirft die Frage auf, wann das Leben eines Menschen endet.

## Hiroshima – Bilder der Zerstörung

Seite 122

Nach dem Abwurf der Atombombe auf Hiroshima 1945 ließen die Amerikaner die Auswirkungen der Katastrophe dokumentieren. Die lange verheimlichten Fotos zeigen Ruinen ohne Menschen.

## Vorbild für Amerika

Seite 140

Dirk Nowitzki galt in der von den schwarzen Spielern dominierten Welt des US-Basketball immer als Langweiler aus dem alten Europa. Weil er nicht mit dicken Autos protzt, weil er keine flotten Sprüche klopft. Jetzt hat der stille Deutsche sein Team, die Dallas Mavericks, zum Meistertitel geführt. Die Fans feiern ihn nun für seine bescheidene Art – und als Vorbild für Amerika.



Nowitzki

MIKE STONE / REUTERS

|                                                                                                                                                    |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <b>USA:</b> Ein Sünder tritt ab .....                                                                                                              | 96  |
| <b>Internet:</b> SPIEGEL-Gespräch mit dem russischen PC-Virenjäger Jewgenij Kasperski über virtuelle Kriege und die Bedrohungen aus dem Netz ..... | 98  |
| <b>Iran:</b> Besuch in Ahmadinedschads Atomlabor .....                                                                                             | 102 |
| <b>Global Village:</b> Rückkehr der Hippies von Kreta .....                                                                                        | 108 |

### Wissenschaft · Technik

|                                                                                                        |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <b>Prisma:</b> Säulen-Airbags für Stufen-Pyramide / Pessimismus bei Bienen .....                       | 110 |
| <b>Medizinethik:</b> Die Geschichte eines Jungen, der aus einer Leiche geboren wurde .....             | 112 |
| <b>Raumfahrt:</b> Interview mit dem Astrobiologen Dirk Schulze-Makuch über Kolonien auf dem Mars ..... | 116 |
| <b>Umwelt:</b> Schädigt das meistverkaufte Herbizid auch Tiere und Nutzpflanzen? .....                 | 118 |
| <b>Gesundheitspolitik:</b> Minister Bahr hat ein Herz für Ärzte .....                                  | 119 |

### Kultur

|                                                                                                                                                                                                |     |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <b>Szene:</b> Die bewegenden Memoiren des Schriftstellers und Psychoanalytikers Hans Keilson / Eine Hamburger Ausstellung feiert die vielen Talente des Schweizer Künstlers Dieter Meier ..... | 120 |
| <b>Fotografie:</b> Bislang verschollene Aufnahmen dokumentieren die Verwüstungen in Hiroshima kurz nach dem Abwurf der US-Atombombe .....                                                      | 122 |
| <b>Kino:</b> „Mr. Nice“, die Film-Biografie über den Mann, der in den achtziger Jahren zehn Prozent des weltweiten Marihuana-Handels organisierte .....                                        | 126 |
| <b>Geschichtsphilosophie:</b> SPIEGEL-Gespräch mit dem britischen Historiker Ian Morris über die Vorherrschaft des Westens über den Osten und den kommenden historischen Umbruch .....         | 128 |
| <b>Bestseller</b> .....                                                                                                                                                                        | 133 |
| <b>Theater:</b> Auf deutschen Bühnen dominiert plötzlich die Realität – zum Leidwesen mancher Besucher .....                                                                                   | 134 |
| <b>Pop:</b> Beyoncé Knowles mag langweilig sein, aber sie macht großartige Musik .....                                                                                                         | 136 |

### Sport

|                                                                                                                           |     |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <b>Szene:</b> Yachtkonstrukteur Rolf Vrolijk über die Gefahren des Regattasegeln / Umweltprogramm für die Frauen-WM ..... | 139 |
| <b>Basketball:</b> Dirk Nowitzki hat sich in der maßlosen Welt des US-Sports durchgesetzt ...                             | 140 |
| <b>Fußball:</b> Die Brasilianerin Marta gilt als beste Spielerin der Welt .....                                           | 142 |

### Medien

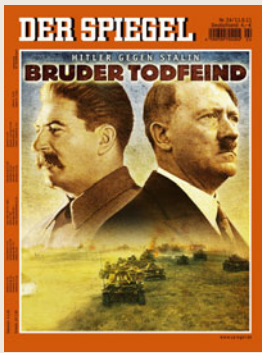
|                                                                                                                                                                |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <b>Trends:</b> ARD testet mit Dieter Nuhr eine neue Vorabend-Show / Kritik an Bauer-Verlag bleibt ungeahndet .....                                             | 147 |
| <b>ZDF:</b> SPIEGEL-Gespräch mit dem designierten Intendanten Thomas Bellut über die Verjüngung seines Publikums und die Zukunft von „Wetten, dass ...?“ ..... | 148 |

|                                      |     |
|--------------------------------------|-----|
| <b>Briefe</b> .....                  | 10  |
| <b>Impressum, Leserservice</b> ..... | 152 |
| <b>Register</b> .....                | 154 |
| <b>Personalien</b> .....             | 156 |
| <b>Hohlspiegel/Rückspiegel</b> ..... | 158 |

**Titelbild:** Fotos Axel Martens für den SPIEGEL; Matthias Kulka







SPIEGEL-Titel 24/2011

## Eine psychologisch hochinteressante Konstellation. Vielleicht haben sich die beiden wirklich gemocht.

Dr. Reimer Hindrich, Psychoanalytiker aus Berlin, zum Titel „Bruder Todfeind – Hitler gegen Stalin“

Nr. 24/2011, Bruder Todfeind – Hitler gegen Stalin

### Unvorstellbare Schuld

Das war ein inhaltlich gut gemachter Artikel, bei dem nicht die große Keule hervorgeholt wurde, um auf die Wehrmacht einzudreschen, sondern höchst anschaulich die Begleitumstände erläutert wurden, die wesentlich sind, um das Grauen zu verstehen.

KERNEN (BAD-WÜRTT.)

PETER SCHMIDT

Sie staunen über Stalins zornige Sprache: „Ich hasse die Deutschen.“ Könnte dies vielleicht daran liegen, dass die Deutschen zuvor während ihres jahrelangen „Aufenthaltes“ zwischen Bug und Wolga selbst zu viel Liebesentzug gegenüber den Völkern der Sowjetunion vorgelebt haben?

LEIPZIG

DR. WERNER WOLFF

Auch wenn es sich immer wieder anbietet, man kann Hitler und Stalin nicht gleichstellen oder direkt vergleichen. Hitler hat einen bis ins Detail organisierten Massenmord an Juden, Kommunisten, Homosexuellen und vielen anderen mehr aus rassistischen Ambitionen heraus durchgeführt, Stalin aber hat keinen organisierten Massenmord aus niedrigen Beweggründen angeordnet. Was Hitler tat, ist und bleibt einmalig in der Geschichte.

MANILA (PHILIPPINEN)

JÜRGEN SCHÖFER

Der Titel versprach Erhellendes zu dem großen Jahrhundert-Thema. Der Artikel jedoch enttäuschte: Im Stil eines Schüleraufsatzes wurde sattem Bekanntes abgespult.

HAMBURG

JÜRGEN GEHRS

Ich habe eine Bezugnahme auf die Strukturähnlichkeit des Stalinismus und der Hitler-Diktatur vermisst. Es handelt sich – um mit Hannah Arendt zu sprechen – um zwei totalitäre Systeme, die von der Ideologie her darauf angelegt waren, sich gegenseitig zu vernichten. Die historische Analyse des Kampfes zwischen Stalin und Hitler kann sich nicht nur auf persönliche Charaktereigenschaften und

Zielvorstellungen der Diktatoren stützen: Auch diese Verbrecher waren in gewissem Sinne Gefangene der gewaltsam errichteten Zwangssysteme.

HAMBURG

HANS-JÜRGEN SCHILD

Was wäre Hitler ohne die Deutschen? Was wäre Stalin ohne die Russen? Anderswo hätten die beiden es bestenfalls zu Witzfiguren oder Hofnarren gebracht. Nicht aber in Deutschland und Russland, wo man gern glaubt – am liebsten an die



NSDAP-Chef Hitler 1938 in Nürnberg

Anderswo bestenfalls zur Witzfigur gebracht

eigene Größe. Zufall war das Erscheinen dieser beiden Verbrecher nicht. Der Boden war fruchtbar – in beiden Ländern.

LEIPZIG

KURT CZOMBERA

Die Einschätzung „Jahrhundert-Verbrecher“ trifft für Josef Stalin sicherlich zu. Hitler ist dann jedoch als „Jahrtausend-Verbrecher“ einzuordnen, denn er begann den Krieg gegen die damalige Sowjetunion unter Bruch der im August 1939 abgeschlossenen Verträge. Als er spätes-

tens 1943 erkannte, dass der Krieg gegen die Sowjetunion und die Westmächte verloren war, betrieb er die systematische Vernichtung des eigenen Volkes und dessen Lebensgrundlagen. Stalin hat dagegen sein Volk und Land gerettet. Josef Stalin wurde übrigens, entgegen Ihrer Angabe, nicht am 18. Dezember 1878, sondern erst am 21. Dezember 1879 geboren.

BAD WURZACH (BAD.-WÜRTT.) DIETRICH MÖCKEL

Die KPD hat bereits 1990 unter Veröffentlichung von Originaldokumenten das Geburtsdatum Stalins auf den 18. Dezember 1878 korrigiert (nach Julianischem Kalender der 6. Dezember). –Red.

Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass die stoische Konzentration auf diese beiden Oberschurken mit der Zeit eine abstumpfende Wirkung auf die sechs Millionen Menschen hierzulande entfaltet, die jede Woche vom SPIEGEL erreicht werden?

HAUSACH (BAD.-WÜRTT.)

MATTHIAS KAISER

Der Hinweis auf das von Deutschen Erlebene suggeriert den Lesern ein zumindest gleiches Maß an Schuld auf beiden Seiten. Und dank dieser groben Geschichtsfälschung bewegt sie dann am Ende das Schicksal der deutschen Opfer mehr als alle von Deutschen in der Sowjetunion angerichteten Gräueltaten. Als eines der wenigen noch lebenden Vergewaltigungsoffer protestiere ich hiermit gegen eine derartige Vereinnahmung und Instrumentalisierung! Es ist auch nicht wahr, dass wir jahrzehntelang nicht darüber reden durften. Aus weiblichem Schamgefühl tingeln selbst heute noch die wenigsten Frauen und Mädchen mit derartigen Erlebnissen über die journalistischen Marktplätze. Hinzu kam zunächst nach Kriegsende unsere Angst vor den stockkonservativen Moralnormen. Ein „geschändetes“ 16-jähriges Mädchen wie ich konnte seine „Ehre“ eigentlich nur durch den Freitod zurückgewinnen, zumal es diese durch „bolschewistische Untermenschen“ verloren hatte. Aber mit fortschreitender Erkenntnis der ungeheuerlichen deutschen Schandtaten in der Sowjetunion wuchs danach die Zahl jener, die angesichts einer derart unvorstellbaren und nicht wiedergutzumachenden Schuld auch innerlich verstummten.

BRANDENBURG

ANNA MIRISCH

### Diskutieren Sie im Internet

[www.spiegel.de/forum](http://www.spiegel.de/forum) und [www.facebook.com/DerSpiegel](http://www.facebook.com/DerSpiegel)

- **Titel** Kann Griechenland in der Währungsunion bleiben?
- **Grüne** Wird die Partei, wenn sie regiert, ihren Idealen untreu?
- **Syrien** Sollte die Nato den Aufständischen helfen?







Nr. 23/2011, Im Norden Afghanistans wendet sich die Stimmung gegen die Deutschen

## Lehrmeister Krieg

Ihr hervorragender Artikel endet mit dem Ausblick, dass nach dem westlichen Truppenabzug der eigentliche große Krieg ja erst noch kommen wird. In der Tat könnte der Grundirrtum des Westens, dass die afghanische Wirklichkeit rationalen Mustern folge, sich noch bitter rächen: Vor allem wegen guter Kriegswaffenversorgung und mangels eigener Erschöpfung wird wohl noch viel Blut fließen müssen, bis eine dauerhafte lokale Friedenslösung auch nur diskussionsfähig werden kann.

KELKHEIM IM TAUNUS DR. GERHARD METSCHIES



CAROLINE SEIDEL / DPA

### Trauer um in Afghanistan gefallene Soldaten Bittere Rache

Am Hindukusch wird keine Freiheit verteidigt, sondern ein überaus korruptes Regime wird mit Milliardenzahlungen unterstützt. Diese Regierung sollte zur Verantwortung gezogen werden, weil sie die Schuld am Tod von nunmehr bereits 52 deutschen Soldaten in diesem unsinnigen, überflüssigen Krieg trägt.

BUBENHEIM (RHL.-PF.) WOLFGANG KÜHNE

Die Parallelen zu Vietnam sind erschreckend: die ungenügende „intelligence“, das naive Vertrauen auf Technologie, das zu späte öffentliche Einräumen eines Krieges, das Brandmarken des lokal verwurzelten Gegners als Terrorist und Aufständischer, das verdrängte und durch Eskalation hinausgezögerte Scheitern. Und wie im Falle Vietnams geht die Wehrpflicht über die Planke, um eine neue Art Krieg exekutierbar zu halten, führbar selbst für alte Pazifisten. Das ist eine sehr falsch verstandene Botschaft des Lehrmeisters Krieg.

BURSCHEID (NRDRH.-WESTF.) DR. KARL ULRICH VOSS

Nr. 23/2011, Ein Drei-Gänge-Menü aus dem Supermarkt – was steckt drin?

## Verhungernde Leser

Dieser klar formulierte Text sollte zur Schullektüre gehören. Vielleicht haben wir dann eine Chance, dass „die Deutschen“ in naher Zukunft nicht mehr Tomatenmüll aus China, verkleidet in ita-

lienisch anmutenden Blechdosen, bevorzugen, sondern etwas mehr Geld ausgeben für Tomaten aus der Region.

KÖLN GABI STROBEL

Jedes Tier, das bei einem der zahlreichen Großbetriebe auf einem Lebensraum von 0,8 Quadratmetern gemästet wird, um anschließend in der „Schlacht-Rakete“ zu landen, ist im wahren Sinne des Wortes eine arme Sau.

HOFHEIM AM TAUNUS (HESSEN) DR. SILKE FÜHRMEYER

Welch ein Bericht! Er kommt ganz ohne Lamento mit leiser Ironie zum Kern der Sache. Eine Spurensuche – journalistisch brillant umgesetzt!

ULM MONIKA STEINMANN

Ihr Bericht verfälscht leider die Tatsachen: Die Kombination aus einem stetig zurückgehenden Anteil des Agrarsektors, stagnierenden oder gar sinkenden Reallöhnen sowie immer höheren Lebensunterhaltungskosten macht eine optimale Nutzung der Ressourcen unumgänglich. Die industrielle Zucht von Vieh und Gemüse gehört genauso dazu wie eine ganzheitliche Verarbeitung dessen, was Sie als „Müll“ bezeichnen. Wir sollten froh sein, dass wir uns als Land durch einen ausgereiften Erzeugungsprozess gegen billigere und qualitativ schlechtere Lebensmittelimporte behaupten können!

HERZOGENRATH (NRDRH.-WESTF.) ANDREAS GOMER

Ihr Artikel lässt es einem speiübel werden. Um nun zu verhindern, dass Ihre Auflage sinkt, weil Ihre Leser verhungern, sollten Sie eine Übersicht folgen lassen, wo man noch mit Appetit einkaufen kann. Das wäre auch den sauberen Lieferanten gegenüber fair.

AMBERG (BAYERN) HORST KRUMMHAAR

Warum wird immer vergessen, dass das Agribusiness nach der Autoindustrie zu den wichtigsten Arbeitgebern und Wachstumsgaranten in Deutschland zählt – auch aufgrund des Exports veredelter Produkte? Die Entfremdung von unserer Basis,



ANNE WEICHARDT / DER SPIEGEL

### Fleischqualitätskontrolle Effektive Produktionsprozesse

der Lebensmittelherstellung, führt zu immer höheren Auflagen und Kontrollen, die wiederum zu immer größeren Strukturen führen. Übertriebene Hygiene- und Verbraucherschutzbestimmungen haben dem Tante-Emma-Laden den Garaus gemacht. Kommt übertriebener Tierschutz hinzu, stirbt der bauerliche Familienbetrieb. Bitte akzeptiert endlich, dass eine hochspezialisierte Gesellschaft mit Erkenntnis zur Arbeitsteilung effektive (industrielle) Produktionsprozesse zur Folge hat beziehungsweise haben muss.

BILLERBECK (NRDRH.-WESTF.) INA MÜLLER

Nr. 23/2011, Die Kommunen sind vom stark wachsenden Fahrradverkehr überfordert

## Klingeln ist out!

Das Grundproblem des Radverkehrs in der Stadt ist das Radweg-Paradoxon: Benutzt der Radfahrer den Radweg, wird er nicht gesehen und riskiert an jeder Einmündung, von abbiegenden Autos umgefahren zu werden. Benutzt er dagegen die Fahrbahn – was er sehr häufig darf! –, ist er zwar sicherer unterwegs, wird aber permanent angehupt, genötigt und belehrt, er möge gefälligst auf dem Radweg fahren.

BERLIN BENEDIKT HOTZE



JEAN-MARIE TRONQUET/MÜNSTERVIEW/DER SPIEGEL

### Fahrradparkplatz in Münster Drängeln, hetzen, kreuzen

Als Fußgänger und Autofahrer habe ich regelrecht Angst vor den Radlern. Sie überholen auf den Gehwegen von hinten, ohne sich bemerkbar zu machen, denn klingeln ist out! Viele kommen mit einem Affenzahn den Berg herab und wehe, wenn man nicht schnell zur Seite springt! Als Autofahrer muss man ständig damit rechnen, von links überholt zu werden, beim Linksabbiegen wird man geschnitten.

TRAUNSTEIN (BAYERN) MAXIMILIANE PRÖGLER

Meine Erfahrung als täglicher Benutzer des Fahrrads: Es sind die Radler, die mich gefährden, die drängeln, hetzen, kreuzen, rote Ampeln überfahren und auf engen Radwegen gegen die Fahrtrichtung fahren, nachts zum größten Teil noch ohne Licht. Und erst dann kommen unachtsame Fußgänger und an letzter Stelle Autofahrer.

MÜNCHEN ALOIS MUMHOFFER





Vorbildlich und zukunftsweisend erscheinen mir die Radwege in Österreich und in der Schweiz, welche sich auf der Straße befinden, durch eine Linie markiert sind und den Radfahrer somit in den fließenden Verkehr auf Augenhöhe einbinden.

FELDAFING (BAYERN)

FRANK SCHWEDE

Bei Elektroautos hat man es bemerkt, bei Radfahrern leider nie: Beide sind einfach zu leise, um im Straßenverkehr wirklich ernst genommen zu werden. Fast jeder Fußgänger lernte die Links-rechts-links-Regel, aber kaum einer bewegt seinen Kopf wirklich hin und her, wenn er nichts hört.

MANNHEIM

THERESA WENNING

Ich selbst bin Fußgängerin, Radfahrerin, Autofahrerin. Mal mehr, mal weniger aufmerksam. Könnten wir es nicht alle zusammen schaffen, dieses „Mit dem Zeigefinger auf die anderen Zeigen“ umzudrehen auf ein „Ich habe die Pflicht, auf meine Mitmenschen Aufzupassen“? Das scheint mir so manches Mal vollkommen abhandengekommen zu sein.

POTSDAM

PETRA KRENZLIN

Nr. 23/2011, Die Deutschen und ihre Lust am Garten

## Quell widerlichen Motorenlärms

Der eigene Garten bedeutet für viele eine Flucht vor der selbstgeschaffenen modernen Welt, die sich jedem einfachen Erklärungsversuch entzieht. Die daraus resultierende Unruhe versuchen wir damit zu lindern, dass wir uns zum Ursprung begeben. Im eigenen Garten schafft sich der Mensch einen Mikrokosmos, den er noch begreifen und steuern kann.

FRIOLZHEIM (BAD.-WÜRTT.)

MAIK HETTICH

Die Zusammenstellung des Fotos vom Liebermann-Garten – einem Künstlergarten, der nach Jahrzehnten der Zerstörung und Vernachlässigung durch die Max-Lie-



Kleingarten in Dortmund

*Natur ist zur Ware verkommen*

bermann-Gesellschaft Berlin wiederhergestellt wurde und heute zu den bedeutendsten Gartenkunstwerken in Europa gehört – mit dem Bild des Dortmunder Kleingartens ist irreführend. In Verbindung mit dem Zitat von Eva Kohlrusch, dass man im Garten „einen Zaun gegen die kalte, schreckliche Welt“ zieht, wird er als Illustration für den kleinbürgerlichen Rückzug auf die eigene Scholle präsentiert. Liebermann aber war mit seiner Gartenkonzeption um 1910 Avantgarde! Er setzte das um, was unter den Künstlern und Architekten seiner Zeit als Reformkonzept diskutiert wurde, und so haftete diesem Konzept wahrlich nichts von Weltflucht an.

BERLIN

DR. MARTIN FAASS

MUSEUMSLEITER LIEBERMANN-VILLA AM WANNSEE

Leider geht es nicht in allen Gärten so idyllisch zu. In der Gegend, wo ich wohne, Hamburg-Othmarschen, sind die Gärten Quell widerlichen Motorenlärms: Rasenmäher, Motorsägen, Motorsensen und Turbolaubpuster knattern laut und stinken fast jeden Tag. Handarbeit gibt es kaum noch; möglicherweise, weil nur noch Firmen im Garten tätig sind.

HAMBURG

DR. OSWALD FRIEDRICH

## Korrekturen

zu Heft 23/2011

Seite 40, „Gefährliches Gewusel“: Die Legende der Grafik muss vollständig und damit richtig heißen: „Unfallbeteiligte an Fahrradverkehrsunfällen in Berlin 2010“, nicht „Unfallbeteiligte in Berlin 2010“.

zu Heft 24/2011

Seite 116, „Kanalfahrt der Krauts“: Das abgebildete Boot aus Südjütland steht nicht im Haithabu-Museum, wie in der Fußnote behauptet, sondern im Museum Schloss Gottorf in Schleswig.

Natur ist zur Ware verkommen. Tulpen, die wie Soldaten in Reihen stehen, kurzgeschorener Rasen, getrimmte Kanten, Formgehölze, Gartenzwerge und Bambi machen deutlich, wer das Sagen hat. In der Tat gibt es zwischen überpflügten Vorgärten und der psychischen Verfassung ihrer Besitzer deutliche Zusammenhänge. Der Vorgarten als Spiegelbild gesellschaftlicher Prozesse. Verständnis für die Prinzipien der Natur sehe ich dabei nicht.

KRONSHAGEN (SCHL.-HOLST.) CHRISTOPH SIMONIS  
LANDSCHAFTSGÄRTNERMEISTER

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: [leserbriefe@spiegel.de](mailto:leserbriefe@spiegel.de)







Wahllokal in Berlin 2009

THEO HEIMANN / DAPD

WAHLRECHT

## Koalition plant Reform ohne SPD und Grüne

In der Debatte über die Reform des Wahlrechts rückt ein Iparteiübergreifender Konsens in weite Ferne. Die Union will zwar einen neuen Versuch starten, mit dem Koalitionspartner FDP einen Kompromiss zu finden, ist aber nicht zu substantiellen Zugeständnissen an SPD und Grüne bereit.

„Notfalls machen wir es alleine“, sagt ein ranghohes Fraktionsmitglied. Die Union besteht darauf, das System der sogenannten Überhangmandate zu erhalten. Danach kann eine Partei im Parlament mehr Sitze erhalten, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zusteht. Zuletzt hat die Union von dieser Spezialität des deutschen Wahlrechts profitiert. SPD und Grüne dagegen drängen auf eine Reform und wollen die Überhangmandate weitgehend abschaffen. „Sollten Union und FDP eine Lösung vorlegen, die die Wirkung der Überhangmandate nicht beseitigt, werden wir dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht klagen“, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann. Die Lage ist verfahren, weil die schwarz-gelbe Koalition auch

**„Wir werden klagen, wenn die Koalition die Überhangmandate nicht beseitigt.“**

**Volker Beck**

Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen

intern noch keinen Kompromiss gefunden hat. Jetzt will sie dafür einen neuen Anlauf unternehmen. Die Union möchte mit einem neuen Wahlrechtsmodell, in dem die Verrechnung der Zweitstimmen zwischen den Bundesländern weitgehend ausgeschlossen wird, die Anforderungen des Verfassungsgerichts erfüllen. Das Gericht hatte die bisherige Regelung in Teilen für verfassungswidrig erklärt, weil sie zu dem absurden Ergebnis führen kann, dass zusätzliche Zweitstimmen einer Partei sogar schaden. Die Liberalen sperren sich noch gegen den Reformplan der Union, weil sie Mandatsverluste in Ländern mit schwachen FDP-Ergebnissen befürchten. Sollten sie einlenken, wird das Bundesinnenministerium auf dieser Grundlage einen Gesetzentwurf ausarbeiten.

Unions-Fraktionschef Volker Kauder drängt darauf, ihn noch vor der Sommerpause im Bundestag einzubringen. Die Koalition steht unter Druck, weil die Karlsruher Richter dem Parlament aufgetragen haben, bis zum 30. Juni ein verfassungskonformes Wahlrecht auszuarbeiten.

MILITÄRHILFE

## Bundeswehr schult jemenitische Offiziere

Unbeeindruckt von Chaos und Gewalt kooperiert die Bundeswehr weiterhin mit der Armee im Jemen.

Im Rahmen der „Militärischen Ausbildungshilfe“ werden derzeit vier Offiziere, fünf Sanitäter beziehungsweise Ärzte sowie ein Generalstabsoffizier aus dem arabischen Land ausgebildet. Das hat Thomas Kossendey (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, dem zuständigen Bundestagsausschuss mitgeteilt.

In seinem Schreiben rechtfertigte er die Ausbildungshilfe mit dem Interesse, „Stabilität und Krisenvorsorge“ zu fördern. Der grüne Verteidigungspolitiker Omid Nouripour wirft der Bundesregierung vor, nicht angemessen zu reagieren: „Deutschland bildet weiterhin Militärs aus, die im Zweifelsfall auf das eigene Volk schießen werden.“



Polizist in Berlin

fachinhabern, seien „weitgehend sinnlos“. Gleichzeitig seien Kernkompetenzen, etwa Auskünfte zu Finanzströmen und Flugbewegungen, unverzichtbar. Für „grob fahrlässig“ hält der Senator, „dass die Bundesregierung sich bislang auf keinen neuen Gesetzesentwurf einigen konnte“. Während Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) einen Großteil der Regelungen auslaufen lassen möchte, verlangt Friedrich eine Verlängerung. In dem zweiten zentralen Streitpunkt, der Vorratsdatenspeicherung, legt der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD)

## INNERE SICHERHEIT

## „Gravierende Schutzlücke“

Beim Streit um die Anti-Terror-Gesetze wird Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nun auch von seinen Landeskollegen kritisiert. Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) fordert im Vorfeld der Innenministerkonferenz (IMK) eine Beschränkung der Ermittlungsmöglichkeiten. Das Gesetzespaket sei zwar zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedet worden, „aber viele Befugnisse richten sich nicht gegen Terroristen, sondern gegen Links- oder Rechtsextreme“. Körting plädiert deshalb dafür, „die Gesetze wirklich auf die Bekämpfung des Terrorismus zuzuschneiden und über den notwendigen Umfang nachzudenken“. Manche Kompetenzen, etwa zur Ermittlung von Post-

der IMK nun einen Kompromissvorschlag vor. In der Beschlussvorlage wird eine „sechsmonatige Speicherung aller Telekommunikations- und Internetverkehrsdaten“ gefordert. Zur Strafverfolgung sollen die gespeicherten Daten nur „bei einem begründeten Verdacht einer schweren Straftat“ wie Mord, Totschlag oder Kinderpornografie und auf Anordnung eines Richters herausgegeben werden. Das von Leutheusser-Schnarrenberger favorisierte „Quick-Freeze-Verfahren“, bei dem Daten erst bei einem Anfangsverdacht eingefroren würden, stelle „keine sinnvolle Alternative“ zur „dringend“ nötigen „Wiedereinführung der Mindestspeicherfrist“ dar, heißt es in dem Beschlussvorschlag. „Der Wegfall der Mindestspeicherfrist hat zu einer gravierenden Schutzlücke im Kampf gegen Kinderpornografie, sexuellen Missbrauch von Kindern, bei der Aufklärung von Mord und Totschlag sowie bei der Bekämpfung des Terrorismus geführt“, sagt Jäger.

## ABI-BALL-SKANDAL

## Getäuschte Abiturienten

In der Betrugsaffäre um Abitur-Bälle in Berlin, Brandenburg und Hamburg erhebt der neue Eigentümer der Skandal-Firma Easy Abi GmbH, Karl-Heinz Rauball, schwere Vorwürfe gegen die Vorbesitzer der Event-Agentur. Kurz nach Übernahme der Firmenanteile, für die Rauball 360 000 Euro bezahlt haben will, hat er den Kaufvertrag am 9. Juni „wegen arglistiger Täuschung“ angefochten: Unter anderem hätten ihm die Verkäufer hohe Verbindlichkeiten, fällige Provisionszahlungen und Verluste verschwiegen sowie falsche Angaben zur Rendi-

te gemacht. Sein Kauf sei somit nichtig und „der Verdacht eines Betrugs“ gegeben. Der ehemalige Mehrheitsgesellschafter von Easy Abi, Marcel Luthe, hält den Kaufvertrag nach wie vor für wirksam und bestreitet die Vorwürfe. Bereits 2003 war Luthe, der früher

dem Bundesvorstand der FDP angehörte und die Partei später verließ, wegen eines ähnlichen Vorwurfs ins Visier der Justiz geraten. Die Staatsanwaltschaft Essen ermittelte seinerzeit wegen Betrugs, stellte das Verfahren jedoch wieder ein. Aber auch Rauball ist einschlägig justizbekannt: Nur wenige Wochen vor dem Kauf von Easy Abi hatte ihn das Amtsgericht Tiergarten wegen Betrugs zu acht Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt; die Berufung läuft. Nach Angaben eines Justizsprechers ist Rauball siebenfach vorbestraft, unter anderem wegen Bankrotts, Untreue und Konkursverschleppung. Easy Abi soll Geld von mehr als tausend Schülern kassiert, die vereinbarten Abschlussbälle aber nicht organisiert haben. Am vorigen Freitagabend verhaftete die Berliner Polizei sowohl den früheren als auch den neuen Geschäftsführer der Firma, David H. und Rainer S.



Protest gegen die Firma Easy Abi in Berlin



## GLÜCKSSPIEL

## Poker um Oddset

Die Lottogesellschaften der Länder streiten über die Frage, wie sie auf die geplante Liberalisierung des Glücksspielmarktes reagieren sollen. Lotto Bayern will den staatlichen Sportwettenanbieter Oddset in eine private Gesellschaft umwandeln. Wetten sollen künftig nicht mehr in Lottoannahmestellen, sondern in eigenen Wettbüros abgeschlossen werden. Nach den Vorstellungen der Gesellschaften von Hessen und Nordrhein-Westfalen hingegen könnte das Sportwettengeschäft unter dem Namen Oddset gegen eine Umsatzbeteiligung an den amerikanischen Konzern GTECH ausgelagert werden, dem weltweit führenden Anbieter von Lotteriesystemen. Lotto Hessen ist zudem mit dem Internetanbieter Bwin wegen einer möglichen Kooperation im Gespräch. Branchenkenner halten es für möglich, dass sich die staatlichen Anbieter künftig untereinander auf dem Wettmarkt Konkurrenz machen. Offen ist zudem, ob sich alle Gesellschaften an der internationalen Lotterie Eurojackpot beteiligen, die im kommenden März starten soll. Zwar haben alle Lottochefs kürzlich in Helsinki eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Bislang erteilten aber nur vier Bundesländer die notwendige Genehmigung für die neue Lotterie mit extrahohem Jackpot.

## Land in Sicht

Die Helgoländer entscheiden über eine Vergrößerung ihrer Insel

Helgoland hat schon so einiges durchgestanden: Hoffmann von Fallersleben dichtete hier einst alle drei Strophen des Deutschlandlieds, nach dem Zweiten Weltkrieg wollten die Briten das Eiland zurück ins Meer bomben, und viele Besucher sprechen heute nur noch vom (steuerfreien) „Fusselfelsen“, wenn sie die einzige deutsche Hochseeinsel meinen. Jetzt also ein Bürgerentscheid. Am kommenden Sonntag steht die tollkühne Vision zur Abstimmung, die Hauptinsel und die benachbarte – vor knapp 300 Jahren durch eine Sturmflut abgetrennte – Badedüne mit einer Landbrücke zu verbinden. Der Entscheid soll die Diskussion über das Projekt, an dem schon mehrere Jahre gebastelt wird, abschließen. Es sei eine „emotionale Richtungsentscheidung“, sagt Helgolands parteiloser Bürgermeister Jörg Singer. Er rechne mit einem knappen Ergebnis. Die aufgeschüttete Verbindung soll rund 850 Meter lang und 300 Meter breit sein und würde Helgolands Inselfläche um gut ein Viertel vergrößern.

Auf dem Neuland könnten neben Hotels und Wohnungen ein Öko-Kongresszentrum und Urlaubsattraktionen wie ein Erlebnispark zu regenerativen Energien entstehen. „Die Investoren stehen Schlange“, sagt Singer. Von den Touristen kann man das weniger behaupten. Hatte Helgoland vor 40 Jahren noch um die 800 000 Besucher pro

Jahr, sind es heute nur noch 300 000. Auch die Einwohnerzahl ging kontinuierlich auf unter 1500 zurück. Zudem kämpft Helgoland gegen den Ruf als altbackene Destination für Butterfahrt-Senioren. Das soll jetzt anders werden – oder auch nicht. Denn die Gegner der Verbindungs-

lösung haben sich ebenfalls formiert. Sie wollen Helgoland als Ort bewahren, „an dem die Langsamkeit regiert“. Hotelbesitzer Sören Conradi fordert, zuerst in die bestehenden Ressourcen auf der Insel zu investieren, bevor man Neuland erschließt: „Ich befürchte, dass sich Helgoland zum Ballermann der Nordsee entwickeln könnte. Das wäre schrecklich.“



Computersimulation des Projekts

HAGEMANN / PICTURE-ALLIANCE / DPA



Flughafen München

FORNELL/BILDAGENTUR-ONLINE

## LUFTVERKEHR

## Mängel bei deutschen Airlines

Bei der Kontrolle deutscher Luftverkehrsunternehmen gibt es offenbar Sicherheitslücken. Ausländische Aufsichtsbehörden haben zwischen Januar 2010 und Februar 2011 bei einzelnen deutschen Flugzeugen insgesamt 545 Mängel festgestellt, obwohl die betroffenen Unternehmen zuvor vom Luftfahrt-Bundesamt überprüft worden waren. Dies geht aus vertraulichen Dokumenten der europäischen Flugsicherung hervor. Getestet wurden mehrere hundert Flugzeuge von 85 deutschen Airlines. Ein Grund für die Vielzahl der Rügen ist offenbar Personalmangel beim Luftfahrt-Bundesamt. Wie das Verkehrsministerium einräumt, fehlen Fachleute, um die Unternehmen verlässlich zu überprüfen. Mindestens 55 zusätzliche Stellen sollen geschaffen werden, schreibt der zuständige parlamentarische Staatssekretär Jan Mücke (FDP) an SPD-Verkehrspolitikern. Die Beanstandungen bezögen sich auf „flugbetriebliche und technische Mängel“ wie „ungenügende Flugvorbereitung und ungesichertes Gepäck“. Allerdings bedeute „keiner der festgestellten Mängel für sich betrachtet ein unmittelbares Sicherheitsrisiko“. SPD-Verkehrsexperte Uwe Beckmeyer sieht Handlungsbedarf: „Die Bundesregierung spart auf Kosten der Sicherheit im Luftverkehr.“

## BUNDESKRIMINALAMT

## Sightseeing mit der CIA

Als Mitarbeiter führte der US-Geheimdienst CIA den früheren BKA-Präsidenten Paul Dickopf. Das geht aus der Personalakte Dickopfs hervor, die das Nationalarchiv in Washington zugänglich gemacht hat. Ein Memorandum vom August 1968 bezeichnet Dickopf als „unilateralen Agenten“ der CIA. „Unsere grundlegende Beziehung mit Herrn Dickopf ist heimlicher Art, aber die offiziellen Kontakte werden als Deckmantel für Treffen mit ihm benutzt“, notierte der europäische CIA-Chef. Eine Historikergruppe der Universität Halle-Wittenberg war bereits auf einen Vermerk gestoßen, wonach der ehemalige SS-Untersturmführer von der CIA Zahlungen erhielt (SPIEGEL 15/2011). Im Gegenzug gab Dickopf Informationen über Spitzenbeamte weiter und lieferte Interna des BKA sowie anderer Behörden. Die US-Amerikaner luden ihn zu „Herrenabenden“ ein und achteten auf „maximale Möglichkeiten zum Sightseeing“, wenn ihr Informant in die USA reiste, etwa nach San Francisco. Dickopf verfügte über „ein beträchtliches Wissen bei französischen Weinen und den besseren deutschen Jahrgängen“. Er sei ein „Gourmet“ und es sei „am effektivsten, sich ihm von dieser Seite zu nähern“.



DICKOPF IM ADSS DER FES

Dickopf

## Umwelt

## Nachhaltige Rente

Das Bundesumweltministerium will die Träger kapitalgedeckter Alterskassen dazu bewegen, ihr Vermögen stärker als bisher nach ökologischen Kriterien einzusetzen. Von den rund 200 Milliarden Euro, die tarifliche Zusatzversorgungssysteme sowie Pensionskassen für Beamte oder Freiberufler bis heute angespart haben, sind laut Ministerium nur rund zwei Prozent in Finanzprodukte investiert, bei denen Umwelt- und Ressourcenschutz eine Rolle spiele. Einer Studie des Unternehmensberaters Axel Hesse zufolge, die vom Umweltministerium unterstützt wurde, haben die Beamtenpensionsfonds bisher überhaupt keine Nachhaltigkeitskriterien in ihrer Anlagestrategie berücksichtigt.



# 3,7

Milliarden Euro

hat der Bund seit 1991 in ostdeutsche Wasserstraßen, Schleusen und Binnenhäfen investiert. Alles für die Katz: „Wir haben viel Geld in Flüsse gesteckt, auf denen kaum ein Schiff fährt“, so Marion Hoppen, Sprecherin des Bundesverkehrsministeriums, gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen“. Ihr Fazit: „Die Investitionen haben sich nicht ausgezahlt.“

EUROLIT/FL ONLINE







PARTEIEN

# Angst vor der Größe

Volkspartei werden, einen Kanzlerkandidaten stellen – für die Grünen scheint alles möglich. Aber wollen sie auch? Und können sie? Bislang gibt es weder eine Basis noch eine Führungsriege, die für die großen Aufgaben geeignet scheint. Allerdings ändert sich gerade die Mitgliederstruktur.

**W**as für ein Vollbad der Genugtuung, in das Jürgen Trittin in Tokio eintauchen kann. Der deutsche Botschafter in Tokio hat zu Ehren des grünen Fraktionsvorsitzenden in seine Residenz gebeten, und zwischen mariniertem Bonito und Rinderfilet „Wald-duft“ könnte der Eindruck aufkommen, die grüne Weltregierung stehe unmittelbar bevor, mindestens aber die Energiewende in Japan nach deutschem Vorbild.

Kiyomi Tsujimoto, eine temperamentvolle Frau aus dem Fukushima-Krisenberaterstab von Premierminister Naoto Kan, erzählt dem deutschen Gast davon, dass auch der Premier ein Atomskeptiker

sei. Die Deutschen und ihre Energiepolitik sind für alle am Tisch die Referenz, der Maßstab, und Trittins Grüne die treibende Kraft dahinter. „Es sind die Grünen, die in Deutschland den Atomausstieg herbeigeführt haben“, sagt der Anti-Atom-Aktivist Shingo Fukuyama: „Das ist eine Entwicklung, um die wir Sie nur beneiden können.“

Trittin reiste in der vergangenen Woche wie ein Heilsbringer durch Japan. Doch bevor sich die deutschen Grünen endgültig zur Weltregierung aufschwingen, müssen sie im eigenen Land erst einmal klären, welche Rolle sie künftig spielen wollen. Greifen sie nach den Sternen

und verwandeln sich in eine moderne Volkspartei, wählbar auch für eine breite bürgerliche Mitte? Dazu gehören ein Machtanspruch, der bis ins Kanzleramt reicht, und eine konstruktive Politik. Oder verharren sie im Oppositionsmodus, bleiben vor allem Dagegen-Partei, zufrieden damit, wenn sie es als Juniorpartner in Regierungen schaffen?

Die Gelegenheit für einen neuen Aufbruch ist günstig. Die Vorherrschaft der beiden großen Volksparteien Union und SPD bröckelt, das bipolare Parteienggefüge ist ins Rutschen gekommen. Es gibt Raum für eine dritte Kraft. Zugleich hat sich die Stimmung im Land weitgehend



Kanzlerin Merkel, Fraktionschef Trittin



MICHAEL KAPPELER / DPA

begründet, Atomskepsis, der Wunsch nach einem nachhaltigen Leben und aufgeklärter Pazifismus gehören zur Grundausstattung des zeitgemäßen Bürgers. Die Grünen könnten sich das zunutze machen, wenn sie denn wollten.

Doch Größe kann auch Angst auslösen. Die Grünen stehen vor einer Art Stress-Test. Haben sie die Strukturen, das Programm und die Leute, um eine große Partei werden zu können? Am kommenden Samstag gibt es eine erste Antwort auf diese Frage. Auf dem Sonderparteitag in Berlin wird die Basis darüber abstimmen, ob sie, wie von der Führung gewünscht, Merkels Atomausstiegsplan folgt oder auf radikaleren Forderungen beharrt.

Winfried Kretschmann, der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, sieht das so: „Im Fall einer Ablehnung schaden wir unserer Mehrheitsfähigkeit, dann bremsen wir uns selbst aus auf dem Weg hin zur führenden politischen Kraft in Deutschland. Es genügt nämlich nicht, schlechte Entwicklungen zu verhindern, man muss auch führen wollen, wenn man ein Land gestalten will.“

Jürgen Trittin arbeitete auf seiner Japan-Reise an dem Leitantrag. Nach einem Besuch in der Tsunami-Region von Iwaki zog er sich am Mittwoch gegen Mitternacht japanischer Zeit im Hotel für eine Schaltkonferenz mit dem Autorenkollektiv des Antrags zurück. Am folgenden Morgen fand er die überarbeitete Fassung vor, ohne erhebliche Änderungen, wie er zufrieden feststellte.

Der Bundesvorstand hat alles unternommen, um die Atomdebatte auf dem Parteitag zu entschärfen. Unter dem Antragstext wurde die „Mitwirkung“ wichtiger Energiepolitiker des linken Flügels

vermerkt. In den kommenden Tagen will die Führungsriege an der Basis werben.

Der linke Flügel hat es schwer, dagegen zu mobilisieren, zumal seine Führungsfiguren, Trittin und die Parteivorsitzende Claudia Roth, auf der anderen Seite stehen. Mit Änderungsanträgen wollen die Linken versuchen, den Konsenskurs der Führung auszuhebeln. Höhere Sicherheitsauflagen, ein Baustopp für Gorleben und eine raschere Abschaltung der restlichen Meiler müssten zu den drei Grundbedingungen erklärt werden, sagt der niedersächsische Bundestagsabgeordnete Sven-Christian Kindler, sonst „sollten Grüne insgesamt dieser schwarz-gelben Atomgesetz-Novelle nicht zustimmen“.

Gesine Avena, Ko-Sprecherin der Grünen Jugend und eine der Vorkämpferinnen des linken Flügels, verzweifelt schier an der Verhandlungslogik der Parteiführung: „Warum sollten wir einem unzureichenden schwarz-gelben Atomkompromiss zustimmen, wenn mit uns darüber nie wirklich verhandelt wurde?“, fragt sie. Die Grünen dürften nicht „in voraus-eilendem Gehorsam einfach unsere eigenen politischen Forderungen bei unserem Herzensthema fallen lassen“.

Die Sorge der Linken ist nicht unplausibel. Wochenlang hat die Grünen-Spitze Verhandlungen mit der Kanzlerin als Bedingung für einen Konsens gefordert. Nun will sie zustimmen, obwohl Trittin nicht mehr als einen Fototermin mit Merkel im Bundestag bekommen hat.

Wie der Parteitag entscheidet, ist ungewiss. Die grüne Basis ist immer für Aufmäuflichkeit gut. Allerdings verändert sie gerade ihre Struktur. Die neue Stärke der Grünen zeigt sich nicht nur in den Umfragen, auch die Zahl der Mitglieder wächst, im vergangenen Jahr um zehn Prozent. Mehr als 57 000 sind es jetzt.

Konstantin von Notz, innenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, sitzt seit 2009 im Parlament, sein Wahlkreis liegt in Schleswig-Holstein. Von Notz wirkt ziemlich bürgerlich, er trägt Tweed-Jacketts und promovierte in evangelischem Kirchenrecht. Wenn er im Wahlkreis mit Neumitgliedern spricht, fällt ihm ein neuer Pragmatismus auf. „Das sind engagierte Leute, die politisch etwas bewegen wollen, aber



THOMAS NIEDERMÜLLER / GETTY IMAGES



WOLFGANG KUMM / DPA

\* Räumung durch Polizei am Stuttgarter Hauptbahnhof am 14. Juni.

**Sitzblockade\*, Landeschefs Kretschmann, Seehofer: Solche Szenen mögen Grüne nicht**



nicht mehr den alten Ideologien verhaftet sind“, sagt von Notz. „Die neuen Mitglieder werden nicht austreten, wenn die Grünen dem schwarz-gelben Atomkompromiss zustimmen. Denen ist es wichtig, dass wir die historische Chance ergreifen und ein wichtiges Ziel erreichen, um dann gemeinsam weiter für eine konsequente Energiewende zu kämpfen.“

Der Zulauf kommt aus der Mitte der Gesellschaft, und dort will man etwas anderes als Nischenpolitik und Blockadehaltung. „Die neuen Wähler der Grünen zeichnen sich durch Beweglichkeit aus, sie haben mehr Verständnis für Kompromisse und Sachzwänge“, sagt Thorsten Faas, Politikwissenschaftler an der Universität Mannheim. Gerade die Neuwähler „wollen keine reine Oppositionspolitik, der Wunsch nach einer Regierungsbeteiligung wird immer stärker“.

Geht dieser Strukturwandel so weiter, könnten auch CDU und CSU Wunschpartner werden. Bislang würde sich die grüne Mehrheit für die SPD entscheiden.

Allerdings bleibt Regieren vorerst ein Problem für die Grünen, egal in welcher Koalition. Das erlebt gerade Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg. Er muss nun Kröten schlucken, und die größte ist der Weiterbau am Bahnprojekt Stuttgart 21. Aus den Verträgen kommt er so schnell nicht raus, und Kretschmann weiß, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis der erste Demonstrant vor dem Stuttgarter Bahnhofsbau „Lügenpack“ ruft – und damit die Grünen meint.

Die Grünen sind eine gute Oppositionspartei, sie lieben es, Konzepte zu erarbeiten. Und sie verstehen es, zu kommunizieren, sie finden symbolträchtige, konkrete Projekte, um ihre Ideen verstehbar zu machen.

In der Opposition ist das prima, in der Regierung erweisen sich solche Symbolprojekte oft genug als fatal. In Hamburg scheiterten die Grünen mit ihrem Versprechen, das Kohlekraftwerk Moorburg zu verhindern. In Rheinland-Pfalz gaben sie schon während der Koalitionsverhandlungen ihren Widerstand gegen die Moselhochbrücke auf. In Nordrhein-Westfalen schauen sie hilflos zu, wie der Weiterbau des Kohlekraftwerks Datteln immer wahrscheinlicher wird.

Schon im Bund haben die Grünen gemerkt, dass das Regieren ihre schwache Seite ist. Plötzlich waren ihre hehren Ansprüche auf Weltfrieden und sofortigen Atomausstieg dahin. Doch damals waren sie nur Juniorpartner und konnten manche unangenehme Entscheidung auf die SPD schieben.

Ein grüner Regierungschef aber ist für alles verantwortlich, auch für Abschiebungen und Polizeigewalt. Vorige Woche trug Kretschmanns Landespolizei in Stutt-



**Ex-Minister Fischer\***

*Die Grünen sind ihm fremd geworden*

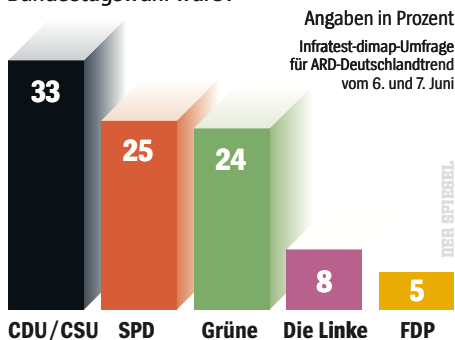
gart Demonstranten weg. Solche Szenen mögen Grüne nicht.

Aber auch da ändert sich gerade etwas. „Wenn man nachts in den Innenstädten nicht mehr schlafen kann, muss eine breit im Bürgertum verankerte Partei auch Alkoholverbote und polizeiliche Repression gegen Widerstand in den eigenen Reihen vertreten“, schrieb der grüne Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer vor einigen Wochen in einem Papier für den Parteirat. Sein eigener Realoflügel distanzierte sich gegenüber den Linken von Palmer. Aber wenn einer regiert wie Palmer, dann muss er sich auch um die bürgerliche Schlaflosigkeit kümmern. Da warten noch ziemlich große Kröten auf die Grünen, sollten sie einmal einen Bundeskanzler stellen.

Um dahinzukommen, brauchten sie eine andere Auffassung von Führung. Macht ist ihnen immer noch verdächtig. Deshalb gibt es keine klaren Hierarchien, sondern ein Quartett an der Spitze, die beiden Parteivorsitzenden und die beiden Fraktionsvorsitzenden. Wichtige Landes-

## Mittelgewichtler

**Sonntagsfrage: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“**



politiker wie Ministerpräsident Kretschmann sind formell gar nicht in die Führung der Partei eingebunden. Es gibt viele, die mitreden wollen, das Problem ist aber, dass es nur einen Kanzlerkandidaten geben kann. Dem muss die Partei viel Macht anvertrauen.

Denn wenn die Grünen in den Umfragen so stark bleiben und dazu bei der Landtagswahl in Berlin im September vor der SPD liegen, brauchen sie einen Kanzlerkandidaten. Dann geht es für sie um die große Macht.

Ein häufig gemunkelter Name ist Joscha Fischer. Er hat die Grünen in die Bundesregierung geführt und war lange Zeit der heimliche Vorsitzende. Er könnte Zweifel an der Kanzlerfähigkeit der Grünen persönlich entkräften, gehört längst zum Establishment der Republik und verdient gutes Geld als Berater von Dax-Konzernen. Aber es gibt nur wenige, die sich sein Comeback wünschen. Die Grünen wissen, dass er Macht schwer teilen kann. Auch Fischer kann sich nicht mehr vorstellen, mit dieser Partei, die ihm fremd geworden ist, wieder in eine Schlacht zu ziehen.

Für Kretschmann kommt die Bundestagswahl zu früh und zu spät. Wenn die erste Phase des Wahlkampfs Anfang 2013 beginnt, ist er noch keine zwei Jahre Ministerpräsident. Und er ist dann schon 64.

Der wahrscheinlichste Kandidat ist daher Jürgen Trittin, der sich gerade darum bemüht, seinen Ruf als linker Krawallo zu korrigieren. Jürgen Trittin in der Variante 2011 ist von ausgesuchter Höflichkeit. Und doch bleibt er ein schwer Erreichbarer. Sein Humor wirkt selbstgefällig, sein Mienenspiel mokant, seine Körpersprache abweisend. Wenn andere reden, geht sein Blick oft abschweifend an die Decke, und es ist ihm die Pein anzusehen, wenn er den Eindruck hat, jemand anderes redet Unsinn. Es fehlt die Gabe, Menschen im großen Stil für sich einzunehmen.

So fällt der Stresstest nicht allzu günstig aus. Die Basis verändert sich erst allmählich in Richtung Mitte, Führungsstruktur und Führungspersonal brauchen noch Überarbeitung, um den großen Aufgaben gewachsen zu sein. Vor allem müssten die Grünen ihr Verhältnis zur Macht renovieren. Solange ihnen Macht verdächtig ist, werden sie keinen starken Willen zur Macht entwickeln.

Wenn sie wirklich Volkspartei werden wollen, müssen sich die Grünen ein Stück weit entgrünen. Dann werden sie aber auch grauer, und ein Teil des Zaubers wird verfliegen. Genau das ist der Horror für viele Grüne: Sie bauen sich um zu einer wahren Volkspartei, sind bereit für die Kanzlerschaft, aber dann wirken sie so normal, dass sie keine Alternative zu den anderen mehr sind.

RALF BESTE, SIMONE KAISER,  
CHRISTOPH SCHWENNICK, MERLIND THEILE

\* Mit Ehefrau Minu bei der Berlinale im Februar.

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Wir beteiligen uns nicht“

Verteidigungsminister Thomas de Maizière, 57 (CDU), über Militärschläge gegen Regime wie Libyen und Syrien, die amerikanische Kritik an europäischen Nato-Partnern und seine Pläne für eine schlagkräftigere Bundeswehr

**SPIEGEL:** Herr Minister, Ihr scheidender amerikanischer Kollege Robert Gates sagt, es gebe zwei Kategorien von Nato-Partnern: diejenigen, die kämpfen, und diejenigen, die Brunnen bohren. Zu welcher Kategorie zählen Sie Deutschland?

**De Maizière:** Wir zeigen in Afghanistan, dass die Bundeswehr eine kämpfende Armee ist, wenn es sein muss.

**SPIEGEL:** Beim Libyen-Einsatz zählt Gates Deutschland zu den Totalausfällen. Wie gehen Sie damit um?

**De Maizière:** Wir haben uns aus wohlerwogenen Gründen gegen eine militärische Beteiligung am Libyen-Einsatz entschieden. Das bleibt richtig. Deswegen fallen wir aber nicht in die Kategorie der reinen Brunnenbohrer, wie Sie es nennen.

**SPIEGEL:** Haben Sie kein schlechtes Gewissen, da Ihren Nato-Partnern in Libyen die Puste und die Munition ausgehen?

**De Maizière:** Tatsächlich haben die Amerikaner uns bei der jüngsten Nato-Tagung noch einmal um militärische Hilfe gebeten. Das haben wir abgelehnt. Aber wir haben das Bündnis entlastet, indem wir die deutsche Beteiligung am Awacs-Einsatz in Afghanistan ermöglicht haben. Darüber hinaus will ich nur einen Satz sagen: Natürlich muss man, wenn man etwas anfängt, auch immer wissen, wie lange man das durchhalten kann.

**SPIEGEL:** Am Vorabend der Nato-Luftschläge haben Sie im ZDF gesagt: „Kann es hier wegen Öl darum gehen, dass wir jetzt plötzlich eingreifen? Wir können nicht alle Diktatoren der Welt mit internationalem Krieg beseitigen.“ Würden Sie das so noch einmal sagen?

**De Maizière:** Ja. Es gibt zwar die völkerrechtlich verankerte „Verantwortung zum Schutz“ der Zivilbevölkerung in einem Land, wenn die dortige Regierung massiv Menschenrechte verletzt. Aber heißt das, man darf eingreifen? Oder heißt das, man muss sogar? Ich meine, jede militärische Aktion muss darauf geprüft werden, ob das Ziel mit angemessenen Mitteln in einer angemessenen Zeit zu erreichen ist und wie man wieder herauskommt. Jede.

**SPIEGEL:** Sie weichen aus. Sie haben den Verbündeten unterstellt, dass sie wegen Öl in Libyen eingreifen.

**De Maizière:** Nein, ich unterstelle das gar nicht, sondern ich habe das ganz grundsätzlich in Frageform formuliert.



CDU-Politiker de Maizière

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

**SPIEGEL:** Ihre Frage implizierte das doch.

**De Maizière:** Ich habe in dem Interview darauf hingewiesen, dass es Kriterien geben muss für jede Entscheidung zu humanitären Interventionen, auch wenn mich das in manches Dilemma stürzt. Wenn ich einmal ja sage, muss ich beim nächsten Mal begründen, warum ich nein sage. Auch Unterlassen ist eine Entscheidung. Man muss entscheiden, aber man kann nicht erwarten, dass man mit stets sauberen Fingern aus so einer Sache rauskommt, egal wie man entscheidet. Damit muss ich leben.

**SPIEGEL:** Sie möchten einen Einsatz deutscher Friedenstruppen nach dem Krieg „konstruktiv prüfen“, haben Sie gesagt. Außenminister Guido Westerwelle möchte prüfen, aber nicht konstruktiv. Wie groß ist die Differenz zwischen Ihnen?

**De Maizière:** Es gibt keine Differenz. Ich bin übrigens ein Mensch, der Dinge immer konstruktiv prüft.

**SPIEGEL:** Wir zitieren noch einmal Westerwelle: „Es bleibt dabei, Deutschland beteiligt sich nicht an dem Kampfeinsatz in Libyen.“ Er spricht nur von „Hilfe beim politischen Neubeginn und wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau“.

**De Maizière:** Dem Satz stimme ich uneingeschränkt zu. Eine internationale Friedenstruppe ist doch eine hypothetische Sache, die nur nötig ist, wenn Libyen zerfällt und man Streitparteien trennen muss. In einem sich hoffentlich demokratisch entwickelnden Land wäre das weder nötig noch wünschenswert.

**SPIEGEL:** Sie und Westerwelle lehnen es also beide ab, sich nach einem Sturz von Gaddafi militärisch zu engagieren?

**De Maizière:** Nein. So ist es nicht. Ich hoffe, dass es zu einem solchen militärischen Einsatz gar nicht kommt. Weil Libyen hoffentlich vereint bleibt und sich in Richtung Demokratie entwickelt.





FABRIZIO BENSCH / REUTERS

**Bundeswehrsoldaten in Afghanistan:** „Sterben und Töten gehören dazu, das müssen wir akzeptieren und bejahen“

**SPIEGEL:** Sie sind seit drei Monaten im Amt und mussten viermal Angehörigen von in Afghanistan gefallenen Soldaten kondolieren. Welche Gedanken und Gefühle begleiten Sie dabei?

**De Maizière:** Das sind schwere Stunden, allerdings ist das nicht zu vergleichen mit dem Schmerz der Angehörigen selbst. Zunächst wird mir dabei deutlich, wie unmittelbar ich als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt für meine Soldaten personale Verantwortung trage. Außerdem wurde mir wieder deutlich, dass es nur sehr schwer zu ertragen ist, wenn Eltern ihre Kinder zu Grabe tragen und nicht andersherum.

**SPIEGEL:** Haben diese Tode junger Menschen einen Sinn?

**De Maizière:** Vordergründig ist ihr Tod natürlich sinnlos. Es gibt keinen politischen, militärischen oder moralischen Sinn, dass jemand, der Sicherheit und Entwicklung in ein Land bringt, von einer kleinen Minderheit in die Luft gesprengt wird. Andererseits kann man nicht Soldaten in Einsätze schicken, die gefährlich sind, und diese Einsätze dann beenden, weil es Opfer gibt. Sterben und Töten gehören dazu, das müssen wir akzeptieren und bejahen.

**SPIEGEL:** Der Beschluss des Bundestags, nach Afghanistan zu gehen, ist fast zehn Jahre alt. Würden Sie im Rückblick sagen, das war eine richtige Entscheidung?

**De Maizière:** Ja, die Entscheidung war richtig. Aber bei der Begründung wurde zu hoch gezielt. Es wurde nicht nur gesagt, wir wollen, dass aus Afghanistan kein Terror mehr exportiert wird, sondern ein demokratisches Afghanistan, ein Ort der Stabilität und des Wohlstandes versprochen. Wir leiden bis heute unter diesen hochgesteckten Erwartungen.

**SPIEGEL:** Wahrscheinlich hätte man mit dem bescheidenen Ziel Stabilität damals keine Zustimmung gewonnen.

**De Maizière:** Vielleicht, ja. Aber wenn es eine Lehre aus Afghanistan gibt, dann doch die: Man sollte nicht das Blaue vom Himmel versprechen, um eine wackelige Entscheidung zu beeinflussen. Das fällt früher oder später auf einen selbst zurück. Vielleicht sollten wir auch mehr auf die militärischen Ratgeber hören, wenn es um neue Einsätze geht. Die empfehlen eher Zurückhaltung, mehr jedenfalls als viele Zivilisten. Sie wissen nämlich am besten, was gemeint ist.

**SPIEGEL:** Wo Sie gerade über Ehrlichkeit sprachen: Wäre es nicht aufrichtiger, den Menschen zu sagen, dass bei einem raschen Abzug der Nato in Afghanistan wieder das Chaos ausbrechen wird? Und dass wir entweder mit dieser Aussicht leben müssen oder noch für Jahrzehnte in Afghanistan bleiben?

**De Maizière:** Nein. Das wollen wir vermeiden, indem wir die Sicherheit dort nach und nach in afghanische Hände übergeben werden. Ich füge allerdings gern hinzu, da muss auch der politische Prozess noch erhebliche Fortschritte machen.

**SPIEGEL:** Das „Partnering“, also die intensive Zusammenarbeit von Bundeswehr und afghanischer Nationalarmee, führte auch dazu, dass deutsche Soldaten von ihren afghanischen Kameraden erschossen wurden. Ist das Konzept trotzdem so gut, dass Sie daran festhalten wollen?

**De Maizière:** Dieses „friendly fire“ ist im Moment meine größte Sorge. Eigentlich ist die langsame Einarbeitung der Afghanen ein sehr sinnvoller Weg. Und weil er

so sinnvoll ist, versuchen ja die Taliban, das Vertrauen zu den afghanischen Behörden und Truppen wegzubomben.

**SPIEGEL:** Stellen wir uns mal den Moment vor, wenn wir nicht mehr in Afghanistan sind ...

**De Maizière:** ... das wird lange dauern! Auch nach 2014 werden wir weiter in Afghanistan engagiert sein, wenn auch eher mit Ausbilden und Militärberatern.

**SPIEGEL:** Dennoch könnten Sie dann bei Anfragen nach neuen Einsätzen nicht mehr sagen: Wir sind schon so stark in Afghanistan engagiert. Wird dann der Druck steigen, sich an neuen Einsätzen zu beteiligen?

**De Maizière:** Das kann ich schlecht vorher sagen, aber ich versuche dafür vorzusorgen. Die neue Bundeswehr soll in der Lage sein, dauerhaft und nachhaltig rund 10 000 Soldatinnen und Soldaten in internationalen Einsätzen halten zu können, gleichzeitig in zwei größeren und in mehreren kleineren, wenn man das sicherheitspolitisch will. Wir müssen die 10 000 auch weiß Gott nicht ausschöpfen, ich plädiere für Zurückhaltung und Verantwortung. Aber wir dürfen auch nicht immer sagen: Lass doch die anderen die Einsätze übernehmen.

**SPIEGEL:** Sie sagen, Wohlstand verpflichtet zur Verantwortung. Heißt das, wir müssen Soldaten nach Afrika schicken, weil es uns so gutgeht und denen so schlecht?

**De Maizière:** Das wäre zu einfach gesagt. Aber in der Tat: So wie das Grundprinzip von sozialer Marktwirtschaft lautet, dass Eigentum verpflichtet, so ist auch Solidarität ein Grundprinzip internationaler Politik. Das heißt, dass diejenigen, die mehr haben, auch eine größere Verantwortung

tragen, auch militärisch. Der Ruf nach mehr Beteiligung der reicheren Staaten an Uno-Einsätzen wird sicherlich lauter werden.

**SPIEGEL:** Sie betonen die Bündnisverteidigung stärker als Ihre Vorgänger. Rechnen Sie mit Angriffen auf das Nato-Gebiet?

**De Maizièrre:** Nein. Aber wir waren während der längsten Zeit der Existenz der Nato die Hauptbegünstigten der Bündnisverpflichtung. Das hat sich vorläufig erledigt, aber wir müssen uns mit dem Gedanken befassen, dass andere jetzt unsere Hilfe brauchen könnten. Wir Deutsche sind von Freunden umgeben, das gilt aber nicht für alle 28 Nato-Staaten. Schauen Sie doch mal auf die Landkarte.

**SPIEGEL:** Haben wir getan. Der Nato-Partner Türkei grenzt an Syrien, wo es derzeit brodeln. Könnte dieser Konflikt auf das Bündnisgebiet übergreifen?

**De Maizièrre:** Das gegenwärtige Regime in Damaskus ist für die Welt unerträglich, aber wir müssen auch ehrlich zugeben: Ein Zerfallen Syriens wäre sehr schwierig für die ganze Region. Wir haben sicher in der Vergangenheit Stabilität überbewertet und Demokratie unterbewertet. Die Entwicklung im Nahen Osten zeigt aber auch, dass es am besten wäre, wir hätten Demokratie und Stabilität.

**SPIEGEL:** Vielleicht müssen Sie sich bald der Frage stellen, ob die Nato in Syrien eingreifen soll.

**De Maizièrre:** Nein. Es gilt das Gleiche wie für Libyen: Wir beteiligen uns nicht.

**SPIEGEL:** Egal was die Nato entscheidet?

**De Maizièrre:** Egal ist das nicht. Ich glaube aber ohnehin nicht, dass es einen Sicherheitsratsbeschluss in ähnlicher Art für Syrien gibt.

**SPIEGEL:** Sind Sie nicht überrascht von dem positiven Echo auf Ihre Pläne zur Bundeswehrreform? Und das, obwohl Sie zu den Finanzen, zu den Standorten, zu den

Rüstungsprogrammen nichts gesagt haben. Sie haben selbst zugegeben, dass Ihr Versprechen, mit weniger Soldaten mehr zu leisten, nach „Simsalabim“ klingt. Wie erklären Sie sich die Zustimmung?

**De Maizièrre:** Das kann ich nicht erklären, aber ich bin erfreut. Allerdings ist Ihre Beschreibung etwas negativ. Die Finanzierung ist genauer geklärt, als ich das aus Rücksicht auf die Haushaltsberatungen sagen mag. Die Standort- und Rüstungsfragen können wir jetzt erst angehen, nachdem wir die Grundsatzentscheidungen getroffen haben.

**SPIEGEL:** Ihr Kollege Gates hat Partner wie Norwegen, Dänemark und Belgien als Beispiel empfohlen. Die würden mit erheblich weniger Ressourcen als die Deutschen mehr Schlagkraft entfalten.

**De Maizièrre:** Auch wir wollen mit weniger Ressourcen mehr leisten. Nicht die Höhe unseres Etats ist unser Problem, sondern die Struktur. Wir haben einen hohen Anteil von Investitionen am Gesamthaushalt für Rüstung, etwa 22 Prozent. Das ist hoch im internationalen Vergleich. Allerdings ist davon fast alles durch alte Bestellungen gebunden – auch solche, die wir in dem Umfang nicht mehr brauchen. Die Etatbindung muss flexibler gestaltet werden.

**SPIEGEL:** Die Niederländer verzichten auf ganze Waffensysteme wie den Kampfpanzer. Worauf verzichten Sie?

**De Maizièrre:** Derzeit passen doch fast alle meine Kollegen in Nato und EU ihre Armeen den geänderten Bedingungen an, die Holländer, die Polen, die Franzosen. Alle wollen mehr Beweglichkeit, mehr Klasse statt Masse. Als Bündnispartner müssen wir aufpassen, dass die Dinge zusammenpassen, sonst gibt es auf einmal

gar keine Kampfpanzer mehr. Aber eine solche Abstimmung gibt es auch.

**SPIEGEL:** Ihr Kollege Gates glaubt, dass die Nato vor der „sehr realen Gefahr kollektiver militärischer Irrelevanz“ stehe. Sehen Sie das auch so?

**De Maizièrre:** Nein, das halte ich für übertrieben. Allerdings hat mich sein Hinweis nachdenklich gemacht, dass die USA im Kalten Krieg die Hälfte der Kosten des Bündnisses trugen und heute drei Viertel.

**SPIEGEL:** Gates warnte, dass künftige Generationen von US-Politikern diesen hohen Aufwand für das transatlantische Bündnis möglicherweise nicht mehr betreiben. Wäre ein Rückzug der USA aus



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

**De Maizièrre, SPIEGEL-Redakteure\***

„Friendly fire‘ ist meine größte Sorge“

Europa nicht die größte Bedrohung für Deutschlands Sicherheit?

**De Maizièrre:** Es ist in unserem ureigenen Interesse, dafür zu sorgen, dass die USA eine europäische Macht bleiben und nicht vornehmlich nach Westen schauen. Den Amerikanern sage ich immer: Wir Europäer sind zwar mühsam im Umgang, manchmal auch schwierig und zerstritten. Aber verglichen mit allen anderen sind wir immer noch die zuverlässigsten Partner auf der Welt, wenn es um Stabilität, Demokratie und letztlich auch ums Geld geht.

**SPIEGEL:** Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

\* Ralf Beste und Dirk Kurbjuweit im Ministerbüro in Berlin.





Anti-Israel-Demonstration mit Linkspartei-Fahnen in Berlin 2009: „Widerlich und ekelregend“

ANTISEMITISMUS

## Landkarte ohne Israel

In der Partei Die Linke schüren etliche Genossen antijüdische Ressentiments. Fraktionschef Gregor Gysi bekommt das Problem nicht in den Griff.

**D**er Parteivorstand war empört. Der Vorfall müsse Konsequenzen haben. Mit Ermahnungen oder einer Rüge sei es nicht getan. Die Partei müsse sich entscheiden, ob sie in ihren Reihen jemanden dulde, der „offenkundig fest einer antisemitischen Grundhaltung verhaftet ist“. Es gebe nur eine logische Konsequenz: „Ausschluss der Träger antisemitischer Ansichten.“

Beim Kampf gegen den Judenhass wollte sich die PDS von niemandem überholen lassen – damals, 2003, nachdem Martin Hohmann die Juden als „Tätervolk“ bezeichnet hatte. Der hessische CDU-Abgeordnete wurde wenig später aus der Bundestagsfraktion ausgeschlossen und kurz danach aus der Partei.

Acht Jahre später ist die Aufregung bei den Linken wieder groß. Diesmal waren es diverse Genossen, die in den vergangenen Monaten antisemitische Ressentiments geschürt hatten. Doch wenn es um die eigene Partei geht, ist von Konsequen-

zen oder gar Ausschluss keine Rede mehr. Und die Auseinandersetzung zwischen Israel-Freunden und Israel-Gegnern droht die Partei zu zerreißen. Fraktionschef Gregor Gysi hat den Konflikt und die Krise der Linken durch sein Lavieren sogar noch angeheizt.

Zwar setzte der Spross aus einer Familie mit jüdischen und kommunistischen Wurzeln kurz vor Pfingsten in der Bundestagsfraktion eine Erklärung durch. „Die Abgeordneten der Fraktion Die Linke werden auch in Zukunft gegen jede Form von Antisemitismus in der Gesellschaft vorgehen“, heißt es da. Die Partei werde sich nicht mehr an Boykott-Aufrufen israelischer Waren beteiligen, keine Ein-Staaten-Lösung im Nahost-Konflikt fordern und sich nicht an der diesjährigen Gaza-Flottille beteiligen.

Doch dann protestierte die radikale Linke lautstark gegen diesen „Maulkorb-erlass“, und Gysi knickte ein. Zum Entsetzen der Realos will er nun in der kom-

menden Woche einen weiteren Beschluss fassen, der in die andere Richtung geht. Er zielt auf „die inflationäre Verwendung des Begriffs Antisemitismus“ und die einseitige Zustimmung zur Politik Israels.

Im Realo-Lager hält man Gysis Vorgehen für absurd. „Ein weiterer Beschluss in dieser Sache“ werde „kein einziges Problem lösen, sondern nur neue schaffen“, kritisiert Schatzmeister Raju Sharma. Und der Abgeordnete Michael Leutert befürchtet, so werde man „politikunfähig“. Die ohnehin unter Hochspannung leidende Partei stehe dann „vor einer Zerreißprobe“.

Doch Gysi sieht sich als Gründungsvater einer gesamtdeutschen Linken und verteidigt deshalb die meist aus dem Westen stammenden radikaleren Kräfte – wider besseres Wissen. Antisemitismus gebe es in seiner Partei nicht, beteuerte er am vergangenen Freitag in der „taz“.

„Wir haben ein Antisemitismusproblem“, widerspricht Benjamin-Christoph Krüger, Gründungsmitglied des Bundesarbeitskreises Shalom, der sich gegen Antisemitismus in der Partei einsetzt. Krüger und seine Mitstreiter werden in der Linken offen angefeindet. Mal versuche man, der Gruppe den Geldhahn zuzudrehen, mal drohen Genossen in E-Mails offen Prügel an.

Krüger kennt die Tarnungen seiner Gegner. Die müssten gar nicht offen als Antisemiten auftreten, „um mit Wortmel-



dungen oder Aktionen antisemitische Stereotypen zu schüren“, sagt er. Und davon gab es zuletzt reichlich.

So konnte auf der Homepage des Duisburger Kreisverbands der Linken ein Flugblatt abgerufen werden, auf dem ein Hakenkreuz und der Davidstern zusammenwuchsen. Israel wurde als „Schurkenstaat“ angeprangert. „Kauft keine Produkte aus Israel“, stand im Fordeungskatalog des Pamphlets. Der Verantwortliche wurde nicht ausfindig gemacht, der Kreisverband distanzierte sich, dabei setzt sich der Vorsitzende der Duisburger Linken-Ratsfraktion seit Jahren für einen Boykott israelischer Produkte ein.

Im Mai trat die nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Inge Höger auf einer Palästina-Konferenz in Wuppertal vor zahlreichen Hamas-Sympathisanten auf. Sie trug dabei einen Schal, auf dem eine Karte des Nahen Ostens abgebildet war. Ohne Israel. Das Tuch sei ihr eben umgelegt worden, rechtfertigte sie sich später, sie habe nicht unhöflich sein wollen. Gysi reichte das als Entschuldigung.

In Bremen hatte das Friedensforum im März vor einem Supermarkt zum Boykott von Früchten aus Israel und den besetzten Gebieten aufgerufen, um gegen die israelische Siedlungspolitik zu protestieren. Die Linke verweigerte sich einer gemeinsamen Initiative aller Parteien gegen diese Aktion. Der Aufruf erinnere zwar an die Nazi-Kampagne „Kauft nicht bei Juden“, erklärten die Landesvorsitzenden. Doch seien Boykottaktionen gegen Israel nicht antisemitisch.

Die Linke ist Wiederholungstäterin. Vor zwei Jahren wurde Gregor Gysi von Israels Botschafter in Berlin zum Gespräch gebeten (SPIEGEL 5/2009), nachdem sich neun Bundestagsabgeordnete an einer Demonstration beteiligt hatten, auf der „Tod Israel“ gerufen wurde. Neben Trans-



**Linken-Abgeordnete Höger**  
*Auftritt vor Hamas-Sympathisanten*

parenten mit dem Schriftzug „Holocaust in Gaza“ flatterte die Fahne der Partei.

Gysi hatte mehrfach versucht, das Verhältnis der Linken zu Israel neu zu definieren und zu entkrampfen. Doch Teile der Partei und Fraktion fielen ihm immer wieder in den Rücken – ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

So verweigerten sich elf Abgeordnete der Linken 2008 einer gemeinsamen Resolution des Bundestags gegen Antisemitismus. Als der israelische Staatspräsident Schimon Peres 2010 als Gastredner im Bundestag auftrat, blieben drei linke Abgeordnete beim Schlussapplaus demonstrativ sitzen – darunter auch Sahra Wagenknecht, die Wortführerin der Fundis. Die Verteidigung der Israel-Gegner in der Linken ist dabei immer gleich. Es müsse erlaubt sein, Israel zu kritisieren, ohne gleich als Antisemit beschimpft zu werden.

Andrej Hermlin, Sohn des DDR-Schriftstellers Stephan Hermlin, sieht darin „die feige Spielart des linken Antisemitismus“, antisemitische Positionen als legitime Kri-

tik an Israel zu verkaufen. „Widerlich und ekelerregend“ sei das, was er in den vergangenen Wochen erlebt habe, beschied Hermlin seinem Parteifreund Gysi.

Abgeordnete wie Steffen Bockhahn sehen in dem Streit einen „Stellvertreterkrieg“ zwischen Fundis und Realos um die Vorherrschaft in der Partei. Den Realos werde vorgeworfen, sie wollten sich mit der Antisemitismuserklärung bündnisfähig machen für SPD und Grüne.

Dabei geht das Problem tiefer. „Ohne eine schmerzhaft Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte des Antisemitismus in der DDR, aber auch dem Antisemitismus der westdeutschen Linken, ist die Linkspartei kein glaubhafter Bündnispartner im Kampf gegen Diskriminierungen aller Art“, beklagt Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, die eigentlich rechtsextreme Auswüchse im Visier hat. Diese Woche veranstaltet sie indes aus aktuellem Anlass eine Podiumsdiskussion zu dem Thema: „Renaissance eines Antisemitismus von links?“

Anders als Gysi wollen prominente Linke nun verschärft dem offenen oder getarnten Antisemitismus in den eigenen Reihen entgegentreten. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau gehört dazu, die Parlamentarische Geschäftsführerin Dagmar Enkelmann und Fraktionsvize Dietmar Bartsch. Er fordert entnervt: „Die Debatte muss schnell aufhören.“

Auch Bodo Ramelow, Fraktionschef in Thüringen, fürchtet, dass es vielen Genossen in Wirklichkeit gar nicht um das Unrecht an den palästinensischen Menschen im Gaza-Streifen gehe, „sondern eher um einen ungewünschten Staat Israel, den man unter Vorspiegelung eines internationalistischen Fähnchens am liebsten verschwinden sehen möchte“.

MARKUS DEGGERICH

ESSAY

# DIE WÜRDE IN VITRO

ZUR DEBATTE DES BUNDESTAGS UM DIE PRÄIMPLANTATIONS DIAGNOSTIK

VON BERNHARD SCHLINK

1.

Die Debatte des Bundestags darüber, ob die Präimplantationsdiagnostik völlig verboten oder auf die eine oder andere Weise ein bisschen erlaubt werden soll, wird in den Medien als große Stunde des Parlaments gefeiert werden. Das geschieht immer, wenn die Abgeordneten ein großes moralisches und rechtliches Problem ohne Fraktionsbindung beraten, allein der Sache verpflichtet und ihrem Gewissen verantwortlich. Das große moralische und rechtliche Problem soll hier sein, ob oder wie die Präimplantationsdiagnostik mit der Achtung und dem Schutz menschlichen Lebens und menschlicher Würde vereinbar ist.

Um die Achtung und den Schutz der befruchteten Eizelle, um die es geht, wird sonst wenig Aufhebens gemacht. Die Hälfte aller befruchteten Eizellen geht ab, bevor sie sich in der Gebärmutter einnisten können. Das wird vom Menschen weder verursacht, noch kann es von ihm verhindert und verboten werden. Aber das Sterben und der Tod dieses menschlichen Lebens, dem menschliche Würde zu eigen sein soll, werden auch nicht betrauert: keine Reden, keine Klagen, keine Messen.

Zahllose befruchtete Eizellen gehen ab, weil eine Spirale die Einnistung verhindert. Hier ist nicht mehr die Natur die Ursache, sondern der Mensch, und die Zerstörung des menschlichen Lebens und die Antastung der menschlichen Würde, die in der Zerstörung des menschlichen Lebens liegen soll, könnten verboten werden. Zwar wird die Verwendung eines Intrauterinpessars, also einer Spirale, von manchen moralisch verurteilt. Aber ein rechtliches Verbot wird von niemandem erwogen.

Auch nach der Einnistung gehen befruchtete Eizellen ab, und die Ursache ist teils die Natur und teils der Mensch. Ein Fünftel aller befruchteten Eizellen geht nach der Einnistung von selbst ab, und hier wird manchmal auch getrauert, nicht über Leben und Würde, aber über die Enttäuschung eines Kinderwunsches. Außerdem kann die Schwangere den Embryo abtreiben, nachdem sie an einer Beratung teilgenommen und eine dreitägige Bedenkzeit eingehalten hat. Wieder wird von niemandem ein Verbot erwogen, das zum Schutz des Lebens und der Würde des Embryos den Schwangerschaftsabbruch erschweren und die Freiheit der Schwangeren einschränken würde.

Am Schutz von Leben und Würde des auf natürliche Weise gezeugten Embryos zeigt sich der Gesetzgeber wenig interessiert.

2.

Das Interesse des Gesetzgebers gilt dem Schutz des Embryos, der künstlich in der Petrischale gezeugt wurde. Er soll vor der Präimplantationsdiagnostik geschützt werden, weil sie zur Nicht-Einpflanzung des Embryos und damit zur Zerstörung menschlichen Lebens und Antastung menschlicher Würde führen könne. Das Verbot oder die Beschränkung der Präimplantationsdiagnostik kann den in vitro

gezeugten Embryo zwar nur bis zur Einpflanzung schützen. Aber bis zur Einpflanzung soll ihm die Zerstörung seines Lebens und Antastung seiner Würde, die dem in vivo Gezeugten zustoßen kann, nicht zustoßen. Erst danach soll der eine Embryo so schutzlos oder so geschützt sein wie der andere.

Das reimt sich nicht zusammen, und es reimt sich nicht auf die Achtung und den Schutz menschlichen Lebens und menschlicher Würde. Es reimt sich auch dann nicht, wenn auf die Entscheidung abgestellt wird, die mit der Präimplantationsdiagnostik vorbereitet wird. Die Entscheidung, ob ein Embryo eingepflanzt oder nicht eingepflanzt werden soll, soll mit ihrer Unterscheidung von einpflanzungs- und lebenswürdigen und einpflanzungs- und lebensunwürdigen

Embryonen diskriminierend sein. Weil die Präimplantationsdiagnostik die Entscheidung gegen die Geburt eines behinderten Kinds vorbereite, deklariere sie Behinderte als lebensunwürdig.

Aber ohne Entscheidung geht es nur da, wo die Natur sich überlassen ist. Sich überlassen lässt sie befruchtete Eizellen vor oder nach der Einnistung abgehen; sie wählt aus, welche befruchteten Eizellen tauglich und welche untauglich sind. Wenn die Zeugung nicht mehr natürlich, sondern künstlich geschieht, sind Entscheidungen unvermeidlich. Die Frau, der die Eizelle entnommen wurde, muss entscheiden, ob ihr die befruchtete Eizelle eingepflanzt oder nicht eingepflanzt werden soll. Wird nach der Einpflanzung diagnostiziert, dass die Geburt eines behinderten Kinds bevorsteht, muss sie entscheiden, ob sie der Belastung der Behinderung gewachsen ist oder die Schwangerschaft abbrechen soll. Das Recht lässt beide Entscheidungen ebenso zu, wie es die Pränataldiagnostik zulässt, die die Entscheidung über Abbruch oder Nicht-Abbruch vorbereitet.

Besonders augenfällig werden die Ungereimtheiten im Fall der Frau, die über 35 Jahre alt ist, die nach In-vitro-Fertilisation und ohne Präimplantationsdiagnostik schwanger wurde und der wie allen über 35 Jahre alten Schwangeren zur Pränataldiagnostik geraten wird, zu der häufig der riskante Eingriff der Amniozentese gehört. Dabei wird geprüft, was auch schon bei



Zellentnahme für Präimplantationsdiagnostik

**Der Vergleich mit Auschwitz ist bei aller guten Absicht peinlich.**

ANP PHOTO / ACTION PRESS

der Präimplantationsdiagnostik hätte geprüft werden können – nun aber mit dem Risiko, dass der Eingriff zum Abbruch der Schwangerschaft eines gesunden Kindes führt.

### 3.

Die Ungereimtheiten finden eine gewisse Erklärung darin, dass der Kampf um die Präimplantationsdiagnostik ein Nachhutgefecht des Kampfs um den Schwangerschaftsabbruch ist. Zwar kann der Frau, die sich der Belastung der Behinderung nicht gewachsen fühlt, die Verweigerung der Geburt eines behinderten Kindes nicht mehr verboten werden. Aber sie kann ihr schwergemacht werden; wenn sie schon verweigern will, soll sie mit der Schwangerschaft und dem Leid des Schwangerschaftsabbruchs zahlen, statt einfach die Einpflanzung abzulehnen.

Dazu kommt das Erschrecken darüber, dass der Bereich dessen, was dem Menschen unverfügbar ist, weil es in der Macht des Schicksals steht oder in der Hand Gottes liegt, schwindet. Dass Kinderlosigkeit nicht mehr über Paare verhängt ist, dass Kinder nicht nur in vivo, sondern auch in vitro gezeugt und nicht nur von der eigenen Mutter, sondern auch von einer anderen Frau ausgetragen werden können, dass bei Kindern vieles, was immer ein Geheimnis war, nicht mehr ein Geheimnis ist, sondern diagnostiziert und prognostiziert werden kann und dass Kinder vorstellbar sind, die designt und geklont sind – das alles erschreckt derart, dass die modernen Mittel dieser Entwicklung abgelehnt werden, selbst wenn sie nicht mehr anrichten, als die gewohnten Mittel angeordnet haben; nicht mehr als das Intrauterinpressar, das es seit fast hundert Jahren, und nicht mehr als der Schwangerschaftsabbruch, den es seit Jahrtausenden gibt.

Schließlich wirft auch die nationalsozialistische Vergangenheit ihren langen Schatten auf die Diskussion um die Präimplantationsdiagnostik. Die Entscheidung, die mit der Präimplantationsdiagnostik vorbereitet wird, wird als Selektion paraphrasiert und gelegentlich sogar ausdrücklich mit der Selektion an der Rampe in Auschwitz verglichen. Das ist, wo es nicht einfach ein billiges Mittel der Diskreditierung ist, vermutlich ein gutgemeinter Versuch, aus der nationalsozialistischen Vergangenheit die Lehre zu ziehen.

Den Ungereimtheiten hilft das nicht ab. Die Frau, die sich der Belastung der Behinderung nicht gewachsen fühlt, leiden zu lassen mutet zynisch an. Das Erschrecken über den schwindenden Bereich des Unverfügbaren ist bei aller Liebenswürdigkeit weltfremd und der Vergleich der Präimplantationsdiagnostik mit Auschwitz bei aller guten Absicht peinlich.

### 4.

Dreist ist der Paternalismus, den sich der Gesetzgeber mit allen drei vorliegenden Regelungsentwürfen anmaßt. Ob er mit dem einen Entwurf die Präimplantationsdiagnostik überhaupt verbieten oder ob er sie mit den anderen Entwürfen mehr oder weniger engen Indikationen-Regimen und Kontrollen durch Ethikkommissionen unterwerfen will – ihn leitet die Vorstellung von verantwortungslosen Eltern, die es zu gängeln gilt.

Wie kommen die Abgeordneten zu dieser Vorstellung? Haben sie in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis keine Paare, die die Mühen einer künstlichen Befruchtung auf sich genom-

men haben? Konnten sie nicht mit dem einen oder anderen solchen Paar reden, vor allem ihm zuhören?

Die Tests, irritierend für den Mann und schmerzhaft für die Frau, die hormonelle Stimulation, das Absaugen der Eizellen unter Narkose, die Risiken, die für die Frau mit beidem verbunden sind, die Übertragung der befruchteten Eizellen, die mehrfache Wiederholung der Prozedur, weil nicht einmal bei einem Drittel der befruchteten und übertragenen Eizellen eine Schwangerschaft entsteht und es nicht einmal bei einem Fünftel zur Geburt kommt – all das nehmen Eltern und nimmt besonders die Frau auf sich, weil sie sich ein Kind wünschen: nicht ein Designerkind mit blondem Haar und blauen Augen, nicht ein Kind mit diesem statt jenem Geschlecht, sondern einfach ein gesundes Kind. Ein Kind, das wie alle Kinder ist und es nicht immer einfach haben wird, Störungen überwinden und auswachsen muss, vielleicht auch auf die eine oder andere Weise gezeichnet bleibt, aber letztlich ein erfülltes und glückliches Leben haben kann. Manche Eltern werden sich nach der Präimplantationsdiagnostik gegen die Übertragung entscheiden. Aber wer es sich mit der künstlichen Befruchtung so schwergemacht hat, macht es sich mit der Entscheidung nicht leicht, sondern trifft sie gewissenhaft und sorgfältig.

Wie gering muss man von Eltern denken, wenn man ihnen diese Entscheidung nicht zutraut. Wenn man meint, sie ihnen verwehren oder ihnen Indikationen vorgeben und Ethikkommissionen beigesellen zu müssen. Wenn man ihnen unterstellt, andernfalls würden sie Kinder mit Problemen einfach aussortieren. Diese Eltern sind eine Karikatur, wie im Kampf um den Schwangerschaftsabbruch die Frau eine Karikatur war, die die Schwangerschaft abbrach, weil sie das Reiten nicht aufgeben oder eine Reise nicht verschieben wollte.

Vielleicht gibt es Fälle, in denen die Wirklichkeit die Karikatur einlöst. Vielleicht gibt es das Paar wirklich, das nach der Designerwohnung und dem Designerauto und der Designergarderobe auch ein Designerkind will. Aber so wie dieses Paar die Designergarderobe, die es in Deutschland nicht findet, in einem anderen Land kauft, fährt es auch für das Designerkind, das es in

Deutschland nicht haben kann, in ein anderes Land. Dass es Fälle gibt, in denen die Wirklichkeit die Karikatur einlöst, ist kein Grund, die Karikatur zum Maßstab der Regelung zu machen.

### 5.

In der Debatte des Bundestags um die Präimplantationsdiagnostik werden die Abgeordneten große Worte finden und einen hohen Ton anschlagen. Aber die Lösung des Regelungsproblems, die aus dem Schatten der nationalsozialistischen Vergangenheit tritt, den Kampf um den Schwangerschaftsabbruch hinter sich lässt und die Entscheidung zur Präimplantationsdiagnostik in die Hände der Eltern gibt, in denen auch die Entscheidung über Zeugung, Schwangerschaft und Geburt liegt, wird gar nicht zur Sprache kommen. Die Ungereimtheiten des Lebens- und Würdeschutzes werden die Abgeordneten in ihren Reden aussparen, und sie werden die Eltern aussparen – oder sie als Karikatur vorführen, vor der die Embryonen zu schützen sind. Eine große Stunde des Parlaments?

*Schlink, 66, ist emeritierter Professor für Verfassungsrecht und Rechtsphilosophie und Autor zahlreicher Romane und Essays.*



*Sitzung des Deutschen Bundestages*

**Dreist ist der Paternalismus, den sich der Gesetzgeber anmaßt.**



# Der schwarz-rot-goldene Minister

Hans-Peter Friedrich (CSU) wollte nie Bundesinnenminister werden. Nun muss er ein Amt ausfüllen, in dem er keine Erfahrung hat – mit einer Kanzlerin, die keine konservative Profilierung wünscht, und einer FDP, die die meisten seiner Vorschläge blockiert. *Von Holger Stark*

**H**ans-Peter Friedrich steht vor einem weißen Küchenzelt in der Sonne, hinter ihm fließt die Elbe träge durch die Dresdner Innenstadt. Am Revers seines silbergrauen Sommeranzugs steckt eine Deutschland-Fahne. Friedrich soll mit den Helfern des evangelischen Kirchentags essen, eine Pfadfindergruppe wartet schon, aber er will noch eine Geschichte erzählen.

Als die Fußballweltmeisterschaft 2006 das Land verzauberte, hatte ein Freund tausend Deutschland-Fähnchen produziert, die man sich ans Hemd stecken konnte. Friedrich heftete sich eine an den Anzug und hielt eine Rede vor dem Bundestag. Am Abend konnte man sein schwarz-rot-goldenes Fähnchen im Fernsehen erkennen, viele Menschen sprachen den CSU-Mann darauf an.

Friedrich, 54, fand das schön, und so ging er zu Volker Kauder, seinem Fraktionsvorsitzenden. „Mensch, Volker“, sagte er, „wenn es uns gelingt, Schwarz-Rot-Gold zum Markenzeichen der Union zu machen, wäre das ein großer politischer Erfolg.“ Die Parteifarbe der Union ist Orange, eine Werbeagentur hat sich das 2004 ausgedacht. Orange ist beliebig. Schwarz-Rot-Gold ist patriotisch. Die Union und die Deutschland-Fahne, das würde doch gut zusammenpassen.

Kauder mochte die Idee, er ließ Zehntausende Deutschland-Nadeln produzieren, doch die Aktion floppte. Die meisten Anstecker liegen irgendwo herum, die Farbe der Union ist nach wie vor Orange, nur Friedrich verschenkt unverdrossen seine Fähnchen.

„Ich verleihe sie als Patriotenorden“, sagt er, er leuchtet jetzt wie die Sonne über Dresden, „und immer, wenn man ihn anlegt, sollte man dabei die Nationalhymne summen.“ An jedem seiner Anzüge steckt eine schwarz-rot-goldene Nadel. Die Frage, ob er die Nationalhymne summt, wenn er morgens



**Konservativer Friedrich:** „Die Nationalhymne summen“

in den Anzug schlüpft, lässt er unbeantwortet.

Seit 100 Tagen ist Friedrich nun Ressortchef, doch gebrannt hat er für das Amt nie. Dabei ist er der erste CSU-Innenminister seit Friedrich Zimmermann, er ist Schwarz-Rot-Gold bis ins Herz, es hätte der perfekte Job sein können. Das Problem ist nur, dass er keinen Auftrag hat, schwarz-rot-goldene Innenpolitik zu machen.

Sicherheitspolitik galt immer als Bastion der Konservativen. Recht, Ordnung und Ausländerpolitik sind Themen, die die Seele der Partei berühren. Das Ressort war die ideale Bühne, um ein bürgerliches Publikum anzusprechen und sich von den anderen Parteien abzugren-

zen. Wolfgang Schäuble personifizierte diese Rolle.

Aber unter Angela Merkel haben sich die Werte verschoben. Die Kanzlerin ersetzte Schäuble nach der Bundestagswahl 2009 durch Thomas de Maizière, es war auch eine inhaltliche Entscheidung. Das Ministerium soll still funktionieren. Merkel geht es nicht darum, dass die Konservativen befriedigt werden; sie will nicht, dass ihr Innenminister als Marktschreier auftritt. Das Amt soll effizient geführt werden und nicht Schauplatz ideologischer Kämpfe sein. Thomas de Maizière personifizierte diese veränderte Rolle (SPIEGEL 41/2010). Was bedeutet das für Hans-Peter Friedrich?

Der Minister schlendert am Ufer der Elbe entlang, um den Hals trägt er einen grünen Schal, die Pfadfinder haben ihm das Zeichen des Kirchentags umgelegt. Gleich wird er einen Preis für Fairness und Toleranz an eine Multikulti-Fußballtruppe mit dem schönen Namen „FC Internationale“ verleihen.

„Ich stelle schon fest, dass ich viele Gemeinsamkeiten mit Wolfgang Schäuble habe“, sagt er. De Maizière habe mehr den Gemeinsinn und die Zivilgesell-

schaft im Blick gehabt. Friedrich dagegen hält das Thema innere Sicherheit für existentiell. Was sei die wichtigste Aufgabe des modernen Staats? Doch wohl, für den Schutz der Bürger zu sorgen.

„Ich bin mir nicht sicher, ob man sich ganz oben wirklich darüber im Klaren ist, wie wichtig das Thema für die Union ist“, sagt Wolfgang Bosbach. Der CDU-Mann sitzt in seinem Büro in Berlin hinter einer milchigen Glasscheibe mit der Aufschrift „Vorsitzender des Innenausschusses“. Bosbach war stellvertretender Chef der Unionsfraktion, er wäre gern Innenminister geworden, aber Merkel hat ihn nicht gefragt. Den Innenausschuss hat er auch übernommen, um Unabhängigkeit von der Kanzlerin zu demonstrieren.

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Neulich hat sich Bosbach in der Fraktion zu Wort gemeldet. Er war verärgert über die Auseinandersetzung mit der FDP um die Anti-Terror-Gesetze. „Ich habe das Gefühl, dass die Bedeutung und Sprengkraft des Streits für die Koalition unterschätzt wird“, sagte er. Man könne nicht nach dem Motto verfahren, „et hätt noch immer jootjeange“. Großer Applaus. Fraktionschef Kauder antwortete, das wisse man doch, Bosbach renne offene Türen ein. Merkel schwieg.

Bosbach erzählt die Episode, noch immer erregt. Er traut der FDP nicht. Die Liberalen haben sich als widerborstige Partner erwiesen, die auf Bürgerrechte setzen und den Innenminister in die Defensive drängen. Der neue Innenminister befinde sich „in keiner leichten Lage“, er müsse sich „als ehrlicher Makler zwischen den Interessen der Innenpolitiker der Union und denen der FDP betätigen“, sagt Bosbach, „er beschreitet einen Mittelweg. Friedrich will bewusst andere Akzente setzen als Thomas de Maizière, aber auch nicht mit markigen Worten den schwarzen Sheriff geben“. Bosbach hätte Friedrich gern mehr wie Schäuble, aber er weiß, dass die Kanzlerin sich mehr de Maizière wünscht.

Zwei Stunden nach seinem Amtsantritt im März hatte sich Friedrich den Journalisten vorgestellt und gesagt: „Dass der Islam zu Deutschland gehört, ist eine Tatsache, die sich aus der Historie nirgends belegen lässt.“ Damit hatte er dem Bundespräsidenten widersprochen, der vorher das Gegenteil erklärt hatte: „Der Islam gehört zu Deutschland.“ Friedrichs Aussage sollte ein patriotisches Bekenntnis sein, sie gab sein Bild eines christlich geprägten Deutschlands wieder, so ähnlich hatte er das schon früher gesagt, doch damals hatte sich kaum jemand dafür interessiert.

Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ nannte den Minister einen „Windsäer“, die „Financial Times Deutschland“ diagnostizierte eine „Verwandlung“ zum Hardliner. Sogar in Amerika wurde Friedrichs Satz registriert. Nach diesem „verstörenden, widerlichen Start“ sei es „schwer vorstellbar, wie Friedrich sein Amt jemals erfolgreich“ ausfüllen könne, kommentierte die „New York Times“. Selbst die Kanzlerin widersprach ihrem neuen Kabinettskollegen. Friedrich hatte einen Fehlstart hingelegt.

Berlin, der Kinosaal des Deutschen Historischen Museums, ein paar Wochen

danach. Der Minister eröffnet die Islamkonferenz vor einem dunkelblauen Vorhang aus Samt. Es wird eine Begegnung seiner Weltsicht mit dem anderen Teil der Gesellschaft.

Er liest einen Text ab, es geht um gesellschaftliche Teilhabe von Muslimen. Während Friedrich spricht, verteilen die muslimischen Teilnehmer ein Flugblatt, „Muslime werden leider immer noch von der Politik für ihre Profilierung missbraucht“, steht dort. Das geht gegen den Minister.



Muslime beim Gebet\*: „Christlich-abendländisch geprägt“

„Eine solche Debatte kann man nicht ignorieren“, sagt die Bochumer Islamwissenschaftlerin Armina Omerika, die drei Plätze weiter auf dem Podium sitzt. Friedrich schweigt, seine Backenmuskeln malmen, er hebt die Hand, aber Omerika redet einfach weiter. Ein klares Bekenntnis, dass der Islam Teil dieser Gesellschaft sei, habe man von ihm bisher nicht gehört, sagt sie. Sie will ihn provozieren.

Wenn die Islamkonferenz ein Erfolg werden soll, muss Friedrich sich jetzt erklären; es geht auch darum, ob von dem neuen Minister ein Zeichen der Spaltung oder der Versöhnung ausgeht. „Selbstver-

\* In Duisburg-Marxloh.

stänglich sind die vielen Muslime, die in Deutschland leben, ein Teil dieser Gesellschaft“, sagt Friedrich. Er sagt nicht „Islam“, sondern „Muslime“, gemeint sind die Menschen, nicht die Religion. Er hat die Hände gefaltet, er will überzeugen. „Aber dieses Land ist ein christlich-abendländisch geprägtes Land, daran besteht hoffentlich auch kein Zweifel.“

Omerika fragt, ob er damit seine Äußerungen zurücknehme. Friedrich kann sich mühsam beherrschen: „Passen Sie auf, ich habe nichts zurückzunehmen.“

Friedrich hat diesen Auftritt eigentlich nicht gewollt. Innenminister zu werden war für ihn kein Ziel. Er hat Jura und Volkswirtschaft studiert und über „Die Testamentsvollstreckung an Kommanditanteilen“ promoviert. Später arbeitete er im Wirtschaftsministerium und in der Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft in Washington. Dann trommelte Horst Seehofer die CSU-Spitze an einem Dienstagabend Anfang März in der bayerischen Staatskanzlei zusammen.

Karl-Theodor zu Guttenberg war gerade als Verteidigungsminister zurückgetreten, die CSU musste einen neuen Minister benennen. Friedrich wäre an der Reihe gewesen, aber er genoss es, als Landesgruppenchef beim Koalitionsausschuss dabei zu sein und dienstags die Parlamentskorrespondenten zum Weißwurstessen in die bayerische Landesvertretung zu laden. „Ich mache das Amt erst 16 Monate“, sagte er, „lasst es mich noch ein wenig machen.“

Der bayerische Finanzminister mochte auch nicht Bundesminister werden. Er habe kleine Kinder und wolle nicht nach Berlin, sagte Georg Fahrenschon. An diesem Dienstagabend meldete sich Merkel bei Seehofer. Wenn die CSU das Innenressort wolle, werde de Maizière Verteidigung übernehmen.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sagte nach Rücksprache mit seiner Frau ab, ebenso Verkehrsminister Peter Ramsauer. Genervt rief Seehofer Friedrich an: „Du musst es jetzt machen.“ Friedrich: „Nein.“ Seehofer: „Doch.“ Friedrich: „Ich muss erst mit meiner Frau reden.“ Seehofer verlor die Geduld: „Jetzt redet hier niemand mehr mit seiner Familie. Wenn du es nicht machst, hat die CSU nur noch zwei Ministerien.“

Wenn man Friedrich nach diesem Abend fragt, sagt er, er habe die Rolle des Landesgruppenchefs gern ausgefüllt,



der Job sei „genial“. Es ist wahrscheinlich die beste Möglichkeit, bayerische Weißwurst-Politik mit dem Regieren des Landes zu versöhnen. Friedrich sagt, er habe das jetzt hinter sich gelassen, er besitze die Fähigkeit, sich schnell für neue Aufgaben zu motivieren. Im Innenministerium stellten sich die großen Fragen, die ihn antrieben und derentwegen er Politik mache. Was hält die Gesellschaft zusammen? Was bewegt die Verfassung?

Einige Wochen nach dem Gespräch mit Seehofer sitzt Friedrich in der Pressekonferenz vor den Hauptstadtjournalisten und soll die gesunkenen Kriminalitätszahlen präsentieren. Für den Bundesinnenminister ist das einer der schönsten Termine im Jahr.

Friedrich erwähnt die tolle Arbeit der Polizei, die Jugendkriminalität und Richter, die nur mit den Gesetzen arbeiten könnten, die ihnen die Politik an die Hand gebe. Er redet wie ein Arzt, der seinem Patienten eine Standarddiagnose vorträgt. Es ist ein kurzer monotoner Auftritt, ein Pflichttermin.

Dann spricht Boris Rhein, CDU, aus Wiesbaden. Rhein vertritt die Innenminister der Länder. Er redet von der Bedrohung im Internet, vom Nationalen Cyber-Abwehrzentrum, dem digitalen Verbrechen als der „Kriminalität von morgen“. Er spricht kantig, wie ein Handelsvertreter, der Werbung für sich und sein Produkt machen muss. Rhein begreift den Auftritt als Chance. Friedrich wirkt, als habe er sich bereit erklärt, als Bundesinnenminister einzuspringen, bis es ein anderer macht.

„Sind Sie anders als die anderen?“, will ein Journalist von ihm wissen. „Herr Minister, sind Sie ein Weichei?“

Schily hätte den Fragesteller abgeburstet, Schäuble mit Ironie geantwortet und de Maizières kühl bis in die Knochen reagiert. Friedrich dagegen wirkt, als habe ihn die Missachtung gar nicht erreicht. „Es gibt nur eine Botschaft“, sagt er, „und das ist die, dass ich mich in erster Linie auf die Sachthemen konzentriere.“

Rhein will Friedrich beispringen, er sagt, wie „wohltuend nüchtern“ Friedrich doch sei. „Wir hatten ja vor nicht allzu langer Zeit einen Ansager.“ Damit ist Schäuble gemeint. „Für uns ist es nicht wichtig, einen Sheriff zu haben, sondern einen Partner.“ Rhein wollte helfen, aber mit seinen Worten hat er Friedrich klein gemacht.

Die Wahrheit ist, dass Friedrich ein Windsäer war, aber die Jahre in der Politik ihn weicher gemacht haben. Als er 1973 in die Junge Union eintrat, galten

die Jungs aus der JU als pickelige, langweilige Kofferträger. Durch Deutschland wehte ein Hauch der Revolte der 68er-Bewegung, selbst durch das fränkische Naila bei Hof, wo Friedrich aufgewachsen ist und die Menschen seit Generationen christlich und konservativ waren. Er hat die oberfränkische Heimat bis zu seinem 14. Geburtstag nicht verlassen, mit 16 ging er zur JU, er fand es empörend, dass Lehrer ihren Schülern das Du anboten. Es ging darum, „den linken Gruppen an den Schulen Paroli zu bieten“, alles andere als gelassen sei er damals gewesen, erinnert er sich. Der Kulturkampf zwischen Rechts und Links war für ihn auch ein Kampf zwischen Gut und Böse.

Über die Jahre ist er ruhiger geworden, die Kanten haben sich abgeschliffen. Mit Zuwanderern hat er seinen Frieden gemacht, zumindest wenn es nicht zu viele werden; seine Schwägerin ist Türkin, ihre



Innenpolitiker Friedrich\*: „Du musst es machen.“ „Nein.“ „Doch.“

Schwester schneidet ihm seine krausen Haare. Er habe gelernt, dass man mit Argumenten weiter komme als mit Konfrontation, sagt er. Selbst mit „der Dame“ kommt er persönlich nicht schlecht aus, obwohl sie fast alle seiner Vorschläge boykottiert. Gemeint ist Sabine Leutheusser-Schnarrenberger von der FDP. Er sagt, er habe die Justizministerin manchmal schon gar nicht mehr angesprochen, um sie nicht zu provozieren, er sei ja „kein Mensch, der rumkeift und polarisiert“. Nur manchmal durchzieht sein Auftreten noch der Geist von Naila 1973. Neulich ist er in einem Gastkommentar über „linksliberale Fundamentalisten“ hergezogen, gemeint war ebenjene „Dame“ von der FDP.

\* Im Mai in der Waffenkammer des BKA mit einer als Handy getarnten Schusswaffe.

Die CSU hat schon einmal demonstriert, was passieren kann, wenn sie einen Minister nominiert, der das Amt nicht wollte. Als Michael Glos 2005 vom Posten des Landesgruppenchefs ins Wirtschaftsministerium wechselte, verstand er von Behördenführung nicht viel. Glos gab sich redlich Mühe, aber er verließ seinen Posten als Gescheiterter, der sich und das Amt beschädigt hatte.

Friedrich war fünf Jahre lang persönlicher Referent von Glos, er will nicht enden wie sein früherer Chef. Er weiß, dass er ein Minister in Ausbildung ist, der erste Bundesinnenminister seit langem, der dieses Amt ohne einschlägige Erfahrung übernommen hat. Friedrich sitzt meist bis Mitternacht im Büro und liest Akten, im Gegensatz zu Schäuble und de Maizières höre er zu, bevor er urteile, sagen sie im Ministerium. Den Start beim Marathon in Hamburg, für den er sich schon angemeldet hatte, hat er abgesagt, er hat jetzt nur noch sonntags Zeit zum Laufen.

Offen ist, wie sehr er sich verbiegen muss, um ein Amt auszufüllen, in dem er sich als Konservativer profilieren könnte, es aber nicht darf. Der Minister wirkt wie jemand, der mit Gas und Bremse spielt und die Folgen testet. Mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wird er den Konflikt austragen müssen, sie hat ihm gerade einen Gesetzesentwurf zur Vorratsdatenspeicherung zugeschickt, der aus seiner Sicht inakzeptabel ist, wieder einmal. Auch bei den Anti-Terror-Gesetzen sind die Positionen unversöhnlich. Schäuble hätte den Konflikt gesucht, de Maizières den Ausgleich. Der neue Minister wird sich entscheiden müssen, ob er

mehr Schäubles oder mehr de Maizières Linie folgt.

Als Friedrich 1989 an die deutsche Botschaft nach Washington ging, imponierte ihm das morgendliche amerikanische Treuegelöbnis auf Flagge und Nation. Seine Tochter war damals anderthalb, Friedrich sang ihr von nun an zum Einschlafen keine Gute-Nacht-Lieder mehr vor, sondern die deutsche Nationalhymne. Bald konnte sein Mädchen große Teile auswendig.

Friedrich stockt, als er die Geschichte erzählt, er weiß, dass es in Deutschland keinen unbefangenen Nationalstolz wie in Amerika gibt, dass er jetzt klingt wie ein Nationalkonservativer. „Das wollen Sie nicht schreiben, oder?“, fragt er.

Warum nicht?

„Ach, tun Sie's“, sagt der Minister. „Ich stehe zu Schwarz-Rot-Gold.“



# Ein Fall für Kryptologen

Arme Kinder haben inzwischen Anspruch auf staatlich finanzierte Nachhilfe. Doch die Vorschriften sind so verwirrend, dass derzeit nur wenige Anträge Erfolg haben.

Damit eines gleich klar ist: Er raucht nicht, und er steckt sein Geld nicht in „Computerkram“, wie man es Leuten wie ihm ja gern unterstellt. Nein, der Hartz-IV-Empfänger Sanjay Manocha aus dem Großraum Frankfurt investiert in seine Kinder. Darauf legt der gelernte Versicherungskaufmann Wert.

Seit Mitte vergangenen Jahres bezahlt der gebürtige Inder jeden Monat 78 Euro für die Mathe- und Physik-Nachhilfe seines 16-jährigen Sohns Harsh-Shivan. Das ist viel Geld für Manocha, und so freute er sich auf das Bildungspaket der Bundesregierung, das seit Ende März Kindern mit Schulschwächen einen Rechtsanspruch auf Gratis-Nachhilfe zusichert.

Manocha stellte einen Antrag auf Lernförderung für seinen Sohn – und blitzte ab. Er hatte sich zu früh gefreut, so wie viele Mütter und Väter in den vergangenen Wochen.

Das Jobcenter verweigerte Manocha die Unterstützung, und auch am Sozialgericht Frankfurt scheiterte er. Sein Sohn habe ja auch bisher trotz Nachhilfe schlechte Noten geschrieben, heißt es im Gerichtsbeschluss: „Eine Geeignetheit zur Erreichung der Versetzung erscheint daher nicht gegeben.“ Übersetzt heißt das: Der arme Junge braucht Förderung, bekommt dafür aber kein Geld vom Staat.

Der Frankfurter Fall zeigt die Tücken des Bildungspakets, mit dem die Bundesregierung auf das Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 reagierte. Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) wollte mit dem Gesetz nichts weniger als „Sozialgeschichte“ schreiben. Etwa 2,5 Millionen bedürftige Kinder und Jugendliche bekämen nun endlich ein

„warmes Mittagessen“ in der Schule, könnten mit einem monatlichen Zuschuss von 10 Euro in Sportvereine eintreten oder Unterstützung für den Unterricht beantragen.

Doch gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut gemacht. Praktiker wie der Dortmunder Sozialamtsleiter Peter Bartow mühen sich seit Wochen mit dem Paket, das sie nun im Auftrag des Bundes umsetzen sollen. Gerade wenn es darum gehe, Nachhilfe zu bewilligen, stünden die Behörden vor „enormen Schwierigkeiten“, sagt er. Fachleute rechnen damit, dass die Vorschriften ein Einfallstor für Klagen werden könnten. Gut möglich, dass die Ministerin am Ende eher Rechts- als Sozialgeschichte schreiben wird.

Die Probleme fangen schon damit an, dass der Gesetzestext ein Fall für Kryptologen ist. Bei Schülern werde „angemessene Lernförderung berücksichtigt, soweit diese geeignet und zusätzlich erforderlich ist, um die (...) wesentlichen Lernziele zu erreichen“, heißt es da in Paragraf 28, Absatz 5. Alles klar?

„Was ist eine angemessene Lernförderung, und wie viel darf sie kosten?“, fragt sich nicht nur Uwe Lübking vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. „Wann ist diese geeignet?“, rätselt auch sein nordrhein-westfälischer Kollege Ernst Giesen. Und was sind eigentlich die wesentlichen Lernziele?

Der Frankfurter Gerichtsbeschluss hat eine weitere Frage aufgeworfen: Wie viel Zeit muss man den Kindern eigentlich zubilligen, damit sie sich mit staatlich finanzierter Nachhilfe verbessern können? Zwei Monate? Drei Monate? „Wir können doch nicht ständig überprüfen, ob die Förderung was bringt“, klagt Lübking.

Wegen der Unklarheiten werden in etlichen deutschen Städten Anträge auf Lernförderung derzeit zwar angenommen, aber nur sehr zögerlich bewilligt. In Offenbach waren es zum Beispiel bisher gerade einmal sieben von 100, in Düsseldorf kein einziger. Das werde „irgendwann in der Zukunft“ erledigt, sagt ein Behördenmitarbeiter und seufzt: „Zum Glück sind bald Ferien.“

Auch in Berlin haben viele Kinder noch nichts vom Recht auf staatlich geförderte Nachhilfe. Die Bildungsbehörde hat den Schulen, die die Förderung organisieren sollen, nämlich eine schwere Aufgabe gegeben: Lernförderung soll in Kleingruppen angeboten werden. „Doch was ist, wenn nur ein Kind Nachhilfe in Mathe braucht?“, fragt sich Manfred Heimberg, stellvertretender Leiter des Lessing-Gymnasiums in Mitte. „Soll ich warten, bis genügend andere Schüler schlechte Leistungen bringen?“

Und wer soll die Nachhilfe überhaupt erteilen? Der Bund macht dazu keine strengen Vorgaben. Landauf, landab sollen sich auch gewerbliche Anbieter bewerben können, in Hamburg und anderen Städten könnten aber auch Pensionäre und Studenten, die bisher ehrenamtlich geholfen haben, zum Zuge kommen. So würden Angebote, die es bisher umsonst gab, plötzlich mit Steuergeldern finanziert.

Anna Ziemann, Rechtsanwältin aus Bremen, wollte nicht mehr warten, bis die Behörden alle Fragen geklärt haben. Sie kümmert sich nun selbst um Englisch-Nachhilfe für einen 18-jährigen Schüler, der am Jobcenter abblitzte. „Wenn es der Staat nicht hinkommt“, sagt sie, „mache ich es eben selbst, wenn nötig auch viele Monate lang.“

Dass sich Lernförderung manchmal erst nach längerer Zeit lohnt, zeigt sich jetzt bei Harsh-Shivan Manocha, der am Frankfurter Sozialgericht scheiterte und nun Beschwerde am Landessozialgericht einlegte. Der Gymnasiast schrieb vor einigen Tagen eine Mathe-Klausur. Er bekam eine Zwei, die erste seit über vier Jahren.

GUIDO KLEINHUBBERT



Ministerin von der Leyen\*: Einfallstor für Klagen

\* Beim Besuch eines Düsseldorfer Football-Vereins, der Kinder aus benachteiligten Familien fördert.

CDU

# „Blutarme Politik“

Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth, 67, über Angela Merkels Energiewende, den Wählerschwund der Union in Großstädten und ihre fünf Regierungsjahre mit den Grünen

**SPIEGEL:** Frau Roth, dürfen wir unterstellen, dass Sie heute wesentlich zufriedener mit Ihrer Parteivorsitzenden sind als vor ein paar Monaten?

**Roth:** Ich bin mit Angela Merkel immer sehr zufrieden. Aber Sie spielen natürlich darauf an, dass ich mich voriges Jahr als Präsidentin des Deutschen Städtetages gegen den Beschluss der Bundesregierung gewehrt habe, die Laufzeit der Atomkraftwerke zu verlängern. Ich bin froh, dass das jetzt korrigiert wird.

**SPIEGEL:** Sie waren als eine der wenigen in der Union ganz klar für den rot-grünen Ausstiegsbeschluss von 2002.

**Roth:** Ich war und bin schon aus rein wirtschaftspolitischen Gründen für den Ausstieg. Die Stadtwerke und kommunalen Energieversorger haben sich frühzeitig darauf eingerichtet, auf erneuerbare Energien umzustellen. In München wird das bis 2013 gelingen, in Frankfurt bis 2015. Die Laufzeitverlängerung hätte uns großen Schaden und massive Wettbewerbsnachteile zugefügt. Mit unseren vielen kleineren Anlagen hätten wir zunächst teurer produzieren müssen als die abgeschriebenen Atomkraftwerke.

**SPIEGEL:** Hätte die Kanzlerin einfach nur weniger auf die Wirtschaftslobby und ihren Koalitionspartner und entsprechend früher auf ihre Parteifreunde in den Städten hören müssen?

**Roth:** Die Bundeskanzlerin muss natürlich mehr Interessen berücksichtigen als die Belange der Städte.

**SPIEGEL:** Nach den jüngsten Wahlschlapen hat aber auch die CDU-Spitze eine gewisse Entfremdung zwischen der Union und den Menschen in großen Städten bemerkt. Bundestags-Fraktionschef Volker Kauder verlangt mehr „Großstadtkompetenz“ in der Partei.

**Roth:** Mehr als die Hälfte der Bevölkerung wohnt in den Städten und Metropolregionen. Städte sind die Laboratorien der Zukunft, die Menschen hier leben und denken anders als im ländlichen Raum. Die CDU hat in den letzten zwei Jahren fünf bedeutende Städte verloren, darunter Köln und Hamburg; alles in allem rund dreieinhalb Millionen Menschen, die in ihrer Stadt nicht mehr von uns registriert werden. Darauf muss man reagieren.

**SPIEGEL:** Und wie?

**Roth:** Wir müssen den Bürgern Ängste nehmen: Ängste vor Veränderung, dem

gesellschaftlichen und demografischen Wandel, der Energiewende, der Zuwanderung. Über diese Themen müssen wir viel mehr reden, viel mehr erklären. In den Städten erwarten die Menschen eine offene, liberale Politik. Wir bauen in unserer Koalition mit den Grünen gerade ein neues Gymnasium, aber wir fördern auch integrierte Gesamtschulen und Ganztagschulen. Diese Vielfalt und Toleranz sind es, die eine Stadt ausmachen.

**SPIEGEL:** Für viele Ihrer Parteifreunde außerhalb der Stadtgrenze stehen Sie damit unter Linksabweichler-Verdacht. Der hessische CDU-Landesverband ist einer der konservativsten der Republik.

**Roth:** Aber auch dort wird anerkannt, dass ich schon seit 16 Jahren in dieser Stadt regiere und Wahlen gewinne. Und das hat viel damit zu tun, dass wir als Frankfurter CDU für eine liberale Bildungs- und Integrationspolitik stehen; dass wir gegen den anfänglichen Widerstand großer Teile meiner Partei Drogenabhängige als Kranke betrachten und für die kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige gekämpft haben; und dass wir eine Energiewende eingeleitet haben.

**SPIEGEL:** So viel eigener Geist verpufft, wenn Ihre Parteifreunde Ihnen zum Bei-



Christdemokratin Roth  
„Neuer Frühling in der CDU“



Anti-Atom-Proteste in Geesthacht, Münchner

spiel auf Landesebene gegenläufige gesetzliche Vorgaben machen.

**Roth:** Wenn es nach mir ginge, brauchten wir deutlich weniger Vorgaben und auch keine Bundesländer in der jetzigen Form mehr. Mein Traum war immer, aus Frankfurt und der Region einen Stadtkreis zu machen, mit eigenem Steuererhebungsrecht und der Möglichkeit, das von uns erwirtschaftete Geld auch selbstverantwortlich auszugeben.

**SPIEGEL:** Sie würden die Bundesländer abschaffen?

**Roth:** Meiner Ansicht nach sollen so viele Kompetenzen wie möglich in die Kommunen zurückverlagert werden. In der Polis ist schließlich historisch die Demokratie entstanden. Die Struktur des Föderalismus in Deutschland mit 16 teuren Landesverwaltungen und 8 Landesbanken ist veraltet und ineffizient. Wir brauchen ein Europa der Regionen mit selbstverantwortlichen Kommunen oder Stadtkreisen. Die sind viel näher an den Menschen und Milieus, die sie gewählt haben, und besser in der Lage, bürger- und pragmatische Entscheidungen zu treffen.

**SPIEGEL:** Sollte sich die CDU dann auch gleich aufspalten: in eine liberale Partei für die Stadt und eine konservative für das Land?

**Roth:** Nein, die CDU ist eine moderne Partei, die sowohl auf dem Land als auch in den großen Städten attraktiv für die Menschen sein kann. Sie muss ihre Grundsätze ernst nehmen: das Gute bewahren, an künftige Generationen denken und Verantwortung für Schwächere übernehmen. Sie muss die Idee der Volkspartei verkörpern. Der Begriff der Nachhaltigkeit ist ein klassisches Leitmotiv der CDU, der Schutz und die Bewahrung der Schöpfung sind zutiefst christliche Anliegen. Ich wünschte mir mehr kämpferischen





**Oberbürgermeister Ude auf dem Oktoberfest:** „Im Grunde setzt er die gleichen Werte in seiner Stadt um wie ich in Frankfurt“

Mut von CDU-Mitgliedern, die sagen: Ja, wir wollen das, und wir können das.

**SPIEGEL:** Die CDU braucht also mehr Leute, die auch mal gegen den Partei-Mainstream schwimmen?

**Roth:** Die CDU ist zum Glück eine Partei, die ihren Mitgliedern keine von oben festgelegte Meinung vorschreibt. Und als direkt gewählte Oberbürgermeisterin habe ich die Freiheit, auch mal andere Lösungen zu finden als der eine oder andere Kollege in einem Wahlkreis.

**SPIEGEL:** Entsteht dadurch nicht die inhaltliche Beliebigkeit, mit der Sie Ihre letzten Stammwähler vergraulen? Ihr Parteikollege Christean Wagner, Chef der hessischen Landtagsfraktion, macht den Zickzackkurs der Kanzlerin für die Wahl-schlappen der Union verantwortlich.

**Roth:** Sämtliche Parteien tun sich mit Stammwählern schwer. In den Großstädten nimmt die Zahl der Stammwähler rapide ab. Auf die Herausforderungen der Gegenwart müssen Politiker heute andere Antworten geben als vor 30 Jahren. Wir müssen nur den Mut haben, das auch ausführlich zu erklären.

**SPIEGEL:** Überschätzen Sie nicht die Anpassungsfähigkeit Ihrer Klientel? Als Sie sich für den Bau einer umstrittenen Moschee in Frankfurt eingesetzt haben, gab es auch in Ihrer Stadt heftige Proteste von Bürgern und Anwohnern.

**Roth:** Das ist zugegebenermaßen ein schwieriges Thema. Damals ging es für mich auch darum, in einer hoch emotionalisierten Situation Standfestigkeit zu zeigen und einen Stadtteil zu befrieden. Wir haben in den Städten viele Zuwanderer aus anderen Kulturen. Wir haben die klare Erwartung an die Zuwanderer, dass sie unsere Rechtsordnung respektieren und sich in unsere Gesellschaftsordnung einfügen. Wir selbst müssen uns aber Mühe geben, auch etwas von ihrer

Kultur zu verstehen, wenn wir alle friedlich miteinander auskommen wollen. Von einer Großstadtpartei kann man erwarten, dass sie allen Bürgern ein Recht auf ihre eigene Kultur zugesteht.

**SPIEGEL:** Trotzdem sorgen sich prominente Christdemokraten wie Wolfgang Bosbach um die „Werte und Überzeugungen“ der Partei – und sehen das Profil der CDU schwinden, auch bei Ihnen in Frankfurt. Mit Ihrem Koalitionspartner wollen Sie zum Beispiel eine Milieuschutzsatzung erlassen, um die Mieten in hübschen Gründerzeit-Stadtteilen mit hohen Grünwähleranteilen niedrig zu halten. Mehr Grünen-Politik geht ja kaum noch.

**Roth:** Diese Milieuschutzsatzung ist eine Sache der Grünen, die ich selbst nicht ganz unkritisch sehe. Da müssen die Grünen aufpassen, dass sie nicht die gleichen Fehler machen wie die FDP. Wer in Verdacht gerät, nur noch die Interessen der eigenen Klientel im Auge zu haben, wird von den Wählern schnell abgestraft.

**SPIEGEL:** Bislang profitieren aber offenbar nur die Grünen davon, dass ihre Kernthemen von den anderen Parteien aufgenommen werden.

**Roth:** Alle Parteien stehen doch vor denselben Problemen. Die Unterschiede der Lösungsentwürfe sind gar nicht mehr so fürchterlich groß, jedenfalls bei den aufgeschlossenen Leuten in den einzelnen Parteien. Die Frage, wer dann gewählt wird, hat viel damit zu tun, wer das glaubwürdigste Personal vorweisen kann.

**SPIEGEL:** Die Parteizugehörigkeit spielt keine Rolle mehr?

**Roth:** Keine große. Überhaupt sollte es in der Politik weniger um Parteideologie als vielmehr um die Lösung von Sachfragen gehen. Nehmen Sie meinen geschätzten Kollegen Christian Ude aus München, der regiert schon ein Jahr länger als ich. Er ist Sozialdemokrat, aber im Grunde

setzt er doch die gleichen Werte in seiner Stadt um wie ich in Frankfurt. Weil er sich an den konkreten Problemen orientiert, nicht an Parteiprogrammen. Oder nehmen Sie Grüne wie Dieter Salomon in Freiburg oder Horst Frank in Konstanz. Das sind Typen, die werden gewählt, weil sie für ihre Bürger da sind.

**SPIEGEL:** Und solche Typen fehlen der CDU?

**Roth:** Es müssten sich mehr Kandidaten entwickeln können, die authentisch sein dürfen. Aber das ist ein Problem, das die anderen Parteien ebenso haben. Es gibt immer weniger Leute, die geerdet sind in ihren Milieus, in Vereinen, von mir aus auch an Stammtischen. Blutarme Politik bewegt nichts, Politik braucht Leidenschaft.

**SPIEGEL:** In Hamburg war der Bestand der schwarz-grünen Koalition eng mit Ihrem Parteifreund Ole von Beust verbunden. Als der zurückzog, zerbrach die Koalition. Sie taugte also nicht als Modell für andere Regierungen?

**Roth:** Im Gegenteil. Die Grünen und wir haben in vielen wichtigen Bereichen die gleichen Vorstellungen. In der Familienpolitik, der Energiepolitik, bei der Bewältigung des demografischen Wandels, bei der Idee von Nachhaltigkeit. Mit diesen Schnittmengen lässt es sich nicht nur gut koalieren, sie nutzen auch dem Bürger.

**SPIEGEL:** Winfried Kretschmann, der neue grüne Regierungschef von Baden-Württemberg, hat gesagt, mit dem Atomthema sei die größte Hürde für eine schwarz-grüne Koalition im Bund abgeräumt.

**Roth:** Ich empfinde die Energiewende als einen neuen Frühling in der CDU. Innovation ist angesagt. Und ich kann den Grünen nur empfehlen, dem Ausstiegskonsens zuzustimmen. Dann können wir uns gemeinsam neuen Zukunftsthemen widmen.

INTERVIEW: MATTHIAS BARTSCH,  
ALFRED WEINZIERL



# Auf Gedeih und Verderb

Die Währungsunion wird zur größten Gefahr für die Zukunft Europas: Der Euro kettet Volkswirtschaften aneinander, die nicht zusammenpassen. Dennoch setzen die Politiker auf immer neue Hilfsprogramme. Es ist der falsche Weg.

**S**eit 14 Monate beschließen die Politiker der Euro-Staaten ein Rettungspaket nach dem anderen, sie treffen sich zu hektischen Gipfeln, sie rangeln um faule Kompromisse und türmen Risiken in gigantischen Dimensionen auf.

Und ebenso lange drücken sie sich vor dem entscheidenden Befund: So geht es

nicht weiter. Der alte Euro, so wie er gedacht war, existiert nicht mehr, die Europäische Währungsunion funktioniert nicht. Wir brauchen einen Plan B.

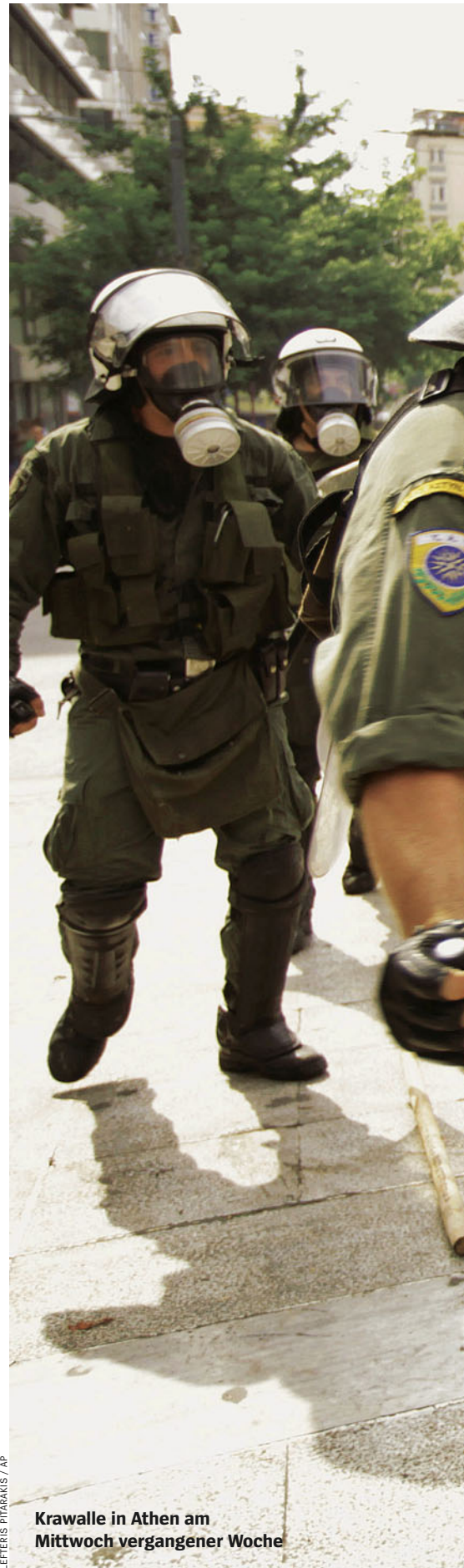
Stattdessen verzetteln sich die Verantwortlichen im Krisenmanagement. Sie beschwichtigen und beschönigen. Sie sagen, es gebe nur eine Staatsschuldenkrise in einigen Euro-Ländern, aber keine Krise des Euro, was man schon daran sehe, dass der Außenwert der europäischen Gemeinschaftswährung, etwa gegenüber dem Dollar, vergleichsweise stabil sei.

Ohne Euro aber wäre die Verschuldung Griechenlands ein isoliertes Problem, hart für das Land, für Europa leicht zu verkraften. Nur durch den Euro sind die Athener Schulden das Problem aller Partner – und eine Gefahr für ihre gemeinsame Währung.

Würden sie Griechenland fallenlassen, könnte sich die Krise unkontrolliert von einem zum anderen schwachen Euro-Land ausbreiten. Die Anleger müssten fürchten, dass Europa im Zweifel auch Portugal und Irland die Unterstützung entzöge. Sie würden ihre jeweiligen Staatsanleihen abstoßen. Die Kurse dieser Papiere fielen, die Risikoprämien stiegen. Neues Kapital könnten sich diese Länder dann nur zu hohen Zinsen besorgen, ihre Haushaltsprobleme würden noch größer. Möglicherweise bekämen sie überhaupt kein Geld mehr. Auch sie wären pleite.

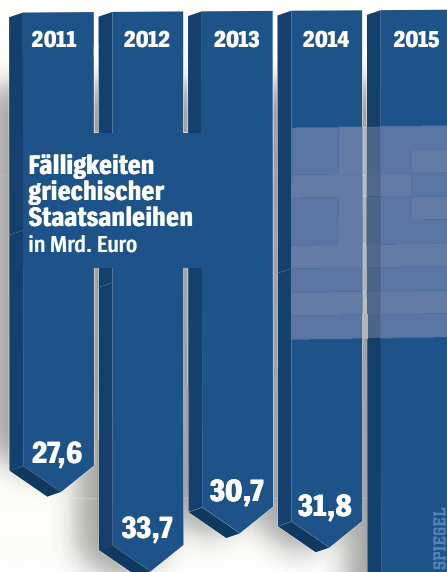
Doch wenn es weitergeht wie bisher, dann mündet die Währungsunion unweigerlich in eine Transferunion – was die Erfinder des Euro unbedingt vermeiden wollten.

Eine Krise wie diese hatten die Gründerväter nicht eingeplant, sie ist im Regelwerk der Europäischen Währungsunion nicht vorgesehen. Der Euro schweißt starke und schwache Länder auf Gedeih und Verderb aneinander. Es gibt keinen Notausgang und keine Regeln, die im Ernstfall zu befolgen sind. Nur die Hoffnung, dass am Ende alles gut wird. Deshalb sind die Krisen einiger Euro-Länder eine Krise des



Krawalle in Athen am Mittwoch vergangener Woche

## Damoklesschwert









Euro. Und eine Krise Europas, seiner Regierungen und Institutionen. Und deshalb geht es nun, plötzlich und erwartet, auch um das politische Projekt Europa, seine Zukunft und seinen Zusammenhalt.

Zum großen Handicap beim gemeinsamen Krisenmanagement wird jetzt die mangelhafte demokratische Legitimation der Retter. Vorbei die Zeiten feinsinniger Debatten darüber, ob das Europäische Parlament die Bürger proportional und gerecht an den Entscheidungen von Rat und Kommission beteiligt. Wenn es, wie jetzt, zur Sache geht, werden Entscheidungen nicht mehr in den demokratisch halbwegs legitimierte EU-Gremien getroffen, sondern auf mehr oder weniger heimlichen Gipfeln treffen einiger Regenten.

Stille Spaziergänge von Kanzlerin und französischem Präsidenten, die diskreten Gremien der Zentralbanken: Da wird Politik gemacht, die Parlamente allenfalls im Nachhinein abnicken können, obwohl kaum ein Abgeordneter sie versteht.

Die Milliarden-Entscheidungen, die von den Granden europäischer Solidarität schließlich getroffen werden, betreffen nicht nur die Bürger der notleidenden Mitgliedstaaten existentiell, sie müssen um ihre soziale Sicherung, um ihre Jobs und ihr Vermögen fürchten.

Ebenso angsteinflößend sind die Beschlüsse europäischer Politiker für Bürger, die – wie in Deutschland – auf der Sonnenseite der Union wohnen: Sie sorgen sich, dass sich ihr Staat bis in eine unglaublich ferne Zukunft hinein verschuldet.

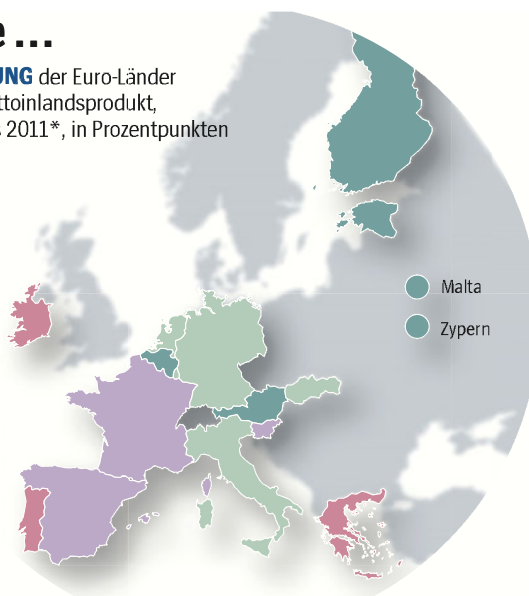
Das bringt das Volk schon deshalb gegen seine jeweilige Regierung auf, weil es an der Entscheidungsfindung nicht beteiligt wurde. Und weil es die Regierenden als Getriebene empfinden muss, die vermeintlichen Sachzwängen folgen und den Anforderungen der Finanzmärkte, selbst aber kein Konzept haben.

Zwei Regierungen hat die Euro-Schuldenkrise schon

## Schuldenkrise ...

**STAATSVERSCHULDUNG** der Euro-Länder im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, Veränderung 2005 bis 2011\*, in Prozentpunkten

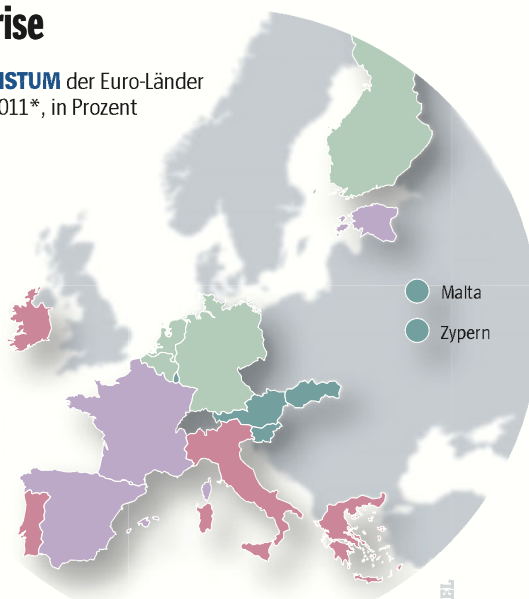
|                    |      |
|--------------------|------|
| Zypern .....       | -6,8 |
| Malta .....        | -1,6 |
| Estland .....      | 1,5  |
| Belgien .....      | 4,8  |
| Finnland .....     | 8,8  |
| Österreich .....   | 9,9  |
| Slowakei .....     | 10,7 |
| Luxemburg .....    | 11,2 |
| Niederlande .....  | 12,1 |
| Italien .....      | 14,3 |
| Deutschland .....  | 14,4 |
| Slowenien .....    | 16,0 |
| Frankreich .....   | 18,3 |
| Spanien .....      | 25,1 |
| Portugal .....     | 39,0 |
| Griechenland ..... | 57,4 |
| Irland .....       | 84,7 |



## ... Strukturkrise

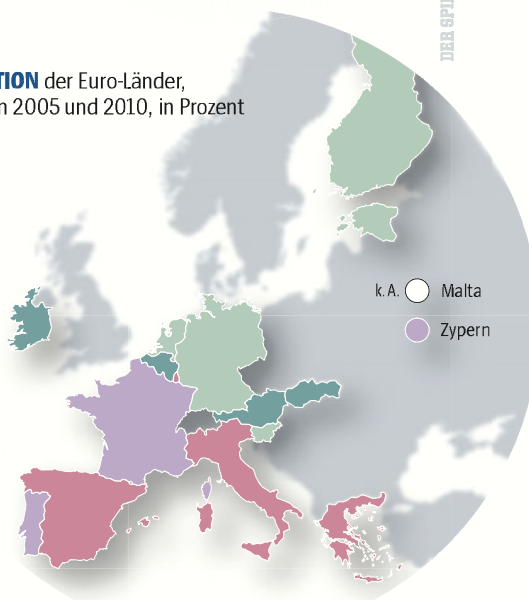
**WIRTSCHAFTSWACHSTUM** der Euro-Länder zwischen 2005 und 2011\*, in Prozent

|                    |      |
|--------------------|------|
| Slowakei .....     | 30,1 |
| Luxemburg .....    | 17,2 |
| Malta .....        | 14,7 |
| Zypern .....       | 14,4 |
| Slowenien .....    | 11,2 |
| Österreich .....   | 10,1 |
| Niederlande .....  | 9,1  |
| Finnland .....     | 9,0  |
| Belgien .....      | 8,6  |
| Deutschland .....  | 8,6  |
| Frankreich .....   | 5,6  |
| Spanien .....      | 5,3  |
| Estland .....      | 4,5  |
| Portugal .....     | 0,4  |
| Griechenland ..... | 0,0  |
| Italien .....      | -1,0 |
| Irland .....       | -1,2 |



**INDUSTRIEPRODUKTION** der Euro-Länder, Veränderung zwischen 2005 und 2010, in Prozent

|                    |       |
|--------------------|-------|
| Slowakei .....     | 43,3  |
| Belgien .....      | 14,2  |
| Österreich .....   | 9,4   |
| Irland .....       | 9,3   |
| Niederlande .....  | 4,4   |
| Deutschland .....  | 4,2   |
| Slowenien .....    | 2,4   |
| Estland .....      | 2,0   |
| Finnland .....     | 1,4   |
| Zypern .....       | -2,0  |
| Frankreich .....   | -7,8  |
| Portugal .....     | -7,8  |
| Luxemburg .....    | -10,1 |
| Italien .....      | -11,4 |
| Griechenland ..... | -16,1 |
| Spanien .....      | -16,6 |



Quelle: EU-Kommission; \*2011: Prognose

hinweggefegt, in Irland und Portugal, die spanische und die griechische könnten bald folgen. Und für die deutsche wird es ebenfalls eng: Kanzlerin Merkel könnte bei den Abstimmungen über die Rettungsmaßnahmen ihre parlamentarische Mehrheit verlieren.

Ein Riss geht durch den Kontinent, er verläuft zwischen denen, die immer mehr Geld brauchen, und denen, die es zahlen sollen. Frustriert empören sich Griechen über Deutsche, Deutsche über Griechen, Portugiesen, Spanier, Italiener, das politische Friedensprojekt der europäischen Einigung droht im großen ökonomischen Völkerstreit zu enden.

In den Schuldnerländern wächst der Widerstand gegen immer neue Sparprogramme (siehe Seite 47), in den Gläubigerstaaten der Unmut über immer neue Milliardenhilfen. Die „Empörten Bürger“ erobern die Straßen in Madrid und Athen, die „Wahren Finnen“ das Parlament in Helsinki. 60 Prozent der Deutschen lehnen ein neues Hilfspaket für die Griechen ab, mindestens ebenso groß ist der Athener Widerstand von Opposition und Gewerkschaften gegen den Spardruck der dortigen Regierung.

Mit einem Generalstreik versuchten Tausende Griechen am Mittwoch vergangener Woche, den Zugang zum Parlament lahmzulegen, in dem das neue Sparprogramm verhandelt wurde. Auf die Limousine von Regierungschef Georgios Papandreou hagelte es Orangen, andernorts flogen Steine. Mit Tränengas schützte die Polizei die Volksvertreter vor ihrem Volk.

Bis Ende des Monats will Papandreou für 2011 ein weiteres Sparpaket über 6,5 Milliarden Euro schnüren, um die Auszahlung der nächsten Kredit-Tranche aus dem Hilfspaket sicherzustellen. Die Demonstranten vor dem Parlament wollten sich damit nicht abfinden. „Diebe, Verräter.





**Euro-Retter Sarkozy, Merkel am vergangenen Freitag: Windelweicher Kompromiss**

Wo ist unser Geld geblieben?“, riefen sie.

Wie lange werden die Bürger in den schwachen Euro-Ländern, in Griechenland und Portugal, in Irland und Spanien, die harten Reformen hinnehmen? Und wie lange werden die Wähler in den Gläubigerländern tolerieren, dass ihre Regierungen immer höhere Risiken in Kauf nehmen, um den Euro zu retten?

Spätestens seit ausgerechnet im EU-Vorzeigestaat Finnland die rechtspopulistischen „Wahren Finnen“ bei den Parlamentswahlen im April fast 20 Prozent der Stimmen einfuhren, ist das politische Establishment in Brüssel aufgeschreckt. EU-weit sind die Skeptiker auf dem Vormarsch. Selbst in Kernländern der Gemeinschaft wie Frankreich und Deutschland wächst die antieuropäische Stimmung.

Der Euro, der Europa für immer einen sollte, ist zur größten Gefahr für die Zukunft des Kontinents geworden. Ein Auseinanderbrechen der Währungsunion würde Europa um Jahrzehnte zurückwerfen, vielleicht würde es sich von diesem Schlag auch nie mehr erholen. Seine Stellung ist ohnehin bedroht von den neuen Wirtschaftsmächten Asiens. Wie soll ein fragmentiertes Europa in diesem Wettbewerb bestehen?

Deshalb wollen Europas Politiker den Euro um jeden Preis verteidigen. Deshalb beschließen sie ein Rettungspaket nach dem anderen. Sie wollen Zeit gewinnen. Sie hoffen, dass sich die Märkte beruhigen und die Reformen greifen.

Unterstützung bekommen sie aus der Wirtschaft. In einer großangelegten Anzeigenkampagne werben führende deutsche Manager, darunter Gerhard Cromme

(ThyssenKrupp), Peter Löscher (Siemens) und Dieter Zetsche (Daimler), für die Währungsunion: „Der Euro ist notwendig.“ Notleidenden Mitgliedstaaten müsse finanziell geholfen werden, schreiben sie, die gemeinsame Währung sei „diesen Einsatz allemal wert“.

Doch die Ursachen der Euro-Krise liegen tiefer. Die Währungsunion ist eine Schönwetterkonstruktion. Es gab etliche Ökonomen, die das von Anfang an gesagt haben. Der Euro werde seine erste große Krise nicht überstehen, prophezeite etwa der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman. Später, im



**EZB-Präsident Trichet**

*Furcht vor massiven Verwerfungen*

Jahr 2002, legte er nach: „Euro-Land bricht in 5 bis 15 Jahren auseinander.“

Deshalb kam die Euro-Krise plötzlich, aber erwartet. Die Warnungen waren überhört worden, sie störten nur. Der Euro war vor allem ein politisches Projekt. Seine Befürworter, allen voran der damalige deutsche Kanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand, wollten die Kernländer des Kontinents auf ewig aneinanderbinden und Deutschland, das vielen Nachbarn nach der Wiedervereinigung gefährlich schien, einbetten in die europäische Gemeinschaft.

Durch die gemeinsame Währung, hofften die Politiker, werde sich das Grundproblem der Euro-Konstruktion wie von selbst lösen: Die wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedsländer sollte sich quasi automatisch angleichen.

Die Hoffnung trog. Tatsächlich glichen sich nur die Zinsen an, denn die Europäische Zentralbank legt für den gesamten Währungsraum, für starke und schwache Mitglieder gleichermaßen, einen einheitlichen Zinssatz fest. So strömte viel Kapital nach Spanien und Irland, wo sich eine Immobilienblase aufblähte, und die Griechen und Portugiesen konnten ungeübt über ihre Verhältnisse leben. Sie importierten mehr, als sie ausführten. Und sie nahmen, um ihren Konsum zu finanzieren, immer neue Schulden auf.

Das ging so lange gut, bis die Finanzkrise dem Treiben ein Ende setzte. Geld war plötzlich knapp. Die Blasen in Irland und Spanien platzten, die Wirtschaft im Euro-Raum brach ein, die Griechen mussten gestehen, dass sie weit mehr Schulden hatten, als sie je zugegeben hatten. Und dass sie ihre Zahlen von Anfang an gefälscht hatten und eigentlich nie in die Währungsunion hätten eintreten dürfen.

Seither steht die Währungsunion vor dem Scheitern: Wirtschaftlich ist Europa nicht zusammengewachsen, es hat sich noch weiter auseinanderentwickelt. Die Chancen, dass der Euro in seiner heutigen Form überlebt, sind somit geringer denn je. Auf Dauer kann die Politik ökonomische Gesetzmäßigkeiten nicht ungestraft ignorieren.

Gäbe es noch nationale Währungen, hätten Länder wie Griechenland oder Portugal ein bewährtes Mittel in der Hand, ihre mangelnde Wettbewerbsfähigkeit abzubauen. Sie müssten nur ihre Drachme oder ihren Escudo abwerten, dann würden die Gesetze von Angebot und Nachfrage dafür sorgen, die Warenströme umzulenken.

Griechische oder portugiesische Produkte würden billiger, so dass sie sich im Ausland leichter absetzen ließen. Zugleich wäre das Geld in Athen oder Lissabon weniger wert, weshalb sich die Bürger weniger Importwaren leisten könnten. Entsprechend heilsam wären die Folgen für die Außenbilanz: Die Ausfuhren würden

steigen und damit die Deviseneinnahmen, mit denen die Länder ihre Schulden bedienen könnten. Nicht die Regierung, der Markt würde dafür sorgen, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte abzubauen.

Doch in einer Währungsunion gibt es den Wechselkurs als Anpassungsventil nicht mehr. Hier müssen die Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit auf anderem Wege zurückgewinnen: durch harte Sparauflagen und die Senkung von Löhnen und Preisen. Wofür im Devisenwettbewerb der Wechselkurs sorgen würde, müssen in der Währungsunion die Regierungen erzwingen.

Gelingt das nicht, wird der Schuldenberg weiter wachsen. Dem Defizitland verbleiben am Ende nur drei Möglichkeiten: Es

- erklärt sich für zahlungsunfähig und versucht nach einer Umschuldung den ökonomischen Neuanfang;
- tritt zusätzlich aus der Währungsunion aus und führt seine nationale Währung wieder ein;
- setzt durch, dass die Gläubigerländer immer neue Kredite vergeben und das Land dauerhaft finanzieren.

Seit über einem Jahr versuchen die Regierungen einen vierten Weg: den des Durchwurstelns.

Und ebenso lange versichern die Politiker schon, dieser Weg sei alternativlos. Er werde am Ende die Steuerzahler überhaupt kein Geld kosten, weil die Problemländer, wenn sie gerettet sind, die Schulden mit Zins und Zinseszins zurückzahlen. Für die Retter sei das Ganze sogar noch ein gutes Geschäft.

Tatsächlich haben die Regierungen und die Währungshüter ihre Rettungsaktionen, allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz, immer weiter ausgeweitet, sie haben gewaltige Risiken aufgetürmt, die künftige Generationen erheblich belasten können, und sie haben sowohl die europäischen Verträge als auch die ehernen Grundsätze der EZB massiv verletzt.

Die bisherige Geschichte der Euro-Rettung ist jedenfalls keine Erfolgsgeschichte. Sie ist eine Geschichte der Irrtümer und der gebrochenen Versprechen.

Am 1. März des vergangenen Jahres verkündete Angela Merkels Sprecherin: „Ein klares Nein. Es gibt keine Haushaltsmittel für Griechenland.“ Zu diesem Zeitpunkt stand Athen vor der Pleite, CDU- und FDP-Politiker rieten dem Land, ein paar Inseln zu verkaufen.

Am 2. Mai beschlossen die Euro-Länder und der IWF ein Rettungspaket für das angeschlagene Land in Höhe von 110 Milliarden Euro. Zwar kommt der deutsche Teil der Kredite von der Staatsbank KfW, also nicht aus dem Haushalt, doch der Bund bürgt. Jeder Euro, den die Griechen nicht zurückzahlen, belastet den deutschen Steuerzahler.

Es war der erste Sündenfall, der erste Verstoß gegen die europäischen Verträge, die Hilfszahlungen an bedürftige Euro-

**Die schwachen Länder stehen wieder da, wo sie vor einem Jahr auch schon standen: am Abgrund.**

Länder kategorisch ausschließen. Diese sogenannte No-Bailout-Klausel sollte garantieren, dass aus der Währungsunion keine Transferunion wird, dass die starken nicht für die schwachen Länder zahlen müssen. Sie war grundlegend für die Akzeptanz des Vertrags durch die nationalen Parlamente, ohne sie hätte auch der deutsche Bundestag der Währungsunion nicht zugestimmt.

Der zweite Sündenfall folgte wenig später: Am 9. Mai 2010 wurde der erste Euro-Rettungsschirm geöffnet. Obwohl allein das Volumen von 440 Milliarden Euro das Gegenteil deutlich machte, versuchten Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble die Bedeutung des sogenannten EFSF herunterzuspielen. Der Schirm sei eine reine Vorsichtsmaßnahme, werde nicht in Anspruch genommen und sei, vor allem, befristet.

„Eine Verlängerung der jetzigen Rettungsschirme wird es mit Deutschland nicht geben“, sagte Merkel am 16. Sep-

tember 2010 in Brüssel. Auch dieses Versprechen hielt nur wenige Monate. Am 25. März 2011 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone einen neuen, stetigen Krisenmechanismus. Zwar heißt er anders, nämlich ESM, ansonsten soll er ab Mitte 2013 aber nach dem gleichen Prinzip wie der Vorgängertopf EFSF funktionieren. 700 Milliarden Euro wollen die Euro-Länder dafür leihen, inklusive erstmaliger Bareinlage. Mindestens 22 Milliarden Euro werden für die Deutschen fällig. Schäuble muss dafür zusätzliche Schulden aufnehmen.

Damit nicht genug: Im März einigten sich die Euro-Mitglieder zudem darauf, dass sowohl der gegenwärtige Rettungsschirm EFSF wie sein Nachfolger ESM künftig Staatsanleihen mit schlechter Bonität von Pleitekandidaten aufkaufen dürfen. Die Folge: Wer über seine Verhältnisse lebt, wird nicht mehr mit hohen Zinsen bestraft, Marktmechanismen werden ausgehebelt. Selbst Merkel-treue Finanzpolitiker wie Michael Meister von der CDU sagen: „Das Ergebnis liegt nahe an der Grenze zur Transferunion, die wir ablehnen.“

Gegenleistungen für das deutsche Nachgeben blieben ein ums andere Mal aus, allen Versprechen zum Trotz. Zwar überboten sich Vertreter der schwarz-gelben Regierung mit Forderungen nach strengeren Strafen für Defizitsünder. Vom Stimmrechtsentzug war die Rede, davon, Fördergelder aus EU-Töpfen wie dem aufgeblähten Agrarfonds einzufrieren, sogar vom Ausschluss aus der Währungsunion als letztem Mittel war die Rede.

Vor allem aber sollten die Strafen künftig automatisch verhängt werden, wenn das Haushaltsdefizit eines Euro-Mitglieds drei Prozent seines Bruttoinlandsproduktes übersteigt. „Wir sind für einen möglichst hohen Automatismus“, sagte Merkel im September 2010.

Nach einem gemeinsamen Spaziergang mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy im Badeort Deauville räumte die Kanzlerin diese Position. Das Defizitverfahren sollte auch künftig nicht automatisch starten. Die Finanzminister

## Flächenbrand Chronik der Euro-Krise

**OKTOBER 2009** Griechenland korrigiert das laufende Defizit auf 12,5 % seines BIP. Rating-Agenturen stufen daraufhin die Kreditwürdigkeit des Landes herab. Bis November steigt das Defizit auf 15,4 %.

**FEBRUAR 2010** Griechenland muss seinen Haushalt unter EU-Kontrolle stellen. Durch drastische Sparmaßnahmen soll sich das Land in den nächsten Jahren sanieren.

**März 2010** Erstes Sparpaket der Griechen: Anhebung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte, Einfrieren von Beamtengehältern. Volumen: 4,8 Mrd. € im Jahr.

**MAI 2010** Die Finanzminister der Euro-Zone und der Internationale Währungsfonds (IWF) beschließen ein **HILFSPAKET FÜR GRIECHENLAND**. Es werden 110 Mrd. € über drei Jahre bereitgestellt. Alle drei Monate sollen die Sanierungsanstrengungen Griechenlands überprüft werden.

Zweites Sparpaket: Das griechische Parlament stimmt einem Notpaket zu, das bis 2013 Einsparungen von 30 Mrd. € bringen soll. So wird u. a. die Mehrwertsteuer nochmals um zwei Prozentpunkte auf 23 % angehoben und Ausgaben für Verteidigung, im Gesundheitswesen und bei den Pensionen gekürzt.

**MAI 2010** Um auch die Zahlungsfähigkeit anderer überschuldeter Euro-Staaten sichern zu können, einigen sich die EU-Finanzminister und der IWF auf einen **VORLÄUFIGEN RETTUNGSSCHIRM** im Umfang von 750 Mrd. €, befristet bis Ende Juni 2013.

**NOVEMBER 2010 IRLAND BEGIBT SICH UNTER DEN RETTUNGSSCHIRM.** Die Finanzminister der EU beschließen ein Hilfspaket mit Beteiligung des IWF über 85 Mrd. € für drei Jahre.

Euro-Skulptur beim EU-Parlament in Brüssel





JAMES ANDANSON / SYGMA / CORBIS

**Euro-Gründerväter Kohl, Mitterrand 1985: Deutschland in die Gemeinschaft einbetten**

der Euro-Zone müssen es erst in Gang setzen. Für das übliche Brüsseler Kompromissgeschacher bleiben Tür und Tor geöffnet.

Das Urteil der Märkte über den bislang größten Fehlschlag den Euro-Rettungsmaßnahmen ist eindeutig. Die Renditen für griechische und irische Staatspapiere stiegen, Irland suchte im November 2010, Portugal im darauffolgenden April Zuflucht unter dem Rettungsschirm.

Schritt für Schritt haben die Regierungen der Euro-Staaten ihre Hilfsprogramme in den vergangenen Monaten ausgedehnt, und mit jedem Schritt gingen die Bundesbürger mehr ins Risiko.

Schon kursieren Hochrechnungen, wie viel die Griechenland-Krise die deutschen Steuerzahler am Ende tatsächlich kosten wird, sollte sich die Krise noch jahrelang hinziehen oder ein Schuldenschnitt erforderlich werden. Auf knapp 40 Milliarden Euro kommen die beiden Ökonomen Ansgar Belke von der

Universität Duisburg-Essen und sein Kollege Christian Dreger aus Frankfurt (Oder).

Das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) rechnet mit 65 Milliarden Euro, wenn auch Portugal, Irland und Spanien zahlungsunfähig werden. Im Fall eines kompletten Euro-Zonen-Kollapses haftet Deutschland mit sämtlichen Garantien und Hilfen.

Die Krise könnte den deutschen Steuerzahler sogar noch teurer zu stehen kommen, denn er ist indirekt auch von den Risiken betroffen, die in den Büchern der Europäischen Zentralbank und der staatlich kontrollierten Banken lagern. Für 75 Milliarden Euro hat sie seit Mai 2010 Staatsanleihen maroder Euro-Länder aufgekauft. Damit wollte sie die Märkte beruhigen und verhindern, dass die Risikoauflagen für die Bonds zu sehr nach oben schießen. Doch viele Banken nutzten die Gelegenheit, um die gefährlichen Papiere bei der Notenbank abzuladen.

Die EZB soll inzwischen griechische Staatspapiere für 40 bis 50 Milliarden gekauft haben, zudem hat sie griechische Banken – Stand: Ende April – mit knapp 90 Milliarden refinanziert.

Kaum einer weiß, wie hoch die Risiken der EZB tatsächlich sind. Sie hat auch noch strukturierte Wertpapiere in Höhe von 480 Milliarden Euro von Banken als Sicherheiten angenommen (SPIEGEL 21/2011). Längst ist die Euro-Krise auch für die EZB zu einer Bedrohung geworden. Und bei diesen Risiken ist der deutsche Steuerzahler mit 27 Prozent dabei, so groß ist der Anteil der Deutschen Bundesbank am Kapital der EZB.

Trotz all dieser Hilfsmaßnahmen und trotz all der Risiken, die ihre Retter auf sich genommen haben, stehen die schwachen Euro-Länder wieder da, wo sie vor etwas mehr als einem Jahr auch schon standen: am Abgrund. Die Risikoauflagen für ihre Staatsanleihen sind auf neue Rekordstände geklettert, die Griechen brauchen frisches Geld, ansonsten droht die Pleite, und auch die Gefahr, dass die Krise auf andere Euro-Länder überspringt, ist längst nicht gebannt.

Die bisherigen Hilfen der Euro-Staaten sowie des IWF für Griechenland reichen nicht aus, sie waren von der naiven Annahme ausgegangen, die Krise sei schnell vorbei. Die Griechen sollten, so war es ernsthaft vorgesehen, schon in den nächsten beiden Jahren an den Kapitalmarkt zurückkehren, um selbst rund 60 Milliarden Euro aufzutreiben.

Das Geld fehlt, weil die griechische Regierung, allen Reformanstrengungen zum Trotz, noch immer nicht als kreditwürdig gilt. Deshalb muss die Lücke geschlossen werden, nicht zuletzt mit frischem Geld der Europäer.

Im Gegenzug müssen die Griechen noch schärfere Auflagen erfüllen. Wie das gehen soll, ist angesichts der griechischen Regierungskrise unsicherer denn je. Als das erste Hilfspaket über 110 Milliarden Euro verabschiedet wurde, reagierte Athen mit harten Maßnahmen: Renten und Pensionen wurden gekürzt, Tabak-, Mineralöl- und Mehrwertsteuer drastisch erhöht, Kündigungen erleichtert.

Dennoch verfehlte Regierungschef Papandreou die Vorgaben der sogenannten Troika aus IWF, EZB und EU. Für 2010 war höchstens ein Haushaltsminus von 8,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vereinbart, am Ende waren es 10,5 Prozent. Nach dem „kraftvollen Anfang“ sei die Umsetzung des Reformzeifers „in den letzten Quartalen zum Stillstand“ gekommen, heißt es im jüngsten Report der internationalen Aufpasser. Die Lücke zwischen geplantem und tatsächlichem Defizit habe sich in den vergangenen Monaten nochmals „erheblich vergrößert“.

„Viele heilige Kühe sind nicht geschlachtet worden“, erklärt der in Athen lebende Wirtschaftswissenschaftler Jens Bastian. Während landesweit mehr als 200 000 Jobs vernichtet wurden, gelten



**JANUAR 2011** Das irische Parlament verabschiedet einen drastischen Sparhaushalt.

**MÄRZ 2011** Der Europäische Rat beschließt einen **DAUERHAFTEN STABILISIERUNGSMechanismus** (ESM), der ab Mitte 2013 in Kraft tritt. Danach stellen die Euro-Länder 700 Mrd. € bereit.

**APRIL 2011** **PORTUGAL BEGIBT SICH UNTER DEN RETTUNGSSCHIRM.**

**MAI 2011** Hilfspaket für Portugal von EU und IWF im Umfang von 78 Mrd. €. Im Gegenzug verpflichten sich die Portugiesen zu einem harten Spar- und Reformkurs.

**JUNI 2011** Griechenland plant ein weiteres Sparprogramm. Außerdem soll in großem Umfang Staatsbesitz veräußert werden. Unterdessen streiten sich die Euro-Länder, EZB und IWF über die Modalitäten weiterer Finanzhilfen.



vor allem viele Staatsunternehmen weiterhin als Versorgungsparadies.

Neben den Privilegierten in öffentlichen Betrieben und Ämtern gibt es immer mehr Menschen, die mit knappen Renten oder Mindestlöhnen von 750 bis 800 Euro plus Zuschlägen auskommen müssen. Solche Einkommen reichten schon bislang kaum zum Leben, nun sollen sie auch noch pauschal gekürzt oder mit drastischen Steuererhöhungen auf Konsumartikel zusätzlich belastet werden.

„Die Leute wissen nicht, wofür sie die Sparopfer bringen und leiden“, sagt der Athener Politikprofessor Seraphim Seferiades: „Das Privileg, in der Euro-Zone zu sein, verliert mehr und mehr an Wert für die Menschen, weil sie immer weniger davon haben.“ Fast 30 Prozent würden lieber heute als morgen zur Drachme zurückkehren.

Nun muss die Regierung weitere Sparmaßnahmen beschließen, um frisches Geld von EU und IWF zu bekommen, es geht um 90 bis 120 Milliarden Euro bis zum Jahr 2014. Griechenland muss alte Schulden ablösen und neue machen, die Staatsverschuldung beträgt rund 150 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, sie dürfte schon bald auf 160 Prozent klettern.

Wie soll ein so schwaches Land eine solche Last jemals abtragen? Ohne eine Umschuldung mit einem weitgehenden Forderungsverzicht der Gläubiger wird das nicht gehen, da sind sich fast alle Ökonomen ausnahmsweise einig.

Politisch lässt sich ein sogenannter Haircut zurzeit nicht durchsetzen. Die Finanzmärkte seien noch zu fragil, argumentieren die Gegner und warnen vor einer neuen Finanzkrise wie nach dem Zusammenbruch der US-Bank Lehman Brothers.

Doch die Deutschen bestehen darauf, dass auch die Gläubiger einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten. Sonst, so haben es Union und FDP der Regierung im Bundestag jüngst klargemacht, werden sie ein weiteres Hilfspaket im Parlament ablehnen. Der Chefhaushälter der Unionsfraktion Norbert Barthle drängt zur Eile. „Wenn wir noch lange warten, sind kaum noch Anleihen in der Hand privater Gläubiger“, sagt er. „Dann schultern die Steuerzahler allein die Rettung Griechenlands.“

CSU-Chef Horst Seehofer sieht das genauso. Er kennt die Zwänge an deutschen Stammtischen. „Mir sagen Experten seit einem Jahr, dass eine Umschuldung Griechenlands nötig ist. Jetzt ist die Zeit für den Beginn einer Beteiligung privater Gläubiger gekommen.“

Die deutsche Regierung arbeitete deshalb einen Vorschlag aus, der die Gläubiger beteiligt, ohne ihnen allzu weh zu tun: Sie sollen ihre Anleihen in neue Papiere mit längerer Laufzeit eintauschen.



Finanzzentrum Frankfurt am Main: Die deutschen Banken und Versicherungen haben ihre

Der Beitrag der Euro-Länder würde sich entsprechend reduzieren.

Mit dieser Forderung waren die Deutschen weitgehend isoliert. Sie galten schon bei der ersten Griechenland-Hilfe als Störenfriede, nur widerwillig beugten sie sich dem Willen der Mehrheit und dem Druck der EZB. Jetzt wurden sie wieder von allen Seiten bearbeitet, auf den Kurs der Mehrheit einzuschwenken.

Am Freitag vergangener Woche war es so weit. Merkel und Sarkozy einigten sich in Berlin auf einen windelweichen Kompromiss. Privatgläubiger sollen an

schen Geldhäuser fürchten. Die sind in Griechenland stark engagiert und könnten in existentielle Schwierigkeiten geraten.

Die deutschen Banken und Versicherungen haben ihre Bestände an Griechenbonds systematisch abgebaut, seit Anfang 2010 schrumpften sie von 34,8 auf 17,3 Milliarden Euro, wenn man das Engagement der staatlichen Förderbank KfW herausrechnet. Die Versicherungen haben dort statt 5,8 vor einem Jahr nur noch 2,8 Milliarden Euro angelegt.

Engagiert sind vor allem noch die deutschen Staatsbanken. Die Commerzbank, deren Aktien zu einem Viertel beim Bund liegen, hält Griechenland-Anleihen in Höhe von 2,9 Milliarden Euro. Bei den Landesbanken und ihren Bad Banks liegen weitere Risiken von gut vier Milliarden Euro.

Die mit Abstand größten Gefahren lauern in den Büchern der FMS Wertmanagement, der Resteverwertungsanstalt der verstaatlichten Hypo Real Estate. Sie hat Griechenlandanleihen mit einem wirtschaftlichen Risiko von 10,8 Milliarden Euro. Bei einer Umschuldung wären in Deutschland die Steuerzahler die Hauptbetroffenen. Allein an die FMS müssten bei einem Schuldenschnitt mehrere Milliarden frisches Eigenkapital überwiesen werden.

Nachdem die Deutschen und die Franzosen nun weitgehend einig scheinen, müssen sie nur noch die EZB überzeugen. Die leistete bisher den härtesten Widerstand gegen den deutschen Vorschlag einer privaten Beteiligung. Die Frankfurter Notenbanker fürchten massive Verwerfungen auf den internationalen Geld-

Nach über einem Jahr ununterbrochener Krisenpolitik rechnet man in Berlin mit dem Schlimmsten.

der Finanzierung der neuen Griechenhilfe beteiligt werden, aber nur auf freiwilliger Basis. Viel bringen wird das nicht.

Den deutschen Parlamentariern ist diese Lösung viel zu lasch. „Das ist nicht die Gläubigerbeteiligung, die der Bundestag gefordert hat“, sagt Frank Schäffler, Finanzpolitiker der FDP. Der CDU-Finanzpolitiker Manfred Kolbe spricht gar von einem „Etikettenschwindel“. „Wir brauchen einen Schuldenschnitt, und den wird es freiwillig nicht geben.“ Und der CSU-Europaexperte Thomas Silberhorn fordert „verbindliche Regeln mit einer zwingenden Beteiligung privater Gläubiger“.

Doch bei einer härteren Lösung muss Sarkozy um die Stabilität der französi-





Bestände an griechischen Anleihen systematisch abgebaut

märkten. In ihrem neuen Finanzmarktstabilitätsbericht hat die EZB die Euro-Staatsschuldenkrise zum größten Risiko für die Banken eingestuft.

Die EZB pocht vor allem darauf, dass kein Anleger gezwungen wird, auf Teile seiner Forderung zu verzichten. Die Auswirkungen wären unkalkulierbar, warnen die Währungshüter.

Sobald die mächtigen Rating-Agenturen nämlich den Eindruck gewinnen, dass der griechische Staat ohne völlige Einwilligung der Gläubiger seine Verpflichtungen nicht erfüllt, müssen sie die Kreditwürdigkeit des Landes herabstufen auf die niedrigste Stufe D. Der Buchstabe steht für „default“, auf Deutsch Zahlungsausfall. Selbst wenn die Laufzeiten von Anleihen mit Zustimmung der Gläubiger verlängert werden, müssen sie zurückgestuft werden auf SD („Selective default“), was so viel heißt wie: teilweiser Zahlungsausfall.

So oder so: Solche Anleihen darf die EZB gemäß ihren Statuten aber nicht mehr als Sicherheiten akzeptieren, wenn sie Banken Liquidität zur Verfügung stellt. Die Folgen wären katastrophal: Die griechischen Kreditinstitute wären zu einem Gutteil vom europäischen Geldkreislauf abgeschnitten, sie liefen Gefahr, illiquide zu werden. Das griechische Bankensystem stünde vor dem Kollaps.

Genau an diesem Punkt setzt ein Kompromissvorschlag an, den Finanzminister Schäuble der EZB und seinen Kollegen aus den Euro-Ländern präsentieren will. Wenn griechische Anleihen nach der Beteiligung privater Gläubiger nicht mehr als Sicherheit taugen, dann müsse man der EZB eben welche bieten, die ihren Ansprüchen genügen.

Wie das funktionieren kann, hat eine zehnköpfige „Arbeitsgruppe Griechenland“ im Finanzministerium erarbeitet. Die Experten schlagen vor, dass die griechische Regierung zusätzlich zu den 90 bis 120 Milliarden Euro an frischem Geld, das sie im Rahmen eines zweiten Programms von den Euro-Ländern und dem IWF erhalten dürften, auch Anleihen des europäischen Rettungsschirms EFSF zur Verfügung gestellt bekommt. Diese mit der Bestnote AAA bewerteten Papiere könnte sie an die griechischen Banken weiterreichen, die sie wiederum als Sicherheiten für ihre Geldausstattung bei der EZB hinterlegen können.

Das Problem: Durch die Maßnahme würde das neue Rettungspaket noch einmal deutlich teurer. Damit der Rettungsschirm für die Operation über genügend Mittel verfügt, soll sein Finanzrahmen so aufgestockt werden, dass er tatsächlich 440 Milliarden Euro mobilisieren kann, so, wie bei seiner Gründung vorgesehen. Dafür sollen die Mitgliedsländer aber ihren Garantierahmen verdoppeln. Auf Deutschland würden statt 123 Milliarden Euro künftig 246 Milliarden Euro entfallen.

Flankierend erwägen die Euro-Retter, auf den sogenannten Financial Stability Fund zurückzugreifen. Dieser schon im ersten Griechenland-Paket vom Mai vergangenen Jahres eingerichtete Topf enthält zehn Milliarden Euro, mit denen im Notfall das Eigenkapital griechischer Banken gestärkt werden kann. Bislang ist das nicht angetastet worden.

Bis zum Juli sollen die Details des neuen Rettungsplans ausgehandelt werden. Das ist auch dringend nötig. Wenn die

nächste Tranche bis Mitte Juli nicht ausbezahlt wird, ist Griechenland pleite.

Trotz all dieser Hakeleien: Das Geld an die Griechen wird fließen. Doch auch im deutschen Regierungslager glaubt niemand, dass damit die Probleme im Euro-Raum gelöst sein werden. Nach über einem Jahr ununterbrochener Krisenpolitik rechnet man in Berlin mit dem Schlimmsten und will für alle Fälle gewappnet sein.

Schäubles Krisenstab soll deshalb alle möglichen Szenarien durchspielen. Was passiert, wenn ein Land seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommt oder wenn ein Mitglied die Währungsunion verlässt? Und wie lassen sich Schief-lagen im gemeinsamen Währungsraum verhindern?

Grundsätzlich gibt es zwei Alternativen: eine radikale, bei der die Regierenden die Reißleine ziehen und die angeschlagenen Länder sich selbst überlassen. Und eine pragmatische, bei der sie weiter wursteln, wenn auch etwas effizienter, und auf Besserung hoffen. Billig wird keine der beiden Lösungen.

Die Radikalkur funktioniert so: Enttäuscht von den geringen Fortschritten und wegen ausbleibender Aussichten auf Besserung überlassen die Euro-Länder Griechenland sich selbst. Dem vielen Geld, das sie nach Athen überwiesen haben, wollen sie nicht noch mehr Geld hinterherwerfen.

Innerhalb kürzester Zeit wäre das Land zahlungsunfähig, weil es an den Märkten kein Geld mehr bekommt. Da griechische Kreditinstitute noch immer einen beträchtlichen Teil der Staatsschuld schultern, drohen dem Bankensektor des Landes etliche Pleiten.

Ein solches Vorgehen birgt zudem Ansteckungsgefahr. Wenn Griechenland in die unkontrollierte Pleite schlittert, verweigern die Investoren womöglich auch anderen angeschlagenen Euro-Staaten ihr Geld. Es käme zu einer Kettenreaktion, in deren Folge noch mehr Banken einen Kollaps fürchten müssten.

Angesichts der unkalkulierbaren Entwicklungen rückt für viele auch der ultimative Schnitt ins Blickfeld: Griechenland verlässt die Währungsunion und führt die Drachme wieder ein. Vor Wochen spielte die Athener Regierung bereits mit dem Gedanken, mittlerweile empfehlen international angesehene Ökonomen den Schritt. „Ein Austritt aus dem Euro wäre das kleinere Übel“, meint etwa Hans-Werner Sinn, der Chef des Münchner Ifo-Instituts.

Unterstützung erhält er von Nouriel Roubini, Ökonom an der New York University. Nur mit eigener Währung könne das Land abwerten und so seine Wettbewerbsfähigkeit steigern, meint der Star-Professor. Er war einer der wenigen, die die Finanzkrise vor drei Jahren vorausgesehen haben.



In jeder Finanzkrise habe bislang erst eine Abwertung der Währung die Wirtschaft des Krisenlandes wieder auf Trab gebracht, argumentiert Roubini. Doch historische Beispiele lassen sich nur eingeschränkt auf die Verhältnisse in einer Währungsunion übertragen.

Auch nach dem Ausscheiden Griechenlands wäre die Krise nicht beendet, sie könnte sich im Gegenteil sogar noch verschärfen. Die Verbindlichkeiten des Landes blieben in Euro bestehen, wären über Nacht also Fremdwährungsschulden. Deren Wert in neuer Landeswährung würde rasant steigen, weil die Drachme abwertet. Griechische Schuldner könnten ihren Verpflichtungen kaum nachkommen.

Wiederum gerieten Banken unter Druck, in Griechenland selbst, aber auch im Rest der Euro-Zone. Wiederum würden kostspielige Rettungsmaßnahmen für das Kreditgewerbe fällig.

Am Ende einer solchen Entwicklung könnte die Währungsunion in einen Hartwährungsblock und in eine Gruppe mit ihren eigenen schwächeren Währungen zerfallen. Eine solche Lösung favorisieren Euro-Kritiker wie der ehemalige Bundesbanker Wilhelm Nöbling. Er hat einst mit einer Gruppe Gleichgesinnter vergebens gegen die Einführung des Euro vor dem Verfassungsgericht geklagt, und er klagt auch jetzt wieder gegen den Euro-Rettungsschirm. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht noch aus.

Die Alternative zum Auseinanderbrechen der Währungsunion ist kaum weniger bedrohlich, sie führt direkt in eine Transferunion. Der Anfang ist nach ei-

nem Jahr Griechen-Rettung längst gemacht, der geplante permanente Rettungsschirm ESM ab 2013 ist ein weiterer Schritt auf diesem gefährlichen Weg.

Das Ende könnte so aussehen: Die Defizitländer müssten dauerhaft vom stabileren Norden finanziert werden. Was bislang als Kredit verbucht wurde, hätte sich in einen Zuschuss verwandelt, der nicht verzinst und zurückgezahlt werden müsste. Aus der Währungs- wäre eine Finanzunion geworden und aus dem Schuldenland ein dauerhafter Subventionsempfänger.

### Die deutsch-deutsche Vereinigung taugt nicht als Vorbild, sondern als abschreckendes Beispiel.

ger, der auf die Zuwendungen seiner ökonomisch stärkeren Nachbarn angewiesen wäre – ähnlich wie der Mezzogiorno in Italien oder die Wallonie in Belgien.

Um das zu verhindern, so empfehlen nicht wenige Finanz- und Wirtschaftspolitiker, müsse die politische Union Europas ganz schnell herbeigeführt werden, mit einer straffen Zentralregierung. Schließen sich die Nationen der Euro-Zone enger zusammen, so die These, könnten sie ihre Finanzsysteme besser koordinieren und der Gemeinschaftswährung damit ein politisches Fundament verleihen.

So könnten Reformen in den Nehmerländern besser durchgesetzt und deren Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden. Vor kurzem erst schlug EZB-Präsident

Jean-Claude Trichet vor, ein europäisches Finanzministerium zu installieren, ausgestattet mit Durchgriffsrechten in die einzelnen Mitgliedstaaten.

Doch so einfach ist es nicht, mehr Integration heißt noch lange nicht, dass dadurch wirtschaftliche Ungleichgewichte verschwinden. Niemand weiß das besser als die Deutschen, die vor rund 20 Jahren einschlägige Erfahrungen bei der deutsch-deutschen Währungsunion machten. Zum 1. Juli 1990 wurde die D-Mark überwiegend im Verhältnis eins zu eins gegen die frühere Mark der DDR eingetauscht, und nur drei Monate später traten die ostdeutschen Länder der Bundesrepublik bei, es war der Modellfall einer Währungsunion, die von einer politischen Union begleitet wurde.

Doch wer geglaubt hatte, die rasche Vereinigung werde den ökonomischen Schock der deutsch-deutschen Geldunion dämpfen, sah sich bald getäuscht. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte im wiedervereinigten Deutschland verfestigten sich. Tausende Betriebe in den neuen Ländern machten dicht, weil sie es nicht schafften, ihre Produktivität auf Westniveau zu heben.

Die Arbeitslosenzahlen explodierten, und die Finanztransfers zwischen den beiden Landesteilen überschritten bald die Billionenmarke. Bis heute hinken die ostdeutschen Länder bei Wirtschaftskraft, Produktivität und Einkommen hinter den Westregionen her.

Die deutsch-deutsche Vereinigung hat daran nichts geändert, sie hat lediglich geholfen, die negativen Folgen der Währungsunion finanziell abzufedern. Das sogenannte Beitrittsgebiet wurde zu günstigen Konditionen in den westdeutschen Länderfinanzausgleich einbezogen, und die früheren DDR-Bürger erhielten über Nacht Zugang zu den Segnungen des bundesrepublikanischen Sozialsystems.

Fazit: Die deutsche Einheit taugt nicht als Vorbild für die verantwortlichen Politiker Europas, sondern als abschreckendes Beispiel. Sie zeigt, wie schnell eine falsch konstruierte Währungs- in eine dauerhafte Transferunion führen kann.

Mit den europäischen Verträgen wäre ein solches Modell ohnehin nicht vereinbar, neue Verträge müssten verhandelt und von allen nationalen Parlamenten verabschiedet, möglicherweise auch in Volksabstimmungen abgesegnet werden.

Aber vielleicht werden die Völker Europas und ihre Vertreter schon vorher über das Schicksal der Währungsunion entscheiden: in Athen oder Lissabon, wenn die geforderten Reformen am Widerstand der Straße scheitern. Oder in Berlin – wenn die Milliarden aus den Bürgschaften tatsächlich fällig werden.

THOMAS DARNSTÄDT, MANFRED ERTTEL,  
ARMIN MAHLER, PETER MÜLLER,  
CHRISTOPH PAULY, CHRISTIAN REIERMANN,  
MICHAEL SAUGA, ANNE SEITH



WIKTOR DANKOWSKI / ACTION PRESS

Finanzpolitiker Schäuble, Christine Lagarde: Für alle Fälle gewappnet sein





Demonstranten in Madrid: „Wir sind nicht gegen das System, das System ist gegen uns“

SUSANA VERA / REUTERS

# Die Eurofighter

Europa wackelt finanztechnisch, als historisches Projekt ist es schon bankrott. Die Bürger, besonders die jungen, wissen mit ihrer Union nichts mehr anzufangen, sie sind bestürzt darüber, was die Regierungen mit ihrem Geld veranstalten – und gehen zu Millionen auf die Straße.

Wenn man den Griechen Kostas Decoumes, 24 Jahre alt, nach Europa fragt, beginnt er, auf Angela Merkel zu schimpfen. Wenn man den Spanier Oleguer Sagarra, 25 Jahre alt, fragt, dann ist Europa die letzte Chance auf Arbeit. Wenn man den Iren Karl Gill, 21 Jahre alt, fragt, dann schimpft er auf die Banken.

Wer Jacques Delors fragt, 85 Jahre alt, hört Sätze wie „Europa braucht Pioniergeist“ und Fragen wie „Wollen die Frauen und Männer dieser Epoche wirklich dieses Europa?“. Delors war, zusammen mit François Mitterrand und Helmut Kohl, einer der treibenden Männer der Europäischen Union, unter seiner Führung als Kommissionspräsident kamen Verträge

zustande, die heute nicht mehr auszuhandeln wären. Delors steht für eine Zeit, in der Europa die Phantasie der Staatsmänner beflügelte. Das Ziel: Frieden in Europa, und deshalb Wohlstand auch für die armen Länder Europas – Arbeit, Bildung, Gerechtigkeit. Europa war ein Versprechen. Wenn Kostas Decoumes, Oleguer Sagarra, Karl Gill und Hunderttausende in diesen Wochen auf die Plätze europäischer Städte ziehen, dann klagen sie dieses Versprechen ein. Europa – so sehen sie es – ist dabei, sie arm zu machen. Sie melden sich zu Wort, üben Druck aus auf ihre Regierungen, so wie die Finanzmärkte Druck ausüben.

Wenn sich Delors, ein vornehmer Herr mit weichem Gesicht, Gedanken macht

über die Währungsunion, die in diesen Monaten dasteht wie ein Kartenhaus kurz vor dem entscheidenden Windstoß, redet er über Schuldenkrisen einzelner Staaten, er sagt, dass die Märkte die Union testen, „weil sie der Überzeugung sind, dass sie nicht handlungsfähig ist“. Das alles sei sehr besorgniserregend, sagt Delors. Aber es sei nicht der wahre Grund für das Ausmaß der Krise.

„Wir reden über den Zeitgeist, nicht wahr, über den ‚mood‘?“, sagt Delors. Und damit meint er, dass sich in Europa heute zwei Krisen gleichzeitig abspielen. Da ist, zum einen, die Schuldenkrise einzelner Staaten. Die zweite Krise, und sie ist die gefährlichere, ist eine Sinnkrise, die sich in die Frage kleiden lässt, ob die





**Aktivisten Sagarra in Barcelona, Gil in Lissabon:** „Rette sich, wer kann“

Europäer – die Bürger und ihre politischen Eliten – das historische Projekt der Union überhaupt noch wollen.

Wer dieser Frage nachspürt und dort hingeht, wo sich Europa regt, wo gekämpft wird um seine Zukunft, auch wenn es vielleicht nur die eigene Zukunft ist, der landet in Barcelona, Dublin, Athen, Lyon oder Lissabon bei rebellischen Menschen, die voller Zorn sind, nicht unbedingt voller Hoffnung.

Der Spanier Oleguer Sagarra ist kein Revolutionär, er ist ein gewissenhafter junger Mann mit einer auffälligen Heiner-Müller-Brille. Er hat in Montreal und Sydney gelebt, spricht fließend Französisch und Englisch und beschäftigt sich mit komplexen Datenanalysen. So einer wie er, dachte Sagarra immer, denkt nicht an Demos. So ein Mann arbeitet.

Sagarra sitzt auf einem großen Stein, am Fuß des westlichen der beiden Zwillingbrunnen an der Plaça de Catalunya in Barcelona. Hinter ihm erstreckt sich eine kleine Zeltstadt. Vor den Zelten sitzen junge Menschen, sie unterhalten sich, einige liegen in der Sonne, andere malen Protestplakate oder baden in einem der Brunnen. Im Zentrum sind Info-Stände aus zusammengezwimmerten Brettern, auch Sagarra hat hier übernachtet. Er, der Naturwissenschaftler, schlief auf der

Straße, der Sohn von Ferran Sagarra, dem Dekan der Architekturschule Barcelonas.

In etwa einer Stunde, kurz bevor es dunkel wird, werden sich wieder Tausende versammeln und auf Kochtöpfe einschlagen, so wie die Argentinier in den Neunzigern bei deren Wirtschaftskrise, kurz vor dem Staatsbankrott.

Spanien durchlebt derzeit die schlimmste Krise, seit es eine Demokratie ist. Seit Wochen belagern Tausende Jugendliche in vielen spanischen Städten die zentralen

„Wir sind so gut ausgebildet wie noch keine Generation, dann schickt man uns weg – ist das Europa?“

Plätze. Wenn Sagarra die Stimmung in seiner Generation beschreiben soll, dann fasst er sie in einem Satz zusammen: „Rette sich, wer kann.“ 44 Prozent aller Jugendlichen sind arbeitslos.

„Vor über einem Jahr bin ich fertig geworden“, erzählt Sagarra, „wir waren über 50, die das Physikstudium hier in Barcelona beendet haben. Arbeit hat einer gefunden. Einer von über 50. Ich spreche mehrere Sprachen, bin Physiker und wohne in meinem Kinderzimmer.“

Aus Sagarra's Physikerjahrgang sind einige in die Niederlande, einige nach Deutschland gegangen, um zu promovieren. Für sie ist Europa ein Ort, der Arbeit verspricht. Europa als Idee stellt Sagarra nicht in Frage. Europa ist nicht der Feind. „Es wäre viel erreicht, wenn die Politik nicht den Wirtschaftslobbyisten und den Partikularinteressen dienen würde, sondern dem Volk.“

Die Forderungen der Jugendlichen sind bescheiden. Sie möchten mehr Bürgerbeteiligung, eine Reform des Wahlrechts, die Macht der Banken beschränken. Auf einem der Plakate steht: „Wir sind nicht gegen das System, das System ist gegen uns.“

Das System, das sind die Banken, die im Vertrauen auf staatliche Rückendeckung spekulieren, und das sind die Staaten, die sich verschuldet haben, um die Banken zu retten. Besonders jene Staaten, die PIGS genannt werden, Portugal, Irland, Griechenland, Spanien. Wer die Nachrichten über sie nur flüchtig verfolgt, muss zu dem Schluss kommen, dass an ihren Staatsschulden das Schicksal Europas hängt wie an einem dünnen Faden. Zwischen den internationalen Finanzmärkten und den jungen Bürgern Europas gibt es ein überraschendes, einigendes Band: Beide misstrauen

dem europäischen Projekt, seinen Institutionen, seinen Führern, seiner Währung.

In aller Härte ließe sich sagen, dass die EU heute, in der Wahrnehmung der allermeisten Bürger von Estland bis Portugal und von Finnland bis Griechenland, ein Ding geworden ist ungefähr wie Franz Kafkas „Schloss“. Weniger finster vielleicht, aber gleichermaßen geheimnisvoll. Irgendwie omnipräsent, aber konkret kaum je fassbar. Eine bedrückende Macht ohne Gesicht, die entscheidet, wer arm wird oder reich.

Das Paradox besteht darin, dass es im Heute viel mehr von diesem ungeliebten Europa brauchte, um die Krisen der Gegenwart und die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen.

Portugal ist dafür das beste Beispiel. Das Land ist unter die Räder der globalen Konkurrenz geraten. Noch in den neunziger Jahren war Portugal ein wichtiger Standort der Textilindustrie, die zuerst im Jahr 2001 mit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation unter Druck geriet. Danach verlor das Land Investoren, die von 2004 an bevorzugt in den neuen EU-Mitgliedstaaten im Osten Europas aktiv wurden, die mit niedrigen Steuern und noch niedrigeren Löhnen lockten.

Eine starke EU hätte diesen unguten Wettbewerb nicht verhindern, doch abmildern können. Brüssel hätte versuchen müssen, die Interessen auszubalancieren, man hätte – wenn Europa denn ernst gemeint ist – auch über direkte Hilfen für Portugal nachdenken können, aber nichts dergleichen ist geschehen.

Jetzt überlebt Portugal durch Kredite anderer europäischer Staaten und des IWF. Rettungspaket nennt man das in Deutschland. Portugal sei unter dem „europäischen Rettungsschirm“, schreiben die Zeitungen.

Wenn in Lissabon Paula Gil, 27 Jahre alt, das in der Zeitung liest, kann sie damit nichts anfangen. Rettung? Sie hat das Gefühl, das viele Portugiesen haben: Ihr Land wird nicht gerettet, sondern übernommen. Durch eine fremde Macht. Durch Europa.

„Wir bekommen keine Hilfe. Wir bekommen Kredite“, sagt sie leise. „Aber bekämpft man Schulden, indem man sich noch mehr verschuldet?“ Leute hätten jetzt Einfluss auf ihr Land, auf ihre Zukunft, die sie nie gewählt habe, sagt Paula Gil. Manager des IWF. Irgendwelche Rating-Agenturen. Oder Angela Merkel, eine deutsche Kanzlerin.

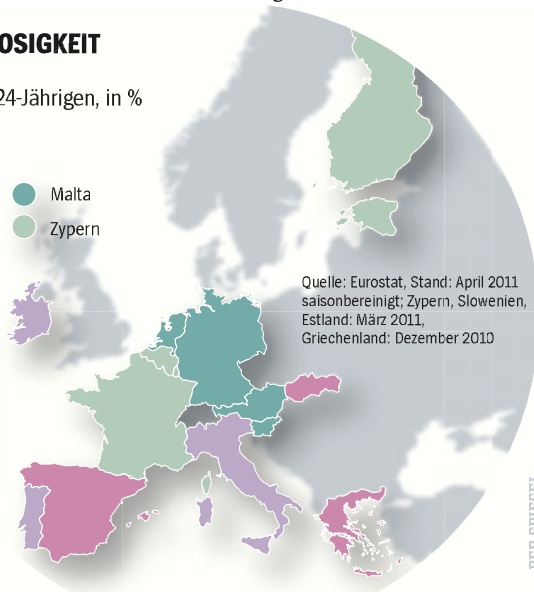
Paula Gil, klein, mädchenhaft, hat Internationale Beziehungen in Großbritannien studiert, sie hat einen Master-Abschluss und spricht fließend Englisch. Zurzeit macht Paula Gil ein Praktikum bei einer NGO. Sie weiß nicht, das wieviele Praktikum ihres Lebens das ist. Es wird bezahlt, immerhin. Damit sei sie privilegiert, sagt Paula. 750 Euro bekommt sie im Monat für den Vollzeitjob. 300 Euro kostet das WG-Zimmer, in dem sie sitzt. Sie hat keine Krankenversicherung, keine Arbeitslosenversicherung, und am 31. Dezember läuft ihr Vertrag aus.

## JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

in den Euro-Ländern

Quote bei den 15- bis 24-Jährigen, in %

|              |      |
|--------------|------|
| Niederlande  | 6,9  |
| Deutschland  | 7,9  |
| Österreich   | 8,7  |
| Malta        | 10,8 |
| Slowenien    | 13,6 |
| Luxemburg    | 16,1 |
| Frankreich   | 20,3 |
| Zypern       | 20,3 |
| Estland      | 20,4 |
| Finnland     | 20,9 |
| Belgien      | 21,0 |
| Portugal     | 27,4 |
| Italien      | 28,5 |
| Irland       | 31,3 |
| Slowakei     | 35,6 |
| Griechenland | 36,1 |
| Spanien      | 44,4 |



Ähnlich ist die Lage vieler junger Portugiesen, 27 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos.

Sie erwarte keinen Job für die Ewigkeit oder viel Geld, sagt Paula. Aber so etwas wie Würde, Rechte. Eine Krankenversicherung, eine Arbeitslosenversicherung, einen Vertrag, der nicht von einem Tag auf den nächsten gekündigt werden kann. Manchmal, sagt Paula, hat sie Angst, irgendwann das Schicksal ihrer Mutter zu teilen. Die ist 47 Jahre alt und arbeitslos. „Am Anfang bekommt man in Portugal befristete Jobs. Weil man jung ist. Ab Mitte vierzig bekommt man gar keine Jobs. Weil man alt ist.“

Paula hat sich nach der Uni oft beworben. Auch in Frankreich, in Spanien, in Großbritannien. Ohne Erfolg. Sie sagt, sie würde sogar nach Angola gehen, die alte Kolonie, und gleichzeitig findet sie es widersinnig, dass die einzige Möglichkeit, irgendwo anzukommen, für sie darin bestehen soll wegzugehen. „Man kann doch nicht erwarten, dass eine ganze Generation emigriert. Das Land hat viel in Bildung investiert, wir sind so gut ausgebildet wie noch keine Generation. Und dann schickt man uns weg? Ist das Europa?“, sagt Paula.

Sie habe die europäische Idee immer gemocht. Jetzt habe sie das Gefühl, dass

es gar keine europäische Idee gibt. Und keine Identität. Nur europäisches Geld und eine europäische Wirtschaft, beherrscht vom reichen Norden, von Ländern wie Deutschland. „Mein Gefühl von Europa ist, dass ich eine Europäerin zweiter Klasse bin“, sagt Paula Gil.

Aber wer ist verantwortlich für Portugals Schulden? Wer soll die Probleme lösen?

Paula Gil zieht die Schultern hoch. Über die Frage zerbrechen sich ganze Regierungen den Kopf. Wie soll sie das wissen? Eine 27-jährige Praktikantin, die eher zufällig in eine Protest-Geschichte geraten ist. Für den 12. März hatten Paula und ihre Freunde über Facebook zu einer Demonstration aufgerufen. Die Idee war zuvor am Kneipentisch entstanden. Niemand besaß große Erfahrung. Sie hofften auf ein paar tausend Teilnehmer.

Es kamen über 300.000. An diesem Tag protestierte Portugals Jugend in mehreren Städten des Landes. Der Frust einer ganzen Generation wurde sichtbar. „Es ging eigentlich nur um eine Sache“, sagt Paula, „eine Perspektive.“

Wahrscheinlich werden sie in Portugal nie so wütend werden wie in Griechenland oder Spanien. „Das ist nicht unsere Art“, sagt Paula Gil. „Wir sind das einzige Land auf der Welt, das eine Revolution mit Blumen machte. Mit Nelken.“

Vor einigen Wochen traf sich Paula Gil mit alten Kämpfern der portugiesischen Revolution von 1974. Die ehemaligen Armeeoffiziere haben ein Büro in Lissabon und noch immer einigen Einfluss in der Gesellschaft. Jetzt lernten sie Paula Gil und die „geração a rásca“ kennen – die Generation in der Klemme. „Einer der alten Offiziere sagte zu mir: Unsere Revolution damals war einfach. Wir hatten einen Feind. Die portugiesische Regierung. Die Diktatur. Aber gegen wen kämpft ihr?“

Tja. Schwer zu sagen. Gegen die Krise? Gegen die Banken? Europa? Den Kapitalismus? So abstrakt wie die portugiesischen Schulden, eine Zahl mit vielen Nullen. Kann man gegen Schulden protestieren? Gegen Zahlen revoltieren?

Paula sagt, sie sei nicht gegen die Politiker, die Demokratie, Europa, die Banken. Nicht gegen das System – den beliebtesten Gegner aller Rebellen. Paula Gil will einfach eine Chance. Mitmachen dürfen. Arbeiten gehen. Das ist alles. Das ist ihr Traum von Europa.

In ganz Europa hat sich die Jugend verabredet zu einer gemeinsamen Akti-



on. „One Voice“, sagt Paula und drückt die letzte Selbstgedrehte in den Aschenbecher. Es klingt fast wie die Idee für ein Europa, das man einst bauen wollte. Und das man dann nie baute.

Nicht nur junge Europäer haben die Verbindung verloren zu den Ideen der europäischen Gründerväter, sie leben selbstverständlich mit den Errungenschaften der Gemeinschaft, aber sie finden keine neuen Argumente dafür, warum diese Union weitergeführt, ausgeweitet, ausgebaut oder vertieft werden sollte. Die Losung „Nie wieder Krieg!“, die am Beginn des europäischen Einigungsprozesses stand, ist eine leere Formel geworden, weil dieser Auftrag erfüllt ist.

Es ist auch der Zustand Europas, der Franzosen wie Julien Boyer jeden Abend um 19 Uhr in Lyon auf den Place Bellecour treibt. „Die freie Republik“ steht auf ihrem Banner, „Empören wir uns!“ steht da, und „Es sind unsere Banken!“ und „Democratie 2.0“. Und, etwas kleiner: „Es gibt auch Nichtraucher hier.“

Sie demonstrieren nicht. Sie sind ein Stück weiter. „Wer nur demonstriert, klagt an und überlässt dem Staat die Suche nach der Lösung.“ Julien Boyer sagt das, ein junger Mann von 30 Jahren, er trägt Hemd mit Jackett und das Haar nach hinten gebürstet, er könnte ein aufstrebender Angestellter sein, aber das täuscht. Die seriösen Sachen trägt er, weil er gerade Handzettel an die Bürger Lyons verteilt hat, subversiv gewissermaßen, er wollte nicht wie ein Weltveränderer aussehen. Ein Angestellter, das war er mal, studierter Ingenieur mit befristeten Jobs als technischer Verkaufsberater und einem Unbehagen an der Welt, doch das Unbehagen blieb im Internet, in Blogs, auf Facebook, jahrelang. Aber jetzt ist alles anders, wieso, Julien?

„Weil es so weit ist.“

Es ist so weit, dass die Schrift des 93-jährigen Franzosen Stéphane Hessel, nachdem sie in Spanien gezündet hat, auf Frankreich zurückwirkt: Empört Euch! „Indignez-vous!“

Es ist so weit, dass Julien, ehemals Ingenieur, jetzt freischaffender Webdesigner und Betreuer der Seite <http://lyon.reelledemocratie.com>, jeden Abend bei den Empörten auf der Place Bellecour zu finden ist, mit 20, 200, 300 Menschen, je nach Wetterlage. Es ist die „Anmaßung des Selberdenkens“, in Rouen, Angers,



Protestler Boyer in Lyon: „Es sind unsere Banken“

Lille, Montpellier, die Julien Boyer so gefällt.

Sie sitzen zu Füßen der Statue von Louis XIV. und halten „Assemblée générale“, Generalversammlung, und sprechen ins Mikrofon, was ihnen wichtig ist: Solidarität mit den Empörten in Spanien! In Belgien! Griechenland! Soll man den Alkohol bei der Versammlung verbieten? Was tun wir gegen Plastikmüll? Wie kann

„Wer nur demonstriert, klagt nur an und überlässt dem Staat die Suche nach der Lösung.“

eine Gesellschaft aussehen, in der jeder richtige, bezahlte Arbeit findet? Wer bringt morgen etwas zum Abendessen mit?

Sie reden. Mit einem Furor manchmal, als gälte es, einen Kolonisator oder Diktator abzuschütteln, immer wieder taucht das Wort Demokratie auf, doch sie wissen sehr wohl, dass sie eine haben, nur nicht diejenige, die sie wollen.

Es ist jetzt dunkel, 22 Uhr vorbei, und während die Arbeitsgruppe Demokratie sehr ernst die ökologische Krise, die Macht der Lobbys und der Banken und die Schwächen der repräsentativen De-

mokratie bespricht, ist eine andere Arbeitsgruppe in der Fußgängerzone der Rue Victor Hugo unterwegs, sie macht Lichter aus. Die Jugendlichen haben entdeckt, wie man Leuchtreklame abschalten kann. Sie hinterlassen Handzettel und rosa Kreideparolen, am Schuhgeschäft, am Reisebüro, am Pasta-Laden: klick. Zu viel Licht nachts auf der Welt, Stromsparen hilft gegen Atomkraftwerke. Klick. Zu viel Licht auf der Welt, die Glühwürmchen sterben aus. Klick.

Julien Boyer, ein Franzose, ein Europäer wie Millionen andere. Spricht von Dezentralisierung, Bürgerbeteiligung, bloß keine Parteien, er will direkte Demokratie, Politik von unten, ein Europa von unten, das ist es.

Europa, das Wort an sich hat einen guten Klang, die EU lässt Länder zusammenwachsen, das gefällt Boyer grundsätzlich, aber wie sie das tun, gefällt ihm nicht. Das Europa, das es jetzt gibt, zeigt sich ihm als das Gegenteil der direkten Demokratie. Entscheidungen fallen in Gremien, die schwer zu durchschauen und noch schwerer zu beeinflussen sind.

Ob es zu zähmen ist, dieses Europa, mit mehr Volksabstimmungen, mehr Bürgerbeteiligung, Julien Boyer kann es nicht sagen, wie auch. Aber das jedenfalls ist die Hoffnung vieler, die sich auf Plätzen treffen und auf Facebook vernetzen, das ist die Hoffnung auf [reelledemocratie.fr](http://reelledemocratie.fr).

Die wirkliche Demokratie. Ein großes Wort, er weiß es. Ist die Welt da draußen erreichbar dafür? In Lyon? In Frankreich? In Europa?

Bis dahin dreht sich die Schraube der Verschuldung weiter, die in der Welt der vernetzten Märkte funktioniert fast wie ein Naturgesetz: Die Gläubiger verlieren das Vertrauen in die Schuldner. Die Rating-Agenturen, nach der Weltfinanzkrise dafür gescholten, viel zu lax gewesen zu sein, tun jetzt ihre Arbeit wie gefordert und stufen die Kreditwürdigkeit der Länder mit guten Argumenten herab. Daraufhin verlangen die Investoren höhere Zinsen als Prämie für ihre Risikobereitschaft und um mögliche Zahlungsausfälle schon im Vorfeld abzufedern. Die hohen Zinsen wiederum lassen die Schuldenlast der bedrängten Staaten anwachsen. Und es wirkt, als säßen sie in einer Falle, aus der es kein Entrinnen gibt, die Griechen wissen, wie sich das anfühlt.

Seit zweieinhalb Wochen geht Kostas Decoumes jeden Abend auf den Syn-





tagma-Platz, den Tahrir-Platz der Griechen. „500 000 waren wir am Sonntag“, glaubt Kostas, „eine halbe Million Menschen.“ Kostas sagt, dass er kein Linker sei und auch kein Rechter. Dass ihn Politik eigentlich nicht interessiere.

Kostas Decoumes ist 24, er trägt Flip-Flops, ein schwarzes T-Shirt, Piercings, Tattoos, einen Vollbart. Es gibt viele Dinge, die ihm bisher wichtiger waren als Demonstrationen. Rockmusik, Motorräder, die er auch repariert in der Werkstatt seines Vaters.

Kostas' Eltern wählen die Sozialdemokraten, sie erklärten es ihm immer, wenn er etwas wissen wollte über Politik. Aber er wollte selten etwas wissen. Jetzt ruft er jeden Tag Freunde an und sagt ihnen, dass sie mitkommen sollen zum Platz.

Kostas spricht von Freiheit, von Angela Merkel und dem Weltwährungsfonds. Er steht auf dem Balkon der Wohnung seiner Eltern, bei denen er noch wohnt, und bläst den Rauch seiner Zigarette hoch hinaus in den Athener Himmel.

Kostas' Mutter arbeitet als Buchhalterin und hat ihre Arbeit noch. Aber Kos-

## Über seiner Regierung gibt es noch eine Regierung, und darüber thront Angela Merkel.

tas' Vater, der seit 20 Jahren Motorräder repariert, musste vor kurzem drei seiner Angestellten entlassen. Seinen Sohn Kostas hat er nicht entlassen, aber den Lohn gekürzt. Und darum kann Kostas nur noch einen kleinen Motorroller fahren, keine große Maschine mehr. Sein erstes Motorrad kaufte er mit 17, eine Aprilia RS 125, ein Street-Bike. Er verkaufte es, um ein besseres zu haben, so ging es weiter, bis er vor einigen Monaten sein fünftes Motorrad bei einem Unfall verlor. Danach reichte es nur zum kleinen Roller. Das ist für ihn die große Krise, der wahre Crash.

Seine Großeltern, sagt Kostas, arbeiteten als Gastarbeiter in einer Fabrik bei Düsseldorf, sie waren arm, sie arbeiteten hart, aber als sie zurückkehrten, ging es ihren Kindern, Kostas' Eltern, besser. Für sie ging es immer bergauf, für ihn geht es nur noch bergab.

Kostas sagt, er wisse, dass es eigentlich keine Lösung gebe für Griechenland. Die Schulden seines Landes sind längst so hoch, dass er die Summe nicht mehr versteht. Der Bankrott wird kommen. Aber wenn er kommt, dann möchte er wenigstens ein stolzer Grieche bleiben. Keiner, der mit einem Roller durch die Stadt fahren muss.

Und nicht abhängig sein von der Regierung, „von den Arschlöchern, die ich selbst noch gewählt habe“, sagt er, nicht

von Europa, nicht von Angela Merkel, die für ihn das Gesicht des Bösen ist. Das ist sein Bild von Europa: Über seiner Regierung gibt es noch eine Regierung, die noch schlimmer ist als die griechische, und über dieser Regierung thront Angela Merkel, und die ist die Schlimmste.

Dabei hätten die Griechen den Deutschen doch ihre Waschmaschinen abgekauft, die Autos, die Ampelanlagen. Kostas sagt, es gehe den Deutschen nur so gut, weil es die Griechen gebe. „Jetzt betreiben sie das nächste Geschäft mit uns.“

Es geht für Kostas, der lieber zu Fuß geht, als auf einem Scooter gesehen zu werden, vor allem um eins: um seine Würde. Er will sich nicht fühlen wie einer der Deppen von Europa.

Es ist Abend geworden, und Kostas tauscht seine Flip-Flops gegen seine Nike-Turnschuhe, nimmt den Rucksack, die Kamera, holt mit dem Auto seiner Eltern seinen Freund Psi ab, einen Studenten.

Sie rauchen im Wagen, reden nicht viel, an den Laternen kleben Plakate, „ὄχι!“ steht darauf geschrieben, „Nein!“ zum Ausverkauf. „Wir besitzen nichts, wir verkaufen nichts, wir zahlen nichts!“ Die ganze Stadt ist vollgeklebt mit diesem Wort in roter Schrift. Ein Dagegenvolk.

„ὄχι!“, das war früher schon einmal das Zeichen gegen Mussolinis Besatzer.

Die Organisatoren der Protestaktion halten über Skype Kontakt zu anderen Ländern, zu jungen Leuten in Spanien, Frankreich, Portugal. Die Spanier bedrängen die Griechen und sagen, sie sollen noch ein Stück weiter gehen. Bei ihnen sei es doch am schlimmsten, bei ihnen könnte das Experiment doch starten.

Welches Experiment?

Das sagen sie nicht. Aber sie erzählen Geschichten von Menschen, die lange arm waren und immer friedlich, und die, als sich nichts änderte, nicht mehr friedlich blieben.

Kommende Woche, am 28. Juni, stimmt das Parlament über das nächste große Sparprogramm ab. Für den Vorabend sind wieder große Proteste geplant wie Ende Mai. Es sollen mehr Menschen werden als je zuvor. ὄχι!

Den rebellierenden Griechen werden gern die friedlichen Iren gegenübergestellt, sie müssen denselben Spagat hinbekommen, einerseits sparen, andererseits für Wachstum sorgen. In Irland hätte, wie in Portugal, ein Mehr an Europa Schlimmeres verhindern können. Die Insel hat sich – bis heute geduldet von der Union – höchst unsolidarisch als Steueroase aufgestellt und Unsummen ausländischen Kapitals ins Land gesogen. Die Banken wurden kaum kontrolliert, ihre Chefs waren als die besten Amigos der Regierung bekannt, und als die Achterbahnfahrt der Weltwirtschaftskrise Irland mitriss, erklärte sich der kleine Staat bereit, 440 Milliarden Euro Verbindlich-



Kritiker Decoumes, Polizeieinsatz in Athen: Er will





NIKOS PILOS / DER SPIEGEL



PASCAL ROSSIGNOL / REUTERS

sich nicht fühlen wie einer der Deppen Europas

keiten seiner Banken zu garantieren – eine Summe mehr als doppelt so hoch wie die damalige irische Wirtschaftsleistung. Hätte die EU den Mumm gehabt, wenigstens den Versuch zu machen, Irlands Niedrigsteuropolitik schon vor Jahren zu unterbinden, und hätte Brüssel die Macht gehabt, schärfere Bankenkontrollen zu erzwingen, wäre es dazu nicht gekommen.

Abends in Dublin, im Porterhouse-Pub, ein Banker und ein junger Ire im Streit. Der Ire stapelt den Tag über Getränke-kästen, hat einen Stapel mit Taschenbüchern vor sich, „Marx heute“ ist der Titel. „Sag mal“, sagt der Banker, Anfang vierzig, grauer Anzug, Manschettenknöpfe, und deutet auf die Bücher, „wie wollt ihr Iren eigentlich aus der Scheiße herauskommen – etwa mit Marx, etwa mit Theorien aus dem 19. Jahrhundert?“

„Zumindest haben uns diese Theorien nicht in die Scheiße hineinmanövriert.“

Daran hat der Mann einen Moment zu kauen. Dann streckt er die Hand vor. „Ich heiße Johan“, sagt er, „ich bin Holländer, und ich bin stinksauer.“

„Ich heiße Karl, bin Ire“, sagt Karl freundlich. „Und ich bin auch stinksauer.“

Karl Gill: rote Haare, rundes Gesicht, runder Bauch, roter Bart. Geboren in Dublin, viertes von vier Kindern, Mutter gelernte Schneiderin, jetzt Hausfrau. Der Vater arbeitete früher bei einer Telefongesellschaft, ist jetzt Hausmeister an einer Schule, an der Scoil Lorcáin. Karl wohnt noch bei seinen Eltern, ein winziges Reihnhaus im wenige Kilometer entfernten Dún Laoghaire, an eine eigene Wohnung ist nicht zu denken. Er ist 21 Jahre alt, wirkt aber älter, reifer. Studiert Soziologie und Politik, ist seit drei Jahren Mitglied bei der „Socialist Workers Party“ und so etwas wie eine linke Nachwuchshoffnung. Er soll ins City Council gewählt werden, dann ins Parlament.

„Warum, Johan“, sagt er, „bist du so sauer auf uns Iren?“

„Weil ich es ungerecht finde, dass Länder, die ihren Haushalt in Ordnung hielten, die Niederlande beispielsweise, für andere blechen, die über ihre Verhältnisse lebten. Der Protest, die linke Empörung, das ist oft nur Qualm, um dreiste Forderungen zu verhüllen. Warum soll ein holländischer Arbeiter für einen griechischen Protestler zahlen, der nichts erwirtschaftet, der zu Europa nichts beiträgt?“

„Good Point, ein gutes Argument“, sagt Karl. „Allerdings darf man nicht außer Acht lassen, dass es nicht die Länder waren, die über ihre Verhältnisse lebten und vom Boom profitierten, sondern immer nur einzelne Klassen innerhalb der Gesellschaft ...“

„Pah, Klassen!“

„Okay, dann einzelne Gruppierungen. Während andere Gruppen nicht profitier-









ten, oder kaum, und jedenfalls überhaupt keine Entscheidungsgewalt hatten. Und in Irland sollen die, die an dem Schlamassel unschuldig sind, die Rechnung zahlen? Findest du das fair? Ich nicht. Deshalb wehre ich mich.“

„Was ist mit den spanischen Müttern?“, sagt der Holländer. Es klingt gereizt.

„Wie bitte?“

„Die spanischen Mütter! Ich habe neulich eine Studie oder einen Artikel gelesen. Sie schicken ihre Kinder lieber in so eine Fußballschule, lassen sie dribbeln lernen, weil sie für ihren Sohn von einer Karriere als Stürmer träumen, statt ihn was Vernünftiges lernen zu lassen. Ein Handwerk oder Mathematik oder Sprachen. Stattdessen: Fußball! Das soll Europa sein? Sollen wir auf dem Weltmarkt bestehen, indem wir uns gegenseitig beim Fußball zusehen? Und dafür sollen wir zahlen?“

„Also ist es ein kulturelles Problem?“

„Absolut“, sagt der Holländer.

Sie werfen sich die Sätze zu wie zwei Schauspieler in einem Revolutionsdrama.

„Nimm mich als Beispiel, Johan. Ich bin Student. Nur weil ich zufällig Ire bin, soll ich die Staatsverschuldung mittragen, habe ich plötzlich zigtausend Euro Schulden? Was ist mit den Rentnern, deren Altersversorgung man kürzt? Den Studenten, die keine reichen Eltern haben? Wir sollen jetzt sparen für eine Party, zu der wir niemals eingeladen waren.“

„Irgendwo muss man anfangen“, sagt der Holländer.

„Stimmt“, Karl zählt die Punkte an den Fingern ab, „wir müssen anfangen, das Steuersystem zu reformieren. Die großen Unternehmen, die man mit niedrigen Steuersätzen hergelockt hat, müssen jetzt mehr zahlen. Übrigens, was bist du von Beruf, Johan?“

„Banker, äh, Consultant“, sagt der Holländer.

„Für wen?“

„Sag ich nicht.“

„Oh.“ Karl greift zum Glas, trinkt, setzt es leer ab.

„Ich glaube, ich muss jetzt los“, sagt Johan.

Sind Karl Gill, Kostas Decoumes, Julien Boyer, Paula Gil und Oleguer Sagarra überzeugte Europäer?

Nein, sie wollen nicht viel mehr als das Leben anderer junger Europäer. Oleguer Sagarra will als Ingenieur arbeiten, ir-



Irischer Aktivist Gill: „Plötzlich zigtausend Euro Schulden“

gendwo in Europa. Paula Gil will keine Europäerin zweiter Klasse sein, nicht in einer Kolonie des IWF leben. Julien Boyer möchte ein demokratisches Europa, kein Behördeneuropa. Kostas Decoumes will wieder ein richtiges Motorrad, das ist seine Idee von Europa. Und Karl Gill will ein Steuersystem wie in anderen europäischen Ländern, ein Steuersystem, das die Reichen ärmer macht und den Staat reicher, also alles ein wenig sozialistischer.

„Die spanischen Mütter schicken ihre Kinder lieber in eine Fußballschule, statt sie Mathematik lernen zu lassen.“

Das klingt nicht nach Jacques Delors, nicht nach dem Europa der Staatsmänner, nicht nach François Mitterrand und Helmut Kohl.

Die Völker Europas haben deren Treiben wohlwollend zugesehen, die Vorteile genossen.

Nun, wo es ungemütlich wird und vielleicht teuer, wird die europäische Idee neu geprüft, gerade von denen, deren Zukunft von dieser Idee bestimmt wird wie nie zuvor.

Und sie, die sich bisher kaum für diese Kommission, dieses Parlament, diese Bürokratie interessierten, weil sie davon ausgingen, dass sie sich dafür nicht interessieren sollten, lesen nun jeden Tag, dass die europäischen Staatsmänner mit der europäischen Idee seltsame Dinge veranstaltet haben: ihre eigenen Vorschriften hintergangen, Statistiken gefälscht, Versprechungen gebrochen zum Beispiel. Sie sind verantwortlich für eine beachtliche Reihe von Regelverstößen und Unwahrheiten. Kann man den Europäern, die in den letzten Monaten mehr über Europa erfahren, als sie wissen wollten, verdenken, dass sie – um es vorsichtig zu sagen – verstört sind über das, was die Regierungen in ihrem Namen und mit ihrem Geld veranstaltet haben?

Gerade die jungen Europäer aus Lissabon, Barcelona, Lyon, Dublin, Athen und sonstwo – das ist das Paradoxe – brauchen eine starke Union. Eine Union, die die Arbeit neu verteilt in Europa; die Banken und Spekulanten anders kontrolliert, als es nationale Regierungen können; die den Umgang mit Atomkraft

und Atommüll und die Energiewende europäisch regelt; die den Klimaschutz der Länder koordiniert. Kurzum: Sie brauchen eine Union, die nicht mehr lebt, weil politische Romantiker aus der Nachkriegsgeneration sie am Leben halten wollen, sondern die lebt, weil die Europäer von morgen sie als ihre große Chance begreifen.

Aber vielleicht ist das ganze historische Projekt auch vollendet: Die europäische Idee hat es ermöglicht, den zerstörten Kontinent nach dem Krieg zu versöhnen und wieder auf ein Gleis zu setzen. Europa hat beim Überwintern in der Zeit des Kalten Kriegs geholfen. Die Union hat es vermocht, bei der Abwicklung des Mauerfalls zu helfen und die schlimmsten Wunden der Ost-West-Teilung zu heilen. Mit den beiden Wellen der Osterweiterung 2004 und 2007 hat sie dazu beigetragen, dem lange künstlich gespaltenen Kontinent wieder eine gemeinsame Form zu geben. Man wird noch die Balkanländer heimführen müssen nach Europa, die Ukraine vielleicht, wer weiß, die Türkei wohl eher nicht. Aber jetzt steht die Frage im Raum: Erkennen die Europäer, wofür sie Europa brauchen?

ULLRICH FICHTNER,  
JOCHEN-MARTIN GUTSCH,  
BARBARA HARDINGHAUS, RALF HOPPE,  
JUAN MORENO, BARBARA SUPP





## Was war da los, Frau Tse?

**Jennifer Tse, 20, kanadische Studentin, über Höhenangst:** „Mein Freund Tom ist Fotograf, er macht oft Bilder von den Hochhäusern hier in Toronto. Ab und zu komme ich mit und schaue ihm bei der Arbeit zu. Dort oben bekommt man von dem Lärm auf den Straßen fast nichts mit, und alle Menschen sehen winzig aus. Einen Sicherheitsgurt tragen wir nie, wir passen gegenseitig auf uns auf, damit keiner einen falschen Schritt macht. Einmal habe ich da oben gesessen und mit meinem eigenen Fotoapparat rumgespielt. Aus Spaß habe ich ein Bild von meinen Füßen gemacht. Als ich es Tom später gezeigt habe, fand er es toll und hat noch mal ein Foto mit seiner Profi-Kamera gemacht. Wenn andere das Bild sehen, sind sie besorgt, weil wir auf Hochhäusern herumlaufen. Aber uns macht das nichts aus, wir fühlen uns da oben wohl. Glücklicherweise habe ich keine Höhenangst, da kann ich die Aussicht genießen.“



### PSYCHOLOGIE

## „Wir sind keine Ameisen“

Die US-amerikanische Juristin Susan Cain, 43, über introvertierte Menschen

**SPIEGEL:** Frau Cain, Sie schreiben in Ihrem Buch, dass Sie ein introvertierter Mensch sind und dass Sie als Wirtschaftsanwältin an der Wall Street gearbeitet haben. Passt das zusammen?

**Cain:** Sehr gut passt das zusammen. Wer sagt, dass ein stiller Mensch kein guter Anwalt sein kann?

**SPIEGEL:** Muss ein Wall-Street-Anwalt nicht auf den Tisch hauen können?

**Cain:** Ich hatte Angst, dass ich auf den Tisch hauen muss. Aber dann hat sich gezeigt, dass ich mit meiner harmoniesüchtigen, stillen Art auch Erfolg haben kann. Vielleicht sogar mehr, als wenn ich laut wäre.

**SPIEGEL:** Sind stille Menschen bessere Menschen?



Cain

**Cain:** Auf jeden Fall sind sie die besseren Führer.

**SPIEGEL:** Wieso das?

**Cain:** Introvertierte Chefs haben das Talent, einen Schritt zurückzutreten und zu schauen, was ihre Angestellten leisten, statt ihre eigenen Ideen durchboxen zu wollen.

**SPIEGEL:** Warum gibt es so wenige stille Chefs, wenn sie so gut sind?

**Cain:** Wir denken, dass Introvertiertheit ein Nachteil ist, aber es gibt viele Gegenbeispiele, Chopin, van Gogh, Bill Gates. Diese Menschen haben Großartiges geleistet, weil sie still waren, nicht obwohl sie still waren.

**SPIEGEL:** Sie schreiben, Stille sei eine Bedingung für Kreativität.

**Cain:** Um kreativ zu sein, musst du allein nachdenken können. Wenn du immer mit anderen redest, findest du nicht die Ruhe, Großartiges zu leisten.

**SPIEGEL:** (Schweigen)

**Cain:** Hallo? Hören Sie zu?

**SPIEGEL:** (Schweigen)

**Cain:** Wenn ich über stille Menschen spreche, meine ich nicht, dass sie nie sprechen. Ich meine die leisen Menschen.

**SPIEGEL:** Sie sagen, das Verhältnis von Introvertierten zu Extrovertierten ist vergleichbar mit dem Verhältnis von Frauen zu Männern vor 100 Jahren.

**Cain:** Die Stillen werden benachteiligt.

**SPIEGEL:** Sie übertreiben.

**Cain:** Das geht in der Schule los. Viel Arbeit wird in Gruppen gemacht. Die Lehrer versuchen, die introvertierten Schüler in extrovertierte Schüler zu verwandeln. Und dann werden überall diese Großraumbüros eingeführt.

**SPIEGEL:** Großraumbüros fördern angeblich die Kommunikation.

**Cain:** Studien beweisen das Gegenteil. Die Menschen in Großraumbüros werden öfter krank, sie schaffen weniger, und sie sind weniger kreativ.

**SPIEGEL:** Gruppenarbeit ist Unsinn?

**Cain:** Allein arbeiten ist häufig effektiver. Allein bist du frei von sozialem Druck. Du kannst dich nicht ausruhen, weil gerade jemand anderes redet. Du sagst auch nicht Dinge einfach nur, um sie zu sagen. Manche Menschen wollen, dass wir eine Schwarmintelligenz entwickeln wie Ameisen. Wir sind allerdings keine Ameisen.

Susan Cain: „Still. Die Bedeutung von Introvertierten in einer lauten Welt“. Riemann Verlag, München; 448 Seiten; 19,95 Euro.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

## Die Mohammedwerdung

Wie eine Verwechslung einem Briten den Schlaf raubt

Es war mitten in der Nacht, jemand klingelte Sturm, jemand trat gegen die Tür, bollerte ans Fenster.

Matt, ich habe Angst, flüsterte Claire.

Es war mitten in einer Novembernacht, als die Polizisten das erste Mal kamen, Claire und er hatten geschlafen, erinnert sich Matt Jillard. Draußen fegte eisiger Regen durch Birmingham-Stechford, Mittelengland, es muss gegen drei Uhr morgens gewesen sein, sagt Matt.

Eineinhalb Jahre später, er sitzt im Wohnzimmer, sein Sessel steht am Fenster. Draußen scheint die Sonne. Er schiebt die Gardine zurück, deutet auf den kleinen, zerkratzten Vorgarten – dort standen sie.

Und so begann es.

Das Schlafzimmer liegt im ersten Stock des Reihenhauses, das Matt und Claire bewohnen. Er schlief in Unterhose, gewohnheitsmäßig, er stolperte die enge Treppe hinunter, machte Licht, vor der Haustür drei Polizisten. Der Streifenwagen stand schräg. Matt blinzelte in das Geflacker des Blaulichts. Einer der Polizisten trat dicht auf ihn zu.

„Sir! Sind Sie Mr. Mohammed?“

Matt Jillard, geboren in Birmingham, Arbeiter bei einer Transportfirma, ist ein netter Kerl, eigentlich gutmütig, 38 Jahre alt, drahtig, hat früher Fußball gespielt, bei den Birmingham Boys. Jillard hat einen hellen Teint, helles Haar, es war bei einem der späteren Besuche, als er einem der Polizisten die Frage stellte: „Officer, sehe ich pakistanisch aus, wie jemand, der Mohammed heißt? Ich heiße J-i-l-l-a-r-d, ich habe mit diesem Mohammed nichts zu schaffen, *nothing in common at all!*“ Was für einen Engländer bereits eine harsche Formulierung ist.

Und was nicht ganz stimmte.

Es gibt eine Gemeinsamkeit: Jillard wohnt in der Repton Road; sein Nachbar, Mohammed Zaid\*, wohnt zwei

Straßen weiter, Repton Grove, dieselbe Hausnummer, es ist eine Art Zwillingadresse. Nachbar Zaid kommt offenbar ziemlich häufig mit dem Gesetz in Konflikt; sobald jedenfalls die West Midlands Police, Birmingham East, einen Anlass sah, einen Streifenwagen zu schicken, gab sie Repton



Jillard

### Polizei durchsucht 40 Mal falsche Wohnung

London – Am Ende regte es ihn dann doch auf: 40 Mal kam die Polizei in die Wohnung des Briten Matt Jillard.

Aus der „Süddeutschen Zeitung“

Grove ins Computer- und Navigationssystem ein, worauf ein Satellit, in wahrscheinlich 20 000 Kilometer Höhe, die Polizisten effizient zum Ziel lotste, allerdings zum falschen, zur Repton Road. Der Chief Inspector, der es irgendwann Matt erklärte, war sehr freundlich, diese verflixten Computer.

Matt sitzt in seinem kleinen Wohnzimmer, er hält einen großen gelben Briefumschlag in der Hand, darin Aktennotizen, Briefe, Antworten der Polizei, Fotokopien, Namen und Dienstnummern der Polizisten, die er sich geben ließ, als sie klingelten, zu jeder Tages- und Nachtzeit – sein Briefumschlag enthält die ganze Tragödie: Matt geht als Matt ins Bett und wird um drei Uhr nachts als Mr. Mohammed geweckt, als jemand, der er nicht

sein will. Gegen Matts ausdrücklichen Wunsch, er selbst sein zu dürfen, steht das Beharrungsvermögen des Systems: 45 Besuche in 76 Wochen hat Matt gezählt. Wer Telefonterror ausgesetzt ist, lässt sich eine Geheimnummer geben. Wenn man daheim belästigt wird, ruft man die Polizei. Wenn einen aber die Polizei belästigt?

Matt schrieb Briefe an die Polizei, an die Lokalzeitung, er rief zwei Rechtsanwälte an, hängte ein Plakat an die Haustür, mit Filzstift gemalt, „HIER IST NICHT REPTON GROVE, SONDERN REPTON ROAD“, und im April dieses Jahres endlich meldete

sich der Chief Inspector persönlich und drückte sein Bedauern aus, und er machte den Vorschlag, ein Blechschild an Matts Tür zu schrauben, mit dem Wappen der West Midlands Police und dem Hinweis, dass hier nur Mr. Jillard wohne. Aber Matt lehnte ab. „Wer will so ein Schild an der Tür? Das Plakat war schon blöd. Es gab genug Getuschel in der Nachbarschaft. Ich will, dass die Polizei das Problem in den Griff kriegt.“

Wenn man bei der West Midlands Police auftaucht und anruft, wird man höflich behandelt, mit der Pressestelle verbunden, viele Male weiterverbunden, aufgefordert, seine Fragen wieder und wieder zu formulieren, und am Ende hat man so etwas wie zwei Antworten, beziehungsweise keine. Erstens: Die Sache stimmt leider. Zweitens: Mehr sagen wir nicht. Eine freundliche Dame aus der Pressestelle ging immerhin so weit, Computer- und Navigationsprobleme generell als „irgendwie mysteriös“ zu bezeichnen. Daraus spricht eine große Gelassenheit, einerseits.

Matt und Claire wollten schon ausziehen, das Haus verkaufen, 130 000 Pfund wäre es wert. Aber sie wären gesetzlich verpflichtet, erfuhr Matt, die potentiellen Käufer in die leidige Geschichte einzuweißen, andernfalls wäre es das Verschweigen eines schwerwiegenden Mangels. „Wer will so ein Haus?“, sagt Matt. Und nach einer Pause: „Pech für mich“, was ebenso traurig ist wie wahrscheinlich zutreffend, denn beim letzten Besuch, sagt Matt, hätte einer der Polizisten ihm zugerannt, dass ein Ende nicht abzusehen sei.

RALF HOPPE

\* Nachname geändert.





„GasChem Antarctic“ vor Oman, Sicherheitsmann Roles, Kapitän Köhler, Team von Neptune Maritime Security: „Im ersten Quartal 2011 wurde

SEEFahrt

# Das Tor der Tränen

Während die europäische Marine-Mission Atalanta am Horn von Afrika ein beherztes Eingreifen gegen Piraten vermeidet, schützen Reeder ihre Schiffe mit bewaffneten Sicherheitskräften. Unterwegs in der Hochrisikozone auf der wichtigsten Handelsroute der Welt. *Von Andreas Ulrich*

**D**er Pappkarton, so groß wie eine Schuhschachtel, tanzt auf den Wellen des Roten Meeres. James Roles beobachtet ihn mit seinem Fernglas. Plötzlich ein Schuss. „Nicht schlecht“, sagt er, „aber du bist ein Stück zu kurz. Kannst ruhig höher halten.“

Kevin McGregor fixiert den Karton durch das Zielfernrohr seines Jagdgewehrs und drückt noch einmal ab. Roles ist zufrieden. Ein Treffer. Er ist bereit.

Vor zwei Tagen sind der Brit und sein Team an Bord gekommen. Die „GasChem Antarctic“ hatte gerade den Suez-Kanal hinter sich gelassen, als das Motorboot mit den Männern näher kam. Vier Ex-Marines der Royal Navy, die inzwischen für die britische Sicherheitsfirma Neptune Maritime Security arbeiten. Ihre Haare sind militärisch kurz geschoren, sie tragen Bermudashorts und Poloshirts und haben große schwarze Taschen dabei, als sie die Lotsentreppe hochklettern.

Roles und seine Kollegen haben in Afghanistan und im Irak gekämpft. Jetzt sollen sie für die Reederei Hartmann aus dem ostfriesischen Leer die „GasChem Antarctic“ schützen. Der Gastanker hat in Spanien Ethylen entladen und ist auf dem Weg in die Vereinigten Arabischen Emirate. Er soll dort erneut laden und das Gas nach Argentinien bringen.

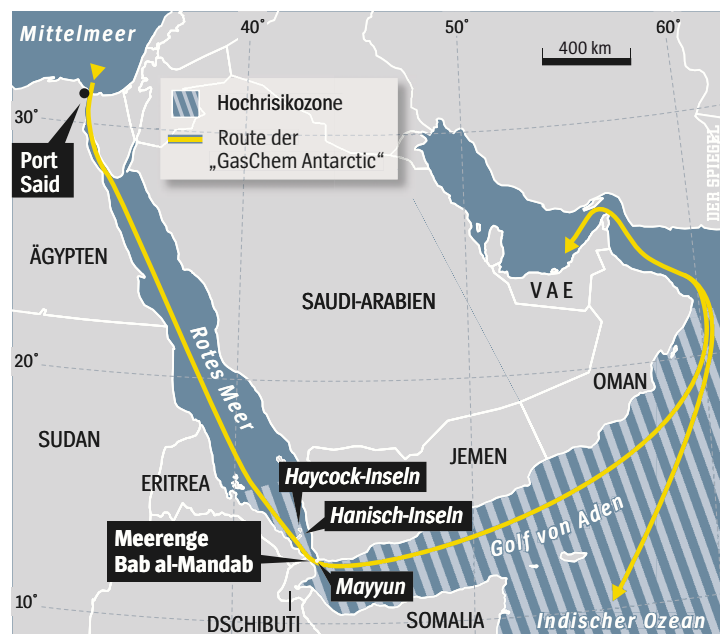
Doch vorher muss das 155-Meter-Schiff durch das gefährlichste Seegebiet der Welt. Das Meer rund um das Horn von Afrika ist das Jagdrevier somalischer Piraten. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden sieben Menschen bei Piratenangriffen getötet und 34 verletzt. Das ist eine neue Qualität. „Im ers-

ten Quartal 2011 wurde die höchste Zahl von Piraterievorfällen seit Beginn der Überwachung 1991 registriert“, heißt es im jüngsten Pirateriebericht der Bundespolizei. Insgesamt wurden weltweit 142 Vorfälle gemeldet, 18 Schiffe entführt, 350 Seeleute gekidnappt. Die Fälle haben sich im Vergleich zum Vorjahr „mehr als verdoppelt“.

Und nirgendwo ist es so riskant wie am Horn von Afrika, wo fast alle Entführungen stattfinden. Inzwischen gilt der Indische Ozean vom Roten Meer und dem Golf von Oman bis Madagaskar als „High Risk Zone“. Die Verbindung zwischen Europa und Asien ist die wichtigste

Handelsroute der Welt, die Lebensader der globalisierten Wirtschaft. Und genau dort herrscht blanke Anarchie.

Der Fernschreiber auf der Brücke der „GasChem Antarctic“ druckt laufend die neuesten Gefahrenmeldungen der internationalen Schifffahrtsorganisationen in Weltzeit UTC aus. Kapitän Torsten Köhler, 46, hat deshalb eine Vorstellung davon, welchem Risiko er ausgesetzt ist. 15.10 UTC, Position 12:33 Nord, 043:26 Ost, Bab al-Mandab, Rotes Meer. Piraten greifen mit fünf Skiffs einen Tanker an. Sie haben Gewehre und Leitern dabei. Kapitän löst Alarm aus, fährt Ausweichmanöver, Sicherheitskräfte an Bord alar-



Piraten am Strand von Somalia





die höchste Zahl von Piraterievorfällen seit Beginn der Überwachung 1991 registriert“

mieren Kriegsschiff. Bei Eintreffen lassen Piraten ab.

15.20 UTC, Position 12:37 Nord, 043:19 Ost, Bab al-Mandab, Rotes Meer. Zwei Skiffs nähern sich Containerschiff, verfolgen es mit halber Seemeile Abstand. Kapitän ruft um Hilfe, beschleunigt, fährt Ausweichmanöver. Skiffs lassen ab.

Bab al-Mandab, das Tor der Tränen, heißt die Meerenge zwischen Jemen und Dschibuti, die das Rote Meer mit dem Golf von Aden im Indischen Ozean verbindet. Wenn der Monsun auf dem offenen Meer für hohe Wellen sorgt, ziehen sich die Piraten hierher zurück. Das Wasser ist dort ruhiger, besser für ihre Skiffs, die schlanken Holzboote mit den Außenbordmotoren.

Wer aus dem Suez-Kanal nach Süden fährt, muss das Tor der Tränen passieren. Auch Kapitän Köhler und sein Tanker, der unter der Flagge Liberias fährt wie fast alle Schiffe der Reederei Hartmann. Deutschland erlaubt keine automatischen Waffen an Bord, Liberia unter bestimmten Auflagen schon. Das ist ein enormer Wettbewerbsvorteil, denn ohne bewaffnete Sicherheitskräfte wäre mancher Seemann nicht dabei. Er hätte sich geweigert, durch Piratengebiet zu fahren. Köhler

schiebt den Fahrstufenregler auf „Volle Kraft“. Es dauert eine halbe Stunde, bis das Schiff seine Reisegeschwindigkeit erreicht hat. Die Maschine verbraucht dann 40 Tonnen Treibstoff am Tag. Folglich ist es ökonomischer, durch den Suez-Kanal zu fahren, als um die Südspitze Afrikas. Das wäre ein Umweg von mehr als 5000 Seemeilen.

Die „GasChem Antarctic“ nähert sich dem Piratengebiet. Der Kapitän meldet Route und Zeitplan an die UKMTO, die United Kingdom Maritime Trade Operations in Dubai, die den Einsatz der Kriegsschiffe koordiniert, die die Sicherheit der Route garantieren sollen.

Roles inspiziert die Sicherheitseinrichtungen. Er prüft Funkgeräte und Telefone, Fenster und Luken, besichtigt die Zitate, den Schutzraum im Bauch des Schiffes, in den sich die Mannschaft bei Angriffen zurückziehen soll. Er ist zufrieden. Verstärkte Stahltüren sichern den Raum, aus dem sich die Maschine stoppen lässt; es gibt ein Satellitentelefon.

Kurz nach Mitternacht erreicht eine Warnung das Schiff. Sie betrifft den Sicherheitskorridor im Golf von Aden, der von Kriegsschiffen der europäischen Marine-Mission Atalanta bewacht wird.

21.18 UTC, 12:44 Nord, 047:54 Ost, Golf von Aden. Verdächtiges Boot nähert sich Handelsschiff backbords. Kapitän löst Alarm aus, fährt Ausweichmanöver, Sicherheitsleute beziehen Position an Deck.

Es ist Freitagmorgen. Der philippinische Bootsmann, der Erste Offizier und das Sicherheitsteam überlegen, wo Stacheldraht verlegt werden soll, besprechen, wann welche Luken verschlossen und von innen verriegelt werden. Der Fernschreiber druckt ein neues Telex aus.

08.30 UTC, Position 07:09 Nord, 053:20 Ost. Das gekaperte Schiff „Orna“ ist vor der Küste Somalias als mögliches Piratenmutterschiff identifiziert worden. Es bewegt sich mit 7,5 Knoten auf Kurs 078 in den Indischen Ozean.

Die „GasChem Antarctic“ läuft Kurs 160, Richtung Süden. Die Temperaturen steigen auf über 35 Grad. Die Männer befestigen Stacheldraht rund um das Schiff und an allen Leitern und Treppen. Sie schwitzen. Dann schrauben sie Feuerlöschschläuche an die Reling, die schräg nach unten zielen. Strömt Wasser durch die Schläuche, erschwert das den Piraten das Aufentern und verschlechtert ihre Sicht.

Am Abend lädt Kapitän Köhler zum Buffet auf das Deck hinter der Brücke, es gibt ausnahmsweise Bier zum Essen. Die Mannschaft soll sich entspannen.

Am Samstag läuft die „GasChem Antarctic“ etwas weiter östlich, Kurs 145. Morgens lässt der Kapitän die Sprinkleranlage testen. Falls es zu einem Angriff kommt, kann sie das Schiff in einen feinen Wassernebel hüllen.

Roles und sein Team laden die Magazine ihrer beiden halbautomatischen Gewehre. Kaliber 7,62 Millimeter, so wie die Kalaschnikows der Piraten. Doch die Briten benutzen eine stärkere Treibladung. „Wenn man die Schulter trifft, ist der Arm weg“, sagt Roles trocken. Drei Schüsse können ein Skiff versenken. Sie haben 600 Patronen dabei, manchmal dauern die Feuergefechte mehrere Stunden. Die Männer packen Helme und kugelsichere, mit Stahlplatten verstärkte Westen aus.

Für Roles-Partner McGregor ist der Job geradezu erholsam. Zwei Jahre arbeitete er für eine Sicherheitsfirma in Bagdad und zwei Jahre in Basra. Acht seiner





Freunde überlebten den Einsatz nicht. McGregor erkrankte an Krebs und ging zurück nach England. Die Therapie schlug an, jetzt lässt er es ruhiger angehen. „Ich bin verheiratet und habe eine elf Monate alte Tochter“, sagt er, „ich bin froh, wenn ich keine Piraten sehe.“

Am Vormittag lässt Köhler die gesamte Mannschaft auf der Brücke antreten. Roles stellt sich und sein Team vor. „Wir haben mehr als hundert Einsätze im Piratengebiet hinter uns, es ist nie etwas passiert“, sagt er. Bei Alarm müssten alle in die Zitadelle, nur zwei Offiziere und sein Team blieben auf der Brücke.

McGregor lässt sich das Morphinum geben, das der Kapitän unter Verschluss hat. „Wenn es Verletzte gibt, dann auf der Brücke“, sagt er. Piraten feuern mitunter Panzerfäuste und Kalaschnikow-Salven auf die Brücke ab. Manchmal sehen die Schiffe danach aus wie ein Nudelsieb. „Das hier ist Krieg“, sagt Köhler. Ein absurder

zu dem Ergebnis, dass die Piraten keinesfalls arme Fischer seien, die aus purer Not auf Kaperfahrt gingen. Die Fischgründe vor Somalia seien immer noch ausreichend. Vielmehr hätten vergleichsweise wohlhabende Clans von Anfang an nur die „Jagd nach Profit“ gesehen.

Es ist dunkel geworden. Auf der „GasChem Antarctic“ schraubt die Mannschaft dicke Stahlplatten vor die Fenster. Kein Licht dringt mehr aus den Kajüten. Die Luken werden geschlossen und von innen mit schweren Stahlbolzen gesichert. Die Piraten sollen es so schwer wie möglich haben, in die Aufbauten zu gelangen.

Es gilt Sicherheitsstufe zwei. Die Wachen werden verdoppelt, der Ausguck ist backbords und steuerbords ständig besetzt. Niemand darf mehr an Deck. Wenn der Koch den Müll rausbringen will, muss er sich abmelden.

Um 19.36 Uhr passiert das Schiff 16 Grad, 20 Minuten nördlicher Breite. Es

wäre bei den Deutschen die Bundespolizei zuständig, und die ist am Horn von Afrika nicht im Einsatz.

Es ist Sonntag, der Wind ist eingeschlagen, das Wasser spiegelglatt. Piratenwetter. Um 5 Uhr passiert die „GasChem Antarctic“ die Haycock-Inseln zwischen dem jemenitischen Festland und Eritrea. „No Go – Piracy“ ist per Hand auf der Seekarte eingetragen.

Im Morgendunst tauchen die Hanisch-Inseln auf. Ein Matrose beobachtet sie durch sein Fernglas. Er hat Angst. „Fischer und Piraten sind nicht zu unterscheiden“, sagt er, „alle tragen Waffen hier.“

Um 8.30 Uhr lässt Kapitän Köhler das Automatische Identifizierungssystem ausschalten. Es sendet die Schiffsdaten und kann von Piraten empfangen werden.

Um 9.18 Uhr meldet die Wache zwei Skiffs querab backbord, in etwa zwei Seemeilen Entfernung. Roles schnappt sich ein Fernglas. Eine Zeitlang fahren sie pa-



Sicherheitsmann McGregor mit Stacheldraht, Puppe mit Holzgewehr: „Das hier ist Krieg“

Krieg, bei dem moderne Kriegsschiffe der mächtigsten Nationen gegen ein paar Somalis in Badeschlappen und winzigen Booten eine lächerliche Figur machen. Bei seiner letzten Fahrt wurde Köhlers Schiff von einem Piratenboot verfolgt. Der Kapitän ließ beschleunigen, sprühte Löschwasser und zeigte den Angreifern ein selbstgebasteltes Holzgewehr, das aus der Ferne so aussah wie eine Kalaschnikow. Die Piraten drehten ab.

50 Seemeilen weiter funkte dann ein anderer Kapitän Mayday, den internationalen Notruf. Und zwar an der Stelle, die Köhler drei Stunden zuvor passiert hatte. Eine spanische Fregatte meldete sich und wollte immer neue Einzelheiten wissen. Wer der Schiffseigner sei, wie das Schiff heiße, diverse technische Angaben. Er habe keine Zeit für solche Fragen, bellte der Kapitän ins Funkgerät, er werde angegriffen. Dann brach er den Kontakt ab. „You are useless“, rief er, ihr seid nutzlos.

Eine Studie des Norwegian Institute for Urban and Regional Research kommt

befindet sich nun in der Hochrisikozone. Die Instrumentenbeleuchtung auf der Brücke wird maximal gedimmt. Das Schiff fährt als schwarzer Schatten durch die Nacht. Der Telexdrucker rattert.

*Warnung! 22.52 UTC, Position 09:32 Nord, 058.07 Ost, das Piratenmutterschiff „Orna“ fährt Kurs 076, Speed 8,2 Knoten.*

„Wenn die Marine weiß, dass es ein Mutterschiff ist, warum tut sie dann nichts?“, ärgert sich Köhler. Es ist eine Frage, die er sich immer wieder stellt. Warum unternimmt niemand etwas? „Die sehen doch, wie ein paar Männer in Nusschalen die größten Handelsschiffe kapern und reich werden.“

Köhler zweifelt am Sinn des Marineinsatzes am Horn von Afrika. Deutschland ist mit der Fregatte „Niedersachsen“, dem Marinefliegergeschwader 3 „Graf Zeppelin“ aus Nordholz und rund 300 Soldaten im Einsatz. Doch selbst auf hoher See darf die Marine nach deutschem Recht die Piraten nicht bekämpfen, obwohl es völkerrechtlich erlaubt ist. Dafür

parallel zur „GasChem Antarctic“, dann lassen sie sich zurückfallen.

Um 9.31 Uhr Alarm auf Kanal 16, dem Notrufkanal.

*Piraten-Aktivität. Ein Mutterschiff und einige Skiffs auf Position 12:35N. Bab al-Mandab.*

Das Tor der Tränen. In zwei Stunden wird die „GasChem Antarctic“ dort sein.

9.44 Uhr. Zwei Skiffs an Backbord. Sie fahren schneller als der Tanker. Das ist ungewöhnlich. Plötzlich sind es schon fünf Boote, die aus dem Dunst auftauchen. Sie nehmen Kurs auf das Schiff, dann drehen sie ab.

Um 9.45 Uhr meldet sich ein Kriegsschiff auf Kanal 16 und bittet, Auffälligkeiten zu melden. Die Matrosen starren angespannt durch ihre Ferngläser auf den dunstigen Horizont.

Gegen 10 Uhr ordert der Dritte Offizier Kaffeenachschub. Steuerbord voraus liegen zwei französische Kriegsschiffe und ein U-Boot. Trotzdem nähern sich backbords fünf Skiffs, jeweils mit fünf bis





sechs Mann besetzt. Eines von ihnen dreht bei und kommt mit hoher Geschwindigkeit auf die „GasChem Antarctic“ zu. Roles greift zum Fernglas, McGregor zum Gewehr, lädt durch, zielt. Kapitän Köhler lässt Wasser durch die Löschschläuche jagen. Das Boot wird langsamer, der Mann am Außenborder zögert, dann dreht er ab.

Die „UBC Limas“, ein Frachter, der ebenfalls der Reederei Hartmann gehört, hat weniger Glück. Sie wird einige Stunden später an derselben Position angegriffen. Köhler bekommt die Meldung über seinen Fernschreiber.

*11.50 UTC, Position 14:24 Nord, 042:04 Ost. Sechs Piraten in zwei Skiffs greifen ein Handelsschiff an. Piraten feuern. Mannschaft geht in die Zitadelle. Als Sicherheitsleute zurückfeuern, lassen Piraten ab.*

Roles wird später von seiner Zentrale im englischen Bournemouth erfahren, dass es seine Kollegen waren, die die „Limas“ gerettet haben.

Um 11.15 Uhr fährt ein Skiff auf Höhe der jemenitischen Insel Mayyun an Backbord mit 1,5 Meilen Abstand zur „GasChem Antarctic“. Wieder lässt Köhler Wasser spritzen. Das Boot dreht ab.

Dann erreicht der Gastanker Bab al-Mandab, den Eingang zum Golf von Aden. Zum Mittagessen gibt es Steak, Pommes und Eiscreme. Die Crew soll spüren, dass Sonntag ist.

Als das Schiff um 17.30 Uhr den internationalen Sicherheitskorridor erreicht, der von der europäischen Mission Atalanta geschützt wird, taucht in etwa fünf Seemeilen Entfernung an Backbord eine Dau auf, eines der traditionellen arabischen Segelboote. Dahinter dümpeln drei Skiffs. Eine klassische Piratenkonstellation. „Wasser marsch!“, befiehlt der Kapitän. Und der Gastanker zieht vorbei, ohne dass sich die verdächtigen Boote in Bewegung setzen.

Am nächsten Morgen knattert ein Hubschrauber über der „GasChem Antarctic“, dreht eine Runde und landet auf einem Kriegsschiff, das im Morgendunst dümpelt. Mittags warnt ein Aufklärungsflugzeug der Mission Atalanta.

*Ein Mutterschiff operiert auf Position 14:24 Nord und 052:43 Ost, am Ausgang des Sicherheitskorridors.*

Um 14 Uhr zieht der Tanker „Hannibal II“ vorbei, der noch kürzlich von Piraten als Mutterschiff benutzt wurde. Er soll für viele Millionen ausgelöst worden sein.

Am nächsten Tag attackieren Piraten erneut ein Handelsschiff. Mittags passiert die „GasChem Antarctic“ den 22. Grad nördlicher Breite, das Ende der Hochrisikozone. Die Besatzung hat jetzt für ein paar Tage Ruhe vor Piraten. Das Schiff nimmt Proviant, Treibstoff und Ladung an Bord. Dann geht es zum Kap der Guten Hoffnung, durch den Indischen Ozean, wieder 2500 Seemeilen durch die Hochrisikozone.



# Im Schaukelstuhl

**Ortstermin:** In Berlin stellen sich Franz Müntefering und Sven Kuntze tapfer dem Alter.

Franz Müntefering hat eine schwarze Aktentasche dabei, als käme er beruflich von irgendwoher oder müsse noch irgendwohin. Sven Kuntze hat nur sein Buch dabei, das er an diesem Abend vorstellt. Es heißt „Altern wie ein Gentleman“.

Müntefering und Kuntze sitzen auf einer kleinen Bühne in der Berliner Buchhandlung Dussmann. Franz Müntefering ist 71 Jahre alt, er war mal Vizekanzler und bis 2009 SPD-Vorsitzender. Heute ist er Bundestagsabgeordneter. Sven Kuntze ist 69 Jahre alt, er war mal Moderator beim ARD-„Morgenmagazin“ und bis 2007 Hauptstadt-Korrespondent. Heute ist er Rentner und Autor. Müntefering und Kuntze sind jetzt mehr oder weniger im Ruhestand. Die Frage ist, ob sie das können: aufhören.

„Ich muss nicht mehr vor der CDU-Zentrale stehen und auf Frau Merkel warten. Das fehlt mir nicht“, sagt Kuntze. Müntefering nickt. „Ich arbeite schon, aber alles ist lockerer“, sagt er.

Müntefering steckt in einem schwarzen Anzug, der Schlips umschließt fest den Hals, sein Gesicht ist noch hagerer geworden, asketischer. Wahrscheinlich könnte Müntefering jederzeit einspringen, falls der dickliche Sigmar Gabriel den SPD-Vorsitz nicht stemmt, konditionell.

„Kann man sich auf den Ruhestand vorbereiten?“, fragt die Moderatorin des Abends. „Nee. Quatsch. Wie soll man sich darauf vorbereiten?“, sagt Sven Kuntze. „Es gibt ja viele Bücher, die sagen: Alter ist eine tolle Sache. Das stimmt nicht. Das Alter gehört abgeschafft.“

Kuntze wirkt noch so, wie er auch im ARD-„Morgenmagazin“ oft wirkte. Ein bisschen angepisst. Angenehm mürrisch. Damals nervten die Kollegen oder die Politiker oder der Stress. Heute nervt das Alter. Kuntze liest eine kurze Passage aus seinem Buch. Die Worte „Sterbebegleitung“, „Ehrenamt“, „Leid“, „Tod“ tröpfeln in den Saal. Müntefering starrt ins Nirgendwo.

Kuntzes Buch steht bereits in den Bestsellerlisten, genauso wie das Buch von Joachim Fuchsberger „Altwerden ist nichts

für Feiglinge“ und Virginia Ironsides „Nein! Ich geh nicht zum Seniorentreff!“. Bücher über das Alter und das Altern sind Verkaufsschlager, was erstaunlich ist, da der Weg des Lebens seit Jahrtausenden gleich verläuft. Zuerst ist der Mensch jung. Später ist er alt. Jung ist besser.

Damit ist eigentlich alles über das Altern gesagt.

Vermutlich geht es um Trost, Lebenshilfe und Weisheit. Deutschland wird alt, und die vielen alten Menschen brauchen Vorbilder, Leitfiguren, Alterserklärer. Sven Kuntze ist jetzt auf dem Weg dort-

„Sterben ist immer schwer, klar“, sagt Müntefering mit knarzender Stimme. „Aber nicht schwerer als früher.“

Er spricht von den „17 000 Verkehrstoten der siebziger Jahre“, den „Kriegstoten“, der „Sterbebegleitung“, kommt schließlich zur „Erwerbsquote von 75 Prozent“, der „Zuwanderung“ und der „Mindestlohn-Debatte“, was zeigt, dass Müntefering noch immer im Dienst ist. Er ist 2009 zurückgetreten. Aber er rennt immer weiter, so wie Helmut Schmidt immer weiterrennt.

„Das Problem ist lösbar“, sagt Müntefering am Ende seiner Ausführungen. Welches Problem? Der Tod?

Sven Kuntze sagt, er könnte sich vorstellen, in einigen Jahren in einer Einrichtung für betreutes Wohnen zu leben. So hat es seine Mutter gemacht.

„Und ein Mehrgenerationenhaus?“, fragt die Moderatorin.

„Nee“, sagt Kuntze. „Das ist doch unzumutbar. Warum sollen die jungen Leute ihre Freizeit mit uns Alten verbringen? Hätte ich ja früher auch nicht gemacht.“ Kuntze verzieht das Gesicht. Aber dann fällt ihm plötzlich etwas ein, was ihm am Alter gefällt. „Müßiggang ist ei-

gentlich eine wundervolle Sache“, sagt Kuntze und erzählt von den täglichen Freuden des Müßiggangs.

Müntefering schaut Kuntze an, als erzählte der gerade einen anzüglichen Witz. Betreutes Wohnen? Müßiggang?

„Die Demokratie kennt keinen Schaukelstuhl“, sagt Franz Müntefering.

So gehen sie beide ihren Weg ins Alter. Müntefering versucht es mit Nichtbeachtung. Kuntze mit Annäherung.

Er wird wohl bald eine Reportage für das Fernsehen drehen. Über Religiosität. Die soll ja im Alter zunehmen. Kuntze will ein Selbstexperiment starten. „Spüren Sie denn auch eine Entwicklung hin zur Spiritualität, Franz Müntefering?“, fragt die Moderatorin am Ende.

Müntefering schaut auf seine schwarzen festen Anzugschuhe.

„Nee, ich bin ja noch mitten im Leben“, sagt er.

JOCHEN-MARTIN GUTSCH



Senioren Müntefering, Kuntze: „Muss nicht mehr auf Frau Merkel warten“

hin, zusammen mit Blacky Fuchsberger. Aber Alterserklärer ist ein harter Job. Kuntze wird Lesungen geben, umringt von Menschen, die so alt sind wie er selbst. Oder älter. Er wird immer tiefer in eine Welt gezogen, die er gern umschiffen hätte. „Das Buch ist mir nicht gut bekommen“, sagt Kuntze. „Ich bin ein Anhänger des Verdrängens. Aber das funktioniert nicht mehr.“

Bei Franz Müntefering offenbar schon. Vielleicht darf man einfach kein Altersbuch schreiben. Müntefering hat eine junge Ehefrau, 40 Jahre jünger als er. Das finden die meisten älteren Frauen furchtbar. Es gibt aber den meisten älteren Männern die Hoffnung, dass auch das Alter noch manches Abenteuer bereithält. 2013 wird Müntefering wohl nicht mehr für den Bundestag kandidieren, vielleicht aber seine Frau, so stand es in den Zeitungen. Das wäre ein Beleg, dass der Generationenvertrag doch funktioniert.



HSH NORDBANK

## Gutachter im Zwielficht

Im Ermittlungsverfahren gegen Vorstände der HSH Nordbank wegen des Verdachts der Untreue und Bilanzfälschung gerät nun auch ein Gutachter in die Kritik. Ein Bankrechtsexperte der Anwaltssozietät Freshfields hatte 2009 untersucht, ob Vorstände der Bank „Pflichtverletzungen“ begangen haben. In dem Gutachten seien der damalige Vorstandschef Dirk Jens Nonnenmacher und dessen Vorgänger Hans Berger auffällig geschont worden, argwöhnten Mitglieder des Hamburger Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „HSH Nordbank“. Womöglich habe sich Freshfields für lukrative Aufträge in der Vergangenheit erkenntlich gezeigt. Thomas Emde, Leiter der Frankfurter Freshfields-Niederlassung, hat diesen Verdacht stets zurückgewiesen. Es gebe keinen Interessenkonflikt, weil neben dem Gutachtauftrag keinerlei Mandatsverbindung der Freshfields-Filiale zur HSH bestehe. Die Hamburger Staatsanwaltschaft fand jedoch bei ihren Ermittlungen ein 27-seitiges „Memorandum“, das zwei Frankfurter Anwälte der Sozietät im März 2008 über die Absicherung von Schiffskrediten verfasst hatten. Freshfields-Anwalt Emde erklärt, das Papier zum Zeitpunkt der Mandatierung nicht gekannt zu haben. „Ich habe mein Gutachten im Auftrag des Aufsichtsrates erstattet und mich ihm allein verpflichtet gefühlt.“ Zumal er an dem früheren Mandat nicht beteiligt gewesen sei und es nur untergeordnete Bedeutung gehabt habe.



Milchkühe

EU-AGRARPOLITIK

## Aus für Öko-Landbau?

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso plant anscheinend drastische Kürzungen bei den Agrarsubventionen. Ende Juni muss er seinen Haushaltsplan für die Jahre 2014 bis 2020 vorlegen. Aus Spargründen soll besonders der Bereich Landschaftspflege, Öko-Landbau und Modernisierung von Betrieben gekappt werden – obwohl diese sogenannte zweite

Säule als Grundpfeiler einer modernen Agrarpolitik gilt. Von ihr profitieren vor allem kleine und mittlere Bauernhöfe aus Süddeutschland. Die Kürzungen würden die Landwirtschaft „30 Jahre zurückwerfen“ und das „soziale und wirtschaftliche Gleichgewicht“ innerhalb Europas gefährden, heißt es in einem Protestschreiben von Vertretern der Umweltstiftung WWF

GEBÄUDESANIERUNG

## Mieterbund verlangt Nachbesserung

Der Deutsche Mieterbund macht Front gegen die Pläne der Bundesregierung, Mieter stärker an den Kosten der energetischen Gebäudesanierung zu beteiligen. Ins Visier genommen hat Mieterbundpräsident Franz-Georg Rips dabei erstmals die geplante Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten von Modernisierungskosten. Während öffentliche Förderungen wie das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm dazu führen, dass die Sanierung für den Ver-

mieter günstiger wird und mögliche Mieterhöhungen daher geringer ausfallen, profitiere von der geplanten Abschreibung nur der Vermieter, so Rips. Daher fordert er im Rahmen der von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger angestrebten Mietrechtsreform eine Änderung von Paragraph 559a des Bürgerlichen Gesetzbuches. „Die Kostenbelastung für den Vermieter wird verringert. Das muss sich bei den Mieterhöhungen zugunsten der Mieter auswirken.“



Eingerüstetes Wohnhaus

2,62 Mio.

Dollar

war es einem bisher unbekannten Bieter auf Ebay wert, mit dem Multimilliardär Warren Buffett in New York mittagessen zu gehen.

7416

Dollar

war das höchste Gebot, das bis Freitagabend abgegeben wurde, um am 2. Juli mit WikiLeaks-Gründer Julian Assange in London essen zu gehen.





SVEN KAESNER / AP

GESUNDHEIT

## Mehrheit gegen Pflege-Riester

Die Mehrheit der Deutschen lehnt eine obligatorische private Pflege-Zusatzversicherung ab, wie sie die Regierung laut Koalitionsvertrag plant. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage des wissenschaftlichen Instituts der AOK. Knapp 55 Prozent der Befragten sprachen sich gegen die Einführung einer Art Pflege-Riester aus. Nur rund 23 Prozent befürworten eine solche Reform. Die Ablehnung sei „umso größer, je geringer das Einkommen der Versicherten“ sei, schreiben die Forscher. Auch innerhalb der Union gibt es Widerstand. „Wir brauchen eine Lösung, die auf Akzeptanz bei den Menschen stößt“, sagt CSU-Gesundheitsexperte Johannes Singhammer. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion

im Bundestag ist zwar dafür, „so schnell wie möglich zusätzliche Rücklagen zu bilden“. Die will er allerdings nicht durch die Erhebung einer individuellen Pflege-Kopfpauschale ansparen. Sinnvoller sei eine kollektive Rücklage. Bei kleinen Beiträgen wäre sonst der Aufwand zu groß, bei höheren würde ein Sozialausgleich nötig. Derzeit zahlen die Deutschen jedes Jahr mehr als 20 Milliarden Euro in die gesetzliche Pflegeversicherung ein.



MICHAEL RIEHLE / LAIF

Urlaubende Rentner

aus Frankreich, Deutschland, England, Spanien und anderen Ländern an Barroso. Ohne die 13 Milliarden Euro, die zurzeit für ländliche Entwicklung bereitstehen, würden die Umweltziele der EU nicht erreicht. Derzeit erhalten die europäischen Bauern insgesamt rund 56 Milliarden Euro pro Jahr, der Großteil sind Direktzahlungen, deren Höhe sich allein an der Größe des Betriebs orientiert. Durch die Reform soll mehr Geld in die nachhaltige Landwirtschaft fließen, was Lobbygruppen wie der Deutsche Bauernverband verhindern wollen.

ONLINE-BETRUG

## Gestohlene Daten

In großem Umfang soll ein Heranwachsender auf dem Schwarzmarkt Daten von T-Online-Kunden angekauft und an Komplizen weitergegeben haben. Schon seit Monaten ermitteln Staatsanwälte aus Hamburg und Bonn gegen den 21-jährigen Thore S. wegen gewerbsmäßigen Computerbetrugs. Die mutmaßlichen Täter sollen mit Hilfe der Kunden-

daten sogenannte Software-Keys zum Freischalten von Downloads erworben und anschließend an Ebay-Händler verkauft haben. Den betroffenen Kunden wurde das in Rechnung gestellt. Man gehe davon aus, „dass die Kundendaten über Phishing bei den Kunden selbst gestohlen worden sind“, erklärte die Telekom. Die Staatsanwaltschaft Bonn spricht von mindestens 4200 Geschädigten. Zudem gebe es „deutlich mehr als 4000“ Beschuldigte, die die Software-Keys bei Ebay gekauft haben sollen.

MINERALÖLINDUSTRIE

## Reibach dank Biosprit

Die weitverbreitete Ablehnung des Biosprits E10 hat den Mineralölkonzernen einen überraschenden Geldsegen beschert. Aus Angst vor Langfristschäden an ihren Motoren sind viele Autofahrer auf die kostspielige Benzinsorte Super Plus mit 98 Oktan ausgewichen – zumindest an jenen Tankstellen, an denen im Zuge der E-10-Einführung das normale Super mit 95 Oktan abgeschafft wurde. Der Absatz des bis zu zehn Cent pro Liter teureren Kraftstoffs Super Plus unverbleit hat sich dadurch mehr als verfünffacht. So setzten die rund 14 700 Tankstellen in Deutschland im ersten Quartal 2010 – also noch vor der Einführung des ethanolhaltigen Kraftstoffs E10 – täglich 140 Millionen Liter Super Plus ab, ein Jahr später waren es im selben Zeitraum 735 Millionen Liter pro Tag. Der Anteil von Super Plus an der Gesamtabsatzmenge aller Benzin-Kraftstoffe stieg damit von 2,3 Prozent auf 12 Prozent. Bislang wurde E10 an etwa 50 Prozent aller Tankstellen in Deutschland eingeführt, vor allem in Ost- und Süddeutschland. Die Mineralölkonzerne gehen jedoch mittlerweile dazu über, mit Super, Super Plus und E10 wieder alle drei Benzinsorten anzubieten.



E-10-Zapfsäule

JÖRG SARBACH/DAPO



AUTOINDUSTRIE

# Was, wenn Wan will?

Koreaner und Chinesen könnten Opel übernehmen – für Industriepolitiker ein Schreckgespenst, für die meisten deutschen Autobosse nicht weiter bedrohlich. Nur VW-Chef Martin Winterkorn muss prüfen, ob er den Angreifern zuvorkommt und bei Opel einsteigt.

**M**an kommt sich vor wie in einer Art Zeitschleife: Wieder sorgt sich die Kanzlerin um Opel. Wieder zeigt Angela Merkel viel Verständnis für die Beschäftigten, die – wieder einmal – zutiefst verunsichert sind. Merkel appelliert an den Mutterkonzern General Motors (GM), endlich Klarheit zu schaffen in der Frage: Will er die deutsche Tochter verkaufen – und wenn ja, an wen?

Wieder treten auf: Standortpolitiker, Wirtschaftsliberale, Gewerkschafter, Arbeiter. Die Kulisse des Dramas sind die deutschen Werke. Und alle Beteiligten werden einerseits erneut durchdrungen von der Angst um Tausende Jobs und andererseits von der Furcht, am Ende könnten womöglich Koreaner oder gar Chi-

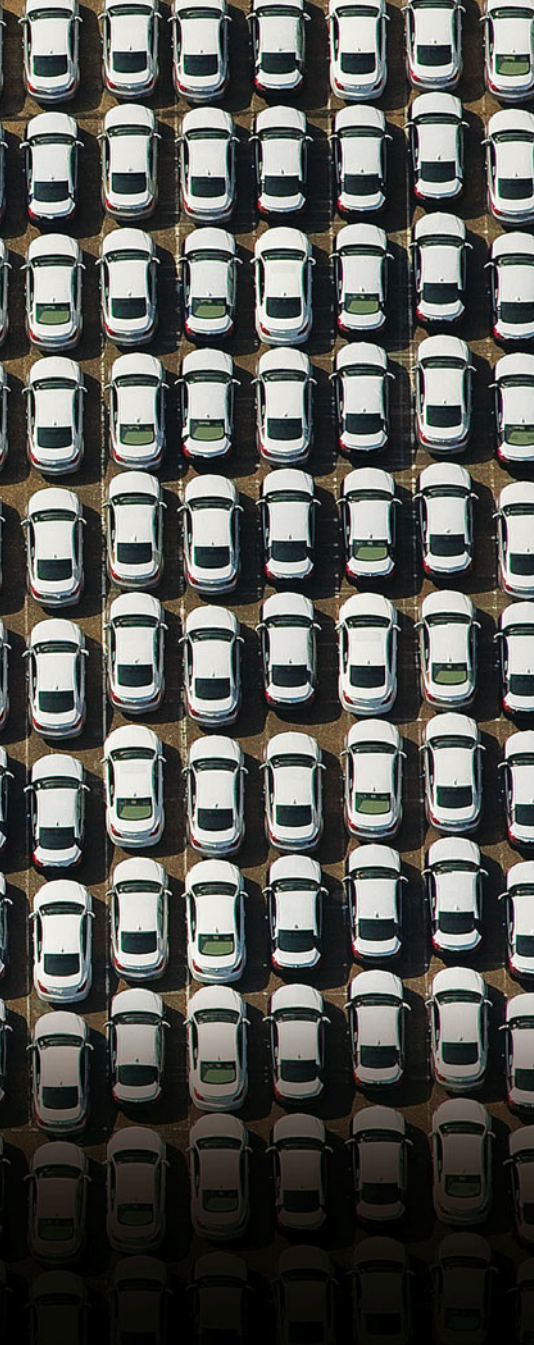
nesen deutsches Automobil-Know-how erobern.

Die Chefs der hiesigen Autokonzerne haben sich über den Fall Opel bereits ausgetauscht. Sie trafen sich am vorvergangenen Donnerstag im Verband der deutschen Automobilindustrie (VDA) zu einer Routinesitzung. Das Thema Opel stand ursprünglich nicht auf der Tagesordnung. Aber nachdem der SPIEGEL und „Auto Bild“ wenige Stunden zuvor erstmals über Verkaufspläne von General Motors berichtet hatten, diskutierten die Konzernbosse Dieter Zetsche (Daimler), Norbert Reithofer (BMW) und Martin Winterkorn (VW) miteinander über die Folgen eines möglichen Verkaufs für ihre Branche.

Alle drei zeigten sich besorgt über einen möglichen Abfluss von deutschem Fachwissen. Aber Daimler und BMW müssen sich deshalb keine Sorgen um das eigene Geschäft machen. Ganz anders der VW-Konzern. Je nachdem, an wen Opel verkauft wird, könnten die Machtpositionen in der weltweiten Autoindustrie verschoben werden – zu Lasten der Wolfsburger, die im gleichen Massengeschäft zu Hause sind wie die Rüsselsheimer. VW muss deshalb prüfen, ob es den aufstrebenden Konkurrenten nicht zuvorkommt und selbst bei Opel einsteigt.

Das Dementi aus Detroit nahm keiner der drei deutschen Top-Manager ernst. Den einfachen Satz, „wir verkaufen Opel nicht“, hatten die GM-Bosse nicht über





## Opel-Neuwagen in Rüsselsheim „Mühsame Aufbauarbeit zerstört“

Die Händler verkaufen mehr Autos, in den Fabriken müssen Sonderschichten gefahren werden, neue Modelle wie das Astra Coupé und das Elektroauto Ampera stehen kurz vor der Einführung. Doch plötzlich kommt der Schlag in den Nacken: GM-Boss Dan Akerson („Ich bin ungeduldig“) liebäugelt mit dem Opel-Verkauf. Mitarbeiter und Kunden sind verunsichert. „So zerstört Detroit mit einem Schlag die mühsame Aufbauarbeit der letzten Jahre“, sagt einer der deutschen Top-Manager.

Auch in Wolfsburg sorgt der mögliche Opel-Verkauf für Unruhe. Am bedrohlichsten für Volkswagen wäre es, wenn Hyundai das europäische GM-Geschäft übernehme. Der koreanische Konzern, zu dem auch die Marke Kia gehört, ist hinter GM, Toyota, VW und Renault-Nissan die Nummer fünf der Autobranche. Kein anderer Hersteller wächst so schnell wie Hyundai. Winterkorn bescheinigt dem Unternehmen, es sei „der gefährlichste Wettbewerber für Volkswagen“.

Die Koreaner sind längst nicht mehr der Billiganbieter, der seine Fahrzeuge vor allem wegen des niedrigen Preises loswird. Sie haben sich kontinuierlich nach oben gearbeitet, auch mit Hilfe ehemaliger Manager des VW-Konzerns. So hat Hyundai einen Motorenentwickler aus Wolfsburg und einen Designer von Audi abgeworben.

In Qualitätsuntersuchungen besetzen Hyundai-Modelle mittlerweile oft vordere Plätze. Optik und Verarbeitung gelten als vorbildlich. Zudem haben die Koreaner erkannt, dass auf den verschiedenen Märkten unterschiedliche Fahrzeugtypen gefragt sind. In den USA bietet Hyundai auch große Modelle samt einem Acht-Zylinder-Motor an. In Europa sind die Modelle kleiner. Hier gibt es zudem einen Dieselmotor, der eigens entwickelt wurde.

In den USA verkauft Hyundai doppelt so viele Autos wie alle deutschen Hersteller zusammen. In Europa könnte eine

Opel-Übernahme den Koreanern zusätzlichen Schub verschaffen. Vor allem hätten sie Zugriff auf die Opel-Technik, -Patente und -Innovationen. Das europäische Entwicklungszentrum von Hyundai liegt in der Rüsselsheimer Nachbarschaft.

Nicht minder gefährlich für den VW-Konzern wäre es, wenn ein großer chinesischer Autokonzern Opel übernehme. BAIC war bereits vor zwei Jahren an den europäischen GM-Aktivitäten interessiert, zog dann aber den Kürzeren. BAIC gilt auch jetzt wieder als Interessent.

Die chinesische Autoindustrie steht unter dem Druck ihrer eigenen Regierung. Im Gegensatz zu anderen Branchen wie etwa der Stahlindustrie ist es den Autoherstellern bislang nicht gelungen, sich auf dem Weltmarkt zu etablieren. Die Pekinger Planer fordern deshalb, dass sich die über hundert lokalen Automarken Chinas unter der Führung der wenigen größeren Unternehmen wie SAIC (Shanghai Automotive Industry) und eben BAIC (Beijing Automotive Industry) zusammenschließen, die dann auf den Märkten in Nordamerika und Europa angreifen sollen.

Befeuert wird diese Strategie von einem früheren chinesischen Audi-Manager, der fließend Deutsch spricht: Wan Gang. Bei Audi arbeitete Wan in der technischen Entwicklung. 2007 wurde er, obwohl er kein Mitglied der Kommunistischen Partei war, zum Minister für Wissenschaft und Technologie Chinas ernannt und will seitdem die Entwicklung der Autoindustrie fördern.

Wans größtes Ärgernis: China ist zwar für Autokonzerne aus Deutschland einer der wichtigsten Absatzmärkte. Umgekehrt aber konnten seine Hersteller in Europa bislang nicht Fuß fassen.

Dies liegt nicht nur daran, dass chinesische Autos bei Crashtests schlecht abgeschnitten haben. Vor allem ist es teuer und zeitraubend, in Europa ein eigenes Händlernetz aufzubauen und eine neue Marke einzuführen. Schneller kämen chinesische Autohersteller durch die Übernahme der europäischen GM-Aktivitäten voran.

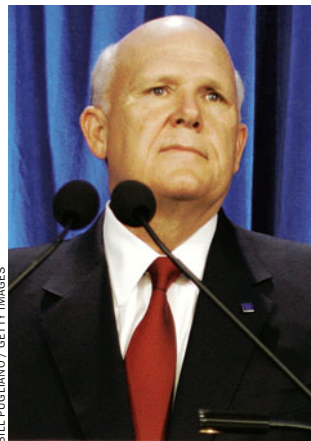
Zwar müsste VW kaum fürchten, dass der neue Konkurrent dem Autokonzern

ihre Lippen gebracht. Konzernjuristen sollen dies verhindert haben.

Wenn ein Unternehmen die Öffentlichkeit über einen börsenrelevanten Vorgang falsch informiert, könnten Anleger dies später zur Grundlage von Schadensersatzforderungen machen. Die Antwort, es handle sich um „Spekulationen“, lässt alles offen. Damit hat der Poker um Opel begonnen.

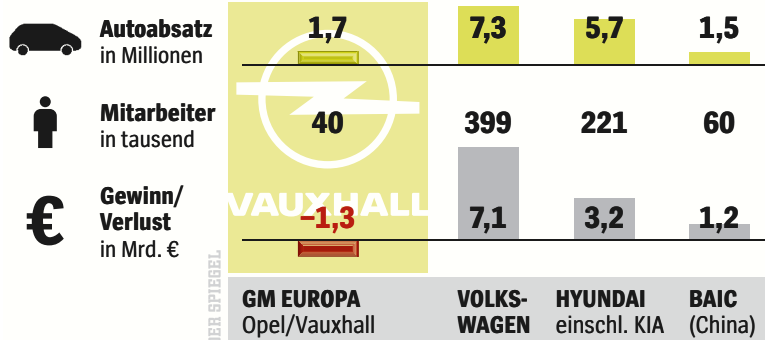
Den Rüsselsheimer Autohersteller trifft dies hart. Ginge es nicht um Unternehmen, sondern um Menschen, würde der Umgang von GM mit seiner deutschen Tochter den Tatbestand der vorsätzlichen Körperverletzung erfüllen.

Opel ist gerade wieder auf die Beine gekommen.



General-Motors-Chef Akerson: „Ich bin ungeduldig“

## Verkaufsobjekt ... Unternehmenszahlen 2010



## ... und mögliche Bieter



das Geschäft in Europa schon in den nächsten ein, zwei Jahren nennenswert erschwert. Aber VW-Boss Winterkorn plant langfristig. Spätestens 2018 soll VW der führende Autohersteller der Welt sein. Der Vormarsch von Koreanern oder Chinesen auf seinem Heimatmarkt Europa, wo VW bislang unangefochten Marktführer ist, könnte dies gefährden.

Die Rekordzahlen bei Absatz, Umsatz und Gewinn, die der VW-Konzern mit seinen mittlerweile elf Pkw- und Lkw-Marken verkündet, haben ein Problem bislang verdeckt: Das Herz des Unternehmens, die Marke Volkswagen, schlägt nach der Krise noch immer recht schwach.

Für die meisten Gewinne im Konzern sorgt Audi. Volkswagen dagegen erreichte im vergangenen Jahr trotz Rekordverkäufen nur eine Umsatzrendite von 2,7 Prozent. Finanzvorstand Hans Dieter Pötsch hat intern bereits gemahnt, das sei „zur Erreichung unserer für 2018 gesteckten Ziele nicht ausreichend“. Deshalb muss VW nun prüfen, ob es Opel im Notfall nicht besser selbst übernehmen sollte, bevor Koreaner oder Chinesen den Zuschlag erhalten – und damit den Angriff auf Volkswagen starten. Finanziell wäre der Kauf leicht zu stemmen. Der VW-Konzern verfügt über Barreserven von knapp 20 Milliarden Euro. Auch technisch wäre die Integration kein Problem. Opel könnte künftige Modelle aus den Baukästen des VW-Konzerns ableiten. Aber es gibt auch Argumente gegen den Einstieg. Die Abgrenzung der vielen Marken des VW-Konzerns würde noch schwieriger. Schon jetzt machen sich Volkswagen und Škoda Konkurrenz. Die Marke Opel müsste zwischen diesen beiden angesiedelt werden. Vor allem müsste der neue Eigentümer Opel auf dem Weltmarkt neu aufstellen.

Jahrzehntelang verhinderte GM, dass die deutsche Tochter sich wichtige Wachstumsmärkte wie etwa China, Indien, Brasilien und Russland als Absatzregion erschließt. Dort sollten andere GM-Marken wie Chevrolet und Buick ihr Geschäft machen. Opel dagegen, so verfügten die GM-Bosse in Detroit, sollte eine regionale Marke für Europa bleiben.

Damit war das Unternehmen zum Siechtum verdammt, denn der europäische Markt bietet kaum Wachstumschancen. Und außerhalb Europas will Opel in diesem Jahr gerade mal 50 000 Autos verkaufen. Zum Vergleich: VW verkauft allein in China zwei Millionen Fahrzeuge.

Bei einer Übernahme von Opel müsste VW-Chef Winterkorn die neue Konzernmarke auf großen Auslandsmärkten vor-

antreiben – und würde damit wiederum Volkswagen selbst Konkurrenz machen.

Angesichts dieser Ausgangslage ist klar, dass Winterkorn sich um eine Übernahme der GM-Tochter nicht reißt. Für VW ist mit dem Thema auch ein Imageproblem verbunden. Nach dem Einstieg bei MAN, Scania und Porsche gilt VW als gefräßiger Riese, bei dem die Konkurrenz nur darauf wartet, dass er sich mal verschluckt. Am liebsten wäre es VW-Managern deshalb, die Kanzlerin würde sich gegen einen Verkauf von Opel an Chinesen oder Koreaner und für eine nationale Lösung aussprechen. VW könnte dann die Rolle des Retters in der Not besetzen.

Doch Merkels Neigung, sich noch einmal stärker für Opel zu engagieren, dürfte gering sein. Nur zwei Jahre ist es her, da hatte sie Staatshilfen durchgesetzt für den Fall, dass GM seine deutsche Tochter an den Zulieferer Magna und die russische Sberbank verkauft. GM hatte dies damals fest zugesagt. Doch über Nacht entschieden die Konzernbosse in Detroit anders. Merkel stand als Blamierte da.



VW-Chef Winterkorn, Kanzlerin Merkel: Eine deutsche Lösung?

In ihrem Umfeld heißt es, sie hoffe für die Beschäftigten, dass es jetzt „keine lange Phase der Unsicherheit gibt“ und sich eine Lösung finde, die „für die Opel-Mitarbeiter in Deutschland die beste ist“.

Merkels neuer Wirtschaftsminister Philipp Rösler gibt ganz den Liberalen: Es gehöre zum normalen internationalen Wettbewerb, dass ausländische Firmen in Deutschland investieren, sagt er. Vorbehalte müsste er nur haben, wenn deutsche Sicherheitsinteressen berührt wären, „das sehe ich bei Opel aber nicht“.

GM wird über die Frage wohl bald entscheiden. Der Verwaltungsrat des US-Konzerns will demnächst die Zehnjahresstrategie festlegen. Ein Punkt dabei ist die Zukunft von Opel. Wieder einmal.

DIETMAR HAWRANEK, WIELAND WAGNER







FDP-Chef Rösler

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

REGIERUNG

## „Stahl hat Zukunft“

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler, 38, über die Kosten des Atomausstiegs, die Möglichkeit von Steuersenkungen und die Dämmung seines Hauses

**SPIEGEL:** Herr Rösler, Sie besitzen ein Privathaus in der Nähe von Hannover. Haben Sie schon für eine ordentliche Wärmedämmung gesorgt?

**Rösler:** Das Haus ist noch aus den achtziger Jahren. Als wir es vor zwei Jahren kauften, haben wir gleich das Dach und die Wände neu gedämmt, was sehr aufwendig war. Wir mussten die Sparren dicker machen – aufdoppeln, wie der Fachmann sagt.

**SPIEGEL:** Haben Sie über eine Solaranlage nachgedacht?

**Rösler:** Mein Traum ist, Photovoltaik mit Erdwärme zu kombinieren. Wir haben Fußbodenheizung, da ist die Wärmepumpe sehr gut geeignet. Unsere Solaranlage auf dem Dach würde den nötigen Strom erzeugen – top.

**SPIEGEL:** Viele Bürger sind beim Energiesparen noch nicht so weit wie Sie. Muss

die Politik mehr Druck machen, damit die Energiewende gelingt?

**Rösler:** Druck ist hier der falsche Weg. Ich will keine schärferen Regeln und keine strengeren Vorgaben. Das Ziel muss sein, Anreize zu schaffen, etwa durch Förderprogramme für die energetische Sanierung von Häusern und Wohnungen.

**SPIEGEL:** Bislang dachten wir, Sie seien als Liberaler gegen weitere Subventionen.

**Rösler:** Richtig, deshalb sollte die Förderung finanziell gedeckelt und zeitlich begrenzt sein. Und niemand wird von uns zu solchen Sanierungsmaßnahmen gezwungen. Es ist nicht nötig, dass der Staat die Bürger erzieht. In meiner Generation denken die meisten von ganz allein darüber nach, was sie tun können, um die Umwelt zu schützen.

**SPIEGEL:** In elf Jahren soll in Deutschland das letzte Atomkraftwerk vom Netz gehen. Ist der Plan realistisch?

**Rösler:** Das ist eine große Anstrengung, die uns da bevorsteht. Die Versorgungssicherheit darf nicht gefährdet werden. Der notwendige Netzausbau ist so etwas wie der Flaschenhals auf dem Weg in die Zukunft. Wir müssen es schaffen, dass zusätzliche Windkraft- und Solaranlagen und neue Kraftwerke möglichst rasch und intelligent miteinander und mit den Verbrauchern verbunden werden.

**SPIEGEL:** Der Neubau von Kraftwerken dauert normalerweise viele Jahre. Wie wollen Sie das beschleunigen?

**Rösler:** Indem wir absurde Planungshürden abschaffen. Es könnten zum Beispiel alte Kernkraftwerksgelände für konventionelle Kraftwerksneubauten genutzt werden. Die Infrastruktur ist häufig da, die Netzanbindung vorhanden. Trotzdem müssten wir nach derzeitigem Recht in vielen Dingen ganz von vorn anfangen. Es ist gut, dass solche Projekte künftig schneller vorangetrieben werden können.

**SPIEGEL:** Welchen Strompreis werden wir demnächst bezahlen müssen?

**Rösler:** Experten rechnen mit einem Preisanstieg von etwa einem Cent pro Kilowattstunde. Das bedeutet, dass ein durchschnittlicher Haushalt im Jahr zwischen 35 und 40 Euro mehr bezahlen muss.

**SPIEGEL:** Deutschland steigt im Eilverfahren aus der Atomkraft aus, und Sie stellen fest: Es kostet so gut wie nichts. Wie konnten Sie sich all die Jahre, in denen Sie für die Atomkraft waren, nur so irren?

**Rösler:** Ich würde die Belastungen, die jetzt auf uns zukommen, nicht unterschätzen. Für viele Unternehmen sind Energiepreise ein wichtiger Standortfaktor. Bei einigen sind die Stromkosten inzwischen höher als die Personalkosten.

**SPIEGEL:** Umweltminister Norbert Röttgen sieht in der Energiewende die Chance für einen Modernisierungsschub: Raus aus den alten Energiefresser-Industrien, rein in die Zukunftstechnologien Wind und Sonne. Teilen Sie seine Vision?

**Rösler:** Natürlich bieten die erneuerbaren Energien zusätzliche wirtschaftliche Chancen. Aber sie sind kein Ersatz für unsere traditionellen Exportindustrien. Es ist gut, wenn deutsche Firmen Windräder und Solaranlagen bauen. Doch darf das nicht dazu führen, die klassischen deutschen Industriezweige zu vernachlässigen: etwa den Maschinenbau, die Chemie, die Autoindustrie.

**SPIEGEL:** Für Traditionsbranchen wie die Stahlindustrie könnte es sich bald nicht mehr lohnen, in Deutschland zu produzieren, weil die Energiewende den Strom zu teuer macht. Wie wollen Sie diesem Problem begegnen?

**Rösler:** Zu einer Abwanderung der Industrie aus Deutschland darf es nicht kommen. Auch für Windräder werden große

Mengen Stahl benötigt. Deshalb profitieren auch die Produzenten erneuerbarer Energien davon, wenn dieser wichtige Werkstoff in Deutschland hergestellt wird. Die Energiewende muss auch für die Stahlindustrie bezahlbar bleiben. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass mehr energieintensive Unternehmen als bisher beim Strompreis entlastet werden.

**SPIEGEL:** Damit fördern Sie Energieverschwender und erschweren den ökologischen Umbau.

**Rösler:** Eine große Industrienation wie Deutschland ist gut beraten, eine möglichst breite Produktpalette anzubieten. Zur Jahrtausendwende war schon einmal eine breite Mehrheit davon überzeugt, dass die alten Industrien am Ende sind. Dann platzte die New-Economy-Blase, und plötzlich waren wir froh über den industriellen Kern in Deutschland. Stahl hat Zukunft, gerade in Deutschland ist das eine Hightech-Industrie. Es wäre fahrlässig, das preiszugeben.

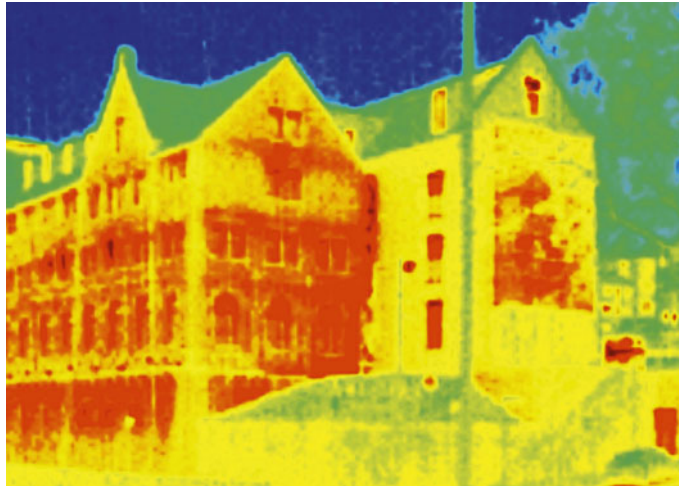
**SPIEGEL:** Andere Staaten fördern zum Beispiel Elektroautos mit Subventionen. Muss Deutschland hier mehr tun?

**Rösler:** Die Bundesregierung wird bis zum Ende der Legislaturperiode 1,5 Milliarden Euro in die Erforschung der Elektromobilität investieren. Das macht auch Sinn, weil wir eine staatliche Anschubfinanzierung für Wissenschaft und Forschung brauchen. Für direkte Kaufanreize, wie sie die Industrie vorschlägt, sehe ich dagegen keine Notwendigkeit, weder jetzt noch in der Zukunft. Das Elektroauto zu vermarkten ist Sache der Hersteller, die in den vergangenen Jahren Gott sei Dank gut verdient haben. Es ist nicht Aufgabe des Wirtschaftsministers oder der Politik, darüber zu entscheiden, welche Autos hergestellt werden und welche nicht.

**SPIEGEL:** Bei Ihrem Koalitionspartner sind viele inzwischen der Ansicht, dass unsere Wirtschaft nicht so weiterwachsen kann wie bisher. Sehen Sie das auch so?

**Rösler:** Wenn wir zusätzliche Windräder herstellen oder Energie effizienter einsetzen, dann ist das auch Wachstum – und zwar ökologisch nachhaltiges Wachstum. So verstehe ich meine Aufgabe als Wirtschaftsminister: Es geht darum, nachhaltiges Wachstum zu schaffen.

**SPIEGEL:** Brauchen wir eine neue Definition von Wachstum, wie es manche Intellektuelle fordern?



Wärmebild: „Ökologisches Wachstum“



Finanzminister Schäuble: „Eng und gut“

**Rösler:** Wir können froh sein, dass wir in Deutschland endlich wieder ordentliche Wachstumsraten haben. Die Arbeitslosigkeit sinkt, und manche Ökonomen reden schon wieder von Vollbeschäftigung. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass der Aufschwung bei den Menschen auch ankommt.

**SPIEGEL:** Das klingt, als würden Sie mal wieder nach Steuersenkungen rufen. Bisher hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble solche Forderungen jedoch stets abgelehnt. Zunächst müsse der Bundeshaushalt ausgeglichen werden, lautete sein Mantra. Gilt das nicht mehr?

**Rösler:** Seit Monaten werden die aktuellen Wachstumszahlen nach oben korrigiert. Deshalb haben wir jetzt eine andere Situation als noch zu Jahresbeginn. Wir können beides gleichzeitig schaffen: den Haushalt in Ordnung bringen und die Bürger entlasten. Zum Aufschwung haben neben den Unternehmen vor allem die Beschäftigten beigetragen. Die Menschen haben ein Anrecht darauf, dass sie nun auch davon profitieren.

**SPIEGEL:** Was schwebt Ihnen vor?

**Rösler:** Zunächst müssen wir bei den anstehenden Haushaltsberatungen dafür sorgen, dass die Bundesaussgaben im Zaum gehalten werden. Und dann müs-

sen wir in der Regierungskoalition zügig eine Steuerentlastung verabreden, die noch in dieser Legislaturperiode bei den Bürgern ankommt. Für uns Liberale sind die Prioritäten klar: Es geht dabei vor allem um mittlere und untere Einkommen.

**SPIEGEL:** Aber eine umfassende Steuerreform muss gründlich vorbereitet werden. Dazu fehlt Ihnen die Zeit.

**Rösler:** Beim Atomausstieg hat die Koalition bewiesen, dass sie in der Lage ist, auch komplexe Gesetzesvorhaben rasch durchzuführen.

**SPIEGEL:** Offenbar hat der Finanzminister an größeren Steuerprojekten aber nur mäßiges Interesse. Für die versprochene Reform der Mehrwertsteuer beispielsweise gibt es bislang nicht einmal einen Vorschlag.

**Rösler:** Im Umsatzsteuerrecht gibt es viele Sondertatbestände und skurrile Sonderregelungen. Ich gehe davon aus, dass der Finanzminister die für die Reform der Mehrwertsteuer bereits gebildete Kommission bald einberuft.

**SPIEGEL:** Ihr Verhältnis zu Schäuble gilt als belastet. Können Sie noch mit ihm zusammenarbeiten?

**Rösler:** Die Zusammenarbeit ist eng und gut.

**SPIEGEL:** Wahrscheinlich so gut wie beim Thema Fachkräftemangel, wo Union und FDP ebenfalls über Kreuz liegen. Seit Mai können Arbeitnehmer aus Osteuropa ohne Begrenzung nach Deutschland kommen. Reicht das aus?

**Rösler:** Im Rückblick war es ein Fehler, dass wir unsere Grenzen zu den EU-Beitrittsländern erst jetzt völlig geöffnet haben. Viele hochqualifizierte Arbeitskräfte sind längst in andere Staaten abgewandert. Ich sehe den Fachkräftemangel mit großer Sorge.

**SPIEGEL:** Die Bundesregierung will diese Woche erneut über das Problem beraten. Was schlagen Sie vor?

**Rösler:** Die Einkommensgrenze von 66 000 Euro, die Ausländer im Jahr verdienen müssen, damit sie sich in Deutschland niederlassen dürfen, ist viel zu hoch. 2009 haben gerade mal 169 Fachkräfte diese Möglichkeit genutzt. Man muss sich das mal vorstellen: 169 Leute in einem Jahr! Dabei fehlen uns allein in den naturwissenschaftlichen Berufen mehr als 140 000 Fachkräfte. Es ist eine der wichtigsten Herausforderungen für die Koalition, dazu beizutragen, dass diese Lücke geschlossen wird.

INTERVIEW: ALEXANDER NEUBACHER, MICHAEL SAUGA





INGO WAGNER / DAPD (L.), BORIS ROSSLER / DPA (R.)

**Umweltminister Röttgen, Atomkraftwerk Biblis: Massiver Eingriff in die Grundrechte der Konzerne?**

ENERGIE

## Schwere Geschütze

Die Stromindustrie rüstet zum Gegenschlag: Sie will das Atomgesetz kippen. Vattenfall erwägt gar eine Klage vor einem internationalen Schiedsgericht.

**A**m Donnerstag vergangener Woche fiel in der 120 Meter hohen gläsernen Zentrale des RWE-Konzerns in Essen eine weitreichende Entscheidung. Das von der Bundesregierung stillgelegte Atomkraftwerk Biblis soll nicht wieder hochgefahren werden.

Die zwei RWE-Konkurrenten E.on und EnBW waren intern bereits Tage zuvor von der Möglichkeit abgerückt, ihre Altmeiler nach Ablauf des dreimonatigen

Atommoratoriums wieder ans Netz zu bringen. Damit beugen sich die Stromkonzerne dem Willen der Politik, schnellstmöglich aus der Kernenergie auszusteigen. Es ist eine Zäsur für die Wirtschaft. Und es ist ein Etappensieg für Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und seine Kanzlerin Angela Merkel.

Doch der vorläufige Triumph der Regierungschefin könnte teuer erkauft sein. Denn die Konzerne rüsten zu einer juristischen Gegenoffensive. Die Bundesregierung soll verklagt werden – auf Schadensersatz in Milliardenhöhe. Mit einer Verfassungsklage soll das Ausstiegsgesetz zu Fall gebracht werden. Anschließend – so das Kalkül – könnten auf dem zivilen Klageweg milliardenschwere Schadensersatzforderungen erhoben werden.

Zur Prüfung solcher Schritte, heißt es bei RWE nüchtern, verpflichte schon das Aktiengesetz. Es gelte, die Interessen der Aktionäre und kommunalen Eigentümer zu wahren. Und damit die auch wirklich zu ihrem Recht und Geld kommen, haben die Konzerne nun so ziemlich alles ver-

pflichtet, was in der Juristenszene Rang und Namen hat.

Neben der Anwaltskanzlei Gleiss Lutz sind Linklaters, Freshfields Druckhaus Deringer sowie Clifford Chance und etliche Steuerfachleute im Einsatz. Aus deren Sicht hat Merkels geplantes Atomgesetz einen entscheidenden Schwachpunkt: Es verstoße gegen das Grundgesetz.

So haben der Verwaltungsrechtler Christoph Moench und der ehemalige Verteidigungsminister und Staatsrechtler Rupert Scholz (CDU) für E.on ein erstes, rund 80-seitiges Gutachten zu den „verfassungsrechtlichen Grenzen für den Ausstieg aus der wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie“ erstellt. Das Ergebnis der beiden Juristen aus der Anwaltskanzlei Gleiss Lutz ist deutlich.

Demnach nämlich haben die Stromkonzerne durch die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 bei der ersten Vereinbarung über einen Atomausstieg konkrete Reststrommengen in einer Größenordnung von rund 32 Laufzeitjahren pro Reaktor zugesprochen bekommen. Das

könne der Gesetzgeber nicht einfach streichen oder auch nur beschränken.

Bei den Strommengen handle es sich um Eigentum der Konzerne, das durch Artikel 14 des Grundgesetzes geschützt sei. Zudem greife auch der Schutz durch Artikel 12, Absatz 1. Dort wird die Berufs- und Gewerbefreiheit garantiert.

Mit dem geplanten Ausstiegsgesetz, so die Juristen, greife die Bundesregierung massiv in diese beiden Grundrechte ein. Und das, ohne bislang „stringente Gründe“ für ihren Eingriff zu liefern.

Eine gesetzliche Verkürzung der Laufzeiten wäre laut Gutachten indes nur vorstellbar, wenn „dringende Gefahren für die Bevölkerung oder Umwelt“ bestünden. Doch das habe die von der Bundesregierung beauftragte Reaktor-Sicherheitskommission verneint. Ein „entschädigungsloser Entzug“ der einst zugeteilten Strommengen sei somit „unzulässig“.

Und nicht nur das: Noch im vergangenen Sommer habe die Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert und den Konzernen weitere üppige Strommengen zugeteilt. Auch auf die bestehe ein Rechtsanspruch.

So haben die Konzerne im Vertrauen auf die gesetzlichen Grundlagen mehrere hundert Millionen Euro in Sicherheitstechnik der Kraftwerke investiert. Die beiden Altmeiler Isar 1 und Biblis A seien mit neuen Brennstäben befüllt worden. Die müssten auch nach einer Abschaltung fünf bis zehn Jahre zum Abkühlen in den Reaktoren bleiben, heißt es in dem Rechtsgutachten. Erst danach könne man sie in ein Zwischenlager bringen.

In dieser Zeit müsse Personal beschäftigt und Technik vorgehalten werden. Allein dadurch entstünden Kosten von rund 100 Millionen Euro – pro Jahr.

Auch über die möglichen Entschädigungszahlungen haben sich die Juristen

bereits Gedanken gemacht. Anzusetzen sei der „volle Verkehrswert“ der Anlagen. Das wäre ein zweistelliger Milliardenbetrag, der nach ihrem Kalkül im Extremfall auf die Bundesregierung zukäme.

Die sieht die Drohgebärden der Stromversorger gelassen. Immerhin, heißt es im Bundeswirtschaftsministerium, sei das Gesetz bislang nicht einmal verabschiedet. Außerdem könnten die Reststrommengen flexibel genutzt werden, also auf andere Anlagen übertragen oder sogar verkauft werden. Dadurch sei das Eigentumsrecht der Konzerne gewahrt.

Tatsächlich ist das nur eine theoretische Option, weil die verbleibenden Atomkraftwerke kaum in der Lage sein werden, die Restmengen vor der Abschaltung aufzubrauchen. Doch ganz so einfach, wie die Atomkonzerne und ihre Juristen suggerieren, dürfte es mit den Entschädigungszahlungen nicht werden.

Zwar halten auch auf Energierecht spezialisierte Juristen wie Peter Rosin von der Anwaltskanzlei Clifford Chance das Ausstiegsgesetz für ein „hektisch verfasstes Werk mit gravierendem Nachbesserungsbedarf“. Ob den Konzernen wirklich Schadensersatzforderungen erwachsen, ist unter Juristen indes umstritten.

So argumentieren etwa der Kieler Anwalt und Atomexperte Wolfgang Ewer und der Verfassungsrechtler Joachim Wieland, dass eine Begrenzung der Restlaufzeiten im „Grundsatz“ ohne Entschädigung möglich sei. Denn bei dem Eingriff handle es sich nicht um eine klassische Enteignung, sondern nur um eine Eigentumsbeschränkung.

Da die Atomanlagen teilweise abgeschrieben seien und nach dem Reaktorunglück in Fukushima oder wegen möglicher Flugzeugabstürze auch die Gefahrenlage anders bewertet werden könne, sei eine entschädigungslose Stilllegung

der Meiler durchaus möglich, so die beiden Juristen.

Welche Rechtsauffassung sich durchgesetzt, ist offen. Sicher ist bislang nur, dass die Verfassungsklage nicht die einzige juristische Auseinandersetzung ist, die der Bundesregierung seitens der Atomkonzerne droht. Der schwedische Konzern Vattenfall erwägt wegen der Stilllegung seines Atommeilers Krümmel bei Hamburg sogar, das bei der Weltbank angesiedelte Internationale Schiedsgericht anzurufen.

Der Konzern unterliegt schwedischem Aktienrecht und will – falls eine Einigung in Deutschland scheitert – möglicherweise prüfen lassen, ob der erzwungene Atomausstieg gegen internationale Gesetze verstößt. Wäre das der Fall, drohten der Bundesregierung weitere Schadensersatzforderungen. Schon bei den umstrittenen Umweltauflagen des Hamburger Senats für das Kohlekraftwerk Moorburg hatte Vattenfall den seltenen Weg über ein internationales Schiedsgericht gewählt und im Jahr 2009 Klage eingereicht.

Auch die von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) im vergangenen Jahr verhängte Brennelementesteuer wird von den Konzernen angefochten – durch alle Instanzen. Bereits diese Woche, so sehen es Planungen vor, wird RWE Einspruch beim zuständigen Finanzamt gegen die Steuerbescheide einlegen. Danach folgen eine Beschwerde bei der EU-Kommission, eine Anfechtungsklage beim Finanzgericht und möglicherweise auch hier eine Verfassungsbeschwerde.

Drei bis vier Jahre, so interne Branchenpapiere, könne allein dieses Verfahren dauern. Damit, spotten Konzernanwälte, sei ziemlich sicher, dass die jetzige Bundesregierung das juristische Ende nicht mehr erleben wird. Manchem Stromboss wird es allerdings ähnlich gehen.

FRANK DOHMEN, DIETMAR HIPPE





BLOOMBERG VIA GETTY IMAGES

Sanofi-Aventis-Labor in Frankreich: „Das wussten doch alle Beteiligten“

GESUNDHEIT

# Fluchtpunkt Nordkorea

Pharmakonzerne wollen ihre Medikamente nicht wegwerfen, wenn deren Verfallsdatum naht. Deshalb spenden sie ihre Ramschware angeblich für Entwicklungsländer. Tatsächlich landet das meiste aber in deutschen Apotheken. Ein prima Geschäft für alle – außer für die Patienten.

In seinem hauseigenen Kodex versichert der Pharmakonzern Sanofi-Aventis, ein vorbildliches Unternehmen zu sein. „Internationale Vorschriften gegen Korruption und unlautere Zahlungen“ müssten die Mitarbeiter strengstens beachten. „Unlautere Geschäftspraktiken sind unvereinbar mit den Werten von Sanofi-Aventis“, beteuert die Firma in einer freiwilligen Selbstverpflichtung.

Schöne Worte. Hehre Grundsätze. Doch nun liegt der Verdacht nahe, dass auch bei Sanofi-Aventis die Profitgier größer ist als alle ethischen Schaufensterbekenntnisse.

Am Donnerstag vergangener Woche ließ die Staatsanwaltschaft Verden von 50 Ermittlungsbeamten bundesweit 17 Objekte durchsuchen: die Deutschland-Zentrale ebenso wie etliche Privatwohnungen ehemaliger Top-Manager.

Jahrelang sollen Mitarbeiter des fünftgrößten Pharmaunternehmens der Welt am Standort Deutschland bestochen ha-

ben. Im Kern geht es darum, dass Sanofi-Aventis seit 2004 Medikamente, deren Verfallsdatum naht, über Pharmagroßhändler mit Hilfe von Schmiergeldzahlungen in den Markt gedrückt haben soll.

Der Clou: Offiziell wurden die bald verfallenden Präparate in Entwicklungsländer geliefert. Tatsächlich landete das meiste aber in deutschen Apotheken.

Das heimliche Geschäft lief so gut, dass am Ende nicht nur Sanofi-Aventis, sondern womöglich auch Konkurrenzfirmen wie Pfizer, Novartis oder Merck auf diese Weise ihre Restposten loswurden.

Interne E-Mails, Bestellvorgänge und Lieferlisten, die dem SPIEGEL vorliegen, offenbaren das sorgsam gehütete Geschäft und zeigen, wie die verantwortlichen Pharmamanager agierten.

Am 25. Januar 2010 beispielsweise rollte einer dieser Lastwagen mit Ramschware vom Sanofi-Firmengelände in Frankfurt am Main. Das Frachtgut: elf Paletten vol-

ler Arzneimittel. Gesamtgewicht: 2398 Kilogramm. Laut Lieferschein transportierte der Lkw 520 Packungen des Blutdrucksenkers Aprovel, 1150 Packungen der Hautcreme Dermatop, 2592 Packungen des Analog-Insulins Lantus und mehr als 10 000 weitere Schachteln mit Sanofi-Präparaten. Die Menge der einzelnen Medikamente entspricht ungefähr dem jeweiligen Jahresbedarf von zehn Apotheken.

Der Laster schaffte die Fracht zu einem Großhändler namens Multi-Trade-International (MTI) mit Sitz in Seevetal bei Hamburg. MTI hatte die Arzneimittel direkt bei Sanofi-Aventis bestellt.

Bei den Medikamenten handelte es sich um sogenannte Lagerware, die nicht mehr ganz so lange haltbar war wie die frisch hergestellten Sanofi-Präparate. Die Ablaufdaten lagen zwischen April und August 2011. MTI bekam für die Restware einen Rabatt in Höhe von 20 bis 50 Prozent pro Packung, plus drei Prozent Skon-



to für die kurzfristige Bezahlung der Rechnung. Im knapp kalkulierten Großhandelsgeschäft sind bereits 23 Prozent ein sensationeller Nachlass. Für den Konzern indes immer noch besser, als den Kram wegschmeißen zu müssen.

MTI verkaufte die günstig erworbenen Präparate dann weiter, in der Regel an den bundesweit tätigen Pharmagroßhändler Gehe – mit einem Rabatt von 7 Prozent. Gehe schließlich lieferte die Bestände ganz normal an Apotheken, wo Patienten sie auf Rezept bekommen – zum regulären Apothekenverkaufspreis.

7 Prozent Rabatt bedeuteten für Gehe mehr als eine Verdoppelung des eigenen Gewinns. Denn die Margen in Deutschland sind streng reguliert.

Ein Beispiel: Wenn eine Pharmafirma ein Präparat für 50 Euro an einen Großhändler verkauft, darf der exakt 5,15 Prozent draufschlagen und es für 52,57 Euro an die Apotheke verkaufen. Wenn der Großhändler das Präparat jedoch 7 Prozent günstiger erhält, also nur 46,50 Euro dafür bezahlt, es aber regulär für 52,57 Euro an die Apotheke verkauft, macht er pro Packung statt 2,57 Euro 6,07 Euro Gewinn – mithin ein Sprung um 136 Prozent gegenüber den regulären Konditionen.

Derlei Rabatt-Deals der Pharmahersteller haben nur einen Schönheitsfehler: Sie sind verboten.

Jeder Pharmamanager und jeder Großhändler kennt Paragraph 78, Absatz 3 des Arzneimittelgesetzes: „Die pharmazeutischen Unternehmer haben einen einheitlichen Abgabepreis sicherzustellen.“

Ein Pharmakonzern wie Sanofi-Aventis darf MTI also gar keinen Rabatt einräumen, selbst wenn die Präparate nur noch wenige Wochen haltbar wären. Auch das Berliner Gesundheitsministerium versichert auf Anfrage: „Die Gewährung von Rabatten auf den Abgabepreis an den Großhandel oder Apotheken ist unzulässig.“ Dass es an dieser Auslegung nichts zu deuteln gibt, hat der Bundesgerichtshof erst 2010 bestätigt.

Sanofi-Aventis hat sich allerdings schon vor Jahren etwas einfallen lassen, um die lukrativen Deals zu tarnen. Ein System, das es erlaubt, Medikamente weiter mit Rabatt an MTI zu liefern.

Um eine Lösung dieses Problems kümmerte sich schon im Jahr 2004 der Manager Erich Dambacher. Er gilt als einer der erfahrensten Pharmamanager der Republik und war damals Cheflobbyist von Sanofi-Aventis in Deutschland. Dambacher schloss einen Vertrag mit MTI, der den Rabattgeschäften einen legalen Mantel gab. Der Zweck der Kooperation wird darin wie folgt beschrieben.

*MTI ist daran interessiert, Arzneimittel für Nichtregierungsorganisationen ... zu kaufen und diese ausschließlich im Rahmen von Hilfslieferungen (an) entsprechende Empfänger außerhalb der EU ab-*

*zugeben ... Aventis erklärt sich bereit, MTI mit Arzneimitteln gemäß diesem Vertrag zu beliefern.*

Die Lösung schien raffiniert, denn an NGOs kann ein Pharmaunternehmen seine Medikamente ganz nach Belieben mit 20, 50 oder sogar 80 Prozent Rabatt abgeben. Hauptsache, die Präparate werden tatsächlich zu humanitären Zwecken ins Ausland gebracht.

Bereits im Jahr 2004 lieferte Sanofi Medikamente im Wert von 3 Millionen Euro an MTI, 2010 waren es schon mehr als 22 Millionen – angeblich ausschließlich zur Weiterlieferung an Hilfsorganisationen.

Damit das Märchen aber wirklich glaubhaft erschien, brauchte es eine real existierende Hilfsorganisation, mit der man kooperieren konnte. Dazu bediente sich Sanofi-Manager Dambacher eines alten Bekannten: Wolfgang Tietze.

Tietze war früher selbst Chef einer Pharmafirma, heute leitet er offiziell die Hilfsorganisation „Viva Westfalen hilft e. V.“. Auf seiner Homepage behauptet Viva, man organisiere unter anderem „Medikamente für Nordkorea“.

Doch die Präparate, die MTI mit Hilfe von Tietze bei Sanofi einkauft, richten sich gar nicht nach den Bedürfnissen in der Dritten Welt. Die Bestellungen entspre-

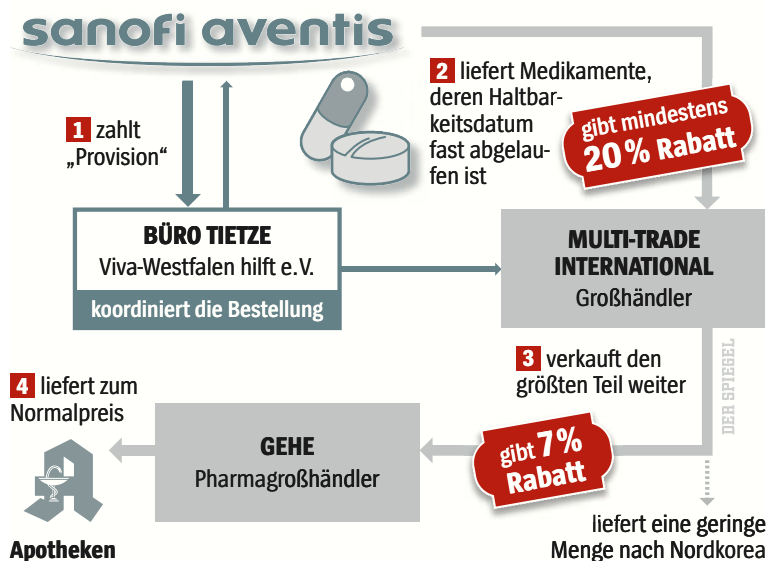
abklärte, welche Präparate aus der Gehe-Wunschliste mit Rabatt lieferbar sind.

Tietze kannte sich mit den Medikamentennamen und den Gepflogenheiten bei Sanofi besser aus als Richter, deshalb war er für die Medikamentenbestellungen zuständig. Offiziell wurden die Präparate von MTI geordert, ohne dass Viva als Empfänger in Erscheinung trat. Laut einem Brief von MTI an Tietzes Büro aus dem Jahr 2004 erhielt der honoräre Viva-Chef dafür 50 Prozent des Gewinns.

Doch Tietze kassierte offenbar zweimal: Er ließ sich für die Bestellungen auch noch von Sanofi direkt bezahlen. So soll er nach Informationen des SPIEGEL von 2008 an umsatzabhängig ein Prozent der Bestellsumme als Provision erhalten haben. Im Jahr 2008 waren das 201 000 Euro, 2009 flossen 223 000 Euro an Tietze, im Jahr 2010 zahlte ihm der Pharmakonzern 201 000 Euro.

Die Rechnungen für diese angeblichen „Provisionszahlungen“ schickte er direkt an die Sanofi-Aventis-Abteilung Business Development/Spezialgeschäft in Frankfurt. Die Staatsanwaltschaft glaubt, dass es sich bei diesen Zahlungen um Schmiergeld handeln könnte. Sie verdächtigt den Chef von „Viva Westfalen hilft“, dass er seit Jahren von Sanofi-Aventis geschmiert

## Umstrittene Rabatte Wie der Handel mit Restmedikamenten ablief



chen zufällig meist genau dem, was Gehe bei MTI ordert. Am 7. Dezember 2009 zum Beispiel schickte der Gehe-Einkäufer Ulrich Pings eine E-Mail in Kopie an MTI-Chef Carl-Heinz Richter. Darin heißt es: *Hier wie besprochen ein Mengengerüst zur Auslieferung Ende Januar und Ende Februar. Wir freuen uns auf Ihre Angebote, besten Dank für Ihre Bemühungen. Viele Grüße, Ulrich Pings, Gehe Pharma Handel GmbH.*

Richter schickte die Gehe-Liste weiter an Viva-Mann Tietze, der nun mit Sanofi

wurde. Nur: Wieso sollte Sanofi-Aventis so hohe Summen an Tietze zahlen, wenn es sich nur um Ware handelt, die Viva in Entwicklungsländer schickt?

Der Pharmakonzern hat detaillierte Fragen zu den Vorwürfen nicht beantwortet. Lediglich ganz allgemein teilt die Firma am Freitag per Fax mit: „Von 2004 bis 2010 hat Sanofi-Aventis Hilfslieferungen von Arzneimitteln über die Nicht-Regierungsorganisation „Viva Westfalen hilft“ vorgenommen. Bestimmungsland war Nordkorea. Diese Lieferungen wurden





**Medikamentenausgabe in Haiti:** Ein Hilfsverein ohne Lager, Briefkasten und Klingel?

von MTI im Rahmen eines für Hilfslieferungen zweckgebundenen Liefervertrags abgewickelt.“ Kein Wort zum Schmiergeldvorwurf.

Der Beschuldigte Wolfgang Tietze ließ über seinen Anwalt lediglich mitteilen, dass er sich innerhalb der gesetzten Frist nicht in der Lage sehe, die Fragen zu beantworten.

In seinem Umfeld gilt Tietze bis heute als Ehrenmann. 2003 hatte ihm der damalige SPD-Ministerpräsident Peer Steinbrück den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen verliehen. Tietze – ein Mann, der viel reist, viele kennt, viel weiß, viel hilft.

Das Merkwürdige ist: In einer Imagebroschüre listet Sanofi-Aventis seine humanitären Projekte in Dritte-Welt-Ländern stolz auf. Aber obwohl Sanofi über die Jahre Medikamente im Wert von rund hundert Millionen Euro angeblich für „Viva Westfalen hilft“ geliefert hat, findet sich in der Broschüre nirgends ein Hinweis auf dieses außerordentliche Engagement.

Wie absurd das Viva-Märchen ist, wird vollends deutlich, wenn man Tietzes Verein mit einer seriösen Hilfsorganisation vergleicht: der Action Medeor.

Sie gilt als größtes Medikamenten-Hilfswerk in Europa und liefert seit mehr als 40 Jahren dringend benötigte Arzneimittel in mehr als 100 Länder. Action-Medeor-Vorstand Bernd Pastors sagt, dass sein Verein so gut wie nie Medikamente von Sanofi, Pfizer oder Novartis kaufe. „Die sind schlicht zu teuer.“

Selbst wenn die Firmen ihm 50 oder 80 Prozent Rabatt gewähren würden, wäre es ihm zu kostspielig. „Wir bekommen unsere Pillen noch günstiger.“ Mit den Spenden und Einnahmen, die Action

Medeor zur Verfügung stehen, bestellt Pastors Generikamedikamente bei Lohnherstellern, also bei den gleichen Firmen im Ausland, bei denen auch Hexal, Stada oder Ratiopharm ihre Nachahmerpillen beziehen – allerdings in Plastikbehältern mit je rund 5000 Tabletten. Pastors bezahlt für seine Pillen ganz regulär nur etwa fünf Prozent des deutschen Apothekenverkaufspreises.

Von Pharmafirmen nimmt er allenfalls Gratismedikamente an. Auf die Idee, Pillen für 80 Prozent ihres Wertes großen Unternehmen abzukaufen, wie Viva es angeblich tut, käme er nie. „Das wäre völliger Unsinn.“

Im vergangenen Jahr haben deutsche Pharmafirmen an Action Medeor Medikamente im Wert von 4,5 Millionen Euro gespendet. Zum Vergleich: Für Tietzes Viva-Verein wurden im selben Jahr Arzneimittel im Wert von 39 Millionen Euro gekauft. Viva wäre demnach für die Pharmakonzerne wichtiger als das größte europäische Medikamentenhilfswerk. Dabei kennt Viva in der Fachwelt fast niemand.

Bei „Ärzte ohne Grenzen“ hat man noch nie etwas von dem Verein gehört. Das Entwicklungshilfeministerium teilt auf Anfrage mit: „Der Verein ist dem Ministerium nicht bekannt.“

Wer die offizielle Adresse von „Viva Westfalen hilft“ aufsucht, findet lediglich das Privathaus von Wolfgang Tietze. Keine Spur von einer Lagerhalle oder Mitarbeitern. Nicht mal auf dem Briefkasten oder auf dem Klingelschild existiert ein Hinweis auf die Nordkorea-Connection.

Zweifel an der Glaubwürdigkeit drängen sich auch angesichts der Präparate auf, die Viva bestellt. Seriöse Hilfsorganisationen halten sich bei ihrer Medika-

mentenauswahl meist an die „WHO Model List of Essential Medicines“, die die wichtigsten Wirkstoffe auflistet. Viva dagegen ordert überwiegend genau die Packungen, die der Großhändler Gehe will.

Nimmt man allein die Präparate, die im Januar 2010 von Sanofi zu MTI geschafft wurden, findet man 27 verschiedene Wirkstoffe, darunter aber nur 6, die auch auf der WHO-Liste stehen. Stattdessen orderte Viva mehrere tausend Packungen Blutdrucksenker, Fußpilzsalben und Antidepressiva – allesamt Schachteln mit deutscher Beschriftung, die in Nordkorea kaum entziffert werden könnten.

Nichts bei Viva passt so recht zur Legende eines reinen Hilfsvereins. Eine echte Hilfe ist der Verein dagegen für die Pharmaindustrie.

Blättert man in den Lieferscheinen von Sanofi an MTI, findet sich dort überraschenderweise auch jede Menge Fremdware. Am 19. Januar 2010 etwa schickte Tietze eine E-Mail an MTI: „... als Anhang die Aufträge 005 bis 011/2010 über Fremdpräparate von Sanofi-Aventis“.

In dem erwähnten Anhang tauchen dann Bestellungen über mehrere tausend Medikamente der Firmen Astellas, Boehringer-Ingelheim, Janssen-Cilag, Merck-Serono, Mundipharma, Novartis, Nycomed und Pfizer auf. Auch diese Medikamente bot Sanofi jeweils 20 Prozent unter dem Listenpreis an.

Haben also auch Pfizer, Novartis und Co. die Legende gekannt und nur zum Schein an eine Hilfsorganisation geliefert?

Pfizer räumt ein, Medikamente unterhalb des Listenpreises an Sanofi-Aventis geliefert zu haben. „Der Vertrag regelt die Weitergabe dieser Medikamente an Nicht-Regierungsorganisationen.“ Es seien jene Medikamente geliefert worden, die Sanofi bestellt habe.

Novartis versichert auf Anfrage, „grundsätzlich nur Geschäfte“ zu machen, „die geltendem Recht entsprechen“. Für Medikamente die für NGOs bestimmt sind werde eine Weiterveräußerung im Inland vertraglich ausgeschlossen. Konkrete Fragen zu den zweifelhaften Lieferungen an Sanofi-Aventis beantwortete das Unternehmen aber nicht.

Nycomed bittet „um Verständnis dafür, dass wir zu unseren Kundenbeziehungen keine Angaben machen“.

Mundipharma teilt nur knapp mit: „Die Lieferungen folgten im Rahmen eines Vertrages zwischen Sanofi-Aventis und Mundipharma.“ Die Firmen Astellas, Boehringer-Ingelheim, Janssen-Cilag und Merck Serono beantworteten keine der an sie gestellten Fragen.

Gehe versicherte derweil, nichts über die Hintergründe der Rabattarzneimittel gewusst zu haben. „Sollte es sich dabei um Produkte gehandelt haben, die vom Hersteller zur Weitergabe an NGOs für deren Auslandshilfe bestimmt waren,

dann möchten wir betonen, dass Gehe davon keine Kenntnis vorlag und Gehe solche Produkte auch nicht kaufen würde“, erklärt die Firma per E-Mail.

MTI-Geschäftsführer Richter räumt gegenüber dem SPIEGEL ein, den größten Teil der Arzneimittel tatsächlich an Gehe und einen zweiten Großhändler verkauft zu haben. „Wir waren schlicht der verlängerte Arm der Hersteller“, sagt Richter. Das sei sowohl dem Viva-Vertreter Tietze als auch Sanofi-Aventis völlig klar gewesen. „Sanofi hat uns nur deutsch beschriftete Packungen verkauft und wollte nicht mal Exportgenehmigungen von uns sehen.“

Erich Dambacher, der langjährige Sanofi-Aventis-Manager, behauptet dagegen auch heute noch, dass er davon ausgegangen sei, MTI habe die Arzneimittel an Hilfsorganisationen geliefert, dazu liegen sogar „Nachweise vor“. Deshalb seien die Rabatte auch kein Problem, denn „für Lieferungen ins Ausland gilt § 78 des Arzneimittelgesetzes nicht“.

Laut Richter ging aber nur ein kleiner Teil der Medikamente, meist geringwertige oder ganz kurz vor dem Verfall stehende Präparate, tatsächlich nach Nordkorea. Für diese Arzneimittel, die MTI in Deutschland kaum mehr loswerden konnte, wollte Sanofi-Aventis dann oft nur einen Cent pro Packung.

Für Richter war die Zusammenarbeit mit Sanofi-Aventis und Tietze aufgrund der Rabatte über die Jahre ein prima Geschäft. Deshalb verstand er auch die Welt nicht mehr, als ausgerechnet Sanofi-Aventis im vergangenen Juli plötzlich Strafanzeige gegen ihn erstattete, angeblich „im Zusammenhang mit vorgetäuschten Ausfuhren von Arzneimitteln für Hilfszwecke nach Nordkorea“.

Richter habe Medikamente, die für Entwicklungsländer bestimmt gewesen seien, gar nicht exportiert, sondern in Deutschland verkauft, so der Vorwurf des Konzerns. „Ja, natürlich war das so“, sagt Richter, „aber das wussten doch alle Beteiligten, das war der einzige Grund, weshalb Sanofi an uns geliefert hat.“

Was den Pharmariesen zu seiner Strafanzeige gegen MTI bewog, ist bis heute nicht klar. Das Ergebnis jedenfalls fällt für den Konzern nun verheerend aus: Gegen MTI-Chef Richter hat, nach Angaben von dessen Anwalt Oliver Pragal, die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen in der vergangenen Woche mangels Tatverdachts eingestellt. Stattdessen beschuldigt sie nun die verantwortlichen Sanofi-Aventis-Mitarbeiter und Viva-Mann Tietze.

Plötzlich stehen die angeblichen Opfer als potentielle Täter im Visier der Ermittler. Doch auch dafür gibt es in den „Unternehmensgrundsätzen“ des Pharmakonzerns klare Regeln. Wenn die Staatsanwaltschaft kommt, heißt es dort, „ist es Politik von Sanofi-Aventis, rückhaltlos zu kooperieren“.

MARKUS GRILL



# Urbane Bauern

Eine Schweizer Firma will die Lebensmittelproduktion in die Städte bringen. Auf Dächern und Brachflächen entstehen Treibhäuser und Fischfarmen.

**D**em Karpfen ist warm. In hohem Bogen springt er aus dem Wasser, das Netz um den Beckenrand fängt ihn ab. Er plumpst zurück, zu seinen 49 Artgenossen, und dreht weiter seine Kreise.

Unerbittlich heizt die Berliner Sonne den ausgemusterten Überseecontainer auf, in dem das runde Fischbecken steht. Doch den Karpfen wird für eine gute Sache warm: Sie sind Teil einer Erfindung, die die Lebensmittelherstellung mitten in die City-Lagen der Metropolen bringen könnte – ohne Pestizide, mit minimalem Energie- und Wasseraufwand und stark reduzierten Transportkosten.

„Wir sind Stadtbauern“, sagt Roman Gaus, Geschäftsführer des jungen Schweizer Unternehmens Urban Farmers. „Wir wollen ungenutzte Zwischenräume, leerstehende Industrieflächen und Dächer nutzen, um Fisch, Gemüse und Obst direkt bei den Verbrauchern zu produzieren.“

Eine Idee, die in New York längst zum Trend wurde und sich angesichts drastisch steigender Lebensmittelpreise auch hier lohnen könnte. Entwickelt wurde das Projekt an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Wädenswil. Seit 1999 beschäftigten sich Forscher dort mit Aquaponic, einer Mischung aus Hydroponic, der Aufzucht von Pflanzen im Wasser, und Aquakultur, der Aufzucht von Fischen.

Aus dem Projekt erwuchs die Firma. Doch hinter dem technischen Ansatz verbirgt sich auch ein anarchischer: „Wir wollen der Abhängigkeit von Big food etwas entgegensetzen“, sagt Gaus. Die meisten Konsumenten hätten längst jeden Bezug zu ihren Lebensmitteln verloren. Niemand könne mehr nachvollziehen, woher die Nahrung kommt und wie sie entstanden ist. „Das System ist irgendwie krank.“

Dioxin im Hühnerfleisch, Gammelfleisch im Döner, Ehec-Erreger auf Rohkost – die steigende Zahl von Lebensmittelskandalen scheint die These zu stützen (siehe Seite 118). Die Urban Farmers wollen Esser und Essen wieder dichter zusammenbringen.

Anfang des Monats feierte ihr Vorzeigeprojekt „Rostlaube“ Premiere in der Berliner Malzfabrik, einem privaten Kulturzentrum mit Schwerpunkt Nachhaltigkeit. Es ist eine Art Schrebergarten für die Stadt. Die Basis bildet der Container, in dem das Fischbecken steht. Darüber be-



Stadtfarm in Berlin: Durch Eigenanbau die Abhängigkeit verringern

findet sich ein Treibhaus mit Tomaten. Die Pflanztpfö stehen auf Styropor, nur ihre Wurzeln ragen in ein Gangsystem, durch das dann das Wasser aus dem Fischteich gepumpt wird.

Die Fäkalien der Fische enthalten Ammoniak, das in Nitrat umgewandelt wird, welches die Pflanzen nährt. Die Tomaten filtern das Nitrat aus dem Wasser, es kann wieder zurückfließen zu den Fischen. So wird der Wasserverbrauch um 80 bis 90

Prozent reduziert, eine zusätzliche Düngung entfällt. Auf Pestizide und Antibiotika, wie sie in der konventionellen Lebensmittelherstellung benutzt werden, verzichten die Urban Farmers ganz.

Herzstück der Produktionsanlage ist eine Steuerung, mit der ständig die Zusammensetzung des Wassers überwacht wird. Fehlt es an Nährstoffen für die Pflanzen, bekommen die Fische mehr Futter, damit sie mehr ausscheiden. Ist der Wert zu hoch, muss der Karpfen fasten. In der Versuchsfarm in Wädenswil experimentieren die Stadtbauern mit Tilapia, einer schnell wachsenden exotischen Fischart, auch Zander eignet sich.

Momentan funktioniert das Modell noch mit Strom aus der Steckdose, doch perspektivisch wollen die Urban Farmers Sonnenenergie zum Betreiben der Stadtfarm benutzen. Dann wäre man sogar von den Energiekonzernen unabhängig.

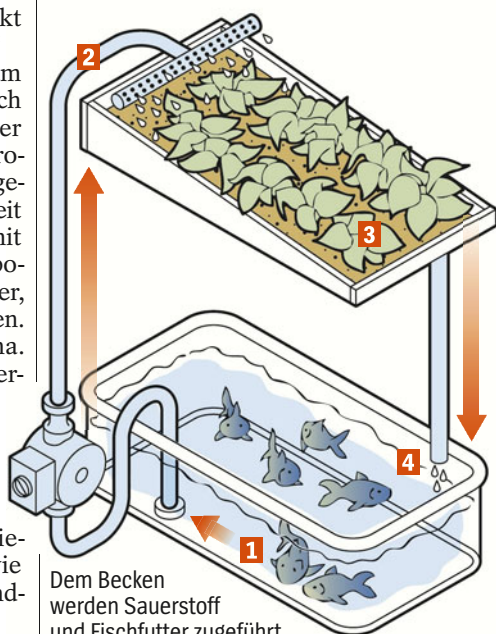
Eine „Rostlaube“ vom Ausmaß eines See-Containers kostet derzeit etwa 35 000 Euro und kann im Jahr 200 Kilogramm Gemüse und 60 Kilo Fisch produzieren. Deutlich rentabler wird es bei großen Flächen: „In Basel gibt es zwei Millionen Quadratmeter ungenutzte Dachfläche. Wenn wir nur 100 000 Quadratmeter davon nutzen, könnte ein Viertel der Baseler Bevölkerung das ganze Jahr hindurch mit Fisch, Obst und Gemüse versorgt werden, das nachhaltig und mit geringer CO<sub>2</sub>-Belastung hergestellt wird“, sagt Gaus. Denn die Nähe zum Konsumenten mache lange Transportwege und energieeffiziente Kühlketten obsolet.

Bei alledem sollen die Stadtfarmen gar sozialen Zwecken dienen. „Wir wollen die Endkonsumenten in die Produktion einbinden“, so Gaus. Genossenschaften schweben ihm vor, die die Anlagen selbst betreiben. Schulklassen, die mitpflanzen. Cafés und Kulturtreffs könnten integriert werden, um die Farmen auf den Dächern und Brachflächen der Städte zu grünen Begegnungsräumen zu machen. So könnten Mensch und Natur wieder zueinanderfinden. Nicht mehr Schwerter zu Pflugscharen, sondern Betonwüsten zu Tomaten-Streichelzoos.

MICHAELA SCHIESSL

## Geteiltes Wasser

Funktionsweise des Aquaponic



Dem Becken werden Sauerstoff und Fischfutter zugeführt.

Fische produzieren Ausscheidungen, die vor allem Ammoniak enthalten.

**1** Bakterien zersetzen die Exkremente zu Nitraten: Pflanzenfutter.

**2** Das verunreinigte Wasser wird zum Beet gepumpt.

**3** Die Pflanzen filtern die Nitrate über ihre Wurzeln aus dem Wasser und reinigen es.

**4** Das saubere Wasser fließt zurück in das Fischbassin.

DER SPIEGEL





KAMBODSCHA

## Blamiertes Tribunal

Das Rote-Khmer-Tribunal in Phnom Penh droht zu scheitern, bevor es überhaupt in die entscheidende Runde geht. Mehr als 100 Millionen Dollar hat der internationale Gerichtshof, durch den die Verbrechen der kambodschanischen Massenmörder im Zeitraum von 1975 bis 1979 gesühnt werden sollen, seit seiner Gründung vor fünf Jahren schon ausgegeben. Aber erst ein eher zweitrangiger Fall wurde abgeschlossen: „Duch“, 68, ein ehemaliger Folterknecht, erhielt im Juli 2010 eine 35-jährige Gefängnisstrafe, von der er noch 19 Jahre absitzen muss. Zwar ist jetzt für den 27. Juni der Beginn des zweiten Prozesses angesetzt, in dem sich hochrangige Verantwortliche stellen müssen: der Vize des verstorbenen Führers Pol Pot und „Bruder Nummer zwei“ Nuon Chea sowie der ehemalige Rote-Khmer-Staatschef Khieu Samphan, der Ex-Außenminister Ieng Sary und die ehemalige Sozialministerin Ieng Thirith. Doch ist völlig unklar, ob das Verfahren über ein Vorgeplänkel hinauskommen wird oder gar mit Freisprüchen endet. Beobachter verweisen auf den angegriffenen Gesundheitszustand der zwischen 79 und 85 Jahre



Khieu Samphan  
1976

alten Angeklagten. Darüber hinaus könnten erfahrene Juristen wie der französische Khieu-Samphan-Anwalt Jacques Vergès die Indizienkette der Anklage vielleicht durchbrechen.

Noch blamabler für das Tribunal, bei dessen Einrichtung die Uno den Kambodschanern in allen Fragen mindestens paritätische Rechte eingeräumt hat: Mit Ende des Falls 002 soll Schluss sein. Premier Hun Sen hat angekündigt, weitere Prozesse zu verhindern. Vier Mitarbeiter des Tribunals traten daraufhin aus Protest zurück, weil nicht mehr ernsthaft ermittelt werde. Hun Sen hat kein Interesse an einer wahren Aufarbeitung der Schreckenszeit: Er war selbst ein Roter Khmer und ließ in seiner Amtszeit in den Neunzigern führende Kader der Steinzeitkommunisten begnadigen, unter anderen auch die berüchtigten Sou Met und Meas Mut. Beide sollen inzwischen führende Offiziere der Armee geworden sein; gegen sie hatte wohl der britische Ankläger das dritte Verfahren angestrengt. Bleibt die Frage, ob Japan und Deutschland, die Hauptgeldgeber des Tribunals, sich das gefallen lassen.



Mahnmal für Pol-Pot-Opfer

PHOTOPRESS.AT

TÜRKEI

## Geheimtreffen auf der Insel

Offiziell ist Abdullah Öcalan Ankaras Staatsfeind Nummer eins, doch insgeheim führt für die Regierung an dem Chef der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK wohl kein Weg vorbei. Nur zwei Tage nach der Parlamentswahl am 12. Juni soll eine Delegation der Regierungspartei AKP auf die Gefängnisinsel Imrali gefahren sein, um mit dem 1999 verhafteten Öcalan diskret über eine Lösung des Kurdenkonflikts zu verhandeln. Von offizieller Seite wurde dieses Treffen zwar

nicht bestätigt. Auch hatte Premier Recep Tayyip Erdogan im Wahlkampf verkündet, dass er mit dem PKK-Führer „kurzen Prozess“ gemacht hätte, wäre dieser in seiner Amtszeit gefasst worden. Schon am Wahlabend schlug Erdogan milde-re Töne an. „Der Ministerpräsident hat gar keine andere Wahl“, sagt die Abgeordnete und Öcalan-Anwältin Aysel Tugluk. „Wenn er eine Eskalation der Gewalt verhindern will, muss er auf uns Kurden zugehen.“ Von ihrem Mandanten hatte sie noch kurz vor der Wahl ein Ultimatum überbracht: Bis Mitte Juni müsse sich Anka-

ra mit der PKK an einen Tisch setzen – oder die Organisation werde den einseitigen Waffenstillstand aufheben. Freitag verlängerte sie ihn dann. Hintergrund für das Treffen auf der Ge-

fängnisinsel dürfte aber vor allem die Tatsache sein, dass die Kurdenpartei BDP als wahre Siegerin der Wahl gilt. Sie konnte die Zahl ihrer Sitze auf 36 nahezu verdoppeln und in einigen Wahlkreisen über 60 Prozent der Stimmen gewinnen. Nun pocht sie auf eine „demokratische Autonomie“ für den kurdischen Südosten und auf eine Einigung zwischen Staat und PKK.



Häftling Öcalan 1999

DA



USA

## Erkaufte Posten

Auch Präsident Barack Obama, der einen Wandel in Washingtons politischer Kultur versprach, kann sich den zweifelhaften Regeln des Politikgeschäfts nicht entziehen. Wie seine Vorgänger belohnte Obama treue Wahlkampfspender mit attraktiven Posten. Das unabhängige Center for Public Integrity in Washington hat ausgerechnet, dass der Präsident bislang fast 200 hochrangige Regierungsämter an Personen vergab, die viel Geld für seinen Kampf ums Weiße Haus gesammelt hatten. So durfte der Top-Manager einer Telekommunikationsfirma, der über 500 000 Dollar an Spenden organisiert hatte, sogar als Chef des Rekrutierungsbüros im Weißen Haus über Einstellungen in Präsidentennähe entscheiden. Zugleich konnte seine Firma millionenschwere öffentliche Aufträge verbuchen.

Die Praxis ist nicht neu in den USA, Botschafterposten gelten seit langem als Belohnung für Großspender. Der derzeitige US-Statthalter in Berlin zum Beispiel, Phil Murphy, war zuvor Investmentbanker und Schatzmeister der Demokraten. Ausgerechnet Obama, der stets beteuerte, nicht käuflich zu sein, hat nun schon mehr Großspender eingestellt als Vorgänger George W. Bush in acht Regierungsjahren.

Der Zeitpunkt dieser Enthüllung ist unglücklich: Gerade wird wieder über



Obama

eine Reform der US-Finanzmärkte diskutiert, die immer noch nicht vollständig umgesetzt ist. Enttäuschte Anhänger kritisieren, Präsident Obama kämpfe nur halbherzig für die Reform, um es sich nicht mit den Wall-Street-Bankern zu verderben. Richtig ist, dass der Präsident auch deren Geld für den nächsten Wahlkampf braucht. Eine Milliarde Dollar Spenden will seine Mannschaft dafür einsammeln.



Farmajo-Anhänger in Mogadischu

SOMALIA

## Macht der Straße

Mit Erleichterung hatten die Uno, Geberländer und internationale Hilfsorganisationen die vorsichtigen Fortschritte beim Aufbau Somalias registriert: die Geländegewinne der Armee gegenüber der islamistischen Schabab-Miliz, die Teilbefriedung der Hauptstadt Mogadischu sowie erste Ansätze eines funktionierenden Wirtschaftslebens. Nun gefährdet ein Machtkampf, der bis zu den gerade auf August 2012 verschobenen Wahlen andauern dürfte, das bisher Erreichte. Treibende Kraft des Konflikts ist Parlamentssprecher Scharif Hassan Scheich Aden, der den Premierminister Mohamed Abdullahi, genannt „Farmajo“, aus dem Amt drängen will. Der Regierungschef hat in sieben Monaten Amtszeit an Ansehen im Parlament

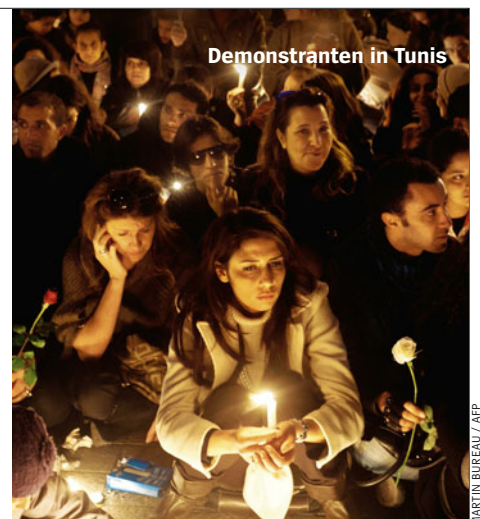
und bei den Bewohnern Mogadischus gewonnen, nicht zuletzt weil die kleinen Erfolge mit ihm verbunden werden. Dadurch sieht Parlamentssprecher Aden, einst Viehhändler, seine Kandidatur für das Präsidentenamt erschwert. Im Bündnis mit dem noch amtierenden Staatschef und gebilligt vom Uno-Sondergesandten für Somalia, drängt er nun auf den Rücktritt Farmajos. Der aber denkt nicht an einen Rückzug und fühlt sich durch Solidaritätsdemonstrationen in Mogadischu bestätigt.

„Alle haben mich gebeten, im Amt zu bleiben“, sagte der Premier dem SPIEGEL. Sein Kabinett stehe hinter ihm und wohl auch die Mehrheit des Parlaments. Nur wenn die Abgeordneten für seine Absetzung votierten, werde er seinen Stuhl räumen. Bis dahin setzt Farmajo auf die Macht der Straße: „Die Leute demonstrieren für mich, weil sie sehen, dass es vorangeht.“

### ZITAT

„Tunesien hat es schwerer als damals die DDR. Man müsste eigentlich den ganzen Staatsapparat austauschen. Das Land hat aber das Pech, dass es kein West-Tunesien gibt.“

**Hubertus Knabe**, Leiter der Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen, der den Tunesiern bei der Aufarbeitung der Diktatur hilft



Demonstranten in Tunesien



SYRIEN

# „Sie können nur töten und hoffen“

Assads Schergen erschießen Demonstranten und foltern Gefangene, Tausende Syrer fliehen in den Libanon und die Türkei. Die Frage, wie es dem Diktator gelingt, sich dennoch an der Macht zu halten, beantwortet eine Reise durch das geschundene Land.

**D**ie Kirschen von Ariha hängen tiefrot und prall von den Zweigen. Es ist Erntezeit, sie sind süß, aber keiner kommt mehr, sie zu pflücken. Vor zwei Wochen, als die Elitetruppen des Regimes friedliche Demonstrationen in der nahen Provinzhauptstadt Idlib schon in Blutbäder verwandelt hatten, wollten zwei junge Männer die Kirschen retten. Sie luden ihren Kleinaster voll und brachen auf nach Latakia, der Hafenstadt im Westen. Sie kamen nicht weit: Vor einer Zuckerfabrik stoppte sie eine Militärpatrouille und erschoss die beiden.

Syrien im Aufstand. Es gibt keine flächendeckende Erhebung wie in Libyen, das Land ist zerfallen in ein surreales Nebeneinander von Orten gespannter Ruhe und Kampfzonen, in denen die loyalsten Einheiten des Regimes wahllos töten. Es gibt Städte, welche die Angst in Geisterzonen verwandelt hat, mehr als 10 000 Syrer sind bereits in die Türkei und in den Libanon geflohen.

Was Mitte März in Daraa ganz im Süden des Landes als Revolte örtlicher Stämme gegen die Verhaftung und Folter von Jugendlichen begann, hat nach und nach fast alle Städte des Landes erfasst. Zwei Monate lang existierte ein gespenstisches Gleichgewicht der Kräfte: Jeden Freitag nach dem Mittagsgebet zogen Hunderte, Tausende friedlich protestierend durch Daraa, Homs, Hama, Latakia, Idlib, die Vororte von Damaskus. Jeden Freitag wurden Dutzende erschossen von Scharfschützen auf den Dächern und Posten auf den Straßen. Am Samstag wurden die Toten zu Grabe getragen und die Trauerzüge gelegentlich abermals beschossen, von Sonntag bis Donnerstag blieb es ruhig – bis zum nächsten Freitag.

Spätestens aber seit Anfang Juni die Bewohner von Dschir al-Schughur an der türkischen Grenze auf anrückende Armeeeinheiten schossen, sind Teile des Nordens zum Bürgerkriegsgebiet geworden. Bis zu 30 000 Soldaten der Republi-

kanischen Garde und der 4. Panzerdivision unter Befehl von Mahir al-Assad, dem jüngeren Bruder des Präsidenten, greifen Ortschaft um Ortschaft an. Gleichzeitig aber haben sich die Sicherheitskräfte aus anderen Städten zurückgezogen. In den Zentren der beiden Metropolen Damaskus und Aleppo wirken die Menschen nervös. 10 000, vielleicht 15 000 Assad-Gegner sind verhaftet, nach Angaben der Opposition mehr als 1300 getötet worden.

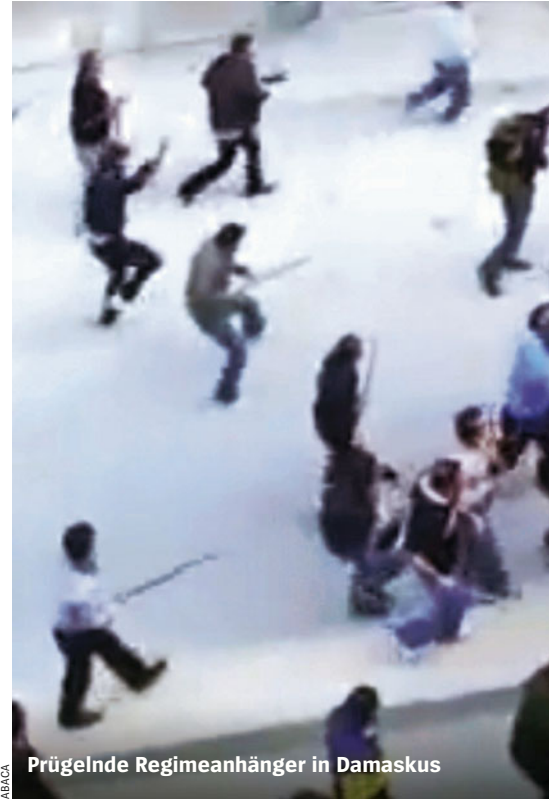
Doch so verwirrend uneinheitlich sich die politische Lage darbietet, so sehr gleichen sich die Bilder bei der Fahrt durch das geschundene Land: Überall in den Hügeln, von den Ansarija-Bergen im Norden bis zu den Hängen des Anti-Libanon nahe Damaskus hängen die Kirschen blutrot und überreif von den Bäumen. Ungeerntet, weil ihre Besitzer Angst haben, an einem der allgegenwärtigen Militärposten verhaftet zu werden. Weil die Straßen gesperrt sind, sie in die Städte zu transportieren. Weil keiner mehr kommt, sie zu kaufen.

In Madaja, einer Sommerfrische eine Autostunde westlich von Damaskus, steht ein Supermarktbesitzer zwischen seinen Früchten und sagt ungerührt bei geöffnetem Ladentür: „Es gibt keinen Weg mehr zurück zur Versöhnung mit diesem Regime. Sie haben zu viel Blut vergossen.“ Selbst hier, in diesem idyllischen Ausflugsort, sind zwei Menschen einer Freitagsdemonstration gestorben.

Dabei war Syrien, dieser prekäre Vielvölkerstaat mit sunnitischer Mehrheit und christlichen, drusischen, alawitischen Minderheiten, noch ruhig geblieben, als andere arabische Diktaturen schon ins Wanken gerieten. Und das, obwohl der seit 40 Jahren herrschende Clan der Assads die meisten Spitzenposten in Armee, Geheimdiensten und Regierung mit Angehörigen der nur zehn Prozent der Bevölkerung zählenden alawitischen Minderheit besetzt hat, einer schiitischen Glau-



Misshandlung eines Gefangenen in Homs



Prügelnde Regimeanhänger in Damaskus

## Amateuraufnahmen der Auseinandersetzungen

bensrichtung innerhalb des Islam. Und obwohl die Verwandten von Präsident Baschar al-Assad sich als Unternehmer die einträglichsten Monopole gesichert haben und das Land wie ihr Privateigentum behandeln.

Da ist eine explosive Mischung angezündet, auch in Tunesien und Ägypten war es der Hass auf die Gier der herrschenden Clans, der wesentlich zu ihrem Sturz beitrug.

Doch eine Errungenschaft hatte die Diktatur der Assads offensichtlich ge-





Erschossener in Deir al-Sor



Protest gegen den Assad-Clan in Hama

zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften: „Wer die Schlacht will, kann sie haben“

schaffen, die viele vor Veränderungen zurückschrecken ließ: Ruhe, Friedhofsruhe.

Es war eine Ruhe, die gepaart war mit wohlgeschürter Angst vor der sunnitischen Mehrheit, vor einer Machtübernahme der Islamisten. Der Irak liegt nebenan, und seit 2003 haben die Syrer Welle um Welle von Flüchtlingen erlebt, Hunderttausende, die erst vor den Amerikanern, dann vor sunnitischen Dschihadisten, dann vor schiitischen Todesschwadronen und schließlich vor dem wahllosen Morden flohen. Das prägte.

Während in Tunis und Kairo Hunderttausende marschierten, brachten die jungen Facebook-Aktivisten in Damaskus allenfalls ein paar hundert Demonstranten auf die Straße, die von der Polizei zusammengeknüpelt und verhaftet wurden. Noch Ende Januar erklärte Baschar al-Assad, sein Land sei „immun gegen derartige Unruhen“, und ein junger syrischer Blogger schrieb: „Es fühlt sich schmerzhaft an, dass dieses Schiff der Revolution noch ohne uns fährt, wir noch nicht an Bord sind.“

Dann kam Daraa. 15 Jugendliche waren verhaftet worden, weil sie Graffiti gegen das Regime hinterlassen hatten. Ihre Väter, der Scheich sprachen vor beim Provinzchef des Geheimdienstes, Atif Nadschib, einem Cousin des Präsidenten. Es seien doch Kinder.

Vergesst sie, habe er gesagt. Schickt eure Frauen, dann mache ich euch neue, soll er gesagt haben. Was seine genauen Worte waren, ist längst verlorengegangen in den wüsten Ausschmückungen der Geschichte. Aber es genügte, dass die Stäm-



me von Daraa loszogen, das Gericht und das Parteihauptquartier niederbrannten, den Platz in der Stadtmitte besetzten und die Machtfrage auf ihre Art stellten. Nicht via Facebook.

Die Antwort des Regimes war tödlich. Über Wochen wurde Daraa angegriffen, eingekesselt, ausgehungert, starben über 400 Menschen im Beschuss oder in den Folterzellen. Auf einmal war der Aufstand da. Präsident Baschar al-Assad werde eine Rede halten, hatte es schon früh geheißt. Eine große Rede der nationalen Versöhnung. Seine beste.

Am 30. März raunte er dann im Parlament von ausländischen Verschwörungen, Hetzkampagnen der Satellitensender und drohte: „Wer die Schlacht will, kann sie haben!“ Zwischendurch beliebte er zu scherzen und lachte über die eigenen Witze.

Sein Gelächter an diesem Tag sei ein Crescendo gewesen, das den Beginn seines Untergangs markiert, behaupten Kritiker heute. „Mehr als hundert Menschen waren schon zu diesem Zeitpunkt von den Sicherheitskräften erschossen worden. Hätte er wenigstens mit einem Satz ihren Tod bedauert, wäre er ernst geblieben, er hätte die Situation noch retten können“, sagt kopfschüttelnd einer jener raren politischen Köpfe in Damaskus, die mit beiden Seiten reden: mit den wild entstehenden Komitees der Protestierer – und jenen im Umkreis des Präsidenten, die um die Zwecklosigkeit des Tötens wissen.

Es sei nicht der Widerstand gegen das System an sich gewesen, der die Menschen auf die Barrikaden getrieben habe – sondern erst die maßlose, brutale Reaktion des Regimes. Die „Nähe zum Volk“, die Assad gern beschwor, sei wohl die Schusswaffendistanz, meint der Gewährsmann bitter. „Es gibt keine Politik mehr, außer Gewalt haben sie keine Lösung. Sie können nur töten und hoffen.“

Seit einst Hafis al-Assad, der Vater des Präsidenten, 1970 als Verteidigungsminister das restliche Kabinett verhaften ließ und sich im aparten Namen einer „Korrekturbewegung“ an die Macht putschte, war Gewalt stets letztes Mittel der Wahl. Doch gab es damals weder das Internet noch YouTube oder Handys mit Videofunktion – das Morden blieb unsichtbar.

Als die Muslimbrüder Anfang 1982 den bewaffneten Aufstand in der Stadt Hama wagten und Dutzende Parteifunktionäre, Geheimdienstler und deren Familien umbrachten, ließ Assad senior die Stadt einkeßeln und bombardieren, als sei es Feindesland. Zwischen 10 000 und 30 000 Menschen starben damals, weitgehend unbemerkt vom Rest der Welt. Kalt, intelligent und planvoll betrieb Assad Politik wie ein Schachspiel. Er positionierte Syrien als „Frontstaat“ gegen Israel und wechselte 1991 umstandslos ins



**Eine furchtbar nette Familie:** Weltoffen wollte sich Baschar al-Assad 2006 mit seiner in England aufgewachsenen Frau Asma und den drei gemeinsamen Kindern präsentieren. Personenkult und Korruption wollte er eindämmen, das Internet fördern.

amerikanische Lager, als es zum Feldzug gegen Saddam Husseins Irak ging. Alles hatte er im Kalkül – nur nicht seine Nachfolge.

Eigentlich sollte der erstgeborene Sohn Basil übernehmen. Der kam jedoch 1994 um, nachdem er sich im letzten Moment seines Lebens davon überzeugen musste,



**Kundgebung Regimetreuer in Damaskus**  
Wer regiert eigentlich?

dass man auch in einem Mercedes die enge Kurve vor dem Damaszener Flughafen nicht mit 200 Stundenkilometern nehmen sollte.

So fiel die Wahl auf Baschar, den nächstälteren. Nach Hause geholt, um als Thronfolger aufgebaut zu werden, folgte er im Sommer 2000 nach dem Tod seines Vaters auf den Präsidentensessel. Ein Diktator, der sich nicht den Weg freischießen, sondern nur Platz nehmen musste. Aber der auch nach einem Jahrzehnt im Amt auf den meisten Bildern immer noch so dreinschaut, als habe er sich auf dem Weg zur Macht in der Tür geirrt. Stets ein wenig unsicher, verwirrt oder aber übertrieben in der Geste. Auf dem größten Plakat an den Devotionalienständen neben der Universität ist er kichernd in Obristenuniform zu sehen, während sein Vater auf dem Plakat daneben nur sein leises Raubtierlächeln zeigt.

Das Drama der unbegabten Söhne. Assad junior versprach, den Personenkult zu beenden, die allgegenwärtigen Herrscherporträts zu entfernen, er war das prominenteste Mitglied der „Syrian Computer Society“. Doch der „Damaszener Frühling“ kleiner Freiheiten und großer Hoffnungen endete bereits nach einem Jahr wieder. Das System lief einfach weiter, wie auf Autopilot gestellt von einem Toten.

Doch heute funktioniert die alte Mechanik von Revolte und Repression nicht mehr. Sie hat sich umgekehrt: Gewalt schafft keine Unterwerfung mehr, son-





2011 sind überlebensgroße Bilder von ihm allgegenwärtig, plündert sein Clan das Land und wird das Internet überwacht. Assads Truppen schießen auf Demonstranten. Seine Ehefrau Asma soll inzwischen die meiste Zeit in London verbringen.

dern Wut und Gegenwehr, und mehr Gewalt schafft nur noch mehr Wut. Die Regeln von Hama gelten nicht mehr, nicht einmal in Hama.

In der alten Stadt am Orontes, wo noch am 3. Juni mehr als 60 Menschen erschossen wurden, gehen die Demonstrationen weiter – aber Polizei und Armee haben sich aus der Innenstadt zurückgezogen. Der Weg dorthin über die Autobahn von Damaskus ist versperrt von Militärposten. Aber sobald man über Seitenstraßen in die Stadt gelangt, wandelt sich das Bild. Jeden Abend ziehen Menschen ungehindert durch die Straßen, Angestellte, Bauern, Geschäftsleute. Der Angst, getötet zu werden, haben sie getrotzt. Vor einer roten Ampel jedoch bleiben sie stehen. Sie säubern die Straßen, Helfer verteilen Wasser und Lebensmittel.

Die Assad-Statue in der Stadtmitte ist verschwunden, aber nicht zerstört, „sondern von der Polizei abgebaut worden“, amüsiert sich ein Mann um die 30. Er sei großgeworden mit der Angst, sein ganzes Leben habe sie ihn begleitet. „Um diese Angst zu besiegen, bin ich jeden Tag mitgelaufen“, sagt er. „Auch nachdem ich vor zehn Tagen verletzt wurde und andere vor mir sterben sah.“ Seine Frau sei schwanger, stehe kurz vor der Entbindung, „und ich will, dass meine Tochter in Freiheit aufwächst“.

In den sunnitischen Dörfern der Umgebung wiederum grassiert die Angst, dass die Truppen Mahir al-Assads einmarschieren. „Wir haben Waffen gekauft“,

sagt Abu Mahmud, ein Bauer aus dem Dorf Mala.

Die Lage im Land ist widersprüchlich. Auch in Kabun, einem nordöstlichen Vorort von Damaskus, ziehen mittlerweile jeden Abend Protestierende völlig ungehindert durch die Stadt, vorbei an der dortigen Polizeischule, wo sie salutieren und rufen: „Die Polizei will den Sturz des Regimes!“ Dann laufen sie weiter, unbehelligt. In den kurdischen Gebieten im Nordosten habe die Armee ebenfalls aufgehört zu schießen.

Im Nordwesten hingegen mordet sie immer grausamer und wahlloser. Dort, in Dschir al-Schughur, seien 120 Soldaten von „bewaffneten Gruppen“ getötet worden, ließ das Regime vor zwei Wochen verlautbaren. Und das in einem Staat, der sich seit Jahrzehnten bis zu einem Dutzend konkurrierender Geheimdienste geleistet hat, in denen jede Waffengattung ihren eigenen Dienst hatte – alle wiederum überwacht von weiteren Spitzeltruppen, die miteinander in erbitterter Konkurrenz standen, was Hafis al-Assad genau so gewollt und klug eingerichtet hatte. Zwischen zwei Syrern, so lautet ein Bonmot bis heute, sitze stets noch jemand vom Geheimdienst.

Und in diesem Staat sollte es rätselhaften „bewaffneten Gruppen“ gelingen, 120 Soldaten umzubringen und anschließend spurlos zu verschwinden? Ohne eigene Opfer? Genauso gut hätte das Regime eine Invasion Außerirdischer vermeiden können.

Aber mit der Lüge war die Zahl in die Welt gesetzt. 120 tote Soldaten. Wer hatte sie umgebracht? Oppositionelle brachten rasch eine andere Version: Die Männer hätten sich dem Befehl, auf unbewaffnete Demonstranten zu schießen, verweigert und seien von ihren eigenen Offizieren und den Geheimdienstleuten in ihrem Rücken hingerichtet worden. Was, so stellt sich langsam heraus, auch nicht stimmte. Es gab gar keine 120 Toten. Sondern 20 bis 30, einige von ihnen Soldaten, die erschossen wurden von den Bewohnern, die ihre Stadt verteidigt haben. Ein Kameramann des Staatsfernsehens, der vom Militär dorthin geschickt wurde, erzählt kopfschüttelnd, wie sein Team plötzlich beschossen wurde: „Das seien die Terroristen gewesen, hieß es von offizieller Seite. Aber da war niemand, die Schüsse kamen aus der Richtung, aus der wir gekommen waren, und verebbten plötzlich wieder. Da waren nur die Soldaten.“

Propaganda paradox: Assads Dienste inszenieren heimlich, wovor Assad öffentlich warnt. Sie provozieren die Anfänge jenes Bürgerkriegs, gegen den das Regime sich doch jahrelang als Bollwerk präsentiert hat. Im März bereits seien die Schabiha, eine Miliztruppe in Zivil, rund um Latakia unterwegs gewesen und hätten in sunnitischen Gebieten einen alawitischen Mob gemimt, in alawitischen Gegenden einen sunnitischen, um beide Seiten gegeneinander aufzuhetzen. Vom Dorf Kafr Jeh erzählt ein Verwandter der Bewohner, dass lokale Provokateure erwisch worden seien, wie sie Häuser von Sunniten niederbrennen wollten: „Dort haben sich die Ältesten beider Gruppen zusammengesetzt und die Provokateure gezwungen, das Dorf zu verlassen. Aber das funktioniert nicht überall.“

In Damaskus verbreitete die Regierungspropaganda zunächst gefälschte Bilder brennender Kirchen. Dann hieß es, Präsident Assad habe der Forderung nachgegeben, Hunderte vollverschleierte Lehrerinnen wieder einzustellen, die vor einer Weile entlassen worden waren. Niemand hatte das gefordert. Baschar al-Assad inszeniert einen Kompromiss mit den sunnitischen Hardlinern, um sich den Christen gegenüber als Schutzpatron zu präsentieren: gegen exakt jene Radikalen, die er fördern lässt.

An die absurdesten Plots gewöhnt, stellen sich viele Syrer mittlerweile noch eine ganz andere Frage: Wer herrscht eigentlich in Damaskus? Das wird mit jedem Tag der Proteste, des Tötens, der besinnungslosen Propaganda und des präsidentiellen Schweigens weniger klar. In einer Welt, die nach Jahrzehnten der verordneten Lüge automatisch jedem Gerücht Glauben schenkt, wachsen aus den kleinsten Details Verschwörungstheorien.

Im vierten Stock des Damaszener Schami-Hospitals, wo die Spitzen des Regimes





ABACA USA / POLARIS

**Steinewerfer beim Angriff auf Panzer in Daraa: Gewalt erschafft Wut und Gegenwehr**

behandelt werden, standen im April eine Woche lang Wächter vor den Gängen und Fahrstühlen. Rasch entspann sich das Gerücht, Präsidentenbruder Mahir al-Assad habe Vizepräsident Faruk al-Scharaa in die Schulter geschossen, nachdem der sich bitter beklagt hätte über das wahllose Töten in seiner Heimatregion Daraa.

Auch, dass Buthaina Schaaban, die Sprecherin des Präsidenten, nicht mehr auf den Bildschirmen auftauche, liege an Mahir: Der habe sie gehohlet, als sie sich darüber beklagt habe, öffentlich als Lügnerin gedemütigt worden zu sein. Sie hatte den Protestierern in Daraa bescheinigt, ihre Anliegen seien berechtigt. Fortan werde niemand mehr erschossen. Am folgenden Tag starben die Nächsten unter den Schüssen von Mahirs Schergen.

Für nichts davon gibt es Belege, aber auch nicht für das Gegenteil. Und warum mochte Baschar partout nicht ans Telefon gehen, als Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon unlängst anrief? Hatte er gar nicht mehr die Wahl, darüber zu entscheiden? Hat der militärische Oberkommandierende Mahir mit seinem Durchmarsch des Mordens längst die faktische Macht an sich gerissen?

Der Präsident schweigt seit Wochen. Umso dröhnender klang es, als ein anderer das Wort erhob: Ausgerechnet Rami Machluf, Cousin mütterlicherseits und reichster aus der raffgierigen Schar der Verwandten, gab am 9. Mai der „New York Times“ ein Interview. Machluf, der meistgehasste Mann des Landes, der die größte Mobiltelefongesellschaft Syriens kontrolliert, eine Bauholding, dazu Versicherungen, Banken und die erste Kette von Duty-free-Supermärkten.

Die US-Regierung beschuldigte ihn 2008, die syrischen Geheimdienste zu benutzen, seine Geschäftsrivalen zu bedrohen. „Rami, harami“, Rami, der Dieb, skandierten schon die allerersten Protestzüge. Im Stil eines Mafia-Paten raunte er im Interview düstere Warnungen: „Keiner kann garantieren, was geschieht, wenn, Gott behüte, dem Regime etwas

zustößt. Wenn wir leiden, werden wir nicht allein leiden!“ Der Präsident habe zwar das letzte Wort, setzte er gönnerhaft hinzu, aber die Politik „formulieren wir schon gemeinsam“.

Am Rande äscherte er dann noch die ein halbes Jahrhundert lang gültige Doktrin ein, dass Israel der Feind sei. Denn bislang habe man dessen Frieden garantiert, tönte Machluf, aber das werde nicht so bleiben, wenn man der Familie nicht ihre Herrschaft lasse: „Wenn es bei uns keine Stabilität gibt, wird es auch in Israel keine geben.“

Cousin Baschar sei außer sich gewesen, heißt es. Zwei Tage später erschien das kleinlauten Dementi des syrischen Botschafters in Washington: Mitnichten habe Rami Machluf im Namen der syrischen Regierung gesprochen! Es sei seine Privatmeinung, und er könne in keinsten Weise mit offiziellen Funktionen in Syrien in Zusammenhang gebracht werden.

Dann, am vergangenen Donnerstag, der Paukenschlach: Der Unternehmer erklärte, er werde seine Firmen verkaufen, das Geld den Armen geben und sich fortan der Wohltätigkeit widmen. Freiwillig dürfte dies nicht geschehen sein. Der Abgang des verhassten Machluf und vor al-

lem sein Vermögen werden dringend gebraucht.

Etwas voreilig hatte Baschar al-Assad am Anfang der Proteste nach saudischem Vorbild Wohltaten versprochen: bis zu 30 Prozent mehr Gehalt für Staatsangestellte, außerdem sollte der ohnehin schon massiv subventionierte Preis für Diesel um 25 Prozent sinken. Doch das syrische Erdöl geht zur Neige, ausländische Touristen und Investoren bleiben aus, das Geld wird knapp. Die Versprechungen seien, habe der Präsident vor kurzem in nicht so kleiner Runde eingestanden, keine gute Entscheidung gewesen: „Wir haben nicht das Geld dafür!“ Nun soll, so ein Wirtschaftsexperte einer westlichen Botschaft in Damaskus, der reiche Vetter genötigt werden, das Regime vor der Pleite zu retten.

Noch hält sich das schlingierende Familienunternehmen. Was auch daran liegt, dass Alternativen noch nicht sichtbar sind. Die prominenten Bürgerrechtler der „Deklaration von Damaskus“ aus dem Jahr 2005 haben zwar ein Programm, aber keine Gefolgschaft. Die Protestzüge auf der Straße wiederum haben Gefolgschaft, aber kein Programm, das über die Absetzung des Regimes hinausginge.

So recht kommen beide Seiten nur langsam zusammen. Dabei sei kaum etwas dringlicher, beteuert einer der Organisatoren einer ersten gemeinsamen Konferenz. Er zählt all die Gruppen und Grüppchen ewiger Oppositioneller auf: „Die Kommunisten und die Nasseristen, die Unterzeichner der Deklaration von Damaskus, die Intellektuellen, sie alle müssen jetzt zusammenkommen!“ Sie hätten nur, ungewohnte Erfahrung kleiner Dissidentenzirkel, denen bislang ein verqualmtes Hinterzimmer genügte, einfach keinen passenden Raum gefunden. Keines der großen Hotels in Damaskus sei bereit, ihre Konferenz zu beherbergen. „Wir wollen den nicht umsonst, wir bezahlen dafür, aber die Manager haben ganz offen gesagt: Wir haben kein Interesse an der Revolution.“

Das sei leider die Lage der Opposition, sagt er mit grimmigem Lachen und zieht an der Wasserpfeife im Café: Da draußen tobe ein Aufstand, und sie haben immer noch kein Hotel gefunden, das ihnen einen Saal vermieten würde.

Ganz so rasch werde das Haus Assad auch nicht fallen, erklärt der syrische Manager einer ausländischen Firmenniederlassung, dessen Vater als gesuchter Oppositioneller einst fliehen musste und verarmt im Exil starb. Er will ins Gemini, eines der schicken Cafés an einem Park an der Abu-Rumani-Straße. Es gehört dem Sohn von Mohammed Chuli, dem einstigen Chef des Luftwaffengeheimdienstes, der 1986 einen Attentäter beauftragt haben soll, dessen unwissende, schwangere Freundin mit einem Sprengsatz in die El-



Al-Maschine nach Tel Aviv zu schicken. Ausgerechnet ins Gemini, „aber da ist der Cappuccino so gut!“.

Die Lage ist idyllisch und das Gemini voll, die Preise sind unerschwinglich für die meisten Syrer. „Niemand hier verteidigt das Regime aus Überzeugung“, sagt er, „nicht mal die Alawiten. Wir sind ein Volk von Opportunisten geworden. Wer herrscht, ist egal, solange wir unsere Ruhe haben.“ Das war stets der Deal mit dem Regime: Es garantiert Ruhe und Stabilität, und dafür nimmt man hin, dass „die Mafia das Land wie ihren Privatbesitz behandelt“.

Nun aber gehe gerade die Geschäftsgrundlage dieser unausgesprochenen Übereinkunft verloren, sagt der Manager. Das Regime könne seinen Teil der Abmachung nicht mehr liefern: Ruhe und Stabilität.

Der Cappuccino kommt, formvollendet mit einer in den weißen Schaum gezogenen braunen Farnranke. Der Zyniker nimmt einen Löffel voll Zucker, kippt ihn sachte auf den Schaum. Der Zucker bleibt liegen, „wie unser Regime. Es geht einfach nicht unter wie Ägypten oder Tunesien“. Nach einigen Sekunden schmelzen die ersten Zuckerkristalle im Schaum, von den Rändern her zerfällt das Häufchen: „So ist das auch hier. Die meisten warten ab, ich auch, aber je weniger

bleibt von der Stabilität, desto mehr Menschen werden sich abwenden.“

Tatsächlich erodieren längst auch jene Gegenden der Wohlhabenden, durch die noch keine Demonstrationen ziehen. In Tansim Kafr Susa im Westen von Damaskus, wo in den vergangenen Jahren teure Apartmentblocks entstanden sind und die Wohnungen eine halbe, eine Million US-Dollar kosten, wohnen eher die Profiteure des Regimes als die Protestierer. Trotzdem hat die Polizei auch hier den Park in der Mitte des Neubauviertels geschlos-

### **Assads Dienste inszenieren heimlich, wovor Assad öffentlich warnt.**

sen. „Offiziell wegen Renovierung“, spottet ein Arzt, der es sich leisten konnte, hierherzuziehen: „In Wirklichkeit haben sie Angst, wenn irgendwo mehr als drei Leute zusammenkommen.“ Die verwackelten Videos von den Kämpfen in Daraa oder Dschir al-Schughur hatte er sich bislang auf den weiterhin unzensurierten Satellitensendern im Fernsehen angeschaut wie Bilder aus einem anderen Land, sagt er. Bis zum Freitag vorvergangener Woche, als der mäßig gläubige Sunnit wie so oft zum Freitagsgebet in die pompöse Rifai-Moschee ging.

Am 1. April gab es zwar schon einmal Zusammenstöße vor der Moschee. Der Imam, Osama Rifai, Enkel des Gründers der Moschee, sei ihm bislang aber nie als politischer Mensch aufgefallen, sondern predigte stets Erbauliches für einen moralischen Lebenswandel. Ganz ruhig habe der etwa 60-Jährige auch an diesem Freitag seine Predigt begonnen: „Warum hat Bouazizi sich angezündet und verbrannt?“, fragte er und erinnerte damit an den tunesischen Gemüsehändler, dessen Selbstmord zum zündenden Funken der arabischen Revolutionen wurde. Die Antwort des Imam: „Weil ihm Unrecht angetan wurde. Auch wir erfahren Unrecht!“ Stille bei den Gläubigen, der Arzt erinnert sich: „Wir haben alle den Atem angehalten und gedacht, wann wird er verhaftet? Wann werden wir verhaftet?“ Froh über so viel Mut sei kaum einer gewesen, „wir hatten alle nur Angst“.

Rifai sprach weiter, schlug den Bogen vom Unrecht an dem Gemüsehändler zu den Revolutionen in Tunesien, Ägypten, Libyen bis hin zu den Gewalttaten in Syrien, für die er klare Worte fand: „Und was ist das, mit Panzern auf Demonstranten zu schießen, die höchstens einen Revolver dabei haben? Ist das etwa keine Ungerechtigkeit?“

Und dann? Dann sei nichts geschehen, berichtet der Arzt. Niemand wurde verhaftet. ♦





Zeltlager der Gaddafi-Anhänger in Tripolis: Angriff mit bloßen Händen

LIBYEN

## Glut unter der Asche

In der Hauptstadt haben Rebellen den Guerillakrieg begonnen: Sie überfallen Soldaten, nennen der Nato Ziele und rauben Waffen für die letzte Schlacht. *Von Clemens Höges*

Sie kamen im Schutz der Nacht, eine Handvoll Männer nur: Im Gassengewirr der Altstadt von Tripolis hatten die Rebellen auf die Bomber der Nato gewartet. Dort kennen die Kämpfer alle Schlupfwinkel, die Häuser mit zwei Eingängen, die versteckten Keller unter jahrhundertealtem Pflaster.

Franzosen und Briten fliegen ihre Angriffe meist verlässlich um Mitternacht. Und die Explosionen der Bomben lenken dann Muammar al-Gaddafis Milizen ab, manche seiner Getreuen ballern aus Wut

sinnlos den Flugzeugen hinterher – ideale Umstände also für einen Angriff.

Ihr Ziel hatten sich die Rebellen schon vorher gesucht. Es war – so erzählt es einer, der dabei war – ein Toyota Tundra, einer dieser enormen Pick-ups, die Gaddafis Sicherheitskräfte gern fahren. Der Wagen stand am Rand der Altstadt, drei Gaddafi-Leute hielten in ihm Wache.

Nun ist eine Kalaschnikow zwar ein handliches Sturmgewehr, aber in der Enge eines Autos kann sie sperrig sein. Es dauert einige Sekunden, bis der Besit-

zer sie zwischen Sitz und Tür hervorgerissen und durchgeladen hat. Und diese Sekunden reichten den Rebellen: Sie zerrten Gaddafis Männer aus dem Wagen, schlugen sie zusammen und entrissen ihnen drei Kalaschnikows und eine Pistole – eine durchschnittliche Beute.

Solche Angriffe wagen die Aufständischen in Tripolis inzwischen fast jede Nacht. Sie überfallen Wachposten oder die grünen Zelte von Gaddafi-Anhängern, die überall in der Stadt stehen. Immer geht es um Waffen und Munitionskisten, die Aufständischen haben mehr Anhänger als Gewehre.

Manchmal greifen die Rebellen mit „bloßen Händen“ an, wie einer sagt, manchmal raten die Kalaschnikows sofort. Ab und zu wagen die Rebellen von Tripolis aber auch Demonstrationen, die Gaddafi sofort zusammenschießen lässt. Auch aus Rache liefern die Rebellen dafür der Nato immer wieder Informationen über Bombenziele.

Es ist oft genug ein selbstmörderischer Guerillakampf gegen einen Diktator, der weite Teile seiner Hauptstadt noch immer fest im Griff hat. Und bei konspirativen Treffen mit den Rebellen geben die Kämpfer auch freimütig zu, dass der Revolutionsführer wohl so schnell nicht aufgeben wird. Dabei führt die Nato nun schon seit elf Wochen Krieg in Libyen – und stößt inzwischen langsam an ihre Grenzen. US-Verteidigungsminister Robert Gates klagt wie auch Briten und Franzosen über die horrenden Kosten des Abenteuers, Generale warnen, ihre Einheiten würden es so nicht mehr lange durchstehen.

Immer deutlicher wird, was vielen Experten von Anfang an klar war: Nicht einmal das mächtigste Militärbündnis aller Zeiten kann ein solches Regime allein mit Luftschlägen in die Knie zwingen. Eine Stadt wie Tripolis mit rund zwei Millionen Einwohnern im Großraum lässt sich schon gar nicht mit Kampffjets einnehmen. Es braucht „boots on the ground“, wie die Amerikaner sagen, „Stiefel auf dem Boden“. Aber die Allianz hat allenfalls Turnschuhe und meist Sandalen auf dem Boden: die der Rebellen.

Östlich von Tripolis haben die wilden Haufen mit Nato-Hilfe den Ausbruch aus dem belagerten Misurata geschafft, sie versuchen nun, nach Tripolis vorzustoßen. Aber Gaddafis Milizen halten mit schweren Waffen dagegen. Es kann noch Wochen dauern, bis die Aufständischen die Hauptstadt erreichen.

Nicht viel besser sieht es bei den Revolutionären im Südwesten aus: Sie kontrol-







lieren inzwischen weite Teile der Nafusa-Berge mit mehreren Städten, darunter Nalut. Von dort aus soll eine „Tripolis-Brigade“ nach Norden vorstoßen, gut 200 Kilometer bis in die Hauptstadt. Aber für jeden dieser Kilometer bezahlen die bewaffneten Gaddafi-Gegner mit Menschenleben. Und für viele zahlen sie doppelt – beim Angriff und dann beim Rückzug.

Bleiben als Helfer der Nato noch die Aufständischen in Tripolis selbst. „Unser größtes Problem sind Waffen und vor allem Munition, kaum etwas kommt von außen rein, wir müssen alles den Gaddafi-Leuten rauben“, sagt einer der Rebellen, den wir Moussa nennen wollen. Er ist Familienvater, Akademiker, Angestellter, er ist mittelalt, mittelgroß – er würde nirgendwo auffallen, aber nachts kämpft er gegen das Regime. Würde sein wirklicher Name genannt, wäre er so gut wie tot.

Was er und andere Rebellen über den Krieg in der Hauptstadt erzählen, lässt sich nur ungefähr nachprüfen. Die Regierung sperrt westliche Journalisten in ein Hotel, sie können sich kaum in der Stadt bewegen, und wenn, dann in der Regel – aber eben nicht immer – mit einem Bewacher. Videos auf einem USB-Stick und einem versteckten Handy-Chip, den die Rebellen dem SPIEGEL zukommen ließen, bestätigen vieles von dem, was Moussa und die anderen Rebellen berichten.

Der Aufstand in der Hauptstadt begann nur wenige Tage nachdem die Rebellion in Bengasi aufgeflammt war: Am 20. Februar strömten Hunderte Menschen ins Zentrum der Hauptstadt auf den Grünen Platz. Sie zerrissen Gaddafi-Poster, sie skandierten Slogans. Es ging ihnen, sagt Moussa, nicht so sehr um die Aussicht auf ein besseres Leben, sondern vor allem „um Gerechtigkeit und Gesetze“, darum, dass Korruption, Willkür und Vetternwirtschaft aufhörten: „Gaddafis Freunde stehen doch über dem Gesetz, sie können machen, was sie wollen.“

Die Demonstranten wollten friedlich bleiben, sagt Moussa. Doch plötzlich hätten Sicherheitsleute das Feuer eröffnet: „Wir hatten uns schon gedacht, dass sie schießen würden. Wir kennen den Führer. Aber wir dachten, sie würden in die Luft feuern oder auf die Beine zielen. Doch sie schossen sofort auf Köpfe und Oberkörper.“ Jeder Schuss sollte töten, glaubt Moussa. Am Ende hätten 60 Tote auf dem Platz gelegen.

Die Überlebenden flohen, und einige davon schlossen sich in den Tagen danach

zu kleinen Kampfgruppen zusammen. Gaddafi hatte gelernt, dass Facebook und Twitter Diktatoren beiseitefegen können, er ließ sofort das Internet stilllegen. Die Rebellen koordinieren ihre Anschläge nun per Handy.

Sie glauben, dass viele Gespräche abgehört werden. Sie glauben nur nicht, dass der Geheimdienst sie noch alle auswerten kann. Trotzdem benutzen sie Codewörter, allerdings auf dem Niveau von Jungs, denen der Vater gerade Walkie-Talkies geschenkt hat: Wer etwa andere zu einer „Party“ einlädt, plant einen Angriff.

Vielleicht tausend bewaffnete Rebellen würden jetzt in Tripolis kämpfen, schätzt Moussa, aber niemand könne das genau wissen. Immerhin geben auch Gaddafi-Funktionäre zu, sich nicht mehr ohne massives Aufgebot an Sicherheitskräften

in Tripolis wenig. Die Telefonleitungen sind tot. Immerhin aber arbeite einer von ihnen in einem Ministerium, dessen Internetanschluss noch funktioniert, sagt Moussa. Der Mann könne manchmal Mails schicken.

Im Übrigen könnten sie Ziele für die Nato-Bomber ausspionieren. Die Daten würden über Mittelsmänner an das Nato-Hauptquartier der Operation in Neapel weitergeleitet (siehe Seite 93). Moussa weiß nicht genau wie, er weiß auch nicht, ob alles ankommt, aber er ist überzeugt: „Es funktioniert. Wenn wir ein Ziel angeben, dauert es ein paar Tage, dann fallen dort Bomben.“

Doch der Preis für ihre Erfolge ist hoch, viele der Rebellen wurden schon erschossen, andere wurden in Gefängnissen gequält. Eine größere Gruppe habe jüngst sogar Gaddafis Festung Bab al-Asisija angegriffen, sagt Moussa. Etwa 70 Mann seien gefallen, Gaddafis Soldaten hätten danach mit Feuerwehrschräuchen das Blut vom Kreisverkehr vor der Einfahrt spritzen müssen.

Kürzlich wurden auch zwei Freunde Moussas verletzt, den einen trafen Kugeln ins Bein, den anderen in den Fuß. Natürlich konnten die beiden nicht ins Krankenhaus, dort wären sie aufgefallen. Ein Rebellen-Arzt musste sie daheim operieren, nun verstecken sie sich mit ihren Verbänden. Als einer von Moussas Verwandten kürzlich einen Autounfall hatte, prüften Polizisten im Hospital sogar die Röntgenbilder. Sie wollten herausfinden, ob er sich seine Prellungen nicht auch bei einem Kampf zugezogen haben könnte.

Trotz allem, glaubt Moussa, müssten es die Rebellen in Tripolis ähnlich wie ihre Kameraden in Bengasi und Misurata schaffen, sich selbst von Gaddafi zu befreien – auf jeden Fall ohne Nato-Bodentruppen: „Für die Hilfe müssten wir noch jahrelang bezahlen, weil wir als Marionetten des Westens gelten würden.“ Und nach dem Sieg werde der Kampf nicht zu Ende sein, Gaddafis Anhänger würden ja nicht verschwinden: „Es wird eine fünfte Kolonne geben in unserem Rücken, wir werden uns die Finger verbrennen wie an Glut unter der Asche.“

„In zwei Wochen vielleicht“ könne es so weit sein, hofft Moussa. Wenn die Rebellen-Truppen von außen die Vororte erreichen, sei es Zeit für den großen Aufstand.

Doch dann muss er selbst lachen. Dass es nur noch zwei Wochen dauere, das hofft Moussa nun schon seit vielen Wochen.



Rebell „Moussa“: „In zwei Wochen vielleicht“

in einige Stadtviertel zu trauen, nach Faschlum etwa oder Tadschura.

Bei einem Aufstand würden zehn Prozent der Männer in der Hauptstadt gegen Gaddafi antreten, so ein Rebell – aber genauso viele würden ihn wohl verteidigen. Die meisten würden abwarten, wer gewinnt. „Wenn es hier losgeht, wird es sehr blutig“, so Moussa, „es gibt immer noch viele, die an Gaddafi glauben.“

Und die Aufständischen sind offenbar nur schlecht organisiert. Jeder kämpft aus Angst vor Spitzeln allein mit solchen Männern zusammen, die er kennt, „niemand kann hier Fremden trauen“, sagt Moussa. Es gebe zwar ein Komitee der Rebellen, aber kaum jemand wisse etwas von den Männern dort, fast niemand dürfe etwas wissen.

Auch Kontakt zu den Rebellen etwa nach Bengasi haben die Aufständischen

MARCEL WITTELSIESEN / DER SPIEGEL



Nato-Schläge in Tripolis: Großteil der Militärziele vernichtet

# Krieg unter Kronleuchtern

In einem Ballsaal von Mussolinis Faschisten plant die Nato die Bombenangriffe auf Muammar al-Gaddafi.



Einsatzzentrale in Neapel

**D**as weiße Art-déco-Gebäude bröckelt unauffällig vor sich hin. Von den Wänden baumeln Kabel, Wasser tropft aus Klimaanlage. Der Bau gehört zum Komplex des Nato-Quartiers von Neapel und trägt die Kennzeichnung „T“. Flankiert wird er von einer Reitschule für höhere Töchter, nebenan liegt das Fischerdorf Pozzuoli, wo einst Sophia Lorens Schönheit erblühte, wo sich ein atemraubender Blick über den Golf von Neapel bietet, auf Capri, den Vesuv und das träge plätschernde Mittelmeer.

Nur ein verblichener Baldachin und die Kristalllüster im großen Ballsaal zeugen von der bewegten Vergangenheit des Gebäudes. Ob hier wirklich Benito Mussolini getanzt hat, mag niemand mehr bezeugen, sicher aber ist: Hier wird bis heute Geschichte gemacht.

Ende der dreißiger Jahre beherbergte die Villa Mussolinis faschistische Jugendorganisation, bis 1943 die deutschen Besatzer, nach dem Krieg war sie ein Vertriebenenlager, Anfang der fünfziger Jahre zog die Nato hier ein. Und heute, das ist eines der am besten gehüteten Geheimnisse des Nato-Einsatzes gegen den libyschen Staatschef Muammar al-Gaddafi, poltern Soldaten in Tarnuniformen über den schwarzen Marmorboden, sitzen hinter zugezogenen Jalousien und starren Tag und Nacht auf grobkörnige Videobilder aus Afrika.

Der Ballsaal in Neapel ist die heimliche Kommandozentrale im Krieg gegen Gaddafi. 350 Männer und ein paar Frauen sitzen vor Bildschirmen, sie sind die Ohren und Augen in dieser seit drei Monaten währenden Schlacht. Es herrscht absolute Stille im War Room, Handys klingeln nicht, sie vibrieren.

Um jeden Tag von neuem zu entscheiden, welche Ziele angegriffen werden, hat die Nato eine Task-Force

aus Luftwaffen-Generälen, Diplomaten, Anwälten, Medienanalysten, IT-Spezialisten und Geheimdienstlern aufgebaut, die Besten der Besten aus Kanada, Italien, Frankreich, Großbritannien, den USA und, trotz der Berliner Enthaltung im Uno-Sicherheitsrat, aus Deutschland.

Abgeschildert durch gläserne Trennwände, an denen Landkarten von Libyen kleben, sitzen sogenannte Targetter, welche die Bombenziele in Gaddafis Reich definieren. Anhand von Fotos der Aufklärungsflieger, von Twittermeldungen oder abgefangenen Funksprüchen der libyschen Armee, von Hinweisen westlicher Journalisten mit Kontakten zu den Rebellen. Vor allem aber anhand der Hinweise der in Libyen stationierten Geheimagenten der beteiligten Nationen.

Im War Room von Neapel fügen sich die Datenmassen zusammen wie bei einem Puzzle. Seit Beginn der Operation „Unified Protector“ Ende März wird hier geprüft, ob und wann und mit welchen Waffen Gaddafis Kommandozentralen oder seine Privatresidenz bombardiert werden und wie es sich vermeiden lässt, dass dabei Zivilisten ums Leben kommen.

Das Herzstück des War Room ist ein schallisolierter Raum mit Konferenztisch, an dem die Nato-Offiziere ihre täglichen Lagebesprechungen halten. Per Videoübertragung ist das Nato-Hauptquartier in Brüssel zugeschaltet sowie ein US-General im Luftwaffenstützpunkt in Poggio Renatico bei Ferrara. Von dort aus werden die Kampffjets munitioniert und mit Zielisten über das Mittelmeer geschickt.

Durch den War Room, den bisher kaum ein Journalist betreten durfte, eilt jetzt der kanadische Drei-Sterne-General Charles Bouchard. Er ist der Kommandeur der Operation in Neapel und erkennbar stolz auf über 10 000 geflogene Einsätze bisher. Er

muss jedes einzelne Ziel genehmigen – oder es in letzter Minute von der Liste streichen, wenn etwa neben einem libyschen Raketenwerfer, der vernichtet werden soll, plötzlich fußballspielende Jungs auftauchen.

Über Herausforderungen oder Misserfolge bei seiner Arbeit spricht er nicht, natürlich nicht: über die Engpässe bei der Munition etwa, über das Kompetenzgerangel unter den Nationen, über die bisher vergebliche Hoffnung, den libyschen Diktator selbst auszuschalten. Dass der Revolutionsführer das eigentliche Ziel der Luftschläge ist, mag zwar jedem Beobachter offensichtlich erscheinen, zugeben kann das natürlich niemand.

In der Mittagspause sprechen niedrigere Ränge dann doch noch etwas offener über den Einsatz, in der „Gas Station“, einer zur Espresso-Bar umgebauten Tankstelle. Sie erklären, dass sich Washingtons Militär im Hintergrund halte, damit es nicht heiße, die USA führten einen weiteren Krieg gegen ein muslimisches Land. Sie berichten über die enorme Spannung, die im War Room am 7. Juni geherrscht habe, als die Nato die gefährlichen Tageslichtangriffe intensivierte. Ein Großteil der Militärziele sei bereits vernichtet, sagen sie hinter vorgehaltener Hand, Gaddafis Armee liege am Boden, ein Ende sei absehbar, bald werde der War Room wieder das sein, was er vor der Krise war: ein einfaches Materiallager.

Nur bei der Stiftung der Bank von Neapel, die Eigentümerin des Nato-Geländes ist, genießt man die exquise Ironie der Geschichte: Ausgerechnet hier, im ehemaligen Quartier von Benito Mussolini, der 1911 für fünf Monate ins Gefängnis musste, weil er dagegen protestiert hatte, dass sein Vaterland einen Krieg um die spätere Kolonie Libyen anzettelte, werden 100 Jahre später die letzten Tage eines anderen Diktators gezählt.

FIONA EHLERS

XINJIA/ACTION PRESS (O.); ROBERTO SALOMONE/DER SPIEGEL (U.)



# Die Bengasi-Mission

Während im Westen des Landes gekämpft wird, lassen sich Diplomaten aus aller Welt in der Rebellenhauptstadt nieder. Sie sollen helfen, Gaddafi in die Knie zu zwingen.

Ahmed Dschibril führt den Krieg gegen den Diktator in einem kleinen gelben Haus am Hafen von Bengasi. Sie haben hier keine Waffen, manche haben noch nicht mal einen Computer, sie sitzen an zerkratzten Schreibtischen und auf gewellter Auslegware. Sie sind 14 Mitarbeiter des neuen Außenministeriums, das einst nur Zweigstelle des Ministeriums in Tripolis war, bevor sie geschlossen in den Dienst der Revolution übertraten. Nur einer von ihnen, ihr einstiger Chef, ist nach Ägypten geflüchtet.

Ahmed Dschibril ist der neue Sprecher und Chefstrategie der Rebellendiplomaten, und wenn er den Erfolg der Revolution zeigen will, dann braucht er dafür eine Weltkarte. 25 Punkte, grün, rot und gelb, kleben auf dieser Karte im Außenministerium. Grün: Dieser Staat erkennt den Übergangsrat als legitime Vertretung des libyschen Volkes an. Rot: Dieser Staat sieht den Übergangsrat als legitimen Gesprächspartner. Gelb: noch unentschieden.

Grüne Punkte kleben auf Frankreich, Großbritannien, Italien und Malta, Kanada und Katar, selbst auf dem weit entfernten Australien. Seit vorigem Montag hat auch Deutschland einen grünen Punkt, da war Außenminister Guido Westerwelle in Bengasi und eröffnete offiziell ein Verbindungsbüro.

Für Gaddafi war der Diplomat Ahmed Dschibril, 37, in New York und Bosnien im Einsatz; jetzt hetzt er durch Bengasi und versucht, all die Konferenzen, Staatsbesuche und Delegationen zu koordinieren. Seine Welt ist plötzlich groß geworden: Besuche von Außenministern müssen abgestimmt werden. Bengasi muss jene Araber gewinnen, die sich noch nicht entschieden haben, und auch afrikanische Regierungen überzeugen, von denen viele zu Gaddafi halten.

„Fünf Punkte in dieser Woche sind unser Ziel“, sagt Dschibril. Vier Monate dauert der Aufstand an, und mit jeder Woche wird deutlicher, dass es eine militärische Lösung nur um den Preis eines Blutbads in Tripolis geben wird, dass Gaddafi also

durch politischen Druck zu einem halbwegs friedlichen Rückzug gezwungen werden muss. Und so werden die Anzugträger wichtiger als die jungen Kämpfer.

Es gibt nun einen Außenminister, es gibt neuernannte und altbekannte Gesandte und Würdenträger, und natürlich den allgegenwärtigen und nie zu fassenden Mahmud Dschibril. Der war früher Wirtschaftsberater der Gaddafis, jetzt ist er Premierminister der Übergangsregierung und reist durch die Welt, um für diplomatische Unterstützung zu werben.



Minister Dirk Niebel, Westerwelle in Bengasi, Diplomat vor dem Hotel Tibesti, EU-Vertreter Nagoda: „Eine

Täglich spricht Ahmed Dschibril, der nicht verwandt ist mit dem Premierminister, auch mit Mitarbeitern des Außenministeriums in Tripolis. „Sie sehen Gaddafi inzwischen sehr kritisch, 90 Prozent der Diplomaten dort sind auf unserer Seite, auch viele hochrangige“, behauptet er. Direkt telefonieren können sie nicht, sie reden über Skype, aber viel könnten sie nicht erzählen, sagt Dschibril, die Kollegen in Tripolis würden abgehört und erpresst. „Das Regime hält die Familien wichtiger Politiker als Geiseln, damit sie nicht fliehen, etwa die Familie des geschäftsführenden Außenministers.“

Unterdessen schickt die Welt ihre Diplomaten nach Bengasi. Hunderte sind oder waren in der Stadt, sie eröffnen neue Konsulate und Verbindungsbüros. Bengasi ist zu einem Labor für das Völkerrecht geworden, denn so etwas gab es noch nie:

dass eine Rebellenregierung von der Welt anerkannt und von Politikern besucht wird, während die Aufständischen noch gegen die Armee des Herrschers kämpfen. Es ist eine merkwürdige Gleichzeitigkeit von Regimesturz und Neuaufbau im Bengasi dieser Tage.

Die Euphorie der ersten Wochen ist vorüber, in der die Menschen ihre Autos, Gartentore, ganze Häuser in das Rot-Schwarz-Grün der Revolution getaucht haben. Die Geschäfte haben wieder geöffnet, mitten in der Nacht bilden sich Verkehrsstaus, und Freiwillige flicken Löcher im Asphalt. Das Leben hinter der Front ist fast heiter, und die Bilder der Bombardements und der Kämpfe im Westen wirken von hier aus so weit weg wie die Revolte in Syrien.

Die Revolution ist in eine neue Phase getreten. Die Rebellenposten an der Grenze zu Ägypten stempeln jetzt Einreiseformulare. Der Übergangsrat hat die Gründung einer Nachrichtenagentur, ei-



ner Flughafenbehörde und eines Geheimdienstes beschlossen. Die Freiwilligenmilizen heißen jetzt „Nationale Befreiungsarmee“. Mehrere Kommissionen arbeiten an einer Verfassung.

Es geht jetzt nicht mehr um die Frage, ob Gaddafi stürzt, sondern darum, was nach seinem Sturz passiert. „Ein Machtvakuum am Tag nach Gaddafis Rücktritt ist unsere größte Sorge“, sagt ein europäischer Diplomat. Daher versuchen internationale Experten, den Regimewechsel so gut wie möglich vorzubereiten. Sie arbeiten an Szenarien für die Einnahme von Tripolis. Sie überlegen, wie ein Massaker durch Gaddafis Truppen, aber auch eine humanitäre Katastrophe durch den Ausfall von Wasser und Elektrizität vermieden werden können. Gleichzeitig laufen Gespräche mit Gaddafis Umfeld, denn immer mehr Mitglieder des Übergangsrates sind inzwischen zu Verhand-

lungen bereit. Sogar ein Hausarrest des Diktators im Land ist vorstellbar.

Das Zentrum der Übergangsdiplomatie ist in diesen Wochen das Hotel Tibesti, ein Betonbunker an der Uferstraße, durch dessen Foyer die Portiers jetzt Gepäckwagen mit Nespresso-Maschinen schieben. Zeitweilig hatten sich hier die Vertretungen von neun EU-Mitgliedstaaten einquartiert. Die Europäische Union selbst hat einen Hotelflügel gemietet, bisher allerdings nur einen einzigen Diplomaten entsandt, den Polen Jeremy Nagoda, der hinter einem Rokokotisch sitzt, zwischen geschwungenen Sesseln mit Blumenornamenten, Schalen und Vasen.

Nagoda ist seit mehr als drei Wochen in Bengasi, auf seinem Bürotisch liegen ein Libyen-Bildband, eine Landkarte und das Buch „Arab Media“. Seine Mission beschreibt er so: „Wir versuchen festzustellen, was hier passiert, und dann versuchen wir, eine Situation herzustellen, mit der wir leben können.“ Eine Situati-

dische Ölkonzern in Libyen, fast ein Viertel des in Italien verbrauchten Erdöls kommt von hier.

Da ist Malta, das seine guten Verbindungen zu Gaddafi jetzt auf die Rebellen übertragen will, und da sind Frankreich und Großbritannien, die den Nato-Einsatz anführen. Beide Länder wollen vermeiden, dass ein Irak vor Europas Haustür entsteht. Auch Deutschland ist da, als Untermieter im schwedischen Generalkonsulat. Das neue Verbindungsbüro ist die kleinste diplomatische Einheit, die anzutreffen ist: Repräsentant, Fahrer und Übersetzer. Einfach ist es nicht für Missionschef Dietrich Becker, denn in Bengasi wehen jetzt überall französische Flaggen, aber keine einzige deutsche.

Jordanien, Griechenland, die Türkei und die Afrikanische Union – selbst Russland und China haben eine Vorhut nach Bengasi geschickt, obwohl sie fürchten, dass hier ein Völkerrecht Wurzeln schlagen könnte, das die staatliche Souveränität

Diplomaten und Abenteurer bis tief in die Nacht Tee und rauchen, um sie herum schleichen Geheimdienstler und Leibwächter. Die Zimmer werden abgehört, sagt ein Diplomat. Von wem? „Alle großen Dienste sind hier“, flüstert er. Die Gerüchte hängen so schwer in der Luft wie der Zigarettenqualm. Ein Libyer erzählt, dass man sich jetzt in Tripolis für ein paar tausend Dinar aus dem Gefängnis freikaufen könne. Andere behaupten, Shell habe bereits einen ersten Deal mit dem Übergangsrat gemacht. Ein Diplomat will wissen, dass Katar auch Waffen an fundamentalistische Milizen liefere.

Zu Katar hat auch Mahmud Schammam etwas zu sagen. Er sitzt tief eingesunken auf einem der Sofas, ein 200-Kilogramm, über den ein breitschultriger Bodyguard wacht. Schammam hat Libyen vor 35 Jahren verlassen, Anfang Mai ist er zurückgekehrt. In Doha saß er im Verwaltungsrat von al-Dschasira, in Bengasi ist er jetzt Minister für Medien. „Wir krie-

gen alles von Katar“, sagt er und lacht dröhnend. „Kein anderes Land unterstützt uns so.“ Hunderte Millionen Dollar hat Katar bereits ausgegeben, für Benzin, Hilfsgüter und Waffen; noch einmal 300 Millionen Dollar will Doha auf das Rebellenkonto überweisen, das natürlich auch in Katar eröffnet wurde. Es gibt einen täglichen Direktflug von Doha abwechselnd nach Bengasi und Tobruk.

Warum das kleine Golf-Emirat, eine Monarchie, die Revolution unterstützt? Katar wolle seinen Einfluss in Nordafrika ausbauen, meint Schammam. Andere spekulieren, Katar denke daran, libysches Erdgas nach

Europa zu bringen und Russland Konkurrenz zu machen.

In Bengasi gibt sich Katar jedenfalls Mühe, unsichtbar zu bleiben. Der Empfangschef des Tibesti behauptet, es gebe gar keine Katarer im Hotel. Dabei haben sie die ganze zehnte Etage gemietet, auf dem Gang joggen Muskelmänner. Erkundigt man sich nach ihren Aufgaben, dann sind sie wortkarg: Man habe nur eine humanitäre Mission, sagen sie, man fliege Medikamente ein und Verletzte aus.

Die Souvenirhändler in der Altstadt wissen am besten, welches Land hier derzeit am beliebtesten ist. Ein Junge verkauft Revolutionsarmbänder, Taschen und Sonnenschirme und daneben handgenähte Flaggen von Frankreich, Großbritannien und den USA. Die laufen gut, sagt er. Und Katar? Er grinst: ausverkauft.

JULIANE VON MITTELSTAEDT,  
VOLKHARD WINDFUHR



*Situation herstellen, mit der wir leben können“*

on, mit der Europa leben kann, das heißt vor allem: ein Ende des Kriegs, eine gewählte Regierung, die ihrem Volk Freiheit gewährt, die Islamisten unter Kontrolle hält und die Afrikaner davon abhält, übers Meer zu fahren. So sagt Nagoda das natürlich nicht, und man soll ihn auch nicht zitieren, so wie all die anderen Diplomaten hier. Offiziell hat der Nato-Einsatz in Libyen den Schutz der Zivilbevölkerung zum Ziel. Die Mission der Diplomaten aber ist der Regimewechsel.

Was genau die Rolle der EU in Bengasi ist, bleibt unklar, vielleicht auch für Nagoda selbst; jedes Mitgliedsland hat seine eigene Position, schließlich geht es in diesem Krieg auch um nationale Interessen.

Da ist der Vertreter Italiens, der als einer der Ersten vor drei Monaten mit einem Schlauchboot anlandete und hofft, Roms Einfluss wieder ausbauen zu können. Italiens Eni ist der größte ausländische

aufweicht und eines Tages gegen sie selbst angewandt werden könnte. Auch die USA haben eine Suite im Tibesti, wobei sich die Weltmacht so unauffällig verhält, dass man sie fast übersehen könnte: Nicht einmal eine Flagge hängt am Eingang.

Im Tibesti treffen sich die Vereinten Nationen von Bengasi, und damit ist das Hotel Ziel auch all jener Kräfte, die noch zu Gaddafi halten. Nagoda, der EU-Mann, klappt seinen Laptop auf und zeigt Fotos von verkohlten Autos vor dem Hotel, das war nach einem Anschlag Anfang Juni. Er fürchtet, es werde wohl nicht mehr lange ruhig bleiben in Bengasi.

Die Rebellen stellen jetzt Bewaffnete vor die Tür, die Hotelauffahrt wurde gesperrt, Betonbarrieren wurden angebracht. In der Lobby dreht ein Roboter zur Bombenentschärfung seine Runden und draußen ein Sprengstoffhund. Drinnen in der Tibesti-Lobby trinken Politiker,





Anstößiges Weiner-Foto, Ehepaar Abedin, Weiner: „Du schenkst meinem Paket nicht die verdiente Beachtung“

USA

## Wiener-Weiner

Ein Kongressabgeordneter verschickte anzügliche Fotos – nach der Affäre um den Franzosen Strauss-Kahn ein weiterer hausgemachter Sexskandal.

Am selbstverschuldeten Ende seiner Karriere glich Anthony David Weiner tatsächlich einem armen Würstchen. Und die Anspielungen auf seinen Namen – im Englischen „Wiener“ ausgesprochen und nicht nur ein Synonym für Würstchen – waren mindestens so zahlreich wie die Rufe nach seinem Rücktritt.

Weiner, 46, langjähriger demokratischer Abgeordneter und hoffnungsvoller Bewerber für den Posten des New Yorker Bürgermeistermeisters, brachte sich mit einer Twitter-Nachricht, vor allem aber mit einer angehängten Bilddatei namens package.jpg, um seine vielversprechende politische Existenz. Was da verpackt war, ein Bild seines in durchscheinendes Feinripp gehüllten Genitals, sollte eigentlich exklusiv an das Twitter-Postfach einer 21-jährigen Verehrerin aus Washington gehen. Doch dann vergriff sich der Abgeordnete auf der Tastatur seines BlackBerry und sendete den Tweet in die Weiten der virtuellen Welt. 45 000 seiner Netzanhänger sahen, was sie nicht sehen sollten: ein Wiener-Wiener-Würstchen-Package, das einige Rückschlüsse auf den Zustand des Demokraten zuließ. Fest steht jedenfalls, dass nach dieser Aktion auch die Öffentlichkeit sehr erregt war.

Nun hat es sich ausgezwitschert für Weiner. „Er muss gehen“, sagte Nancy Pelosi, Sprecherin des Repräsentantenhauses und entzog dem Parteifreund ganz offiziell das Vertrauen. „Wenn ich er wäre,

würde ich zurücktreten“, sagte Präsident Barack Obama. Als sich selbst Bill Clinton, enger Vertrauter Weiners, gegen sein Verbleiben im Kongress aussprach, war die Sache klar.

Am Freitag gab Weiner nach drei Wochen der Peinlichkeiten seinen Sitz im Repräsentantenhaus ab, für die Demokraten ist der Sturz ihres linksliberalen Stars ein herber Verlust und kommt denkbar ungelegen. Wegen „Weinergate“ stagnieren sogar die Spenden für den kommenden Präsidentschaftswahlkampf. Er, der bereits mit 27 Jahren als jüngstes Mitglied in den New Yorker Stadtrat gewählt worden war, hatte sich trotz all denen widersetzt, die ihn zum Rücktritt drängten.

Zuerst leugnete Weiner schmallippig seinen Twitter-Verkehr und klagte, er sei Opfer eines Hackerangriffs geworden. Als dann aber weitere Fotos auftauchten, auf denen er mit unterschiedlich entblößten Körperteilen zu erkennen war, etwa halbnackt im Fitnessraum des Repräsentantenhauses, die Hand forsch im Schritt, trat der Abgeordnete die Flucht nach vorn an. Er habe, gestand Weiner unter Tränen auf einer sehr bizarren Pressekonferenz, über Jahre „ungebührliche virtuelle Beziehungen“ zu mindestens sechs Frauen unterhalten. Er wolle sich deshalb in einer Klinik behandeln lassen, um ein „gesünderer Mensch“ zu werden.

Studentinnen, eine 17-Jährige aus Delaware und ein Pornostar sollen unter den Frauen gewesen sein, mit denen er sich austauschte. Immer wenn ihre Mandantin mit Weiner das Thema wechseln wollte, sagte die Anwältin der früheren Pornodarstellerin Ginger Lee, habe der wieder angefangen, von seinem „Package“ zu erzählen. Dann verlas sie Auszüge aus der Korrespondenz: „Du schenkst meinem Paket nicht die verdiente Beachtung“, war da zu hören. Und: „O.k., mein Paket und ich werden nicht betteln.“

Bis heute versuchen Experten der entgeisterten Nation zu erklären, was da

über einen ihrer Volksvertreter gekommen sein mag. Die konservative Presse war besonders bemüht um Aufklärung, und so saß plötzlich Meagan Broussard, 26, Adressatin von Weiners anzüglichen Aufmerksamkeiten, auf der Couch von ABC und gab Aufschluss über die Psyche des Demokraten.

„Er war scharf darauf zu wissen, ob ich ihn wollte“, plauderte die alleinerziehende Mutter aus und berichtete, wie sie nicht glauben konnte, dass ihr da tatsächlich ein prominenter Politiker Intimitäten im Netz antrug. Ihre Zweifel räumte Weiner mit einem Bild aus: Er fotografierte sich im eigenen Wohnzimmer, vor der Brust einen Zettel mit der Aufschrift „Ich“, hinter ihm ein Hundefoto.

„Halten Sie ihn für einen schlechten Menschen?“, wurde Broussard gefragt. „Nein“, sagte sie in die Kamera, die Kaugummikugel zwischen den Schneidezähnen. Weiner habe eben ein Problem – wie einige andere Männer auch. Über die sexuelle aufgeladene Sphäre Washingtons wird derzeit viel diskutiert, in Weiners Fall befand eine seiner Abgeordnetenkolleginnen prägnant und trocken: „Wie kann man so klug und gleichzeitig so bescheuert sein?“

Der Politiker hatte nicht nur eine glänzende Karriere vor und eine bereits sehr erfolgreiche Laufbahn hinter sich, er ist auch verheiratet mit der schönen Huma Abedin, 35. Seine schwangere Frau ist die persönliche Assistentin von Außenministerin Hillary Clinton, es gibt Aufnahmen in der „Vogue“ von ihr, die sie im bodenlangen Seidenkleid als berückende Scheherazade zeigen. Abedin soll schon von George Clooney umgarnt worden sein, bevor sie sich für Weiner entschied.

Getraut wurde das Paar von Bill Clinton, in einer Zeremonie, die er mit den Worten beschlossen haben soll: „Politiker sind schwierige Ehemänner.“ Es gebe zu viele Gelegenheiten, ihnen zu misstrauen.

JULIA AMALIA HEYER





SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Das Netz wird Kriegsschauplatz“

Der russische PC-Virenjäger und IT-Unternehmer Jewgenij Kasperski über die jüngsten Hacker-Angriffe auf Weltfirmen wie Google und Sony, virtuelle Killerprogramme wie Stuxnet sowie die ganz reale Entführung seines Sohnes



## Jewgenij Kasperski

wurde beim sowjetischen Geheimdienst KGB als Kryptologe ausgebildet. 1989 begann er damit, Computerviren zu erforschen. Später entwickelte er mit Freunden erste Anti-Viren-Softwares. 1997 gründete er mit seiner damaligen Frau Natalja die Firma Kaspersky Lab, die mittlerweile weltweit mehr als 500 Millionen Dollar umsetzt. Der 45-Jährige gilt als einer der reichsten Unternehmer Russlands.

**Software-Entwickler Kasperski in Moskau:** „Die meisten Schadprogramme sprechen Chinesisch“

**SPIEGEL:** Herr Kasperski, wann war ein Virenjäger wie Sie das letzte Mal selbst Opfer eines virtuellen Angriffs?

**Kasperski:** Jüngst wäre mein Computer zweimal fast infiziert worden. Bei einer Konferenz gab mir jemand meine Flashcard mit einem Virus zurück. Aber da half mir unser eigenes Virenprogramm. Beim zweiten Mal war die Web-Seite eines Hotels auf Zypern verseucht. Solche Dinge passieren jedem, egal, wie vorsichtig man ist. Ich brauche Schutz wie jeder andere. Schließlich vertraut auch ein Facharzt für Geschlechtskrankheiten auf Kondome.

**SPIEGEL:** Virologen schwärmen manchmal von der tödlichen Perfektion ihrer Forschungsobjekte. Können Sie selbst von der

Technik eines Computervirus begeistert sein?

**Kasperski:** Je ausgeklügelter ein Virus daherkommt, desto spannender ist es, seinen Algorithmus zu knacken. Schaffe ich es, bin ich zufrieden. Okay, manchmal schwingt bei mir ein gewisser professioneller Respekt mit. Aber mit Begeisterung hat das nichts zu tun. Jeder Virus ist ein Verbrechen. Hacker tun Böses. Ich würde auch nie einen einstellen.

**SPIEGEL:** Sie und Ihr Unternehmen sind Kriegsgewinner einer neuen Ära.

**Kasperski:** Nein, denn dieser Krieg ist nicht zu gewinnen. Er kennt nur Täter und Opfer. Alles, was wir erreichen können, ist, zu verhindern, dass da draußen alles außer Kontrolle gerät. Es gäbe nur

zwei endgültige Lösungen, die beide nicht wünschenswert sind: Computer zu verbieten – oder Menschen.

**SPIEGEL:** Ihr Konzern Kaspersky Lab hat mittlerweile über 2000 Beschäftigte. Dennoch ist das Unternehmen klein, verglichen mit McAfee und Symantec. Können Sie die jemals einholen?

**Kasperski:** Das versuchen wir jedenfalls. Unser wichtigster Wettbewerbsvorteil ist Russland. Moskau bringt die besten Programmierer der Welt hervor. Es hat eine Vielzahl herausragender technischer Universitäten. Und Russen können zwar keine Autos bauen wie ihr Deutschen, schreiben aber großartige Software.

**SPIEGEL:** Sie selbst wurden einst als Kryptologe vom Geheimdienst KGB ausgebil-

det. Stört das bei Ihrer Expansion im Westen?

**Kasperski:** Nein, eher schon, dass wir ein Unternehmen mit russischen Wurzeln sind. Da spüren wir gelegentlich Misstrauen. Dennoch sind wir die Nummer eins in Deutschland geworden, wachsen in den USA schnell und haben selbst in der Nato bereits Kunden.

**SPIEGEL:** Wen?

**Kasperski:** Ein Verteidigungsministerium. Das Land verrate ich nicht.

finden sie heute Viren und komplexeste Trojaner-Programme. Sie waschen Geld über das Internet. Die meisten Schadprogramme sprechen indes Chinesisch. Sie können also aus der Volksrepublik direkt kommen, aber ebenso aus Singapur, Malaysia und übrigens sogar aus Kalifornien, denn auch dort sitzen ja Hacker, die Mandarin sprechen.

**SPIEGEL:** Überraschenderweise scheinen nur wenige Viren aus dem aufstrebenden IT-Land Indien zu kommen.

dafür gibt es keine Lehrer, weil es in sieben Jahrzehnten Kommunismus nie ums Geschäftemachen gehen durfte. Die meisten heutigen Firmenchefs sind um die fünfzig, also zur Sowjetzeit geboren. Die haben häufig noch eine Art Eisernen Vorhang im Kopf. Zum Urlauben fahren sie gern ins Ausland, aber beim Geschäftemachen beschränken sie sich oft auf die Länder der ehemaligen Sowjetunion, weil man dort ihre Sprache spricht – und sie auch kulturell versteht. Ich hoffe auf eine neue Generation, die keine Angst vor anderen Kulturen mehr hat – und Englisch spricht.

**SPIEGEL:** Das russische Suchportal Yandex hat bei seinem New Yorker Börsengang jüngst 1,3 Milliarden Dollar erzielt, das beste Ergebnis der Branche seit Google ...

**Kasperski:** ... was für alle hier ein unheimlich wichtiges Signal ist: Ein russisches Unternehmen hat gezeigt, dass es durch die Kraft unserer Hirne, nicht durch Rohstoffe erfolgreich ist. Es gibt einen American Dream, nun gibt es auch einen russischen Traum: Geld verdienen ohne Öl und Gas.

**SPIEGEL:** Sie haben sich selbst mal als großen Paranoiker bezeichnet. Was ist die schlimmste anzunehmende Katastrophe, die Computerviren anrichten können?

**Kasperski:** Zu Sowjetzeiten scherzten wir, dass ein Optimist Englisch lerne, weil er auf eine Öffnung des Landes hofft. Ein Pessimist büffle Chinesisch, weil er fürchtet, dass die Chinesen uns erobern. Und der Realist übt derweil den Umgang mit der Kalaschnikow. Heute ist es so: Der Optimist lernt Chinesisch, der Pessimist Arabisch ...

**SPIEGEL:** ... und der Realist?

**Kasperski:** Übt weiter mit der Kalaschnikow. Im Ernst. Auch die Amerikaner sagen schon heute offen, dass sie auf eine große, zerstörerische Internetattacke mit einem klassischen Militärschlag antworten würden. Was aber tun sie, wenn der Cyber-Angriff aus ihrem eigenen Land heraus gegen die USA geführt wird? Alles hängt heute an Computern, die Energieversorgung, Flugzeuge, Eisenbahnen. Ich fürchte, dass das Netz bald zum Kriegsschauplatz wird, zur Plattform professioneller Attacken auf lebenswichtige Infrastruktur.

**SPIEGEL:** Wann ist es so weit?

**Kasperski:** Gestern. Solche Attacken hat es schon gegeben.

**SPIEGEL:** Sie sprechen von dem Supervirus Stuxnet, der dafür programmiert worden sein soll, iranische Atomanlagen zu sabotieren.

**Kasperski:** Der israelische Geheimdienst schickt leider keine Berichte an uns. Im Internet und in den Medien war viel davon die Rede, dass Stuxnet ein gemeinsames Projekt von Israel und Amerika war. Das halte auch ich für das Wahrscheinlichste. Eine hochprofessionelle Arbeit übrigens, die mir wirklich Respekt abnötigt, viele Millionen Dollar kostete und über viele Monate hinweg von einem



US-Cyber-Sicherheitseinrichtung in Colorado, Anonymous-Aktion in Madrid: „Hacker tun Böses“

**SPIEGEL:** Aus welchen Ländern stammen die meisten virtuellen Schädlinge?

**Kasperski:** Das lässt sich so nicht sagen, weil Viren leider keinen Ausweis bei sich tragen. Immerhin können wir meist die Sprache des Urhebers identifizieren – und zwar in dem Moment, in dem der Erfinder mit seinem Virus kommuniziert und ihm einen Befehl gibt.

**SPIEGEL:** Russische Programmierer tun nicht nur Gutes. Wir nehmen an, dass sie auch das Virengeschäft dominieren.

**Kasperski:** Der Menge der programmierten Viren nach liegen wir weltweit auf Platz drei – hinter China und Lateinamerika. Russen sind aber – leider – auch am raffiniertesten und führend bei kriminellen Cyber-Geschäften. Auf Bestellung er-

**Kasperski:** In Indien ist das Niveau der Kriminalität generell niedrig. Das ist wohl eine Sache der Mentalität. Indien und China haben ungefähr die gleiche Einwohnerzahl, die gleiche Computerdichte, einen ähnlichen Lebensstandard und ähnliche religiöse Wurzeln. China aber spuckt Viren aus wie am Fließband.

**SPIEGEL:** Warum kommen aus Russland etliche der gefährlichsten Hacker-Ringe, aber nur wenige Software-Unternehmen von Weltrang wie Ihres?

**Kasperski:** Es gibt schon einige, aber ich sehe ein Grundproblem: Das Niveau der technischen Ausbildung in Russland ist traditionell hoch und wird seit Generationen von Lehrer zu Schüler übertragen. Wie man damit aber ein Business hochzieht,

RICK WILKING / REUTERS (L); RICK WILKING / REUTERS (O)





FRANK FRANKLIN / AP

**Stromausfall in New York im August 2003:** Von einem Computervirus ausgelöst?

Team hochqualifizierter Ingenieure betretet worden sein muss. Das waren keine Amateure, sondern sehr ernstzunehmende Vollprofis. Mit denen sollte man sich wirklich nicht anlegen. Die verstehen keinen Spaß.

**SPIEGEL:** Welchen Schaden kann solch ein Supervirus anrichten?

**Kasperski:** Erinnern Sie sich an den totalen Stromausfall in großen Teilen Nordamerikas im August 2003? Ich bin mir heute ziemlich sicher, dass diese Katastrophe von einem Virus ausgelöst wurde. Und das ist acht Jahre her.

**SPIEGEL:** Sie wollen uns Angst einjagen wie ein Feuerwehrmann, der die Feuergefahren schon deshalb besonders dramatisch schildert, weil er mit der Abwehr nun mal sein Geld verdient.

**Kasperski:** Wenn es mir nur ums Geld ginge, wäre mein Unternehmen längst an der Börse. Ob Sie's glauben oder nicht: Ich will die Welt in erster Linie ein bisschen sauberer machen. Geld ist wichtig, aber es kommt dann von selbst, wenn ich meinen Job gut mache.

**SPIEGEL:** In jüngster Zeit nehmen Hacker immer öfter Unternehmen wie Lockheed Martin, Google oder Sony ins Visier ...

**Kasperski:** ... einfach weil sie inzwischen auch in deren gutgeschützte Sicherheitssysteme eindringen können, um auf geheime Informationen zuzugreifen. Das gefährdet Konzerne, aber auch ganze Nationen. Es geht um private Industriespionage, aber da sind auch Staaten beteiligt.

**SPIEGEL:** Sie meinen, dass hinter vielen Angriffen Regierungen stecken.

**Kasperski:** Das schließe ich nicht aus.

**SPIEGEL:** Google erklärte, dass Spuren der Attacke

auf ihre eigenen Mail-Dienste nach China führen.

**Kasperski:** Mir liegen keine Informationen vor, dass China da wirklich der Urheber ist. Profis arbeiten über Proxy-Server. Die können in China stehen, aber von Amerika aus gelenkt werden. Vielleicht waren das Konkurrenten – und nun zeigt man mit dem Finger auf China. Es gibt nichts, was es in unserem Geschäft nicht gibt.

**SPIEGEL:** Im Jahr 2007 erregte Estland den russischen Zorn, als es ein Kriegerdenkmal aus Sowjetzeiten umsetzte. Steckte hinter der anschließenden Cyber-Attacke auf das kleine Land der Kreml?

**Kasperski:** Nicht die Regierung, aber emporierte russische Spammer, die spezielle Computernetzwerke, sogenannte Botnets, dann gegen Estland richteten. Es wurde der Prototyp eines kriegerischen Online-Angriffs auf einen Staat. Die Angreifer haben nicht nur die Regierungsseiten lahmgelegt, sie haben so viel Spam-Mails verschickt, dass schnell der gesamte Internetkanal nach Estland zusammenbrach. Das Land war von der Welt abgeschnitten. Bankensystem, Handel, Transport, alles kam zum Erliegen.

**SPIEGEL:** Können russische Hacker auch Deutschland mattsetzen?

**Kasperski:** (lacht) Das machen wir nicht. Wer soll denn dann unser Gas kaufen?

**SPIEGEL:** Was halten Sie von der Anonymous-Bewegung, in der sich viele Nerds und Hacker zu einer schwer fassbaren Gruppe und immer neuen Guerilla-Aktionen zusammenschließen?

**Kasperski:** Ich denke, Anonymous richtet bislang keinen großen Schaden an. Aber ich unterstütze diese Gruppe auch nicht. Es gibt da Leute mit guten Ab-

sichten, die nur auf Sicherheitslücken hinweisen wollen, und welche mit bösen. Stellen Sie sich vor, Sie lassen in Ihrer Haustür den Schlüssel stecken. Manche würden Sie dann anrufen und warnen, andere würden in der ganzen Stadt verbreiten, dass Ihre Wohnung gerade offen steht. So ist Anonymous. Unberechenbar.

**SPIEGEL:** Auch Terroristen wie al-Qaida könnten künftig Cyber-Kriege führen.

**Kasperski:** Terroristen nutzen das Internet vor allem für Kommunikation, Propaganda und zur Rekrutierung neuer Mitglieder und Finanzquellen. Hochqualifizierte Cyber-Kriminelle haben bisher genug Hirn, um sich nicht mit Terroristen einzulassen. In Zukunft allerdings müssen wir mit Cyber-Attacken auf Fabriken, Flugzeuge und Kraftwerke rechnen. Denken Sie an den vierten Teil von „Stirb langsam“...

**SPIEGEL:** ... wo sich Bruce Willis gegen eine jugendliche Hacker-Armee durchboxen musste.

**Kasperski:** Die eine Hälfte des Films ist Hollywood-Dichtung, die andere durchaus realistisch. Das macht mir schon Sorgen.

**SPIEGEL:** Kürzlich wurde Ihr 20-jähriger Sohn Iwan entführt. Nach einigen Tagen konnte er unbeschadet aus der Gewalt einer Bande befreit werden. Wie gefährlich ist es, in Russland reich zu sein?

**Kasperski:** Gefährlicher als in München, aber weniger gefährlich als in Kolumbien, wo ich im Urlaub meist in einem gepanzerten Wagen unterwegs war. Kinder erfolgreicher Unternehmer werden auch in anderen Ländern entführt. Gott sei Dank konnten russische Behörden und mein Sicherheitsdienst Iwan befreien. Mein Sohn war selbst mitschuldig an seiner Entführung. Er hatte seine Wohnungsadresse über Facebook hinausposaunt. Dabei habe ich ihn jahrelang gewarnt, im Internet keine persönlichen Informationen preiszugeben. Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter erleichtern Verbrechen die Arbeit.

**SPIEGEL:** Ihr Sohn studiert Mathematik und arbeitet als Programmierer. Soll er einmal Ihre Firma übernehmen?

**Kasperski:** Wenn er gut ist, vielleicht.

**SPIEGEL:** Im Silicon Valley wimmelt es von russischen Forschern. Wollten Sie selbst nie nach Amerika auswandern?

**Kasperski:** Einmal, das war 1992. Ich kam gerade von meiner ersten Reise in den Westen nach Moskau zurück, aus Hannover. Über meine Heimat konnte ich damals nur noch entsetzt den Kopf schütteln. Das Wohlstandsgefälle war gewaltig. Inzwischen ist es deutlich geringer geworden, und durch meine vielen Reisen weiß ich, dass es überall Vor- und Nachteile gibt, gesellschaftliche, ökonomische, politische.

**SPIEGEL:** Herr Kasperski, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



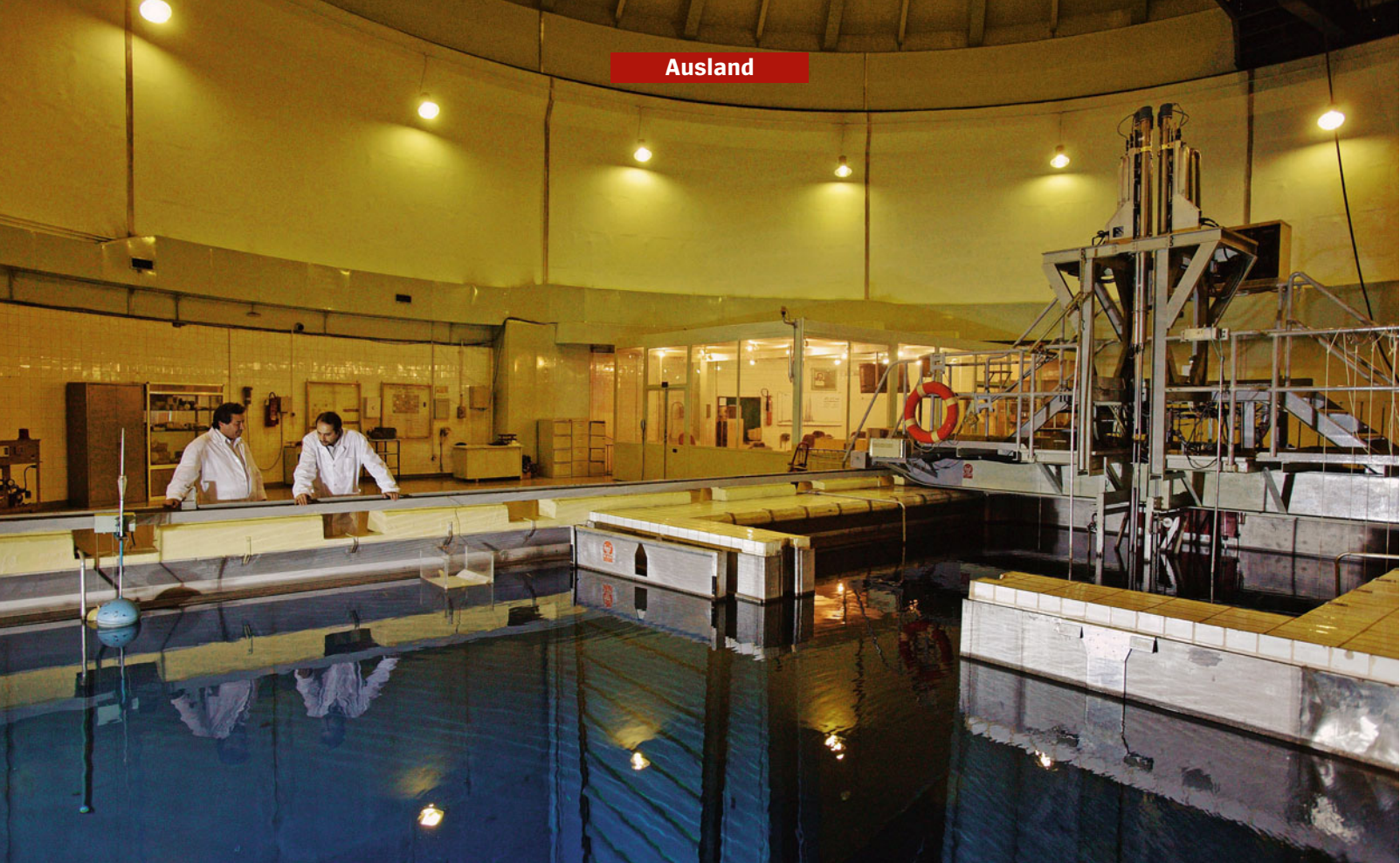
YEVGENY KONDAKOV / DER SPIEGEL

**Kasperski, SPIEGEL-Redakteure\***  
„Viren tragen keinen Ausweis“

\* Matthias Schepp und Thomas Tuma in Moskau.







Atomforschungsreaktor in Teheran: „Ein militärischer Schlag gegen unsere Anlage würde ganz Nord-Teheran radioaktiv verseuchen“

IRAN

# Die Bedrohung von nebenan

Ein Uno-Bericht verstärkt den Verdacht, dass Irans Nuklearprogramm militärischen Zwecken dient – und von eingeschleusten Computerviren angegriffen wird. Verhindert das einen Krieg? Ein Besuch in Teherans umstrittenem Atomlabor. *Von Dieter Bednarz und Erich Follath*

So einen wie ihn hätte jeder gern als Nachbarn, Arbeitskollegen oder Fremdenführer: Amir Resa Dschalilian, 39, gibt sich jovial, er scherzt viel und zwirbelt häufig seinen gepflegten Bart. Er hat Familie, liebt gutes Essen und kann Süßigkeiten wohl schlecht widerstehen, was sich an seinen Hüften niederzuschlagen beginnt. Der Mann mit der samtenen Stimme sei immer hilfsbereit und könne keiner Fliege etwas zuleide tun, sagen alle in seinem Umfeld. Ganz und gar kein Dr. Seltsam, der Gefallen am Weltuntergang durch Nuklearwaffen finden oder ihn gar selbst herbeibomben könnte.

Etwas Beunruhigendes allerdings verbindet den real existierenden iranischen Wissenschaftler mit der fiktiven Schreckensgestalt, die Peter Sellers 1964 in dem Film „Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben“ verkörpert hat und die seitdem als Typus des durchgedrehten Menschheitszerstörers gilt. Dschalilian ist

einer der führenden Experten für die medizinische Nutzung von Isotopen. Er arbeitet mit den chemischen Grundstoffen, die als Brennmateriale für Kernkraftwerke angereichert werden, aber auch als Stoff für Atomwaffen dienen können.

So einen wie ihn hätte man gern als Nachbarn, Arbeitskollegen oder Fremdenführer – unter der Voraussetzung, dass er kein Doppelleben führt. Dass die Freundlichkeit keine Fassade ist, nichts vorgetäuscht, nichts vorgespielt werden soll. Dr. Dschalilian hat sich erboten, den SPIEGEL durch das Innerste des iranischen Atomprogramms zu geleiten, durch einen der wohl bestgeschützten und vor neugierigen Blicken am sorgfältigsten abgeschirmten Arbeitsplätze Teherans.

Dschalilian arbeitet im Norden der Stadt, zwischen zwei Schnellstraßen, dort, wo man schon die Berge sieht und durchatmen kann, weil der Smog des Talkessels überwunden ist. In dem dichtbesiedelten

Viertel der 13-Millionen-Metropole wechseln sich Apartmentblocks mit Supermärkten, Restaurants und Kindergärten ab. Das hügelige Atomareal in der Größe von vier Fußballstadien dürfte fast ebenso groß sein wie der Lale-Park, der wie das Regierungsviertel nur wenige Autominuten entfernt liegt.

Kein Wegweiser verrät, dass hier die Iranische Atomenergieorganisation ihre Heimat hat, zumindest formal das Herzstück aller nuklearen Aktivitäten in diesem Land. Die Anlage ist mit hohen Mauern und Stacheldraht abgegrenzt, elektronische Kameras tasten jeden Winkel ab. Dem Regime besonders treuergebene bewaffnete Revolutionswächter schützen das Gelände. Wer hineinwill, muss mehrere Sicherheitskontrollen passieren; auch solche mit Geigerzählern.

Es ist eine kleine Welt für sich: mit eigener Moschee, Kantinen, Verwaltungsgebäuden. Und, wenn man Oppositions-



quellen denn glauben darf, auch mit hochgefährlichen Labors. In einem unscheinbaren Kuppelbau aus grauem Beton steht eine der umstrittensten Atomforschungsanlagen der Welt: der Teheraner Forschungsreaktor, Herrn Dschalilians Reich.

Uno-Experten und Geheimdienste vermuten, iranische Fachleute wie er könnten im Auftrag der politischen Führung des Gottesstaats an der ultimativen Waffe basteln. Mehrere seiner Kollegen sind in der Vergangenheit Opfer von Attentaten geworden. Erst tötete im Januar 2010 eine ferngezündete Bombe den Kernphysiker Massud Ali Mohammadi. Wenige Monate später wurden die Atomwissenschaftler Madschid Schahriari und Feridun Abbasi Dawani Opfer eines fast zeitgleich durchgeführten Doppelschlags. Mit großer Wahrscheinlichkeit waren israelische Killerkommandos am Werk.

Das ist der sichtbare Krieg; und dann gibt es noch den unsichtbaren, den gegen Maschinen. Den Cyber War, den Angriff der Killerviren, der iranische Nuklearanlagen sabotiert. Beide laufen parallel. Beide verbreiten Angst und Schrecken in Teherans Zirkeln der Macht. Beide werfen ein mögliches iranisches Waffenprogramm derzeit entscheidend zurück, könnten aber auch einen konventionellen Krieg mit Zigtausenden Toten verhindern helfen.

Offiziell galten alle drei Opfer als Professoren. Mohammadi lehrte an der Universität Teheran; Schahriari, Experte für Neutronentransport, unterrichtete an der Schahid-Beheschti-Hochschule. Abbasi, der als Einziger mit viel Glück überlebte, war Experte für Isotopentrennung. Obwohl Dschalilian nicht wie der als Hauptorganisator eines Waffenprogramms verdächtige Professor und Revolutionswächter Mohsen Fachrisade von der Uno für Auslandsreisen gesperrt worden ist, könnte er auch auf einer geheimen Todesliste des Mossad stehen.

Keine Angst vor Attentätern, Herr Dschalilian?

„Aber nein“, sagt er kopfschüttelnd, während er die weißen Kittel und Plastikschuhe verteilt und die Gäste durch eine Schleuse führt. „Warum sollte ich mich gefährdet fühlen? Ich kümmere mich doch um Nuklearmaterialien in der Krebstherapie. Mein Einsatz soll Leben retten, nicht zerstören.“

Dschalilian hat, wie er beim Rundgang im Reaktorgebäude erzählt, in Teheran, in Aachen und in den USA studiert. Fast eine Million Iraner in 135 Bestrahlungszentren landesweit seien auf die hier produzierten „Nuklear-Kits“ angewiesen: Behälter mit Isotopen vom Typ Molybdän 99. Das ist aber nur die eine Nutzenwendung der Materialien. Die andere: Ausgangspunkt für die Kernwaffe.

Das Abklingbecken des Reaktors sieht aus wie ein Swimmingpool für eine Hor-

rorshow. Im tiefdunklen Wasser erscheinen unheimliche blaue Lichtbündel; Tscherenkow-Strahlung nennt sich das Phänomen, das entsteht, wenn elektrisch geladene subatomare Teilchen durch das sie umgebende Nass flitzen. An der Wand lehnen silberne Rohre. Über einer Tabelle mit Messwerten hängt das Porträt des Revolutionsführers Ajatollah Chomeini. Schief und verstaubt, als hätte sich wegen drängender anderer Probleme schon lange keiner mehr die Mühe der Pflege gemacht.

„Sehr selten“ wird nach Dschalilians Worten fachfremden Ausländern der Zugang zum Gelände gewährt. Im Januar habe die politische Führung eine Ausnah-



**Präsident Ahmadinedschad in Teheran**  
„Vertrauensbildende Maßnahme“



**Attentatsort in Teheran 2010**  
Wer tötete Professor Mohammadi?

me gemacht. Präsident Mahmud Ahmadinedschad lud als „vertrauensbildende Maßnahme“ ausgewählte Botschafter, die bei der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) akkreditiert sind, zum Besuch ein. Was als PR-Coup geplant war, führte allerdings zum Eklat: Ausgerechnet die Vertreter Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens, die Irans Nuklearambitionen besonders misstrauisch beäugen, waren nicht erwünscht. Und auch keiner aus den USA.

Dabei hätten die Amerikaner die alten Pläne des Reaktors mitbringen können – sie haben den Fünf-Megawatt-Leichtwasser-Forschungsreaktor bis 1967 gebaut und dem Schah auch noch das waffen-

fähige Uran dazu mitgeliefert. Es war in Washington ein offenes Geheimnis, dass der Schah die Bombe bauen wollte, damals störte das US-Politiker nicht. Die USA sahen in dem Pahlawi-König einen zuverlässigen Verbündeten und konnten sich nicht vorstellen, dass sich daran etwas ändern würde. Nach der Revolution 1979 stoppten die Amerikaner die Lieferung für die Brennstäbe; Argentinien übernahm zwischenzeitlich, stellte aber dann im Zuge der gegen Teheran verhängten Uno-Sanktionen wegen fortgesetzter Täuschungs- und Vertuschungsmanöver jede Zusammenarbeit ein.

„Hier in unserem Reaktor wird alles penibel überwacht“, sagt Dschalilian und zeigt auf Kameras, die jede Bewegung am Becken einfangen; Detektoren täten ein Übriges. Und alle drei Monate reisten IAEA-Inspektoren für zusätzliche Kontrollen an. Iran hat das Zusatzprotokoll, das den nuklearen Wachhunden der Vereinten Nationen unangemeldete Inspektionen ermöglichen würde, allerdings nie ratifiziert. Und zwischenzeitlich mussten die Iraner auch zugeben, Experimente mit Polonium 210 durchgeführt zu haben, dem Starter für eine Kettenreaktion in der Atombombe.

Die Machthaber in Teheran provozieren auch anderweitig die Weltgemeinschaft. Sie haben lange über eine Tauschvereinbarung – die Auslagerung eines Großteils ihres angereicherten Urans gegen Lieferung der Brennstäbe für den Teheraner Reaktor – verhandelt und sind dann doch von dem Deal abgerückt. Entgegen allen Resolutionen des Weltsicherheitsrats reichern sie Uran an. Und nicht nur auf 3,5 Prozent, sondern für die Herstellung der Brennstäbe auf fast 20 Prozent, was einen großen Sprung Richtung Bombenmaterial bedeutet. Gastgeber Dschalilian allerdings beteuert, dass es ihm und seinen Kollegen nur um Nachschub für den Reaktor gehe.

Die Heilkraft des Atoms – keiner kann sie so anrührend darstellen wie Ali Asgar Soltanieh, 60, seit sechs Jahren Irans Chefdiplomat bei der IAEA in Wien und immer auf Ausgleich bedacht. Soltanieh kennt den Forschungsreaktor sehr gut; der promovierte Nuklearwissenschaftler hat im Teheraner Forschungsreaktor seine Karriere begonnen. Doch sein Problem ist: Wie geschmeidig er auch auftritt, er hat nur noch afrikanische und asiatische Länder hinter sich sowie die Alt-Revolutionäre aus Kuba und Venezuela. Die „Fünf Plus“, die mit Soltanieh die entscheidenden Dinge verhandeln – USA, Frankreich, Großbritannien, Russland und China, ergänzt durch Deutschland – reagiert zunehmend gereizt auf dessen Erklärungen.

Und seit der Japaner Yukiya Amano, 63, Ende 2009 den stets vermittelnden Ägypter Mohamed ElBaradei, 68, abge-



löst hat, wird auch der Ton immer schärfer. Im neuesten IAEA-Bericht heißt es unmissverständlich, Iran habe sich geweigert, ausstehende Fragen zu „möglichen militärischen Dimensionen“ seines Atomprogramms zu beantworten. Amano fordert mehr Kooperation von Teheran, das „einer Reihe seiner Verpflichtungen nicht nachkommt“. Während amerikanische Geheimdienste neuerdings wieder eher vorsichtig sind, was Irans Intentionen angeht, und von „mangelnden Beweisen eines Bomben-Programms“ sprechen, gab sich die IAEA in den vergangenen Tagen immer alarmierter: Teheran arbeite an einem Atomsprengkopf, meldeten die Uno-Aufpasser Anfang Juni.

Allerdings stagnieren Irans Arbeiten in wesentlichen Bereichen – Teheran hat weder die Zahl seiner funktionierenden Zentrifugen noch die Menge des angereicherten Urans deutlich steigern können. Der Computervirus Stuxnet und der Cyber-Krieg dürften der Grund für die Rückschläge sein. David Albright, Direktor des hochangesehenen Washingtoner Fachinstituts ISIS, glaubt, dass Angreifer den Schädling in die iranischen Anlagen „gepflanzt“ und so rund 1000 der damals installierten 9000 Zentrifugen zerstört haben. Andere Experten sprechen sogar davon, ein Drittel sei vom tückischen elektronischen Wurm lahmgelegt worden. Hinter der Attacke sollen Israelis und Amerikaner stehen.

Triumphierend meinte sogar der langjährige Mossad-Chef Meir Dagan, Iran habe „erhebliche technische Anfälligkeiten“ gezeigt und werde „wohl erst 2015“ eine Bombe bauen können. Es gilt als offenes Geheimnis, dass die israelischen Geheimdienstler in der Negev-Wüste an realen Zentrifugen, wie sie auch im iranischen Natans und bald in Ghom stehen, die Stuxnet-Wirkung getestet haben.

Said Dschalili, der mächtige Generalsekretär des iranischen Nationalen Sicherheitsrats und Ahmadinedschad-Vertraute, hat gegenüber dem SPIEGEL Mitte Januar zugegeben, dass der Computerwurm die iranischen Atomanlagen infiziert habe, behauptete aber, der Angriff sei „abgewehrt“. Beim Chef der iranischen Zivilverteidigung klang das Mitte April – ausgerechnet im Interview mit einem israelischen Journalisten – dann weniger euphorisch. Er sprach von „potentiell großen Schäden“. Und bezichtigte neben Amerikanern und Israelis auch den deutschen Siemens-Konzern als Mitwisser und sogar tätigen Mitangreifer bei der Cyber-Attacke – was Siemens bestreitet. Ende April meldete sich der Armeekommandeur aus Teheran dann wieder zu Wort. Diesmal verkündete er, ein neuer

Computervirus sei nach Iran eingeschleust worden. „Stars“ sei über offizielle Dokumente in mehrere Netzwerke gepflanzt worden und habe zunächst nur „begrenzte Schäden“ angerichtet.

Ob auch die immer wieder verschobene Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Buschehr mit einer Cyber-Attacke in Verbindung steht, bleibt unklar. Die iranischen Behörden sprechen von schadhaften Pumpen. Die arabischen Anrainerstaaten machen jedenfalls kein Hehl daraus, dass sie das AKW fürchten – weniger wegen einer etwaigen militärischen Nutzung, sondern wegen seiner Lage: Buschehr steht inmitten eines berühmten Erdbebegebiets im Südwesten des Landes. Ein Störfall wie in Fukushima würde weit über die iranischen Grenzen hinaus zur Katastrophe führen.

Natürlich weiß man auch in Nord-Teherans Nuklearkomplex von den Problemen des iranischen Atomprogramms, den Cyber-Angriffen und den Rückschlägen. Kommentieren mag das aber keiner der Wissenschaftler – das Thema ist offensichtlich zu heikel. In ihrer Anlage gehe es um ganz andere, handfestere Dinge: Die iranischen Patienten brauchten den „medizinischen Nachschub“, sagt der immer freundlich lächelnde Herr Dschalilian: Er sei keiner, der die Bombe liebt, die Menschen tötet, sondern ei-

ner, der die Strahlen liebt, die Metastasen zerstören.

Sollte die Welt großzügiger sein und über das Risiko in Irans Forschungsreaktor hinwegsehen, dass vom heilenden Stoff möglicherweise etwas für einen gefährlichen Waffenstoff abgezweigt wird? Müsstens Teherans Machthaber, die dem Volk wegen ihres unnachgiebigen Atomkurses schon vier Runden an Uno-Sanktionen zugemutet haben, nicht wenigstens aus humanitären Gründen einem Deal mit dem angereicherten Uran zustimmen? Ist es denkbar, dass Krebspatienten von allen Seiten zu einer politischen Manövriermasse gemacht werden?

Dschalilian geht darauf nicht ein. Er hat aber von „irrwitzigen“ Plänen der Israelis gehört, womöglich eines Tages die Atomanlagen in Natans, bei Isfahan und außerhalb von Ghom zu bombardieren. Angeblich steht auch der Teheraner Forschungsreaktor ganz vorn auf der Liste möglicher Raketenangriffe. Beim Mittagessen in der Reaktor-Kantine spricht der sonst so Sanfte eine Warnung aus, die seine Gäste in die Welt tragen sollen: „Ein militärischer Schlag gegen unsere Anlage würde den ganzen Norden von Teheran radioaktiv verseuchen – all die Wohnblocks, die Kaufhäuser, die Spielplätze. Es wäre ein Massenmord.“ ♦



ASLON ARFA / DER SPIEGEL

**Wissenschaftler  
Dschalilian**  
„Leben retten“













# Zauber der Primitivität

**Global Village:** Wie die Alt-Hippies von Matala den Griechen neuen Mut geben wollen

**E**infach nur den ganzen Tag rumgehen? In den Höhlen gelegen und gekifft? Über das unendliche Blau der Bucht von Matala das Hier und Heute vergessen?

Nein, da sei mehr gewesen, damals in dieser berühmten Hippie-Kolonie auf Kreta, sagt jemand, der dabei war. Und der sich, wie Hunderte anderer hierher Zurückgekehrter, heute gern daran erinnert: Fritz Will, 74, ein Aussteiger aus dem Westfälischen.

Damals sei auch Politik gemacht worden: Interessiert beäugt von ein paar einheimischen Fischern und Olivenbauern, sei es um den weltweiten Kampf gegen den Vietnam-Krieg gegangen. Genau dafür hätten die Hippies gesorgt, die sich hier in den prähistorischen Felsenhöhlen von Matala eingenistet hatten.

„Wir haben nicht einfach nur so rumgelegen am Strand“, sagt Will, „wir wollten die Welt verändern, Vietnam war ein Teil davon.“ Wehrdienstverweigerer aus aller Welt hatte es bald hergezogen. Selbst ein Star wie Joni Mitchell habe hier gelebt. Ach, die Tage von Matala: „Wir hatten einen Traum“, sagt Alt-Hippie Will.

Nun steht er wieder in der Bucht, mit seinem grauen Haar und dem weißen, zotteligen Rauschebart, wie einer anderen Zeit entsprungen. Um ihn herum feiern an diesen Pfingsttagen Tausende die Wiederauferstehung von Matala. „Today is life, tomorrow never comes“, der alte Hippie-Spruch steht frisch getüncht an der Hafenmauer; jetzt ist jetzt, ein Morgen gibt es nicht – vor dem Hintergrund der Finanzkrise, die ein ganzes Land, womöglich einen ganzen Kontinent an den Abgrund treibt, klingt der Spruch zynisch und passt so gar nicht zur nostalgiegetränkten Sanftmut der alt gewordenen Rückkehrer.

Denn von überall her sind sie gekommen, die Hippies von damals. Noch einmal wollen sie jung sein, zumindest im Kopf, und zwar an ihrem „Ort der Sehnsucht“.

Sie sind dem Ruf des Bremer Autors Arn Strohmeier gefolgt, der ein paar seiner alten Bekannten angemailt und zu einem Matala-Ehemaligentreffen aufgefordert hatte. Den Rest erledigten Facebook und Twitter. „Ein bisschen wie Kirmes“, findet Will das Treiben nun, aber es erfüllt seinen Zweck: „Wir wollen uns ja erinnern.“

Der gelernte Zimmermann war in den sechziger Jahren einer der ersten deutschen Bewohner der abgelegenen Bucht, wo der Sage nach der in einen Stier verwandelte Zeus die schöne Europa an Land trug. Damals entwickelte sich der Flecken auf halbem Weg zwischen San Francisco und Goa gerade zu einer Europazentrale für Sinnsucher und Aussteiger aus aller Welt. Und Will ist einer der letzten Bewohner von damals. Noch heute wohnt der Maler, Autor und Hobby-

etwas wie das Gegenteil des Fortschritts sein. Es war toll.“

Sie suchten nach eigener Identität, neuen Werten und anderen Formen des Zusammenlebens. Sie fanden Gleichgesinnte in den primitiven Felslöchern, sie entdeckten Retsina und Sirtaki und die Gastfreundschaft der Bauern, die sie mit Brot und Bohnensuppe durchfütterten.

Doch viele Klischees von heute über die Zeit von gestern sollen nie gestimmt haben: von wegen freie Liebe, Drogen und Verwahrlosung. „Alles Quatsch“, sagt Shirley. Feste Paare seien in Matala die Regel gewesen, wenn gleich, nun ja, vielleicht nur wochenweise fest.

Sie erzählt von alten Freunden, von dem hohen Richter aus Bonn, dem Philosophen aus Lausanne oder dem Maler aus Kanada, mit dem sie auch mal zusammen war und der inzwischen Galerien in New York betreibt. Alle hätten später was erreicht. „Es war die beste Zeit meines Lebens“, schwärmt Pam.

Und dann kraxeln die beiden alt gewordenen Schwestern gemeinsam mit Freundinnen von damals noch einmal die Felsen hoch zu ihren einstigen Schlafstätten: zur wohl luxuriösesten Höhle mit drei Kammern knapp über dem Meeresspiegel, die sie „Hilton“ genannt hatten, oder zur größten, mit sechs Schlafplätzen eine Etage höher, „Globe City“. Dann stürzen sie sich mit Blume im Haar zurück ins Festgetümmel am Strand.

Maria Petrakagiorgi, Bürgermeisterin von Matala und mit 44 Jahren eine Generation jünger als ihre Besucher, hofft, dass das Hippie-Revival dazu beiträgt, „einen Teil der Depression zu vertreiben“, die sich über das krisengeschüttelte Griechenland gelegt hat. „Lebt jetzt, besser wird's nicht werden“, fordert sie ihre Gäste auf. Petrakagiorgi gehört der Regierungspartei Pasok an, offenbar weiß sie, wovon sie spricht.

Fritz Will hofft darauf, dass die alte Hippie-Tugend der Anspruchslosigkeit noch einmal neu erblüht. „Alle verlangen von den Griechen doch, dass sie wieder eine Stufe runterschalten und ihre Bedürfnisse zurückschrauben“, sagt er, „vielleicht kann ja ganz Europa etwas von uns lernen.“

Er hat einen Traum, immer noch.

MANFRED ERTTEL



**Ex-Hippie Will, Ehefrau:** „Ein bisschen wie Kirmes“

geologe mit seiner Familie ganz in der Nähe.

Erinnern will sich auch Shirley Read-Jahn, 66. Sie ist extra aus San Francisco angereist, ebenso wie Pam, 68, ihre Schwester, die aus Sydney eingeflogen ist. „Ich fühle mich, als wäre ich nach Hause gekommen“, sagt Shirley, die zum ersten Mal nach 44 Jahren wieder in Matala ist.

Damals, 1967, habe sie gemeinsam mit Pam den „Zauber der Primitivität“ gesucht. Von dem habe sie sich gefangen nehmen lassen und sei für ein paar Wochen geblieben. Pam kam dann noch zwei weitere Sommer: „Die Amerikaner flogen gerade zum Mond, wir wollten so







GEOPRESS / YOUR PHOTO TODAY



Djoser-Pyramide, Airbag-Säulen

## ARCHÄOLOGIE

## Pyramide mit Airbags

Elf große Airbags halten neuerdings die Pyramide des Djoser im ägyptischen Sakkara aufrecht. Das Grabmal des Königs der 3. Dynastie (2720 bis 2700 vor Christus) wurde beim Erdbeben im Jahr 1992 so stark beschädigt, dass es dringend repariert werden muss. Durch das Beben hatte sich die 60 Meter hohe Struktur verschoben. Mit den Airbag-Säulen gelang es den Ingenieuren der walisischen Firma Cintec nun, das Bauwerk zu stabilisieren. Die Spezial-Airbags waren ursprünglich konstruiert worden, um Sprengsätze in Afghanistan sicher zu entschärfen. Im nächsten Schritt planen die Ingenieure, spezielle Stahlstäbe durch die Pyramidenwände zu schieben. Die Stahlstäbe werden normalerweise verwendet, um gefährdete Gebäude gegen Druckwellen von Bombenexplosionen zu verstärken. In einem letzten Restaurationsschritt sollen herausgefallene Steine wieder an ihren Platz gesetzt und mit Mörtel, wie er vor 4700 Jahren benutzt wurde, festgemauert werden.

## GESUNDHEIT

## Kraftsport für Alte

Krafttraining kann bei älteren Menschen besonders effektiv dem Muskelschwund entgegenwirken. Das haben Sportmediziner der Universität Potsdam um Frank Mayer in einer Vergleichsstudie herausgefunden. Zudem belegten die Forscher, dass das Training besonders bei Frauen nach den Wechseljahren zusätzlich die Knochen stärkt und insgesamt das Risiko mindert, sich bei Stürzen zu verletzen. Unterm Strich würden die positiven Wirkungen des Trainings die möglichen Verletzungsrisiken klar überwiegen, so Mayer – anders als gemeinhin angenommen. Neueinsteigern empfiehlt der Arzt aber einen medizinischen Check, um etwa beim Gewichtheben mögliche Erkrankungen des Kreislaufs und der Gelenke berücksichtigen zu können.

## TIERE

## Pessimistische Bienen

Sogar Bienen können sich offenbar pessimistisch verhalten, haben Biologen von der Newcastle University entdeckt. Die Forscher brachten den Insekten bei, bestimmte Gerüche mit Süßem oder mit Bitterstoffen zu verbinden. Wurde den Tieren sodann ein unbekannter Duftstoff präsentiert, streckten sie neugierig den Saugrüssel vor. Nun schüttelten die Forscher einige Bienen eine Minute lang heftig durch. Nach diesem einschüchternden Erlebnis änderte sich auffällig das Verhalten der Insekten. Zwar reckten sie weiterhin nach dem erprobten süßen Duft den Rüssel; doch auf einen neuen, unbekannten Geruch reagierten sie weit zurückhaltender. Die Interpretation der Verhaltensforscher: Das traumatische Erlebnis hat die Bienen dahingehend geprägt, dass sie auch künftig nichts Gutes mehr erwarten.



AGE FOTOSTOCK / STOCKFOOD

Biene auf Nahrungssuche





## Nackt unter Walen

Freitaucherin Natalia Avseenko schwimmt mit Weißwalen im russischen Polarmeer. Bei eisen Temperaturen will sie so die besondere Friedfertigkeit der Säuger demonstrieren.



FOTOS: HGM-PRESS

SEUCHEN

## Gen-Rätsel bei Ehec-Patienten

Warum werden nicht alle Menschen krank, die mit den Ehec-Bakterien in Kontakt kommen? Und weshalb bekommt etwa ein Viertel der Kranken das hämolytisch-urämische Syndrom (Hus), bei dem die Nieren versagen und sich die roten Blutkörperchen auflösen – während die anderen Kranken oft nur unter heftigem Durchfall leiden? Die Antwort steckt vermutlich auch in den Genen der Betroffenen. Forscher der Universität Kiel wollen deshalb gemeinsam mit norddeutschen Uni-Kliniken das Erbgut möglichst vieler Ehec-Kranker in Deutschland untersuchen. „Wir analysieren rund eine Million Stellen auf der DNA jedes Erkrankten und vergleichen sie dann mit einer menschlichen Durchschnitts-DNA“, erklärt der Gastroenterologe Stefan Schreiber,

Direktor des Instituts für Klinische Molekularbiologie am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in Kiel. Fast 300 Patienten ist für diese Genotypisierung bereits Blut abgenommen worden. Die örtlichen Gesundheitsämter werden auch die übrigen Kranken bitten, an dem Mammutprojekt teilzunehmen. Für einige Gene interessieren sich die Forscher besonders: „Wir vermuten, dass eine genetische Ver-



CHRISTIAN CHARISIUS / DPA

Petrishale mit Darmbakterien

änderung in der körpereigenen Immunabwehr schwere Verläufe begünstigt“, sagt Jürgen Steinhoff, Bereichsleiter Nephrologie an der Medizinischen Klinik I des Uni-Klinikums Schleswig-Holstein (Campus Lübeck). Es könne durchaus sein, dass viele Menschen mit einem unerkannten Gen-Defekt in ihrer Immunabwehr ein völlig normales Leben führen – bis das Toxin des Ehec-Erregers bei ihnen plötzlich seine verheerende Wirkung entfaltet. Ziel der Gen-Fahndung ist laut Schreiber ein Test, mit dem sich bei einer künftigen Ehec-Epidemie die Risikopatienten identifizieren lassen. Dass wiederum manche Menschen erkranken und andere nicht, könnte mit bestimmten Rezeptoren auf der Oberfläche von Darmzellen zusammenhängen, die den Bakterien als Andockstelle dienen. „Wenn unsere Untersuchung diesen Verdacht bestätigt“, so Schreiber, „wäre es unser Traum, ein Medikament zu entwickeln, mit dem sich die Andockstellen des Erregers im Darm blockieren ließen.“



MEDIZINETHIK

# Aus einer Leiche geboren

Max Siegel ist das Kind einer hirntoten Mutter. Seine Existenz verdankt er der Entschlossenheit von Ärzten, die vor 20 Jahren noch nicht ahnten, dass sie ein ethisches Minenfeld betreten. Wie sehen die Akteure von damals ihr Handeln heute?

**M**ax fragt nie nach seiner Mutter. Er hat sie nicht kennengelernt – als er geboren wurde, war sie seit elf Wochen tot.

Hat er Angst? Angst, mehr zu erfahren über die Frau, deren Herz so lange noch schlagen musste, damit er in ihr wachsen durfte? Eine „beatmete Gebärmutter“, so hieß es damals in den Zeitungen.

„Max hat kein Problem damit“, sagt Karl-Eugen Siegel, sein Vater.

„Hoffe ich“, fügt er hinzu. Gaby Siegel lächelt von einem Wandfoto im Wohnzimmer herab: blonde halblange Locken, blaugraue Augen, erste Lachfalten. 33 Jahre ist sie da alt, das Lebensjahr, in dem es passierte.

Auf einem anderen Bild umarmt Karl-Eugen Siegel lächelnd, die Augen innig geschlossen, den kleinen Max. Der Vater trägt darauf einen schwarzen Vollbart, die Brille mit dem dicken Rand wirkt streng. Heute ist der Bart grau gesprenkelt; die Brauen sind noch genauso buschig.

War es in Gabys Sinn, als er damals entschied, dass das Baby leben sollte? Was tun, wenn der Patient seinen Willen nicht mehr äußern kann? Ist Max nicht der beste Beweis, dass alles richtig war?

Gaby war eben nicht „tot“, nur weil die Ärzte keine Hirnaktivität mehr nachweisen konnten – so zumindest sieht es Karl-Eugen Siegel. Denn wie sollte ein toter Körper das Wunder einer Schwangerschaft vollenden können?

**D**iese Geschichte hat mein Leben so auf den Kopf gestellt, dass kein Stein auf dem anderen geblieben ist“, sagt Paolo Bavastro. Er ist Internist, 62 Jahre alt, ein hochgewachsener Mann mit dichtem weißem Haar, der das R tief rollt, ein Überbleibsel seiner italienischen Herkunft. Damals, 1991, erlebte er als Arzt die letzten Wochen von Gaby Siegel vor der Geburt. Seitdem beherrscht ein Satz sein Leben:

„Hirntot ist nicht gleich tot.“

Die wichtigsten Stationen seines Werdegangs haben mit diesem Satz zu tun. 1996 trug er ihn als Experte dem Deutschen Bundestag vor. Er fand kein Gehör, ein Jahr später trat das Transplantationsgesetz in Kraft, und damit das Hirntod-Konzept. Seither gilt ein Mensch als tot, wenn alle seine messbaren Hirnfunktio-



Foto von Gaby Siegel 1991: Bewusstlos im Park

nen ausgefallen sind. Bavastro kämpft bis heute gegen diese Definition, schreibt Artikel, hält bundesweit Vorträge, streitet sich auf Podiumsdiskussionen mit Organtransplantateuren.

Im Jahr 2003 wurde er aus der Klinik geworfen, in der er als Chefarzt alt werden wollte. Heute führt Bavastro eine Privat-

praxis an einer vielbefahrenen Straße in Stuttgart, viel zu große Räume, altrosa Linoleumböden, schlichte Kiefernholzmöbel, kahle Wände. „Ich musste schnell etwas finden, mit 54 kann man nicht lange warten.“ Bitterkeit schwingt in seiner Stimme.

Aber jetzt hofft er, dass die Hirntod-Debatte auflebt und er wieder in die Talk-



shows eingeladen wird. Damit er allen zeigen kann, dass er damals recht hatte. Er beruft sich auf amerikanische Wissenschaftler, die erhebliche Zweifel am Hirntod-Konzept angemeldet haben. „Der Fall Gaby Siegel“, sagt Bavastro, „ist immer noch so aktuell wie damals.“

**D**ie unglaubliche Geschichte, wie Max Siegel im Leib einer hirntoten Mutter am Leben bleibt, beginnt am 4. Juli 1991. Gaby Siegel arbeitet als Betriebswirtin bei Porsche in Stuttgart. Erst seit

Gaby will sich beim Hausarzt Blut abnehmen lassen. Um 16 Uhr 45 telefonieren sie ein letztes Mal.

Eine Stunde später bricht sie in einem Park bewusstlos zusammen. Die Ursache ist bis heute ungeklärt. Als ein Spaziergänger sie findet, atmet sie nicht mehr. Er reanimiert sie, Gabys Herz beginnt wieder zu schlagen.

Um 21 Uhr kommt Karl-Eugen Siegel von der Arbeit. An der Tür erwarten ihn zwei Polizisten. Später notiert er über diesen Moment in seinem Tagebuch: „Ich

Kind: „Bitte, tun Sie alles Erdenkliche für beide!“ In den folgenden Tagen scheint es aufwärtszugehen. Gaby beginnt wieder selbst zu atmen, die Ärzte wollen sie sogar von der Beatmungsmaschine entwöhnen. Sie öffnet die Augen, manchmal glaubt Karl-Eugen, sie lächle – doch ihre Augen blicken ins Leere.

Die Ärzte sagen, dass sie wegen der Schwangerschaft wichtige Medikamente nicht geben könnten, und wollen das Kind abtreiben. Karl-Eugen ist empört – Gaby und er sind aktive Mitglieder in der neuapostolischen Kirche. „Schon der Gedanke an Abtreibung – nie hätte Gaby dem zugestimmt“, sagt er. Am Morgen des 14. Juli, zehn Tage nach Gabys Zusammenbruch, reagieren ihre Pupillen nicht mehr auf Licht. Ein Anzeichen für ein Koma des Stadiums vier, die tiefste Form der Bewusstlosigkeit.

Der Sauerstoffmangel hat die Membranen der hochempfindlichen Nervenzellen geschädigt. Gewebswasser strömt ein, Gabys Gehirn saugt sich voll wie ein trockener Schwamm. Aber es kann sich nicht weit ausdehnen, stößt an die starren Schädelknochen. Schließlich tritt der Super-GAU der Intensivmedizin ein: Gabys Hirnstamm wird eingeklemmt und dauerhaft geschädigt. Jetzt sind lebenswichtige Funktionen betroffen.

Drei unendlich erscheinende Tage Hoffen und Bängen, dann schickt ein Neurologe Karl-Eugen vor die Tür und prüft, ob Gabys Hirnstamm noch intakt ist. Mit einem Spatel fährt er in ihren Mund, bestreicht ihren Gaumen und die Luftröhre – sogar Menschen im tiefen Koma reagieren darauf mit dem Würge- und Hustenreflex, Gaby nicht. Er klebt Elektroden auf ihren Kopf und misst die elektrische Aktivität des Gehirns – doch das EEG zeigt nur eine Nulllinie.

Vorgeschrieben wäre jetzt noch, die Beatmungsmaschine abzustellen und zu kontrollieren, ob die Patientin spontan zu atmen beginnt – aber diesen letzten Test, das haben die Ärzte vorher abgesprochen, soll er nicht durchführen, weil der Sauerstoffmangel den Fötus gefährden könnte.

Die Ärzte einigen sich auf Hirntod. Soll die Schwangerschaft jetzt noch fortgeführt werden? „Gaby ist ja jetzt wohl ein menschlicher Brutkasten, sagte ein Arzt zu mir“, erzählt Karl-Eugen Siegel. „Damals war ich entsetzt, heute kann ich seine Sicht verstehen. Aber mir ging es ja damals gar nicht nur um die Schwangerschaft, ich habe wirklich geglaubt, ich kriege meine Gaby zurück.“

Gabys Mutter aber gerät ins Wanken. „Was machst du da mit unserer Tochter?“ Sie drängt ihn, Rat bei der neuapostolischen Kirche zu suchen.

Das Gespräch mit seinem Bezirksapostel hat er bis heute in schlimmer Erinnerung. Nach langem Schweigen empfiehlt



**Sohn Max Siegel:** „Keine Ahnung, wo sie jetzt ist, irgendwo in der Galaxie“

kurzem wissen sie und ihr Mann, der Kaufmann Karl-Eugen, von der Schwangerschaft. Sie ist in der 17. Woche, beide sind voller Freude und Erwartung; nach zehn Jahren Ehe wünschen sie sich unbedingt ein Kind. Sie frühstücken morgens um neun, sprechen über Alltägliches.

stürme in die Wohnung, raffe Gabys Sachen zusammen und schreie um Hilfe zu dem, der allwissend, allmächtig und allgegenwärtig ist.“ Er findet Gaby auf der Intensivstation, intubiert, verkabelt, bewusstlos. Der Arzt sagt, der Sauerstoffmangel habe ihr Gehirn schwer geschädigt. Sofort denkt Karl-Eugen an das



ihm der Geistliche, den Dingen ihren Lauf zu lassen: „Ach, Karl-Eugen, wenn es im siebten oder achten Monat wäre – aber das hier ist ein zweischneidiges Schwert, da kann ich dir nicht weiterhelfen.“

Es ist der Moment, in dem Karl-Eugen Siegel innerlich mit seiner Kirche bricht.

Der Himmel ist einem näher in der Filderklinik bei Stuttgart, Sonnenlicht fällt durch die verglaste Decke in die Empfangshalle, in der ein kleiner Innengarten mit Bäumen und Brunnen angelegt ist. Hier war ein anthroposophischer Architekt am Werk, hier wird anthroposophische Medizin praktiziert. Den Hirntod gibt es nicht in der Lehre Rudolf Steiners.

Vielleicht ist das der Grund, warum Gaby Siegel hier Aufnahme findet, als sie schon seit 22 Tagen hirntot ist. Uni-Kliniken hatten sich zuvor strikt geweigert, sie zu übernehmen.

Der Anästhesist Johannes Meyer, ein stämmiger Mann mit Glatze und durchdringendem Blick, erinnert sich: „Damals hat niemand den klaren Auftrag in Frage gestellt, mit dem Herr Siegel zu uns kam“, so der heute 63-Jährige. „Dass wir damit ein ethisches Pulverfass aufmachen, war uns nicht bewusst.“ Meyer hat in seinem Berufsleben auf der Intensivmedizin oft mit Hirntoten zu tun gehabt. „Aber einen Fall wie Gaby Siegel habe ich noch nie erlebt“, sagt er.

Als der Krankenwagen sie bringt, ist Meyer überrascht: Wie gesund diese Frau aussieht! Die Haut rosig, das Gesicht nicht aufgeschwemmt durch die Wirkung von Medikamenten – nicht der Anblick, den er gewohnt ist von Patienten, die lange auf Intensivstationen therapiert wurden. „Sie sah aus, als schliefe sie nur.“

Normalerweise erfordert es großen intensivmedizinischen Aufwand, die Körperfunktionen hirntoter Menschen auch nur einige Tage lang aufrechtzuerhalten. Denn ihr Körper strebt dem Tod entgegen. Oft stellt das Gehirn seine Hormonproduktion ein und koordiniert lebenswichtige Körperfunktionen nicht mehr: Blutdruck, Wasserhaushalt und Körpertemperatur können gefährlich entgleisen, manche Patienten bekommen Fieber, das auf kein Medikament anspricht, andere scheiden bis zu zehn Liter Urin am Tag aus. „Gaby Siegels Körper aber hat sich über lange Zeit weitgehend selbst reguliert“, sagt Meyer.

Keiner an der Klinik hat je das Gefühl, mit einer Toten umzugehen.



Vater Karl-Eugen Siegel: „Ich konnte nicht loslassen“

Alle behandeln Gaby Siegel, als wäre sie geistig da. Meyer warnt sie, wenn er eine Nadel in die Haut sticht. Der Frauenarzt kündigt ihr an, wenn er das kalte Gel für die Ultraschalluntersuchung aufträgt, erzählt ihr, wenn der Fötus wieder schön an Gewicht zugelegt hat.

Und der Fötus in ihrem Leib wächst und strampelt. Sein Herz schlägt kräftig und rhythmisch, alles scheint so, als handelte es sich um eine ganz normale Schwangerschaft.

Die Krankenschwester Ursula Dieterich-Pedersen hat anfangs große Angst davor, eine Hirntote zu pflegen. Doch bald ändert sie ihre Einstellung. Sie sieht Karl-Eugen Siegel tagaus, tagein von morgens bis abends bei Gaby sitzen. Er legt ihre Lieblings-CD auf, mit irischen Folk-Liedern, er liest ihr aus Märchenbüchern vor, seine Hand liegt dabei auf ihrem Bauch, damit das Kind die Vibrationen seiner Stimme spürt.

„Dieser Mann hat mit all seiner Liebe dafür gekämpft, Frau und Kind nicht zu verlieren“, erzählt Dieterich-Pedersen. „Um das Bett herum war eine schützende Glocke von Vertrautheit und Wärme – unberührt von all der Krankenhaustechnik. Ich habe mich nie wieder gefragt, ob das richtig oder falsch war, was wir taten.“

Unheimlich wird denjenigen, die Zeugen der täglichen Musiktherapie sind. Denn Gaby zeigt Reaktionen: Wenn ihr Puls rast und der Blutdruck gefährliche Spitzen erreicht, legt die Musiktherapeutin Monica ihre Hände auf die Brust ihrer Patientin und summt – der Kreislauf beruhigt sich. Täglich, wiederholbar, erzählt der Anästhesist, der damals die Patientin

während dieser Phasen per Hand mit einem Beutel beatmet.

Erklären kann diese Reaktionen niemand – manche Ärzte und Wissenschaftler meinen später, vielleicht sei Gaby Siegel noch gar nicht hirntot gewesen, schließlich habe niemand den Atemtest durchgeführt.

Die Harmonie in der Filderklinik nimmt ein jähes Ende, als Gaby Siegel innerhalb des Hauses auf die zweite Intensivstation verlegt wird, die der Internist Bavastro leitet. Sie ist damals in der 25. Schwangerschaftswoche und seit 47 Tagen hirntot. Plötzlich will der Körper nicht mehr, nacheinander drohen die inneren Organe zu versagen. Bavastro erinnert sich an einen täglichen Kampf: „Wir wussten nie, ob wir sie durch die nächste Krise bringen würden.“ Den Intensivpfleger Jörg Bitterle schaudert es noch heute, wenn er daran denkt, wie Gaby Siegels Körper daliegt, von Krämpfen geschüttelt, ein Aufbäumen der Natur gegen die moderne Medizin. „Die Frage war für mich nicht, was machbar, sondern was der Patientin zumutbar ist – und was uns als Pflegekräften.“ Gerade die Vorstellung, Gaby Siegel sei nicht tot, belastet jetzt das Klinikpersonal. Vor allem Frauen wollen das Zimmer nicht mehr betreten, zu stark identifizieren sie sich mit ihrer Patientin. Eine Krankenschwester, die selbst schwanger ist, erzählt in der Frühbesprechung, dass ihr nachts in Alpträumen ihre Patientin erschienen sei.

Den Ehemann, der immer da ist und der alle Handgriffe des Personals verfolgt und kritisiert, empfindet Bitterle als kaum erträglich, bald geraten die beiden aneinander. „In den Diskussionen mit ihm habe ich gemerkt, wie sehr er sich an die Hoffnung auf ein Wunder klammerte“, erinnert sich Bitterle. „Dass seine Frau sterben würde, ging völlig an ihm vorbei!“

Karl-Eugen Siegel versteht den Pfleger heute: „Ich konnte nicht loslassen, das war mein Problem. Aber vielleicht ist genau das der Grund dafür, dass auch Gaby nicht losgelassen hat.“

Fast einen Monat dauert diese letzte Phase von Gaby Siegels Sterben – bis zur 28. Schwangerschaftswoche. Während dieser Zeit verliert der Internist Bavastro seinen Glauben an das Konzept des Hirntods: „Ein toter Körper kann unmöglich all diese Steuerungsprozesse in Gang halten, die nötig sind, damit der Fötus am Leben bleibt.“

Das bisherige Hirntod-Konzept besagt, dass der Körper nach dem endgültigen Absterben des Gehirns unweigerlich und rasch in seine Einzelteile zerfällt, weil das zentrale Steuerungsorgan, das Gehirn, fehlt. Diese Vorstellung ist schwer zu vereinbaren mit den mittlerweile 30 Fällen von hirntoten Schwangeren, die zum Teil monatelang am Leben gehalten wurden.

Der Bioethiker der USA erklärte deshalb bereits 2008 das traditionelle Hirn-

tod-Konzept für widerlegt. Trotzdem bekannte sich damals die Mehrheit der beteiligten US-Wissenschaftler dazu, dass es so etwas wie den Hirntod zumindest gibt. Sie versuchten diesen aber nicht mehr streng naturwissenschaftlich, sondern eher philosophisch zu begründen. Demnach fehlen einem Hirntoten drei fundamentale Fähigkeiten des lebenden Menschen: die Empfänglichkeit für Reize aus der Umgebung, die Fähigkeit, auf die Welt einzuwirken, sowie der Drang des Organismus, seine Bedürfnisse zu befriedigen – zum Beispiel Hunger durch Essen zu stillen. Dieses neue Hirntod-Konzept ist jedoch unter Medizinethikern sehr umstritten.

**A**m 26. September 1991, 84 Tage nach Gaby Siegels Zusammenbruch, setzen morgens vorzeitige Wehen ein. Ihr Blutdruck sinkt bedrohlich ab. Die Gebärmutter kann nicht ausreichend durchblutet werden.

Medikamente versagen, mittags entscheiden sich die Ärzte für einen Kaiserschnitt.

Karl-Eugen Siegel streichelt Gaby am Kopf, während der Gynäkologe Ernst Reichelt, der sie durch die Schwangerschaft begleitet hat, das Baby holt. Als der Junge zum ersten Mal die Augen aufreißt und schreit, drückt Karl-Eugen den Kopf der hirntoten Mutter, küsst sie auf die Stirn: „Hast du es gehört, Gaby, das ist unser Kind!“ Die ersten zwei Tage seines Lebens muss das „Kind Siegel“ allein in einem Inkubator verbringen, viele Kilometer entfernt in einer anderen Klinik, in der es eine Frühgeborenenstation gibt. Der Vater hat keine Zeit für das Kind. „Meine Gaby lag im Sterben, was interessierte mich da das Baby, zu dem ich noch wenig Beziehung hatte.“ Am übernächsten Morgen um 5.30 Uhr ist er bei ihr, als sie Herzrhythmusstörungen bekommt.



GIRA MORO / DER SPIEGEL

**Mediziner Meyer:** „Einen solchen Fall noch nie erlebt“

Lange hat er mit sich gerungen, bis er den Ärzten erlaubte, sie nicht mehr zu reanimieren.

**M**ax sitzt jetzt neben ihm auf dem Sofa und schweigt. Schon so oft hat er zugehört, wenn der Vater anderen seine Geschichte erzählte. Täglich spricht der Vater über Koma und Hirntod, er widmet einen Großteil seiner Zeit dem Verband für Hirngeschädigte, den er vor 17 Jahren gegründet hat. „Wir hatten zu wenig Zeit füreinander“, sagt der Vater über seinen Sohn. Im Dezember waren beide auf Gran Canaria, der erste gemeinsame Urlaub seit Jahren.

Max überragt seinen Vater um einen halben Kopf. 20 Jahre alt, dichtes zerzaustes Haar, aschblond, blasser Teint, die flache Brille sitzt zu tief auf der Stupsnase und verkleinert die Augen. Die graublauen Augen huschen zwischen Boden und Wand hin und her. Die buschigen Brauen hat er vom Vater geerbt.

In der Waldorfschule tat sich Max schwer mit dem Schreiben und Rechnen. Fußball spielte er nicht, am meisten lag ihm das Fach Handarbeit – Nähen und Stricken. Er schaffte den Hauptschulabschluss, jetzt lernt er Holzfacharbeiter. Eine Freundin hatte er nie. Freunde aus der Schulzeit sind ihm nicht geblieben, aber mit zwei seiner Kollegen versteht er sich gut. „Wir zocken viel am Computer, weggehen tun wir eigentlich nie.“

Was erzählt Max den anderen, wenn sie nach der Mutter fragen? „Früher habe ich

immer gesagt, ich ...“ – er kichert, seine Augen huschen zum Vater – „... soll ich das jetzt sagen? ... Ich bin aus einer Leiche geboren. Dann haben die anderen gefragt: ‚Wirklich, geht das?‘ Ich habe es erklärt, dann haben sie nie mehr gefragt.“

Wann hat der Vater es ihm zum ersten Mal erzählt? Wieder ein flüchtiger Blick zum Vater: „Haben wir denn schon mal richtig darüber gesprochen?“ Max hat eben noch ausgiebig mit den Händen gestikuliert, jetzt schlingt er die Arme eng um die Brust. Der Vater: „Als du in die Schule kamst. Die anderen Kinder haben gefragt, und du hast mich gebeten, ich soll es den Eltern erklären. Und du hast mich gefragt, ob du schuld am Tod von Mama bist, weißt du nicht mehr?“ Max: „Ehrlich? Weiß ich nicht mehr.“ Der Vater: „Und natürlich bist du nicht schuld!“

Hat Max sich nie gefragt, wie die Mutter war? „Eigentlich nie ...“ – längeres Schweigen – „... na ja, ich weiß, dass sie sportlich und ziemlich groß war. Papa musste extra hohe Absätze bei der Hochzeit tragen ... Und Oma sagt, ich hätte ihre Augen und Haare.“

Und wo ist die Mutter jetzt? „Keine Ahnung ... Irgendwie schon hier, im Herzen halt, oder irgendwo in der Galaxie.“ Was ist denn der Tod für Max, hat er sich je damit beschäftigt? „Eigentlich glaube ich, dass dann alles zu Ende ist!“ Der Vater runzelt die Stirn, schüttelt den Kopf. „Na, das ist jetzt aber eine dürftige Antwort, da musst du, glaube ich, noch mehr drüber nachdenken.“

In der Glaubensfrage müsse Max seinen Weg allein finden, erklärt der Vater

## Letzte Lebenszeichen

Erhaltene Organfunktionen bei künstlich beatmeten Hirntod-Patienten

**Gehirn** Ausfall von Bewusstsein, Sinneswahrnehmung und zentralen Steuerungsfunktionen wie Temperatur- und Blutdruckregulation, keine Hirnströme mehr messbar

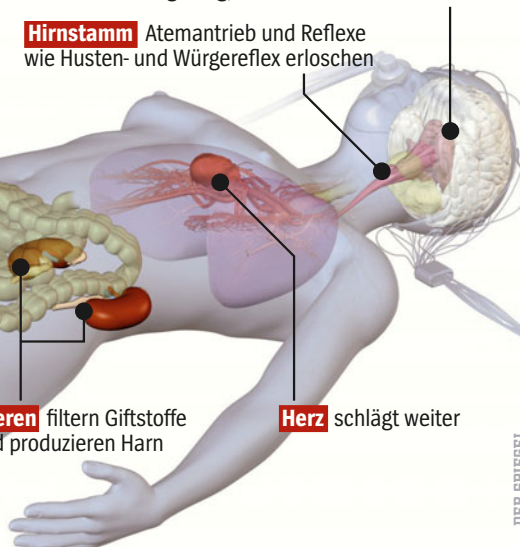
**Hirnstamm** Atemtrieb und Reflexe wie Husten- und Würgereflex erloschen

**Darm** entzieht dem Darminhalt Nährstoffe, Umwandlung von Nahrungsbrei in Stuhl

**Geschlechtsorgane**  
bei der Frau: Schwangerschaft kann aufrechterhalten werden  
beim Mann: Spermaproduktion hält an

**Nieren** filtern Giftstoffe und produzieren Harn

**Herz** schlägt weiter



DER SPIEGEL



später. Ihn schmerzte es, dass er, dessen eigenes Leben so sehr von der Religion geprägt ist, nicht viel weitergeben konnte an seinen Sohn. Aber der Tod von Gaby hat auch seine eigenen Vorstellungen erschüttert. Himmel, Hölle, Jüngstes Gericht – das sind Begriffe, mit denen auch Karl-Eugen Siegel heute nicht mehr viel anfangen kann.

Es ist anders gekommen mit Max, als es sich Karl-Eugen Siegel vielleicht einmal vorgestellt hatte. Mit einer Videokamera hat er im Krankenhaus viel gefilmt, damit der Junge später einmal versteht, dass alles gar nicht so schlimm war, damit er sieht, wie schön seine Mutter war und wie liebevoll die Menschen sie umsorgt haben.

Die Kassetten lagern in einer Kiste, er hat sie ihm noch nie gezeigt.

**E**in Jahr nach Max' Geburt verunglückt die 18-jährige Marion P. bei einem Verkehrsunfall. Diagnose: Hirntod. Sie ist in der 14. Woche schwanger. Die Ärzte der Erlanger Uni-Klinik überreden die Eltern, die Tochter am Leben zu erhalten, bis der Fötus entbunden werden kann.

Fünf Wochen später stirbt das Ungeborene durch eine Infektion der Mutter.

Erstaunt verfolgt der Arzt Bavastro damals in den Zeitungen, wie binnen weniger Wochen eine deutschlandweite Debatte über das „Erlanger Baby“ ausbricht. Feministinnen, Philosophen, aber auch viele Ärzte mischen sich ein.

In den Monaten danach stellte Bavastro die Weichen für sein künftiges Wirken, arbeitete sich tief in die Literatur ein, hielt Vorträge, knüpfte Kontakte zu Medizinethikern. Für die Verfechter der Transplantationsmedizin gelte er bis heute als Intimfeind, sagt der Arzt, denn seine Forderung ist knallhart: „Erst muss ein schlüssiges Konzept her. Solange das nicht auf dem Weg ist, haben wir eben weniger Organe.“

Der Anästhesist Johannes Meyer hat einen anderen Weg beschritten – heute ist er Transplantationsbeauftragter der Filderklinik und trägt selbst einen Organspendeausweis. „Ich halte ‚Hirntod‘ für ein unglückliches Wort, für mich sind Menschen wie Gaby Siegel irreversibel Sterbende. Aber mit dem Ablauf einer Organtransplantation habe ich kein Problem.“ Denn unbestritten ist für alle Wissenschaftler, Kritiker wie Befürworter, dass es für einen hirntoten Menschen keinen Weg zurück ins Leben gibt.

Die Frage, ob das Hirntod-Konzept haltbar sei, hat mittlerweile auch die Bundesärztekammer erreicht. Gerade hat sich ihre Zentrale Ethikkommission mit ihr befasst. Sie kommt zum Schluss, dass es unabdingbar sei, „sich einer öffentlichen Debatte über das Hirntod-Konzept zu stellen“.

BERNHARD ALBRECHT



*Schulze-Makuch, 47, arbeitet derzeit am DLR-Institut für Planetenforschung in Berlin-Adlershof. Zusammen mit dem britischen Physiker Paul Davies hat er das Buch „A One Way Mission to Mars: Colonizing the Red Planet“ herausgegeben.*

**SPIEGEL:** Gemeinsam mit anderen Astroforschern haben Sie vorgeschlagen, Menschen ohne Rückflug zum Mars zu schicken. Wie sind Sie nur auf diese verrückte Idee gekommen?

**Schulze-Makuch:** Unser Vorschlag ist durchaus ernst gemeint. Wir dürfen bei einer Marsmission nicht den Fehler der Mondlandung wiederholen, einfach nur hinzufliegen, ein paar Steine einzusammeln und zurückzufliegen. Wenn Menschen eine so lange Reise zu einer fremden Welt antreten, sollten sie dort auch bleiben. Wir stellen uns Pioniere vor, die damit beginnen, den Wüstenplaneten zu kolonisieren. Zu dem Team sollten ein Ingenieur, ein Farmer und ein Arzt gehören.

**SPIEGEL:** Der Mars ist eine lebensfeindliche Welt – eine One-Way-Mission klingt nach einem Selbstmordkommando.

**Schulze-Makuch:** Keineswegs. Der Mond ist nur ein toter Felsbrocken. Der Mars hingegen bietet genügend Ressourcen, um dort dauerhaft zu überleben – Wasser ebenso wie mineralhaltige Böden, in de-

nen Pflanzen wachsen und gedeihen könnten. Das Gefährlichste an der Mission ist der Flug; von daher wäre es sogar sicherer für die Astronauten, auf die Rückreise zu verzichten.

**SPIEGEL:** Die Atmosphäre auf dem Mars ist viel dünner als die irdische und lässt die kosmische Strahlung fast ungefiltert durch.



Planetenforscher Schulze-Makuch Rentner als Pioniere?

JUSTIN GRIFFITHS-WILLIAMS / DER SPIEGEL



## Vision von der Landung auf dem Mars\* Suche nach fremden Lebensformen

Für den Betrieb von Solarzellen kommt auf dem Mars aber einfach zu wenig Sonnenenergie an – ganz abgesehen von den heftigen Staubstürmen, die häufig über den Wüstenplaneten fegen.

**SPIEGEL:** Als Marskolonisten eignen sich wohl auch nur Vegetarier, die bereit wären, sich ausschließlich von Tomaten und Gurken aus dem Gewächshaus zu ernähren.

**Schulze-Makuch:** Da ist etwas dran. Aber für den wachsenden Aufbau der Station müssten ohnehin regelmäßig unbemannte Fracht-Raumschiffe neue Bauteile hinbringen. Die könnten natürlich zur Abwechslung auch mal gefriergetrocknete Steaks mit an Bord haben.

**SPIEGEL:** Werden sich die Mars-Rentner nicht spätestens nach ein, zwei Jahren furchtbar langweilen in ihrer Lavahöhle?

**Schulze-Makuch:** Im Gegenteil stelle ich mir das als einen ziemlich harten Job vor, in so einer lebensfeindlichen Umgebung eine Oase des Lebens aufzubauen und zu verteidigen. Das wird ein ständiger Überlebenskampf sein, da kommt keine Langeweile auf. Hinzu kommen die Exkursionen. So sollen die Kolonisten nach fremden Lebensformen suchen. Indizien sprechen dafür, dass auf dem Mars außerirdische Mikroben existieren.

**SPIEGEL:** Wäre eine One-Way-Mission denn wirklich so viel günstiger als ein klassischer Raumflug, bei dem die Astronauten auch wieder heimkehren?

**Schulze-Makuch:** Nach ersten Berechnungen ließen sich die Kosten bei einer One-Way-Mission um 80 Prozent reduzieren. Wenn ich den Mars wieder verlassen will, muss ich gewaltige Treibstoffmengen für den Rückflug mitbringen. Dafür wäre eine riesige Transportrakete erforderlich, die erst noch entwickelt werden müsste. Für den Hinflug allein hingegen reichte vielleicht sogar ein ausgemusterter und umgebauter Space Shuttle. Der sicherheitsfixierten Nasa wäre das vermutlich zu riskant. Aber es gibt genug reiche Privatleute, die sich für die Finanzierung einer solchen Mission begeistern könnten.

**SPIEGEL:** Glauben Sie ernsthaft, auch genug Wagemutige zu finden, die sich trauen würden, eine solche Reise ins Unge wusste anzutreten?

**Schulze-Makuch:** Ganz sicher sogar. Kaum hatten wir unsere Idee im „Journal of Cosmology“ und in einem Buch vorgestellt, meldeten sich innerhalb kürzester Zeit über tausend Freiwillige aus der ganzen Welt. Der Jüngste war 13, der Älteste 80. Großes Interesse bekundete übrigens auch ein Luftwaffenoffizier der Bundeswehr. Und bedenken Sie: Soldaten in Afghanistan gehen Tag für Tag ein höheres Risiko ein. Trotzdem finden sich immer neue Freiwillige für die Armee.

**Schulze-Makuch:** Das stimmt, aber auf dem Mars gibt es viele Lavahöhlen, die Schutz vor der Strahlung bieten. Diese einst von Vulkanen geschaffenen Höhlen finden sich fast überall auf dem Planeten, und wegen der geringeren Schwerkraft sind sie auch wesentlich größer als auf der Erde. Darin könnten die Pioniere die meiste Zeit verbringen. Nur während ihrer Exkursionen auf der Marsoberfläche bekämen sie eine gewisse Strahlungsmenge ab; aber die schädigt vor allem die Fortpflanzungsorgane.

**SPIEGEL:** Wie beruhigend. Wer sollte diese gesundheitlichen Schäden wissentlich in Kauf nehmen?

**Schulze-Makuch:** Wir plädieren dafür, ältere Astronauten so um die 60 auf die Reise ohne Wiederkehr zu schicken. Bei Rentnern spielt die Fortpflanzung keine Rolle mehr. Wegen der Strahlung und der schlechteren medizinischen Versorgung hätten sie zwar eine geringere Lebenserwartung als auf der Erde; die Pioniere werden auf dem Mars wahrscheinlich nicht 80, sondern nur 75 Jahre alt. Aber das wären immerhin auch noch 15 aufregende Jahre, in denen sie das Abenteuer ihres Lebens bestehen.

**SPIEGEL:** Und doch ist es ein hoher Preis, die Heimat nie wiederzusehen...

**Schulze-Makuch:** ... dafür gibt es eine historische Parallele. Die Landnahme Amerikas bestand ebenfalls aus lauter One-Way-Missionen. Die Siedler, die Christoph Columbus in die neue Welt folgten, wussten: Für die allermeisten von uns führt kein Weg zurück nach Europa. Und auch die damaligen Pioniere erwartete eine lebensfeindliche Welt, in der es gefährliche Tiere und giftige Pflanzen gab, viele kamen um.

**SPIEGEL:** Wenigstens drohte ihnen in Amerika nicht der Erstickungstod. Die Atmosphäre auf dem Mars enthält keine Luft zum Atmen.

**Schulze-Makuch:** Sauerstoff lässt sich aber ohne weiteres aus dem Wassereis gewinnen, das in rauen Mengen im Marsboden lagert, und zwar schon in wenigen Metern Tiefe. Allein in der Polargegend auf der Nordhalbkugel existiert mehr Wassereis als in ganz Grönland. So könnten die Pioniere ausgedehnte Treibhäuser errichten, abgeschottete Lebensräume, in denen sie ohne Atemmasken herumlaufen. Für die Erschaffung künstlicher Biosphären brauchen sie nur genügend Energie. Die müsste vermutlich von Plutoniumbatterien geliefert werden, was manchen Deutschen sicher missfallen würde.

\* Illustration von Detlev van Ravenswaay.





**Versprühen von Glyphosat in den USA**  
 „Der Druck der Industrie ist enorm“

UMWELT

## Es regnet Gift

Das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat wird seit Jahren weltweit massiv eingesetzt. Doch womöglich schädigt es auch Tiere und Nutzpflanzen.

Viele Rinder und Schweine, die der Veterinär untersucht, haben Magenbluten, Koliken oder verweigern die Nahrung. Kühe bringen tote Föten zur Welt oder wirken schwanger, obwohl sie es nicht sind. „Einige von ihnen sehen so aus, als wären sie seit Monaten trächtig“, sagt der Mann aus dem US-Bundesstaat Iowa, der seit fast 40 Jahren als Tierarzt arbeitet. Seinen Namen möchte er nicht gedruckt sehen. Er fürchtet um seinen Job in der Agrarindustrie.

Sein Verdacht: Ein Unkrautvernichtungsmittel könnte verantwortlich sein. Glyphosat heißt der Stoff. Der Vorwurf ist brisant: Die Chemikalie ist das derzeit meistverkaufte Herbizid und wird weltweit massiv auf die Felder gespritzt.

Schon länger diskutieren Forscher, ob Glyphosat, bekannt geworden durch das vom US-Agrarkonzern Monsanto hergestellte Mittel Roundup, Nutzpflanzenkrankheiten begünstigt. Nun legen Agrarforscher nach: Eine Gruppe um den Briten Michael Antoniou vom King's College London warnt in einem aktuellen Bericht, dass Glyphosat Missbildungen bei Tieren auslöst.

Auch der US-Phytopathologe Don Huber sorgt sich um das Vieh. Der emeritierte Professor will herausgefunden haben, dass ein tückischer Bodenorganismus durch Glyphosat begünstigt wird; dieser könne „Krankheiten bei Pflanzen und Säugetieren“ auslösen. In einem vertraulichen Brief an US-Landwirtschaftsminister Thomas Vilsack schlug der Forscher Alarm: Der Roundup-Einsatz müsse „als Katastrophenfall“ gewertet werden.

Seit 1996 wird Glyphosat in den USA vermehrt eingesetzt, zusammen mit gentechnisch verändertem Saatgut, das die Chemikalie toleriert. Die Kombination galt lange als ökologisch unbedenklich und äußerst wirkungsvoll: Glyphosat hemmt ein wesentliches Enzym des pflanzlichen Stoffwechsels. Gentech-Gewächse wie Monsantos Roundup-Ready-Sorten widerstehen dem Killer. Wer also Glyphosat gegen Unkraut spritzt und gleichzeitig die Gentech-Saat verwendet, darf auf reiche Ernten hoffen.

Entsprechend populär war das Mittel bislang. Rund eine Million Tonnen Glyphosat wurden 2010 weltweit verkauft. Zwei Milliarden Dollar Umsatz hat Monsanto 2010 allein mit Roundup gemacht. Auch Syngenta, Bayer und andere Agrarkonzerne vertreiben Glyphosat-Produkte.

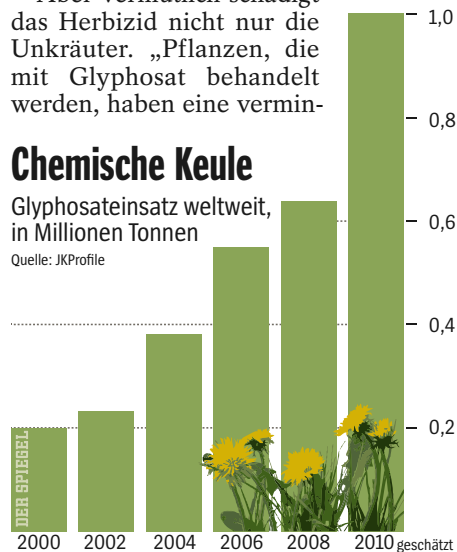
Die Bauern in den USA setzen das Mittel seit Jahren massiv ein. Neun von zehn der dort produzierten Sojabohnen und die meisten Maispflanzen stehen im Glyphosat-Regen. In Deutschland ist die Chemikalie Bestandteil von 69 Pflanzenschutzmitteln. Und der Einsatz könnte bald massiv ansteigen: Die EU-Kommission erwägt, den Anbau Glyphosat-toleranter Gentech-Sorten in der EU zuzulassen.

Aber vermutlich schädigt das Herbizid nicht nur die Unkräuter. „Pflanzen, die mit Glyphosat behandelt werden, haben eine vermin-

### Chemische Keule

Glyphosateinsatz weltweit, in Millionen Tonnen

Quelle: JKProfile



derte Krankheitsresistenz“, warnt Volker Römheld von der Universität Hohenheim. Glyphosat binde wichtige Nährstoffe wie Mangan oder Zink, an denen es den Nutzpflanzen fortan mangle. Krankheiten wie Bleichsucht würden zunehmen – das gelte sogar für die Gentech-Pflanzen, die das Mittel eigentlich schützen soll.

Und der Glyphosat-Einsatz nehme weiter zu. Weil inzwischen einige Unkräuter resistent seien, müssten die Bauern doppelt spritzen, sagt Römheld.

Gerade die Veränderung des Boden-Ökosystems kann böse Folgen haben. Zu den Glyphosat-Nutznießern zählen beispielsweise sogenannte Fusarien, Pilze, die eine Reihe von Giften produzieren. Vomitoxin gehört dazu, das Erbrechen auslöst, oder das äußerst giftige T2. „Mit Glyphosat behandelte Pflanzen werden bis zu fünfmal häufiger mit Fusarien besiedelt als unbehandelte Gewächse“, sagt Robert Streit von der US-Firma Central Iowa Agronomics. Kürzlich konnte der Agrarforscher die Schäden in Iowa vom Flugzeug aus abschätzen. Überall sah er ausgebleichte Pflanzen und karge Felder. Pilzgifte können sogar die Getreidekörner belasten und ins Tierfutter gelangen.

Auch Glyphosat selbst haben Forscher schon in Futtermitteln und sogar in Tierausscheidungen nachgewiesen. Es gibt Hinweise, dass Glyphosat in das Hormonsystem von Ratten eingreift. Im Tierexperiment haben Frosch- und Hühnerembryonen Schäden entwickelt. Bei Kaulquappen, die Glyphosat ausgesetzt wurden, sind Missbildungen des Schädels und des Schwanzes beobachtet worden.

Ist der massenhafte Anbau herbizid-toleranter Sorten also ein folgenschwerer Freilandversuch? Die Industrie bestreitet die Vorwürfe. Monsanto seien „keine zuverlässigen Studien bekannt, die zeigen, dass Roundup-Ready-Sorten anfälliger für Krankheiten seien“, nimmt der Konzern Stellung. Glyphosat führe „selbst bei weit überhöhten Konzentrationen im Versuch weder zu reproduktiven Nebenwirkungen bei Tieren noch zu Geburtschäden bei deren Nachkommen“.

Ob von Glyphosat Gefahr ausgeht, ist also noch strittig. Der Brite Antoniou fordert, das Mittel verschärft zu testen, bevor der Anbau zum Beispiel von Roundup-Ready-Sorten in der EU erlaubt wird. Die EU-Kommission habe kritische Forschung bislang „ignoriert oder nicht ernst genommen“. US-Forscher Huber glaubt, dass die einseitige Bewertung System hat: „Der Druck der Industrie ist enorm.“

„Wir beobachten einen Missbrauch einer einzelnen Chemikalie“, sagt Huber, „statt den Hiobsboten zu erschießen, sollte dringendst unabhängige Forschung angeschoben werden.“

PHILIP BETHGE

# Es regnet Geld

Der neue Gesundheitsminister Daniel Bahr beglückt eine alte Stammwähler-Gruppe der FDP: Mediziner dürfen auf steigende Honorare hoffen.

Die Biografie des neuen Gesundheitsministers hat einen Schönheitsfehler: Daniel Bahr ist kein studierter Mediziner. Er kann auf Chirurgenkongressen und Ärztetagen nicht mit unterhaltsamen Krankenhaus-Anekdoten auftrumpfen wie sein Vorgänger Philipp Rösler. Keine lustigen Geschichten über Chefarztvisiten, keine farbigen Schilderungen aus dem Medizinstudium. Damit kam Rösler immer hervorragend an.

Der neue FDP-Mann an der Spitze des Ministeriums hat eine Banklehre gemacht und später Wirtschaft studiert. Deshalb gilt er nicht per se als Ärzteverstehender. Und so müht sich der junge Minister nun auf anderem Wege, den Doktoren jene „Dialogbereitschaft“ nachzuweisen, die

er ihnen auf dem jüngsten Ärztetag versprochen hat: Er will für steigende Honorare sorgen.

Für die Freigiebigkeit gibt es gute Gründe; viele Ärzte sind FDP-Stammwähler. Als Gesundheitsminister will Bahr sie überzeugen, dass es sich noch lohnt, seiner Partei die Stimme zu geben. Einer Umfrage des Ärzte-Onlineforums Hippokratet zufolge sollen von 1500 Befragten mehr als 80 Prozent angegeben haben, dass sie bei der letzten Bundestagswahl für die FDP gestimmt hätten.

Als Dankeschön hat die Koalition die niedergelassenen Ärzte bereits im vergangenen Jahr mit Honorarsteigerungen von mehr als einer Milliarde Euro für 2011 bedacht. Nun dürfen sich auch die Zahnärzte über eine wohlwollende Novelle der Gebührenordnung freuen. Diese gilt als Berechnungsgrundlage für Privatpatienten und für gesetzlich Versicherte, die mehr als eine Standardbehandlung möchten. Den Gesetzentwurf hat seinerzeit Rösler ausgearbeitet, mit Bahr als Staatssekretär an seiner Seite.

In der vergangenen Woche nun schlugen die privaten Krankenversicherungen Alarm: Die Behandlung auf dem Zahnarztstuhl wird neuen Schätzungen zufolge „spürbar teuer“. Realistisch sei ein Anstieg um mindestens 14 Prozent. Am Ende könnte das Honorar für die Zahnärzte sogar um fast 20 Prozent steigen.

Anstalten, die Bestimmungen nachzubessern, macht Bahr bisher nicht. Auch die Forderung der privaten Krankenversicherung, endlich direkt mit den Zahnärzten über die Gebühren verhandeln zu dürfen, lehnt das Ministerium ab. Die Mediziner wollen ihr Honorar weiterhin direkt bei den Patienten eintreiben, weil sie sicher sind, auf diesem Weg mehr herausholen zu können.

Auch die Humanmediziner hoffen auf weitere Zuwächse, bei ihnen steht nach Jahrzehnten ebenfalls eine Reform der Gebührenordnung an. Der neue Vorsitzende der Bundesärztekammer Frank Ulrich Montgomery formulierte noch vor seiner Wahl Ende Mai einen umfassenden Forderungskatalog. „Wer wirklich etwas ändern will, kommt an einer besseren finanziellen Ausstattung der Medizin nicht vorbei“, sagte er. Andernfalls seien Ärzteproteste nicht auszuschließen. Im schlimmsten Fall verließen die Mediziner eben das Land.

Dabei wären die Drohungen nicht nötig gewesen. Bahr hat längst Entgegenkommen signalisiert. „Wir müssen rauskommen aus der kurzfristigen Kostendämpfungsspirale“, sagte Bahr beim Ärztetag in Kiel und versprach, den Medizinerangel auf dem Land nicht mit Zwang, sondern mit mehr Geld zu bekämpfen.

Das sind andere Töne, als sie etwa die ehemalige SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt in den vergangenen Jahren anschlug. Die gelernte Grundschulpädagogin war bekannt für Sprüche wie „Ich kann nicht alle Ärzte zu Millionären machen“. Regelmäßig ertete sie Buhrufe und Pfiffe auf den Ärzteveranstaltungen. Am Ende wurde sie nur noch selten eingeladen.

Bahr hingegen brandete beim Ärztetag der Applaus entgegen. Ein „rundherum erfreulicher Klimawandel“, jubelte daraufhin das „Deutsche Ärzteblatt“. „In vielen Grundsatzfragen und in der Problemanalyse ist der Minister nah bei der Ärzteschaft.“

Besorgt über diesen Schulterschluss ist nicht nur die private Krankenversicherung, sondern auch der Koalitionspartner. „Ich habe das Gefühl, dass das Geld derzeit nach dem Gießkannenprinzip verteilt wird“, sagt CDU-Gesundheitsexperte Willi Zylajew. „Das können wir uns nicht erlauben.“

So sehen das auch die gesetzlichen Krankenkassen. In Bahrs Entwurf für ein Ärztegesetz haben sie einen Passus entdeckt, der ihrer Ansicht nach den Mediziner im Wahljahr 2013 Mehreinnahmen von fast drei Milliarden Euro beschert hätte. Über eine „Gelddruckmaschine“ beschwerten sich die Funktionäre.

Zwar haben Bahrs Beamte die Passage mittlerweile umgeschrieben, doch das Ergebnis ist laut Krankenkassen ähnlich wie zuvor: Die Ärzte bekommen am Ende deutlich mehr Geld.

KATRIN ELGER



FDP-Mann Bahr: Nah bei der Ärzteschaft

FABIAN BIMMER / REUTERS



## LITERATUR

## Bilder ohne Scheu

Er sei glücklich, „dass nun dieses Buch erscheint“, sagt er in einem Gespräch am Ende dieser skizzenhaften Memoiren, die jetzt unter dem Titel „Da steht mein Haus“ herausgekommen sind. „Eine Neuerscheinung, mit hunderteins, das gibt es nicht so oft, oder?“ Kurz darauf, Ende Mai dieses Jahres, starb der jüdische Schriftsteller und Psychoanalytiker Hans Keilson in den Niederlanden. Seine Erinnerungen hatte er zunächst ohne die Absicht begonnen, daraus ein Buch zu machen. Zwischendurch, neben der therapeutischen Arbeit, die ihm stets wichtiger war als die Schriftstellerei, entstanden die Notizen, „eher Andeutungen, Anspielungen“, wie er schreibt, ein „Wiederaufrufen von Bildern“. Wichtig sei ihm, „sich ohne Scheu ganz seinen Einfällen“ zu überlassen. Beglückende Szenen finden sich in diesem Buch, doch die düsteren, alles überschattenden Erfahrungen dominieren.



**HANS KEILSON**  
**Da steht mein Haus**

Verlag S. Fischer,  
Frankfurt am Main;  
144 Seiten; 16,95  
Euro.

„Mein Leben und meine Erinnerungen sind verätzt von den Schwaden der Zerstörung“, heißt es. Keilson, der in Bad Freienwalde (Brandenburg) zur Welt kam und in Berlin studierte, hatte noch 1933 im Verlag S. Fischer sein bald schon von den Nazis verbotenes Romandebüt unter dem optimistischen Titel „Das Leben geht weiter“ publizieren können, bevor er in die Niederlande floh, wo er die Verfolgung im Untergrund überlebte. Seine Eltern hingegen, die er nachholte, konnte er nicht retten: „Ihr Leben wurde gemeinsam in Birkenau beendet.“ Er hat es sich ein Leben lang vorgeworfen. Nach dem Krieg hielt Keilson seinem deutschen Verlag die Treue, der es ihm 2005 mit einer zweibändigen Werkausgabe dankte. Doch erst als im vergangenen Jahr in den USA wahre Hymnen auf das literarische „Genie“ („New York Times“) erschienen und man seine Romane (wie „Der Tod des Widersachers“, 1959) zu Meisterwerken erklärte, wurde der bis zuletzt in den Niederlanden lebende Autor auch hierzulande wieder entsprechend gewürdigt. Sein schmaler Memoirenband kommt da gerade recht, um sich dem immer noch zu unbekannten Schriftsteller zu nähern.



## AUSSTELLUNGEN

## Avantgarde mit Knarre

Die Kunst ist für ihn nur eine von vielen Möglichkeiten, keine Lange- weile aufkommen zu lassen. Dieter Meier, 66, gebürtig aus Zürich, sieht aus und gibt sich wie ein Dandy, ist aber keiner, weil er den Müßiggang wohl nicht ertragen könnte. So führte und führt er mehrere aufreibende Leben. Er, der Bankierssohn, spielte ernsthaft Golf (in der Schweizer

Nationalmannschaft) und viele Jahre lang Poker (an den Spieltischen dieser Welt), studierte ein wenig Jura, gründete die Elektropop-Band Yello, entwarf und produzierte Uhren, züchtet seit Jahren Rinder in Argentinien und baut erfolgreich Wein an. Er lässt sogar Geldscheine drucken, denn er hält eine Beteiligung an der Zürcher Notenbank-Druckerei

## VERLAGE

## Das Leben der Anderen

Als der Aufbau-Verlag in der vergangenen Woche sein neues Domizil in der Berliner Prinzenstraße einweihte, fehlte ein Schmuckstück: die 1985 von Hans Magnus Enzensberger begründete und viele Jahre betreute Andere Bibliothek. Die unorthodoxe Buchreihe mit ihrem gediegen-individuellen Erscheinungsbild sollte eigentlich eine Mitgift des Eichborn-Verlags sein, zu dem sie seit 1989 gehört. Der finanziell angeschlagene Eichborn Verlag und Aufbau wollten sich zusammentun. Doch seit Donnerstag vergangener Woche führt bei Eichborn in Frankfurt am Main ein Insolvenz-



Enzensberger

verwalter die Geschäfte, und aus dem Umzug des Verlags und seiner erlesenen Buchreihe nach Berlin ist nichts geworden. Vor wenigen Wochen noch hat Christian Döring, der jetzige Herausgeber der Anderen Bibliothek, hoffnungsvoll das Herbstprogramm auf einer Vertretersitzung bei Aufbau in Berlin vorgestellt. Ob und wann die neuen Bände erscheinen werden, ist vorerst ungewiss. Die Andere Bibliothek, die inzwischen rund 320 Bände umfasst, ist ein Solitär auf dem Buch-

markt geblieben, auch wenn sie nach Enzensbergers Rückzug 2005 an Nimbus eingebüßt hat. Kommentieren möchte der Gründungsvater das ungewisse Schicksal der Buchreihe nicht. „Das ist so lange her“, sagt Hans Magnus Enzensberger. „Für mich ist das weit weg.“ Er könne und wolle sich nicht mehr einmischen.

GURIN LEPPERT / VISUM

Meier in dem Film  
„Touch Yello“, 2009



DRASOUND

Orell Füssli. Und er ist eben auch noch Künstler. Schon vor Jahrzehnten bereicherte er die Experimentalfilmerei und Aktionskunst mit seinen originellen Beiträgen. Anfang der siebziger Jahre nahm er an der Schau „The Swiss Avantgarde“ in New York teil, hielt bei der Vernissage eine Pistole in der Hand und nannte das Ganze „This man will not shoot“. Die Sammlung Falckenberg in Hamburg-Harburg ehrt ihn von Freitag an mit einer großen Ausstellung als Ausnahmeper-son, die „der Sinnlosigkeit Raum gibt“ (bis 11. September).

## KUNSTHANDEL

### Buffet, der Markt und sein Preis

Nicht alle Bilder, die einmal Höchstpreise erzielt haben, können das Preisniveau über Jahre halten. Einer der gravierendsten Fälle: die Kunstwerke des Franzosen Bernard Buffet (1928 bis 1999). Lange galt er als der exemplarische Maler des Existentialismus, seine realistischen Werke mit den typischen schwarzen Strichen und Schraffuren wurden zeitweise mit denen Picassos gleichgesetzt und erzielten in den sechziger Jahren Spitzenpreise. Der SPIEGEL widmete ihm schon



VG BILDKUNST, BONN 2011

1956 eine Titelgeschichte. Die Buffet-Kunst – besonders seine melancholischen Clowns – war so populär, dass sie in Massenauf- lage reproduziert und weltweit in Kaufhäusern verramscht wurde. Das besiegelte den künstlerischen Niedergang des fleißigen Malers. Buffet machte Millionen und legte sein Vermögen offenbar geschickt an. Gut

20 Jahre lang lebte er in einem stattlichen Anwesen in der Provence. Das Haus hat 25 Zimmer, zwei Gästehäuser, einen Pool und liegt auf 40 Hektar Grund, 70 Kilometer von Saint-Tropez entfernt. Nun steht es zum Verkauf. Der Makler verlangt 13,25 Millionen Euro für das Objekt. Als dekorative Dreingabe könnte ein Käufer mit robustem Kunstverstand ein Gemälde erwerben, das Buffet 1997 von seinem Besitz gemalt hat. Das Bild wird für vergleichsweise lumpige 200 000 Dollar von einem New Yorker Händler angeboten. In den sechziger Jahren wären ein Buffet-Gemälde und das Château ungefähr gleich viel wert gewesen.

Buffet-Bild seines Anwesens

## FERNSEHEN

### Hinter dem Mond

Außerirdische Monster haben die Welt erobert, rebellische Erdlinge schließen sich zu einer Guerilla-Armee zusammen, um die Invasoren zu bekämpfen – der Plot der neuen amerikanischen Fernsehserie „Falling Skies“ dürfte nur solche Science-Fiction-Fans überraschen, die lange hinter dem Mond gelebt haben. Auch dass hier bereits Kinder mit Maschinengewehren hantieren und soldatische Tugenden gefeiert werden, gehört in der US-Unterhaltung zur guten Tradition. Außergewöhnlich wirkt dagegen der Aufwand, mit dem die Serie vermarktet wird: Sie startet nahezu zeitgleich in mehr als 75 Ländern. In

Deutschland zeigt der Pay-TV-Kanal TNT Serie die erste von zehn Episoden am Freitag dieser Woche, nur fünf Tage nach der Erstausstrahlung in den USA. Der Hauptdarsteller Noah Wyle („Emergency Room“) kommt zu einer Premierenfeier nach München, ein Spektakel wie bei einer großen Kinoproduktion. „Falling Skies“ stammt aus der Werkstatt von DreamWorks Television, der Fernseh- abteilung von Steven Spielbergs Studio. Erfinder der Serie ist Robert Rodat, Drehbuchautor von Spielbergs Weltkriegs- drama „Der Soldat James Ryan“. Rodat hat einen Kniff gefunden, Science-Fiction und Historiendrama zu verbinden: Der Held von „Falling Skies“ war, bevor er Außerirdische bekriegen durfte, Geschichtsprofessor in Boston, spezialisiert auf Militärtaktik.

## KINO IN KÜRZE

„Schlafkrankheit“ erzählt von einem deutschen Arzt (Pierre Bokma) in Kamerun, der es nicht schafft, Afrika wieder zu verlassen, als wäre er von diesem Kontinent auf seltsame Art infiziert. Dem Berliner Regisseur Ulrich Köhler („Bungalow“) gelingt es mit seinem Sinn für Aberwitz, der Ratlosigkeit seines Helden amüsante Seiten abzugewinnen. Der Dschungel aus Chaos und Korruption, durch den sich der Arzt jeden Tag seinen Weg bahnen muss, macht ihn resignativ und rebellisch, tragisch und lächerlich zugleich.



KOMPLEZEN FILM



FOTOGRAFIE

# Das Loch in der Geschichte

Kurz nach Abwurf der Atombombe auf Hiroshima dokumentierte ein US-Erkundungstrupp die Zerstörung. Doch die Fotos waren lange verschollen und sind nun wieder aufgetaucht. Sie ermöglichen einen neuen Blick auf die nukleare Verwüstung.

**D**a hängt eine Jacke über einem Stuhl, die Jacke eines Jungen, sie sieht zerfressen aus, als hinge sie seit Jahrhunderten dort, als hätte sie irgendjemand einfach vergessen. Lange, so scheint es, ist hier kein Mensch mehr vorbeigekommen. Die Jacke auf diesem Foto wirkt wie ein Relikt aus einer vergessenen Zivilisation. Wie ein archäologisches Fundstück.

Doch diese Zivilisation auf dem Foto wurde nicht vergessen. Über ihr wurde bloß eine Atombombe gezündet. Nur ein paar Wochen zuvor waren hier noch Menschen, der Schuljunge etwa, von dem nur die Jacke geblieben ist, die über der Stuhllehne hängt, hier in der Nähe des Rathauses von Hiroshima. Der Junge ist verschwunden, er wurde dematerialisiert.

Das Foto stammt aus dem Herbst 1945, aufgenommen drei Monate nach dem Abwurf der Atombombe. Es gab solche Fotos bisher kaum öffentlich zu sehen, stattdessen gab es Luftaufnahmen und Panoramabilder, Ansichten einer großen Leere. Man kannte den allgemeinen Blick, aber weniger das einzelne, schicksalhafte Bild, das sich in die Erinnerung brennt.

Wie sieht eine Stadt aus, wenn 580 Meter über ihr eine Atombombe explodiert und einen Druck entwickelt, der Zehntausende Male so hoch ist wie der der Erdatmosphäre, ein Feuerball, in seinem Inneren über eine Million Grad Celsius heiß? Wir wissen es nicht. Die menschengemachte Jahrhundertkatastrophe von Hiroshima, sie ist „eine Art Loch in der Menschheitsgeschichte“, schrieb die New Yorker Schriftstellerin Mary McCarthy.

Wir wissen von vielen Fotos, wie die Südspitze Manhattans am 12. September 2001 aussah, der weiße Staub, die verdreht in die Höhe ragenden Stahlskelette; wir kennen von CNN die grünschwarzen Nachtbilder des modernen Präzisionskrieges. Wir haben die Gespenster von Abu Ghuraib im Kopf, weinende, vor dem Nalpalp davonrennende Kinder in Vietnam, die Ruinen von Dresden und Köln, die

Leichenberge der Konzentrationslager.

Und wir kennen natürlich den Atompilz, wie er sich über Hiroshima aufbaut, ein abstraktes, ikonografisches, fast schönes Bild, das aber nichts von dem erzählt, was in Hiroshima passiert ist, nichts von den Menschen, nichts von der Zerstörung, nichts davon, wie am 6. August 1945 um 8.15 Uhr die Zeit stehen blieb.

Doch natürlich gab es diese Bilder. Die Amerikaner selbst wollten ja dringend wissen, was ihre neue Bombe alles vermochte, und so hat Präsident Harry Truman nur wenige Wochen nach der Explosion ein Erkundungsteam nach Japan geschickt. Die Fotos aber, mit denen das Erkundungsteam zurückkam, haben sie in Washington schnell in den tiefsten Schubladen vergraben, als sie sahen, was die Bilder zeigten: eine groteske Leere, Stillstand, absolute Verlassenheit. Es waren nicht einmal Tote zu sehen. Die Fotos wurden als geheim eingestuft, später waren sie verloren. Durch viele Zufälle wurden sie wiedergefunden, und jetzt endlich, fast 70 Jahre später, liefert eine New Yorker Ausstellung mit etwa 60 dieser rund 700 Fotografien die Bildsprache jener Katastrophe nach, die das Ende des Zweiten Weltkriegs markierte und das Zeitalter der atomaren Bedrohung einläutete\*.

„Das Problem besteht nicht darin, dass Menschen sich anhand von Fotos erinnern, sondern dass sie sich nur an die Fotos erinnern“, schrieb Susan Sontag 2003 in ihrem Essay „Das Leiden anderer betrachten“. Wenn das stimmt, haben wir uns an Hiroshima bisher kaum erinnert.

Natürlich gibt es Unmengen Text, großartigen Text, die Reportage „Hiroshima“ von John Hersey, die 1946 in einer ganzen Ausgabe des „New Yorker“ erschien, oder Richard Rhodes' 900 Seiten über „Die Atombombe oder Die Geschichte

\* „Hiroshima: Ground Zero 1945“ im International Center of Photography in New York, bis 28. August.



1



3





1 Deformierter Stahlträger des Odamasa-Bekleidungsgeschäfts, 20. November 1945

2 Teilweise verschmorte Jacke eines Jungen in der Nähe des Rathauses, 5. November 1945

3 Beschädigte Fahrzeuge der Feuerwehr, 29. Oktober 1945

4 Asche von Büchern in der Universitätsbibliothek, 1. November 1945



2



FOTOS: INTERNATIONAL CENTER OF PHOTOGRAPHY



4



des 8. Schöpfungstages“: Diese Texte lieferten das Verständnis, aber nicht die Erinnerung. Wer aufrichtig nachdenkt, der findet es nicht in seinem Gedächtnis, das eine Bild, das das Grauen der Atombombe zeigt. Es war immer ein abstraktes, ein wissenschaftliches Schaudern.

31 Tage nach der Explosion über Hiroshima sitzt Paul Nitze in einem Flugzeug nach Japan. Er war vorher in Deutschland, er hat dort Verhöre mit Albert Speer geführt. Nitze ist mit Ende dreißig ein Shootingstar im amerikanischen Regierungsdienst, er ist erst seit ein paar Jahren in der Politik, kam von der Wall Street und ist nun Vizechef des „United States Strategic Bombing Survey“-Stabes, einer Regierungsorganisation, die die Auswirkungen von Luftangriffen erfassen soll und jetzt auch die Zerstörungskraft dieser neuen, faszinierenden und noch nie eingesetzten Bombe.

Nitze stellt eine Physical Damage Division zusammen, Soldaten, Ingenieure, Wehrexperthen, Übersetzer und Fotografen, 150 Mitarbeiter. Sie sollen die Autopsie einer toten Stadt liefern. Er wolle von ihnen keine gefühlsmäßigen Beschreibungen, sagt Nitze seinen Männern, sondern Arbeit mit Zirkel und Lupe. Sie sollen quantitativ erfassen, was als unbeschreiblich galt. Amerika wollte Lehren ziehen aus seinem eigenen Verbrechen und sich selbst rüsten für eine atomare Zukunft. In der Stunde seines totalen Sieges bekommt Amerika gleichzeitig Angst vor sich selbst und dem Monster, das es losgelassen hatte. Mit dem Bombenabwurf hatte eine neue Zeit begonnen. Es war nun denkbar, dass Atomwaffen eingesetzt werden. Um sich bestmöglich davor zu schützen, musste man genau wissen, wie die Atombombe wirkt. Simple Fragen lauteten: Was machen der schiere Druck und die unvorstellbare Hitze mit Stahl, was mit Beton, was mit Holz?

Atombomben sind auch nur Waffen. Der Mensch hat sie geschaffen, und der Mensch kann ihre Auswirkungen auch begrenzen – das war Nitzes Überzeugung, bevor er nach Japan fuhr. Doch niemand hatte ihn auf das Ausmaß der Zerstörung vorbereitet. Dies hatte nichts mit dem zu tun, was er aus den zerstörten deutschen Städten kannte. Er fand für sein Team nicht einmal eine Unterkunft, weil nicht ein einziges Gebäude mehr bewohnbar war, sie mussten auf einen Zerstörer der Navy ausweichen, der vor der Küste lag.

Nitzes Fotografen begannen, ihre Bilder zu schießen und zu katalogisieren. Vor allem die Gerippe verstärkter Betonkonstruktionen interessierten sie. Solche Strukturen schienen der Atombombe widerstehen zu können. In ihnen vermuteten die Männer die Blaupause für sichere Gebäude im Atombombenzeitalter.

Die Fotos, die sie dann aufnahmen, wurden eigenartig. Sie sahen anders aus als



5



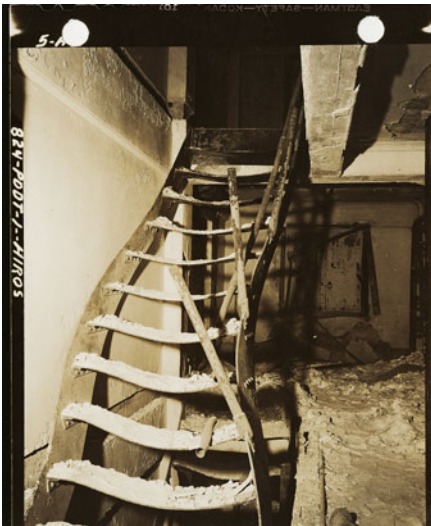
7



FOTOS: INTERNATIONAL CENTER OF PHOTOGRAPHY



- 5 Friedhof beim Kokutai-Tempel, im Hintergrund die Bank von Japan, 5. November 1945
- 6 Von der Hitze verbogene Eisen-  
treppe in der Asano-Bücherei,  
15. November 1945
- 7 Von der Druckwelle zerstörter  
Waggon und Strommast,  
13. November 1945
- 8 Abdruck eines Menschen  
auf dem Asphalt einer Brücke,  
26. Oktober 1945



6



8

die bislang bekannten Fotos über die Folgen eines Kriegs. Wer die Bilder heute betrachtet, fühlt sich am ehesten an Tsunami-Bilder erinnert oder an die Ikonografie des 11. September. Ein Vakuum, das Leben herausgesaugt, Gebäude, die aussehen wie die Ergebnisse eines Silvester-Bleigießens: merkwürdig verdrehte Eisentrep-  
pen, kirchenartige Stahlskulpturen, die sich zufällig aus dem Nichts erheben, von ewigem Staub verdeckte Feuerwehrautos und, vor allem: kaum Menschen, keine Leichen, keine weinenden Frauen, keine spielenden Kinder. Nur Schatten von Menschen. Manche haben, bevor sie sich auflösen in der nuklearen Strahlung, einen Abdruck auf dem Asphalt oder an Wänden hinterlassen. Hier waren einmal Menschen, sagen die Bilder, doch es muss lange her sein. In Wirklichkeit waren erst ein paar Wochen vergangen.

Den Amerikanern wurde schnell klar, dass diese Fotos besser nicht an die Öffentlichkeit dringen sollten, und sie verbannten ab Mitte September 1945 Fotografen, Kamerateams und Reporter aus Hiroshima. Auch der Abschlussbericht des Strategic Bombing Survey „The Effects of the Atomic Bomb on Hiroshima, Japan“, der schließlich 1947 erschien, wurde sogleich als vertraulich eingestuft und bis 1951 weggesperrt.

Nur Paul Nitze wollte, dass die Leute ihn lesen, schon 1946 hatte er einen allgemeinen Vorabbericht an Abgeordnete im Kongress geschickt, doch niemand interessierte sich dafür. Die Welt hatte sich weitergedreht, der Kalte Krieg begonnen, und die Bilder, die Nitzes Physical Damage Division gemacht hatte, gerieten in Vergessenheit. Auch deswegen konnte die Atombombe in den folgenden 40 Jahren ein wirksames und letztlich erfolgreiches Mittel der Ost-West-Politik werden: Ihre epische Zerstörungskraft blieb aus Mangel an Detailbildern abstrakt und damit auch erträglich.

Paul Nitze starb 2004, er hatte Karriere gemacht, war 1950 Mitautor eines Strategiepapiers über die Bedrohung durch die Sowjetunion, in den sechziger Jahren stellvertretender Verteidigungsminister, und in den achtziger Jahren führte er für Präsident Reagan die Abrüstungsverhandlungen mit den Sowjets, und vielleicht war er ja deshalb erfolgreich, weil er wie kein anderer wusste, was eine Atombombe anrichten kann. Von den Bildern aus Hiroshima in seinem Kopf erzählte er erstmals kurz vor seinem Tod. Als die Gegenwart schon nicht mehr in sein Bewusstsein drang, kamen dafür die alten Erinnerungen an den Horror von Hiroshima.

Die Bilder selbst waren Anfang der nuller Jahre in einem Schnellrestaurant in Massachusetts wieder aufgetaucht. Ein Dokumentarfilmer namens Adam Harrison Levy nahm daraufhin die Spur der Fotos auf und rekonstruierte deren Ge-

schichte. Ein langer Aufsatz von ihm über seine Detektivarbeit ist in dem Katalog der New Yorker Ausstellung zu finden.

Demnach war es wohl Lieutenant Robert L. Corsbie, einer von Nitzes Männern in der Physical Damage Division, der diese 700 Hiroshima-Abzüge entwendet, gestohlen oder sonst wie bekommen haben muss.

Wie Nitze war auch Corsbie, ursprünglich ein Architekt, offensichtlich traumatisiert aus Hiroshima wiedergekommen. Seine Tochter erzählt, er habe aus einer ausradierten Schule zwei verbrannte Schulbücher mitgebracht. Auch Corsbie wollte von nun an alles tun, um die USA für die Ära des Atomkriegs zu rüsten.

Er fing bei der Atomic Energy Commission als „Bombenexperte“ an und half dem US-Militär, einen der ersten Atom-bunker zu bauen. Offenbar nutzte er dabei die Fotos aus Hiroshima. Er war auch bei den Atombombentests in der Wüste Nevadas dabei. Heute ist es schwer verständlich, dass Männer, die Hiroshima gesehen hatten, weiterhin mit oder für die Atombombe arbeiteten, Nitze als einer der Architekten des Kalten Krieges, Corsbie als Architekt für Atombunker.

1967 verbrannten Corsbie und seine Frau nach einer Party in ihrem Einfamilienhaus im Bundesstaat New York. Die Fotos überlebten das Feuer, die Tochter nahm sie an sich, vergaß sie, doch als ein paar Jahre später zwei Hippie-Freunde ihren Keller entrümpelten, stießen sie auf eine Kiste mit japanischer Aufschrift, darin die Fotos aus Hiroshima. Der eine bekam die Kiste, der andere die Fotos – und behielt sie mehr als 30 Jahre, bis er sie versehentlich bei einem Umzug auf den Sperrmüll stellte, wo sie wiederum der Besitzer eines Schnellrestaurants und Sperrmüllkrämer fand, mitnahm und Jahre später einem Gast davon erzählte. Es kam zu einer ersten Ausstellung in einer Galerie in New York, schließlich kaufte das International Center of Photography die ganze Sammlung von 700 Fotos.

Kalt und emotionslos sollten Nitzes Experten ihren Auftrag angehen. Das taten sie, und das sieht man den Fotos an. Dann schrieben sie ihren Report, kalt und wissenschaftlich auch er, über drei Bände. Doch am Ende halten sie ihre Teilnahmslosigkeit nicht durch.

„Was wäre gewesen“, so bricht es fast aus dem Report hervor, „wenn das Ziel der Atombombe eine amerikanische Stadt gewesen wäre?“ Und plötzlich spielte Hiroshima keine Rolle mehr. Nitzes Männer begannen, ihre Erkenntnisse auf Städte wie New York, Chicago, San Francisco zu übertragen. Sie untersuchten die Strukturen der Gebäude dort, die verwendeten Baustoffe, die Keller, die möglichen Verstecke. Den Männern hatten ihre eigenen Fotos Angst gemacht.

PHILIPP OEHMKE



KINO

# Hanfdampf

Bernard Roses Film „Mr. Nice“ erzählt vom Leben des Dealers Howard Marks, der einst zehn Prozent des weltweiten Marihuana-Handels organisierte.

**E**in Mann im weißen Anzug steht auf der Bühne eines Theaters und fragt in den gutgefüllten Zuschauerraum hinein, ob Polizisten im Publikum seien. Niemand rührt sich. Ob denn vielleicht Kiffer da seien, will er wissen. Begeisterte Zustimmung. Der Mann

einigermaßen klar auf sein Leben zurückzublicken, bekannte Marks.

1996 brachte er nach sieben Jahren Haft in einem US-Gefängnis seine Memoiren heraus. Sie wurden ein Bestseller und sind die Grundlage für diesen Film.

Marks, Jahrgang 1945, war nach eigenem Bekunden ein braver Junge aus Wales, der von seinen Mitschülern als Streber verspottet wurde, in den sechziger Jahren in Oxford studierte und dort den ersten Joint seines Lebens rauchte. In wenigen Jahren entwickelte er sich zum Hanfdampf in allen Gassen, der Millionen Menschen glücklich machen und damit reich werden wollte.

Der Dealer, der unter mehr als 40 Decknamen agierte, war ein global denkender

auf beruht, möglichst selten bei Sinnen zu sein, und eine geradezu ansteckende kriminelle Energie.

„Gelegentlich fuhr ich mit einem beladenen Wagen über eine europäische Grenze, wobei ich jedes Mal einen religiösen Flash und einen asexuellen Orgasmus bekam“, schreibt Marks.

Der Film zitiert diese Sätze fast wörtlich, aber er zitiert sie eben nur. Regisseur Rose verfilmt das Buch von Marks mit der Haltung eines Drogenberatungslehrers, der überaus verständnisvoll tut, aber letztlich dann doch recht wenig versteht, weil er viel zu viel Angst davor hat, sich einmal so richtig gehenzulassen. „Mr. Nice“ fehlt immer wieder der Mut zur Grenzüberschreitung.

Rose zeigt eben nicht, wie die Dealer das klassische Familienauto für ihre Zwecke entdecken: als eine Ansammlung von Hohlräumen, die man mit Drogen vollstopfen kann. Er zeigt stattdessen lang und breit, wie Marks bei einer Grenzkontrolle misstrauisch mitansehen muss, wie Zollbeamte die Sitzpolster seines Wagens zerschneiden. Er filmt den Dealer mit den Augen eines Spießers.

Während der Held mit Geld um sich wirft, sieht der Zuschauer, dass bei den Dreharbeiten gespart werden musste. Weil das Budget fehlte, um etwa das London der siebziger Jahre nachzubauen, wurde der Hauptdarsteller Rhys Ifans in historische Dokumentaraufnahmen hineinkopiert. So wirkt er in den Straßenszenen oft wie ein Fremdkörper. Doch gibt einem Marihuana nicht gerade das Gefühl, mit der Umgebung eins zu werden?

Bisweilen macht der Film „Mr. Nice“ den Eindruck, als sei er auf der völlig falschen Droge. Statt sich entspannt in die Zeit fallen zu lassen, hetzt er wie auf Speed durch die Jahrzehnte.

So kam Marks auf die Idee, Marihuana in den Lautsprecherboxen von Pop-Bands in die USA zu schmuggeln. Im Film bekommen die Zuschauer kaum mit, dass er zu diesem Zweck sogar Bands erfand, die es gar nicht gab.

Den Aberwitz von Marks' Erlebnissen kann der Film zu selten vermitteln. Doch immerhin gibt es eine Szene, in der ein IRA-Kämpfer (gespielt von David Thewlis), der für Marks Drogen transportiert, in den USA von Spezialeinheiten verhaftet wird. In völlig aussichtsloser Situation zündet er eine Granate, die alles binnen Sekunden in einen dicken grünen Dunst hüllt – Grün ist die Nationalfarbe Irlands.

Am Ende dieser surrealen Szene füllt das Grün fast das gesamte Bild. In diesem Augenblick spürt der Zuschauer, wie schön es sein kann, in einem wunderbaren Nebel zu versinken, der diese manchmal so verdammt lästige Wirklichkeit verschwinden lässt.

LARS-OLAV BEIER



KOC MEDIA

Szene aus „Mr. Nice“: Ein Drogenhändler mit Joint Ventures

zieht einen Joint hervor und steckt ihn an. Die Zuschauer bestaunen ihn wie einen Magier.

Der Mann, der hier in Bernard Roses Film „Mr. Nice“ seinen Auftritt genießt, heißt Howard Marks und war in den siebziger und achtziger Jahren ein ziemlich erfolgreicher Drogenhändler.

Mindestens zehn Prozent des weltweiten Marihuana-Handels habe der Brite zeitweise organisiert, schätzte die amerikanische Anti-Drogen-Polizei DEA, die ihn 1988 verhaftete.

Die akkurat geführten Akten der US-Ermittler, die ihn jahrelang um den Globus jagten, hätten ihm sehr geholfen, durch die Nebelwand des Dauerrauchs

Start-up-Unternehmer, der mit Hilfe pakistanischer Diplomaten feinstes Marihuana quer durch Europa schmuggelte, Kämpfer der IRA und Agenten des britischen Geheimdienstes MI6 gegeneinander ausspielte, um die Droge über die Welt zu verteilen, und der mit jedem, der ihm helfen konnte, ein Joint Venture einging.

Heute tingelt Marks mit einer One-man-and-many-joints-Show durch Europa, plaudert vor Hunderten Zuschauern stoned aus seinem ereignisreichen Leben und spricht sich vehement für die Legalisierung der „wohlthuenden Kräuter“ aus.

In den gut 700 Seiten langen Memoiren von Marks spürt man auf jeder Seite einen verführerischen Hedonismus, der dar-

\* Mit den Darstellern Chloë Sevigny und Rhys Ifans.







Verfall in Detroit, Boom in Shanghai: „Geschichte ist eine Folge von Anpassungen an die Welt, die uns vor immer neue Probleme stellt“

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Angst treibt uns voran“

Der britische Archäologe und Historiker Ian Morris über die Strukturmuster geschichtlicher Entwicklung, die Gründe für die Vorherrschaft des Westens und einen kommenden historischen Umbruch

**SPIEGEL:** Herr Professor, in Ihrem Buch „Wer regiert die Welt?“ durchstreifen Sie 15 000 Jahre Menschheitsgeschichte, um eine Antwort auf die Frage zu finden, warum der Westen seine beispiellose Vormachtstellung errungen hat – und wie lange sie noch anhalten wird. Haben Sie eine Universalformel für Aufstieg und Niedergang der Zivilisationen entschlüsselt?

**Morris:** Wäre mir das gelungen, so müsste die Geschichte einer Gesetzmäßigkeit folgen, nach der alles von Anfang an festgeschrieben wäre. Eine solch deterministische Auffassung liegt mir fern. Die Entwicklung ist nicht langfristig vorherbestimmt. Den grandiosen Versuch, die Weltformel der Geschichte zu entdecken, hat bekanntlich Karl Marx unternommen: Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus. Die ostasiatischen Staaten dagegen, so meinte er, seien im Bernstein des Despo-

tismus eingeschlossen und könnten darum den fortschrittlichen Weg des Westens nicht beschreiten.

**SPIEGEL:** Die Entfesselung der Produktivkräfte fand nun einmal im Westen statt. Der Westen regiert die Welt, weil die industrielle Revolution vor 200 Jahren hier begann und nicht im Osten.

**Morris:** Was nicht heißt, dass kein anderer Gang der Dinge möglich gewesen wäre. Zwar war der Westen dem Osten in seiner Entwicklung 14 000 Jahre lang seit der Endphase der letzten Eiszeit voraus. Aber um 540 unserer Zeitrechnung, als das Römische Reich verfallen war, zog der Osten am Westen vorbei und behielt diese Füh-



JOHN LEE / DER SPIEGEL

## Ian Morris

ist Professor für Geschichte an der Stanford University in Kalifornien. Der gebürtige Brite begann seine wissenschaftliche Laufbahn als Archäologe und Spezialist des antiken Griechenland. Sein Interesse gilt heute einer evolutionären Geschichtstheorie, die große Zeiträume umfasst. In seinem aufsehenerregenden Werk „Wer regiert die Welt? Warum Zivilisationen herrschen oder beherrscht werden“ (Campus Verlag, Frankfurt am Main; 656 Seiten; 24,90 Euro) untersucht Morris, 51, die Gründe für die westliche Dominanz und prognostiziert das Ende dieser Vorherrschaft in den nächsten hundert Jahren – und zugleich die größte Diskontinuität der Geschichte.

Das Gespräch führte der Redakteur Romain Leick.





DJO / IMAGINECHINA / LAIF

rung bis ins 18. Jahrhundert hinein. Die westliche Überlegenheit war niemals unverrückbar vorgezeichnet, auch wenn die Europäer gern an ihre kulturelle Höherwertigkeit glauben.

**SPIEGEL:** Ist die Geschichte also nur eine Abfolge mehr oder weniger zufälliger Ereignisse? Hatten die Briten einfach Glück, als sie die Dampfmaschine erfanden?

**Morris:** An das weltgeschichtliche Zufallsmodell glaube ich ebenso wenig wie an die Theorie der langfristigen Determiniertheit. Die Vertreter beider Schulen verstehen die geschichtliche Entwicklung falsch und gelangen deshalb zu den widersprüchlichsten Ergebnissen.

**SPIEGEL:** Was ist denn Ihre Perspektive?

**Morris:** Da halte ich es durchaus mit Marx, wenn er schrieb, dass die Menschen ihre eigene Geschichte machen, aber nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter gegebenen und überlieferten Umständen. Die Geschichte verläuft sehr wohl nach bestimmten Mustern. Die Menschen reagieren, wenn Druck auf ihre Lebensumstände einsetzt. Daraus folgt, wenn Sie mir die Ironie gestatten, mein eigenes Morris-Axiom: „Veränderungen werden von faulen, habgierigen, verängstigten Menschen bewirkt, die nach leichteren, profitableren und sichereren Wegen suchen, ihr Leben zu führen. Und sie wissen dabei nur selten, was sie eigentlich tun.“

**SPIEGEL:** Faulheit, Angst und Habgier als Antriebskräfte der Geschichte? Verzeihung, das klingt trivial.

**Morris:** Aber das sind anthropologische Konstanten. Rund um den Erdball und quer durch die Zeiten sind sich die Menschen – nicht als Individuen, sondern als Gruppe betrachtet – ziemlich gleich. Sie experimentieren ständig herum, um sich das Leben zu erleichtern und ihr Wohlergehen zu mehren. Die größten Sprünge machen sie, wenn harte Zeiten radikale Maßnahmen erfordern. Angst treibt uns voran. Geschichte ist eine Folge von Anpassungen an die Welt, die uns vor immer neue Probleme stellt.

**SPIEGEL:** Und wie leitet sich daraus die Vorherrschaft des Westens ab?

**Morris:** Ich benutze drei Instrumente, um dem strukturellen Verlauf der Geschichte nachzuspüren: Die Biologie sagt uns, warum Menschen als intelligente Tiere die gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben. Die Soziologie sagt uns, wie sie dies tun – in der organisierten Gemeinschaft mit anderen, in Städten, Staaten oder sogar Weltreichen. Und die Geografie sagt uns, wieso ausgerechnet der Westen und nicht eine andere Region in den letzten 200 Jahren die Welt beherrschte.

**SPIEGEL:** Biologie und Soziologie erklären die Gesetze, die für alle Menschen gelten, egal wo und wann sie leben; die Geografie erklärt die Unterschiede in ihrem Handeln und in ihren Möglichkeiten?

**Morris:** Ja. Die ursprünglichen Kerngebiete unserer Zivilisationen entwickelten sich am Ende der Eiszeit in einem klimatisch und geografisch begünstigten Gür-

tel, mit einer Fülle von Pflanzen und Tieren, die sich zur Domestizierung eigneten. Für die Jäger und Sammler in diesen Regionen war der Übergang zum Ackerbau leichter als anderswo. Im Westen Eurasiens, im sogenannten Fruchtbaren Halbmond, einem Gebiet, das sich heute von Israel und Palästina über den Libanon, Syrien, den Nordirak bis hinunter zum Persischen Golf erstreckt, passierte das etwa 9500 vor unserer Zeit.

**SPIEGEL:** Gewissermaßen der ursprüngliche Garten Eden?

**Morris:** Von diesem Zentrum in Vorderasien aus dehnte der Westen seine Grenzen über den Mittelmeerraum nach ganz Europa aus. Erst 2000 Jahre später wiederholte sich der gleiche Prozess im Osten, in China zwischen dem Gelben Fluss und dem Yangtze, dem zweitältesten zivilisatorischen Kerngebiet.

**SPIEGEL:** Dann wäre das Rätsel schnell gelöst: Aufgrund der geografischen Bedingungen und des Startvorteils des Westens muss die Entwicklung im Osten dauerhaft hinterherhinken?

**Morris:** So einfach ist es leider nicht. Mit der Zeit kann der Ort seine Bedeutung verändern. Geografische Nachteile können sich in Vorteile verwandeln und umgekehrt. Es herrscht das Prinzip der Wechselwirkung. Die Geografie beeinflusst die gesellschaftliche Entwicklung, aber diese verändert auch die geografischen Faktoren.

**SPIEGEL:** Wie hat der Westen seine geografische Differenz genutzt?

**Morris:** Zum Beispiel gab es im Osten kein dem Mittelmeer vergleichbares Binnenmeer, das für günstige Transportwege gesorgt hätte und an dessen Rändern neue Städte und Hochkulturen hätten prosperieren können. Der Westen Europas – Portugal, Spanien, Frankreich und Britannien – war vor ein paar tausend Jahren ein unwirtliches Gebiet, entlegen und weit weg vom blühenden Zentrum in Mesopotamien und Ägypten. Im 15. und 16. Jahrhundert wurde die Randlage am Atlantik plötzlich ein Standortplus, weil es inzwischen Schiffe gab, die westwärts bis zur Neuen Welt segeln konnten. Auch ob man auf Kohlevorkommen lebte, war lange unerheblich – bis die Dampfmaschine erfunden war, für deren Betrieb die Holzreserven Britanniens nicht ausreichten.

**SPIEGEL:** Hätten die Chinesen im 15. Jahrhundert Amerika entdecken können?

**Morris:** Theoretisch schon. Die technischen und navigatorischen Fähigkeiten dafür hatten die Chinesen. Aber für sie war es viel lohnender, den Indischen Ozean zu befahren, statt in die leere Weite des Pazifiks vorzustoßen. Als der Eunuch Zheng He im Auftrag seines Kaisers 1405 nach Ceylon segelte, kommandierte er eine Flotte von 300 Dschunken mit 27 000 Mann Besatzung. Er hatte Magnetkompass und fertigte präzise Karten an. Was war dagegen schon die Expedition aus



drei Schiffen mit 90 Mann, die Christoph Kolumbus 1492 lenkte, ohne zu wissen, wohin die Reise ging.

**SPIEGEL:** Vielleicht macht auch das eine Differenz aus: Wagemut, Pioniergeist, Entdeckerlust?

**Morris:** Sie spielen auf den vermeintlich überlegenen Initiativgeist der Europäer an. Seit dem Untergang des Römischen Reichs haben die Europäer gern ihr Christentum als höhere Legitimation herangezogen. Im Zeitalter der Aufklärung besannen sie sich noch auf eine andere Traditionslinie: die Griechen und ihre Entdeckung des Geistes, die Kultur der Vernunft, der Freiheit des Denkens, der individuellen Verantwortung. Ich behaupte: Philosophen und Wissenschaftler stellen die Fragen, die ihnen die gesellschaft-

**Morris:** Natürlich wimmelt es in der Geschichte von mächtigen Herrschern und verdorbenen Tyrannen, brillanten Köpfen und trotteligen Stümpfern, Idealisten und Rebellen. Aber selten schafft es einer allein, die Geschichte in eine völlig neue Richtung zu zwingen. Die Welt lässt sich nicht per Willenskraft verändern. Ganz gewöhnliche, berechenbare und angepasste Menschen sind meist erfolgreicher als geniale Exzentriker. Die evolutionäre Selektion begünstigt den Realismus des gesunden Menschenverstands.

**SPIEGEL:** Was wäre denn passiert, wenn, zum Beispiel, Napoleon Russland geschlagen und England besiegt hätte?

**Morris:** Dann wäre vermutlich in Europa eine imperiale Landmacht statt einer imperialen Seemacht entstanden. Die in-

die Fähigkeit, Krieg zu führen, lädt zu Eroberungszügen ein; und ein hoher politischer Organisationsgrad ist oft die Leistung eines autoritären Zentralstaats.

**Morris:** Da haben Sie recht, aber das Messen und Vergleichen gesellschaftlicher Entwicklung ist keine Methode, um moralische Urteile über unterschiedliche Gemeinschaften zu treffen. Ob positiv oder nicht, manche Gesellschaften sind unbestreitbar weiter entwickelt als andere. Als britische Schiffe im Opiumkrieg zwischen 1839 und 1842 mühelos chinesische Kriegsschiffe auf dem Yangtze zusammenschossen, war das keine ethische Bravourtat, aber eine eklatante Demonstration westlicher Überlegenheit.

**SPIEGEL:** Moderne Handelskriege werden mit anderen Mitteln ausgefochten, und es sieht ganz so aus, als würde China diesmal gewinnen. Wann wird der Osten den Westen überholen?

**Morris:** Chinas Wirtschaftsleistung wird die der USA in den nächsten 10 bis 20 Jahren erreichen. Bei den anderen Indikatoren, Militär, Informationstechniken und Energieausbeute pro Kopf, mag es etwas länger dauern. Aber es ist damit zu rechnen, dass der Osten den Westen nach 2050 bald überrunden wird.

**SPIEGEL:** Was bedeutet das für die Verfassung der Welt? Wird der wachsende Wohlstand den Osten verwestlichen, Demokratie und Menschenrechte überallhin verbreiten? Wird der Westen mit seinen Werten am Ende doch siegen?

**Morris:** Das hoffe ich. Die große Debatte der Gegenwart läuft darauf hinaus, ob es nur einen Weg gibt, die globale Wirtschaft zum Blühen zu bringen – Liberalismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Immerhin haben sich Japan, Südkorea, Taiwan und Singapur von einem oft repressiven Einparteiensystem in mehr oder weniger differenzierte Demokratien verwandelt. Andererseits ist es in der Geschichte höchst ungewöhnlich, dass ein aufstrebendes Machtzentrum, das ein anderes ablöst, dessen Denkweise und Regierungsformen annimmt. Europa ist ja auch nach 1945 amerikanischer geworden, nicht umgekehrt Amerika europäischer.

**SPIEGEL:** Bisher zeigt sich China überaus resistent gegen alle Ermahnungen, die Menschenrechte zu respektieren und mehr individuelle Freiheit zuzulassen.

**Morris:** Eine künftige östliche Welt würde sicher hierarchischer, autoritärer, illiberaler bleiben, als es die westliche bisher war. Die chinesische Führung ist wie gebannt von der langen historischen Erfahrung, dass ethnische Aufstände, Bauernrevolten, gewaltsame Proteste gegen Korruption mehrere Dynastien zusammenbrechen ließen und das Riesenreich auseinanderreißen.

**SPIEGEL:** Könnte der Kampf um die Welt Herrschaft wieder zu Krieg führen? Pekings Militärausgaben wachsen um mehr als zehn Prozent pro Jahr.



THE GRANGER COLLECTION, NEW YORK / ULLSTEIN BILD

**Britisch-chinesisches Seegefecht 1841\*:** „Demonstration westlicher Überlegenheit“

liche Entwicklung auferlegt. Materielle Kräfte ballen sich zu Herausforderungen zusammen, Innovationsstau entsteht, die Ideen folgen. Jede geschichtliche Periode bekommt das Denken, das sie braucht. Und Westeuropa brauchte nach der Entdeckung der neuen transatlantischen Gebiete neue Techniken und genaue Normen, um die Welt zu vermessen. Renaissance, Aufklärung und wissenschaftliche Revolution waren nicht Ursachen, sondern Folgen der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung. Für den Osten schien die Notwendigkeit eines radikal neuen Denkansatzes nicht so zwingend.

**SPIEGEL:** Das erinnert wieder an Karl Marx: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Für jemanden, der den historischen Determinismus ablehnt, argumentieren Sie arg strukturalistisch. Wo bleiben die großen Menschen, die Heldenfiguren in Ihrem Geschichtsbild?

dustrielle Revolution hätte trotzdem stattgefunden, vielleicht etwas später, wahrscheinlich in Nordfrankreich statt in England. Aber alles in allem wären die Dinge wohl auf das Gleiche hinausgelaufen.

**SPIEGEL:** Nach welchen Kriterien bemessen Sie den Entwicklungsstand einer Zivilisation? Wie vergleichen Sie Ost und West miteinander.

**Morris:** Mit gesellschaftlicher Entwicklung meine ich die Fähigkeit einer Nation, ihr materielles, ökonomisches, soziales und intellektuelles Umfeld nach ihren Vorstellungen und Bedürfnissen zu gestalten. Den Index, den ich aufstelle, errechne ich anhand archäologischer und historischer Daten aus vier Merkmalen: Energieausbeute, politisch-soziale Organisation, militärisches Potential, Informationstechniken.

**SPIEGEL:** So definiert, ist Entwicklung nicht unbedingt gleichbedeutend mit Fortschritt. Energieverbrauch kann durch ökologischen Raubbau gesteigert werden;

\* Zeitgenössischer Stich.







**Morris:** In einem großen Krieg zwischen Ost und West hätten beide Seiten nichts zu gewinnen. Chinas Geschichte gibt keine eindeutigen Hinweise. In der konfuzianischen Tradition friedlicher Staatskunst haben die Eliten Krieg nie als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln betrachtet. Trotzdem zieht sich durch die chinesische Vergangenheit eine Spur der Gewalt. Vielleicht hat Pekings Vorsicht mehr mit militärischer Schwäche zu tun als mit Konfuzius.

**SPIEGEL:** Lässt sich trotz des tiefen Blicks in die Geschichte die Zukunft nicht verlässlich vorhersagen?

**Morris:** Auf kurze Sicht herrscht ein Durcheinander sich widersprechender Prognosen. Das liegt daran, dass wir an einem Punkt angelangt sind, an dem die Möglichkeiten der Extrapolation unsere Vorstellungskraft sprengen. Wenn die gesellschaftliche Entwicklung sich weiter so beschleunigt wie im 20. Jahrhundert, wird sie von 2000 bis 2050 auf ein Niveau steigen, das doppelt so hoch ist wie das in den vorangegangenen 15 000 Jahren erreichte, also von den Höhlenmalereien bis ins Atomzeitalter. Und im Jahr 2100 würde sie sich erneut verdoppelt haben.

**SPIEGEL:** Rast die Menschheit in eine lichte Zukunft oder in die Weltendämmerung?

**Morris:** Jedenfalls scheint mir die anstehende Welle der Evolution ohne Beispiel zu sein. Die nächsten 40 Jahre werden die bedeutsamsten der Weltgeschichte sein. Das Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung könnte nicht nur den Einfluss der Geografie, sondern auch die biologischen und sozialen Bedingungen des Menschen verändern.

**SPIEGEL:** Mit welchen Folgen?

**Morris:** Der technische Wandel könnte die Welt so vereinheitlichen, dass der jahrtausendealte Gegensatz von Osten und Westen völlig gegenstandslos wird – wenn wir den Prozess kontrollieren. Wie die Römer in der Verfallsperiode ihres Reiches stoßen wir gegenwärtig an eine Decke, die es zu durchstoßen gilt. Entweder schaffen wir eine Transformation, die die industrielle Revolution weit übertrifft und die meisten unserer Probleme lösen wird, oder wir taumeln in eine Katastrophe, wie es noch keine gab. Dann werden die apokalyptischen Reiter wieder losgaloppieren: Klimawandel, Hungersnöte, Seuchen, Migrationsströme, zusammenbrechende staatliche Ordnungen.

**SPIEGEL:** Die Zeichen stehen schon an der Wand. Bleiben Sie dennoch optimistisch?

**Morris:** Als Historiker vertraue ich darauf, dass wir die Probleme, vor denen wir stehen, viel besser kennen als damals die Römer die ihrigen. Deshalb könnte das 21. Jahrhundert tatsächlich das Denken entwickeln, das unsere Epoche braucht.

**SPIEGEL:** Herr Professor, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

## Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: [www.spiegel.de/bestseller](http://www.spiegel.de/bestseller)

### Belletristik

- 1 (1) **Volker Klüpfel / Michael Kobr**  
Schutzpatron  
Piper; 19,95 Euro
  - 2 (2) **Susan Elizabeth Phillips**  
Der schönste Fehler meines Lebens  
Blanvalet; 14,99 Euro
  - 3 (3) **Donna Leon**  
Auf Treu und Glauben  
Diogenes; 22,90 Euro
  - 4 (5) **Karen Rose**  
Todesstoß  
Knaur; 14,99 Euro
  - 5 (6) **Carlos Ruiz Zafón**  
Marina  
S. Fischer; 19,95 Euro
  - 6 (8) **Arno Geiger**  
Der alte König in seinem Exil  
Hanser; 17,90 Euro
  - 7 (4) **P. C. Cast / Kristin Cast**  
Versucht – House of Night 6  
FJB; 16,95 Euro
  - 8 (10) **Jussi Adler-Olsen**  
Schändung  
dtv; 14,90 Euro
  - 9 (12) **Horst Evers**  
Für Eile fehlt mir die Zeit  
Rowohlt Berlin; 14,95 Euro
  - 10 (9) **Simon Beckett**  
Verwesung  
Wunderlich; 22,95 Euro
  - 11 (7) **Trudi Canavan**  
Sonea – Die Heilerin  
Penhaligon; 19,99 Euro
  - 12 (11) **Rita Falk**  
Dampfnudelblues  
dtv; 14,90 Euro
  - 13 (14) **Rita Falk**  
Winterkartoffelknödel  
dtv; 12,90 Euro
  - 14 (13) **Hans Fallada**  
Jeder stirbt für sich allein  
Aufbau; 19,95 Euro
  - 15 (18) **Siri Hustvedt**  
Der Sommer ohne Männer  
Rowohlt; 19,95 Euro
  - 16 (20) **Alex Capus**  
Léon und Louise  
Hanser; 19,90 Euro
  - 17 (15) **Tommy Jaud**  
Hummeldumm  
Scherz; 13,95 Euro
  - 18 (16) **Josephine Angelini**  
Göttlich verdammt  
Dressler; 19,95 Euro
- Vampire sind bei Jugendlichen out, nun kommt die griechische Mythologie: Hier erfährt eine Schülerin, dass sie Nachfahrin einer Göttin ist



### Sachbücher

- 1 (1) **Dieter Nuhr**  
Der ultimative Ratgeber für alles  
Bastei Lübbe; 12,99 Euro
  - 2 (3) **Margot Käßmann**  
Sehnsucht nach Leben  
adeo; 17,99 Euro
  - 3 (7) **Joachim Fuchsberger**  
Altwerden ist nichts für Feiglinge  
Gütersloher Verlagshaus; 19,99 Euro
  - 4 (2) **Helmut Schmidt**  
Religion in der Verantwortung  
Propyläen; 19,99 Euro
  - 5 (9) **Hannelore Elsner**  
Im Überschwang  
Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro
  - 6 (8) **Wolfgang Büscher**  
Hartland – Zu Fuß durch Amerika  
Rowohlt Berlin; 19,95 Euro
  - 7 (6) **Andreas Kieling**  
Ein deutscher Wandersommer  
Malik; 22,95 Euro
  - 8 (4) **Walter Kohl**  
Leben oder gelebt werden  
Integral; 18,99 Euro
  - 9 (5) **Bud Spencer mit Lorenzo De Luca und David De Filippi**  
Mein Leben, meine Filme – Die Autobiografie  
Schwarzkopf & Schwarzkopf; 19,95 Euro
  - 10 (13) **Richard David Precht**  
Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?  
Goldmann; 14,95 Euro
  - 11 (→) **Corinne Hofmann**  
Afrika, meine Passion  
A 1; 22,95 Euro
- Nach 20 Jahren begegnet die Tochter der „weißen Massai“ zum ersten Mal dem Vater in Kenia
- 
- 12 (11) **Leo Martin**  
Ich krieg dich!  
Ariston; 14,99 Euro
  - 13 (10) **Thilo Sarrazin**  
Deutschland schafft sich ab  
DVA; 22,99 Euro
  - 14 (12) **Matthias Matussek**  
Das katholische Abenteuer  
DVA; 19,99 Euro
  - 15 (14) **Axel Hacke / Giovanni di Lorenzo**  
Wofür stehst Du?  
Kiepenheuer & Witsch; 18,95 Euro
  - 16 (16) **Sönke Neitzel / Harald Welzer**  
Soldaten  
S. Fischer; 22,95 Euro
  - 17 (17) **Margot Käßmann**  
In der Mitte des Lebens  
Herder; 16,95 Euro
  - 18 (→) **Désirée Nick**  
Gibt es ein Leben nach fünfzig?  
Marion von Schröder; 16,99 Euro
  - 19 (18) **Michael Mittermeier**  
Achtung Baby!  
Kiepenheuer & Witsch; 14,95 Euro
  - 20 (→) **Richard David Precht**  
Die Kunst, kein Egoist zu sein  
Goldmann; 19,99 Euro



THEATER

# Forschung und Leere

Deutsche Regisseure haben die Realität entdeckt und erklären Hundebesitzer, Afghanistan-Krieger und Politiker zu Bühnenhelden. Ein Leidensbericht. *Von Wolfgang Höbel*

Sechs Hunde, fünf davon Vollprofis. Ein Pudel, ein Mops, ein Golden Retriever und noch ein paar mehr lagern auf Sperrmüllsofas auf der Bühne der Münchner Kammerspiele. Trainiert worden sind sie von einer Agentur, die Tiere für Filmauftritte vermittelt, sie hecheln, sie fiepen, und möglicherweise hat das auch damit zu tun, dass die Schauspieler, die man ihnen jeweils zur Seite gesetzt hat, scheußliche Klamotten tragen und sofort als trostlose Kleinbürger erkennbar sind: Eine Frau erzählt von den Puff-Ausflügen ihres toten Ehemanns in Thailand, eine andere davon, wie sie zum lieben Gott fand, ein Hundebesitzer genießt es, wenn er sein Tier auf wildfremde Obdachlose hetzt. Sechs Hundehalterleben, sechs Hundeleben – und alle echt! Denn nachgesprochen werden hier Bekenntnisse von „sechs Personen, die alle mit einem Hund lebend in unserer heutigen Zivilisation beheimatet sind“. So steht es im Programmheft.

Es ist zum Jaulen.

In Freiburg lädt das Theater dagegen ein zum Ausflug in den Menschenzoo der Politik. „Die Grünen. Eine Erfolgsgeschichte“ heißt die Theateraufführung, in der vier Frauen und fünf Männer ausschließlich Texte von Claudia Roth, Petra Kelly, Christian Ströbele und noch mehr lebenden und toten Veteranen der grünen Bewegung sprechen. Ein Jahr lang haben die Freiburger angeblich in Archiven gewühlt und Interviews geführt, um mehr als drei Jahrzehnte Parteiengeschichte streng dokumentarisch in den Griff zu bekommen, dreieinhalb Stunden dauert die Show.

Die Theaterkünstler treten in lustigen Langhaarperücken und weißen Wallege wändern auf, sie stülpen sich Blumenkränze auf den Kopf, und irgendwann stolzieren sie erwartungsgemäß in Anzügen herum, um zu zeigen, dass die grünen Kämpfer im Establishment angekommen sind. „Es gibt keine optimale Regierungssituation. Wenn du Glück hast, scheint die Sonne. Es kann aber auch ein Hurrikan heraufziehen“, sagt dann eine zottelige Frau, die eine Rede von Joschka Fischer nachspricht.

Manchmal rotten sich die Darsteller in einem Kasten aus Schaumstoffteilen zusammen, die antike Ruinen darstellen, und wenn sie Parolen schreien und aufstampfen, dann merkt man, dass sie auf federndem Boden hupsen: Die Demokratie ist in Freiburg eine Hüpfburg.

Mit betont unschuldigen Augen bestaunt der Theaterabend „Die Grünen“ ein politisches Phänomen, ganz so, wie man in München Hundehalter beglottzt. In Freiburg begreife man das Theater, so formuliert es Josef Mackert, der Chefdramaturg des Hauses, als „gesellschaftliches Labor für kollektive Forschungsprozesse“.

Das Forschen ist derzeit die Obsession vieler Theatermacher. Mit Videokameras und Mikrofonen ausgerüstete Schauspieler, Dramaturgen und Regisseure stürzen sich ins sogenannte richtige Leben; sie forschen unter Schlägern und Rechtsradikalen, unter muslimischen Mädchen und aus Afghanistan heimgekehrten Bundeswehrsoldaten, unter Atomkraftwerksarbeitern und Genetikern. „Untersuchungen“ in der wilden Gegenwartswelt draußen vor den Theatertüren sind schwer in Mode.

Statt immer nur Shakespeare oder Elfriede Jelinek zu inszenieren, statt Stanley Kubricks Filme oder Thomas Manns Romane für die Bühne herzurichten, betreiben junge, sich als politisch engagiert verstehende Regisseure lieber munter Wissenschaft oder das, was sie dafür halten: Ein soziokultureller Forschergeist geht um im deutschen Stadttheater. In Wahrheit ist es ein Schreckgespenst.

Der Rechercheeifer, der mehr ist als nur eine Mode, hat unter anderem mit dem Erfolg der Dokumentartheater-Erneuerer aus dem Regisseurkollektiv Rimini Protokoll zu tun. Vor rund zehn Jahren fingen sie damit an, sogenannte Experten des Alltags auf die Theaterbühnen zu holen, Laien, die als Darsteller ihrer selbst auftreten: Indische Callcenter-Telefonistinnen und kasachische Ölarbeiter beispielsweise, die von der Pein und vom Glück der Globalisierung erzählen, aber auch Herztransplanteure und Waffeningenieure, die ihr Handwerk erklären.

Das Dokumentartheater von Rimini Protokoll aber beruht stets auf dem Clou, überraschend Sphären kollidieren zu lassen. Diese Kraft zum gewitzten inszenatorischen Kniff wollen sich heute viele Projekttheaterregisseure sparen.

Volker Lösch zum Beispiel wurde zu einem umstrittenen Helden des neueren Authentizitätskults im Theater, indem er ziemlich schlicht echte Armutskinder oder

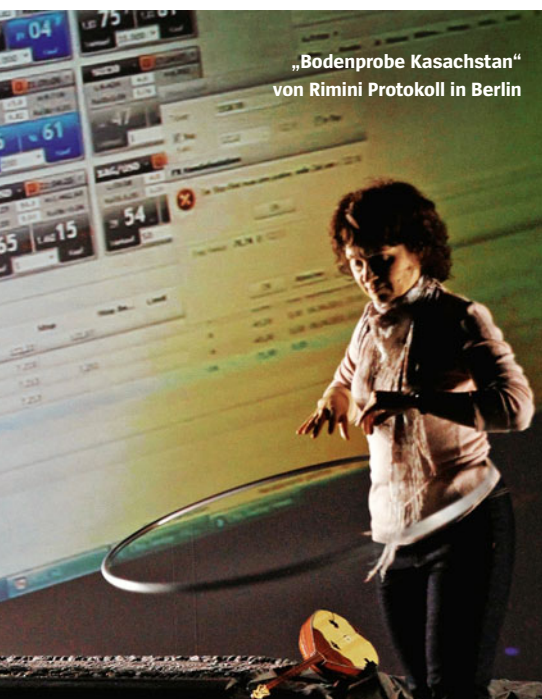
**Dokumentarprojekte in deutschen Theatern**  
*Mit Unschuldsgaugen die Welt bestaunen*







Lösch-Arbeit „Hänsel und Gretel gehn Mümmelmannsberg“ in Hamburg



„Bodenprobe Kasachstan“ von Rimini Protokoll in Berlin



„Die Grünen“ von Pataki und Hasselberg in Freiburg

echte Asylbewerber, echte Prostituierte oder echte Straftäter ins Theater holt und sie gemeinsam mit Profi-Darstellern zu Stücktext-Rudimenten sozialrevolutionäre Losungen skandieren lässt. Der Theatermacher Nuran David Calis machte mit Arbeiten Furore, in denen junge Laiendarsteller aus Migrantenfamilien sich selbst spielen. Und die Bundeskulturstiftung animiert seit 2006 feste und freie Theatertruppen mit einem „Heimspiel“-Fonds, doch bitte auszuschwärmen und rauszukriegen, was Heimat ist. Gefördert wurden Dutzende von Projekten, die „sich auf künstlerisch herausragende Weise mit der urbanen und sozialen Wirklichkeit ihrer Stadt“ zu beschäftigen versprochen.

Vom Prinzip der „theatralen Forschung“ ist nun häufig die Rede. Geprägt wurde es vor ein paar Jahren in den Manifesten aus Deutschlands hipster Ausbildungsstätte für Regisseure, dem Gießener „Institut für Angewandte Theaterwissenschaft“, wo unter anderem René Pollesch und Rimini Protokoll einst angingen.

Die Idee ist es, in einer Zeit, in der die Grenzen zwischen den Stadttheatern und der freien Szene mehr und mehr verwischen, den Theatern eine fundamental neue Rolle zuzuweisen: als eine Art Erkundungstollen, als zentraler Diskussionsort einer Stadt, auf dessen Bühne nicht nur Schiller, Tschechow oder Reza verhandelt werden, sondern als Marktplatz, der Kongresszentrum, Konzertbühne und Jugendzentrum in einem ist.

Einen „Platz für Ideen“ wolle sie bieten, sagt die Freiburger Theaterchefin Barbara Mundel, wo über den Kapitalismus, „das ökologische Desaster“ und „unsere ökonomische Verfasstheit“ gestritten und gedacht, vor allem aber geforscht wird.

Nur, was bitte kommt dabei heraus? Im Regelfall die schiere Stoffsammlung, wie sie in „Die Grünen. Eine Erfolgsgeschichte“ dann von den Regisseuren Jarg Pataki und Viola Hasselberg auf die Bühne gekippt wird. So skandiert im grünen Theaterkindergarten der Freiburger ein schwitzender Mann Phrasen zur sexuellen Frauenbefreiung aus vergangenen Zeiten, es treten tragische Wirrköpfe auf und der ölige Eventmanager, der zuletzt den Freiburger Parteitag der Grünen zu einem Triumph bürgerlicher Harmonieseligkeit machte. Wo aber ist die Pointe dieses Palavers? Und wo die Erkenntnis?

„Das Theater ist weder eine Schulstube noch ein Priesterseminar“, hat der Dramatiker Carl Zuckmayer mal gesagt. „Die Leute sollen entweder lachen oder flennen. Oder beides.“ Was aber, wenn sie einfach nur mit dokumentarischen Fundstücken vollgestopft werden?

Das Ordnen und Interpretieren des Materials bleibt wie in Freiburg oft allein dem Zuschauer überlassen. Dem deutschen Recherchetheater fehlt der Mumm, auch mal voreilige Schlüsse zu provozie-

ren. Ob beim Oberhausener Stadterforschungsprojekt „Abseitsfalle“ (wo Theaterkünstler und Fußballer sich austauschten), beim „Elternabend“ im Zürcher Neumarkt Theater (wo ein Schauspieler sorgsam zusammengetragene Eltern-, Lehrer- und Kindermeinungen über die offenbar schlimmste Problemschule der Schweiz darbringt) oder in der Hundehalter-Revue „Ruf der Wildnis“ in München: Die Pest der Drögeheit lauert in vielen Recherche-Arbeiten.

Oft sprechen die Bühnenkünstler die emsig herbeigeschleppten Auskünfte von Börsenmaklern, Reproduktionsmedizinern oder Afghanistan-Kriegern nach, als wären sie selbst mit dem Weltwissen von Neugeborenen in die Realität ausgeschwärmt und hätten leider im Verlauf ihrer Expedition nichts dazugelernt. Der Ehrgeiz der Theaterleute ist es, die Wirklichkeit weniger verbietet, offener, spielerischer in den Griff zu bekommen als der herkömmliche Wissenschaftlerkongress oder die Evangelischen Akademien, die Volkshochschulen oder die Dokumentarfilmer. Dabei stellt sich das Theater leider dümmere, als es ist – und stürzt in den Abgrund der Langeweile.

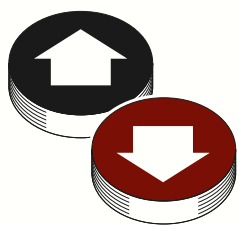
Denn wer von den Dingen des Lebens packend erzählen will, der braucht dazu den Mut zu einer Haltung, zur Pointe und zur Polemik; ob es um Politik geht, um Haustiere oder um die Schrecknisse der modernen Ersatzteile-Medizin.

Die britische Bühnenkünstlerin Zoe Laughlin zeigte kürzlich in der Hamburger Kampnagelfabrik die klügste und lustigste Recherchetheatershow seit langer Zeit. „The Wonder of Flesh and the Brilliance of Blood“ heißt ihre Lehrstunde, die tatsächlich von der wundersamen Beschaffenheit des menschlichen Fleisches und der Brillanz des Blutes handelt. Man sieht einer zerstrubbelten, mit Gummihandschuhen ausgerüsteten Schauspielerin dabei zu, wie sie mit glühendem Interesse die neuesten Errungenschaften der Replikationsindustrie vorführt. Sie jongliert mit Knochentransplantaten und macht den Streicheltest zwischen echter und künstlicher Haut, sie lässt Körperflüssigkeiten schwappen und Gelenke knirschen. Jede Clownerie, die Laughlin vorführt, jeder ihrer Gags und jede ihrer Schockattacken stecken voller Spott über die Vergeblichkeit, mit der die Menschheit so panisch daran arbeitet, Ersatzteile für alle Körperfunktionen aufzutreiben.

Eine „Feier des Materials“ nennt Laughlin ihre Performance. Es ist eine Forschungsreise in das Wunderland der Biotechnologie, an deren Ende die Zuschauer sogar echte Gehirnmasse anfassen dürfen. „Es ist gar nicht besonders wabbelig“, sagt Laughlin, während sie mit einem Seziersägemesser fuchtelt. „Und nach allem, was man weiß, lässt es sich bis heute nicht durch unbelebtes Material ersetzen.“ ♦

A.T. SCHAEFER (O.); DOROTHEA TUCH (M.); KORBELPICTURES@WEB.DE (U.)





# Sex und Gott und Langeweile

Popkritik: „4“, das neue Album des US-Superstars Beyoncé Knowles

Sie ist wunderschön. Sie ist talentiert. Sie kann tanzen und ist eine der besten Sängerinnen ihrer Generation. Außerdem ist sie erfolgreich wie kaum eine andere Künstlerin, sie hat einige der besten Songs der vergangenen Jahre gemacht. Es gibt keine peinlichen Fotos von ihr, auf denen sie besoffen aus einem Club torkelt, ohne Unterwäsche aus einem Auto steigt oder sich gerade die Haare abrasieren lässt.

Im Grunde ist sie perfekt. Und damit wäre das Problem von Beyoncé Knowles, 29, unrissen: Sie ist der wahrscheinlich langweiligste Superstar der Welt.

Eine Tugendboldin, die nicht aufhören kann, Gutes zu tun und alles richtig zu machen. Im Frühjahr hat sie Michelle Obama bei deren Kampagne unterstützt, die amerikanische Kinder vom Fast-Food-Essen abhalten und zu mehr Bewegung animieren soll im Kampf gegen das Übergewicht. Außerdem ist sie mit dem Coldplay-Sänger Chris Martin und dessen Frau, der Schauspielerin Gwyneth Paltrow, eng befreundet – nach ihr die zweitlangweiligsten Superstars der Welt.

Aber dann legt man ihr neues Album „4“ auf, und alles ist vergessen. „1 + 1“ heißt das erste Stück, ein Song über die einfachste Beziehungsmathematik. „If I ain’t got nothing, I got you“, beginnt sie zu singen. Die Stimme kommt von irgendwo ganz tief unten, und am Ende jeder Zeile lässt Beyoncé sie nach oben schnellen, sie klingt fast wie betrunken vor Liebesglück. Dazu schummert ein Keyboard, und die Gitarre tickt den Rhythmus, als wäre sie eine biologische Uhr. Puh, was ist denn hier los? Wie kann man so langweilig sein und dabei so aufregende Musik machen?

Wahrscheinlich ging es nicht anders in Houston, Texas, wo Beyoncé aufwuchs. Sie war kein Unterschichtskind, wie es viele Soul-Sängerinnen und -Sänger bis heute sind, sondern kam aus einem be-

hüteten Mittelschichtshaushalt, ihr Vater war leitender Angestellter. Singen lernte sie in der Kirche.

Aber schon Ende der Neunziger, als sie mit der Girlgroup Destiny’s Child ihre ersten Schritte in Richtung Weltkarriere machte, hätte es viele Ausbruchsmög-

Das war ein kluger Pop-Feminismus. Dass aber Beyoncé bis heute als Geschlechterphilosophin gilt, dürfte ein Missverständnis sein. „Single Ladies (Put a Ring on It)“, einer ihrer größten Hits, war ein Loblied auf den sicheren Hafen der Ehe. Ihr Ehemann ist seit drei Jahren der ehemalige Drogendealer, Gangsta-Rapper, Musikmogul und Multimillionär Jay-Z.

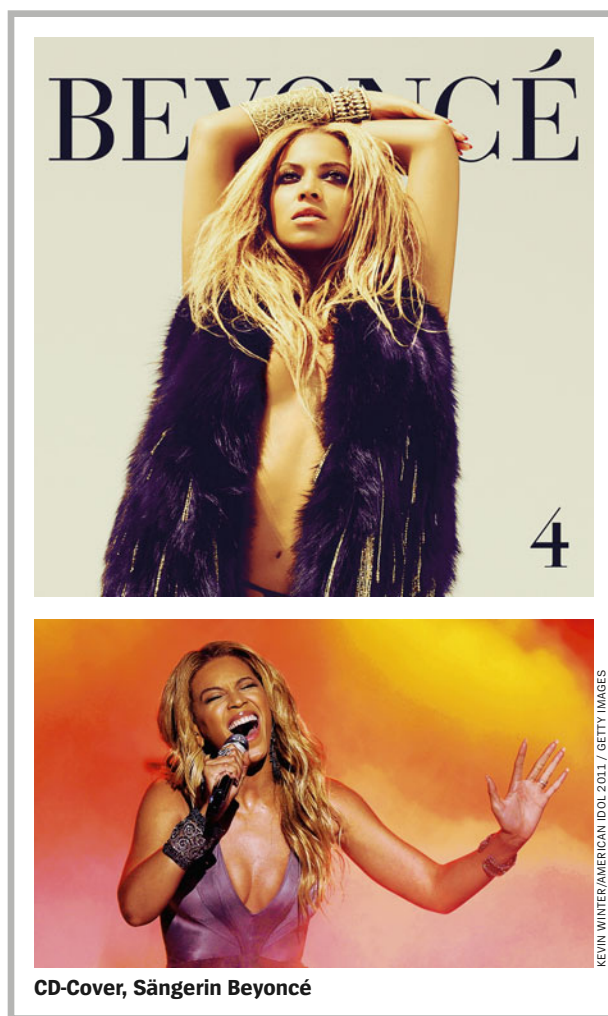
Nun also „4“, ihr neues Album. In Beyónces Œuvre wird es die Platte ohne offensichtlichen Hit sein, mal klingt ein Stück nach aufgebohrtem Achtziger-Jahre-Funk, ein anderes Mal hat sie sich den Rhythmus bei den Straßentänzen des amerikanischen Südens geborgt. Und über allem Beyónces Stimme, sinnlich und kraftvoll, mal ausdrucksstark und wild, mal sensibel: die alte Soul-Schule eben, wo Sex und Gott immer zusammengehören.

Und dann gibt es da noch diesen Song „Run the World (Girls)“, der an die alten postfeministischen Zeiten erinnert. In dem Video dazu stellen sich Beyoncé und ihre Tänzerinnen leichtbekleidet gegen uniformierte Polizisten. Das alles findet in einer verlassenen Wüstenlandschaft statt, zwischen brennenden Autos und Ruinen, es wirkt wie ein Kommentar zu den Aufständen in Nordafrika.

Und auch wie ein Kommentar zum tatsächlich bislang einzigen Skandal ihrer Karriere: Vor ein paar Monaten war bekanntgeworden, dass sie 2009 bei einer Silvesterparty des Gaddafi-Clans aufgetreten war und dafür viel Geld bekommen hatte. Beyoncé spendete das Geld und feuerte ihren Manager, immerhin ihren Vater, der seit den Teenagertagen für sie das Geschäftliche erledigt hatte.

Das war ein neues Bild: eine Künstlerin, die das Geld so sehr liebt, dass sie, trotz all der Millionen, die sie schon hat, im knallengen Bühnenkostüm vor Diktatorenöhnen singt. Politisch naiv, moralisch fragwürdig, aber immerhin nicht langweilig.

TOBIAS RAPP



CD-Cover, Sängerin Beyoncé

lichkeiten gegeben. Destiny’s Child hatten sich eine clevere Nische gesucht, ihr Programm bestand in der eleganten Zurückweisung all der sexistischen Klischees, mit denen im Gangsta-Rap über Frauen gesprochen wurde: Lasst euch von den Jungs nichts gefallen, riefen sie ihren Hörerinnen zu, die Typen sind Taugenichtse, und wenn sie die Rechnungen nicht bezahlen, schmeißt sie einfach raus.







SEGELN

## „Die reine Show“



Unfall der Oracle-Yacht

EDUARDO RIPOLL (U.); BECK DIFENBACH / REUTERS (L.)



Der Bremerhavener Yacht-konstrukteur Rolf Vrolijk, 64, Chefdesigner des Teams Alinghi, über die wachsende Gefahr beim Regattasegeln

**SPIEGEL:** Russell Coutts, Chef des BMW-Oracle-Racing-Teams, hat sich mit seiner Yacht bei einem Show-Duell in San Francisco überschlagen. Sind die modernen Katamarane noch beherrschbar?

**Vrolijk:** Das verunglückte Modell ist ein extrem leichter Katamaran, Rumpf und Takelage sind aus Carbonfaser, es beschleunigt schnell, erreicht somit den Punkt des Durchkenterns früh. Die Yacht neigt beim kleinsten Fahrfehler dazu zu stolpern, sie kenterte bereits bei einer Testfahrt in Neuseeland. Solche Unfälle sind heute unvermeidbar, Teil des Geschäfts.

**SPIEGEL:** Wie kam es dazu?

**Vrolijk:** Der Druck der Sponsoren ist riesig, das Spektakel vergleichbar mit

dem in der Formel 1: Würden Rennfahrer nicht mehr in die Wand krachen, wäre die Faszination dort auch vorbei.

**SPIEGEL:** Ein Teamkollege Coutts' stürzte aus sieben Meter Höhe vom Rumpf auf das Rigg des Bootes und riss ein Loch ins Segel. Er wurde erstaunlicherweise nur leicht verletzt. Ist Regattasegeln heute lebensgefährlich?

**Vrolijk:** Die Crew trägt zwar Helme, schlägt ein Mitglied jedoch unglücklich auf, kann das dramatische Folgen haben. Das ist vergleichbar mit einem Sturz aus dem vierten Stock.

**SPIEGEL:** Werden die Sicherheitsstandards nach dem Unfall überdacht?

**Vrolijk:** Nein. Der Trend geht zu immer größeren und schnelleren Yachten. Die verunglückte Yacht war 45 Fuß lang, beim nächsten America's Cup wird mit 72-Fuß-Modellen gesegelt. Ob ein Unfall passiert, liegt am Segler. Und viele handeln nicht mehr verantwortungsvoll. Das ist die reine Show.

FRAUEN - WM

## Grüner Fußball

Für die Fußball-WM der Frauen in Deutschland wurde ein spezielles Umweltprogramm entwickelt. „Green Goal 2011“ heißt der Plan, den der Deutsche Fußball-Bund (DFB) gemeinsam mit dem Öko-Institut in Berlin für

das Turnier ausgearbeitet hat. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß soll so niedrig wie möglich gehalten werden. An den Spielorten werden bunte Aufsteller stehen, auf denen Fans dazu aufgefordert werden, mit der Bahn oder dem Bus zum Stadion zu fahren. In den Arenen wurden Halogenleuchten durch energiesparende LED-Lichter ersetzt, der Senf an den Imbissbuden kommt nicht

mehr aus Plastiktütchen, sondern aus nachfüllbaren Spendern. In vielen Toiletten wurden wasserlose Urinale installiert. Laut Claudia Roth (Grüne), der Sprecherin des DFB-Umweltbeirates, wurden die Fahrer der Limousinen des Veranstalters Fifa einem Training unterzogen. Sie haben dabei gelernt, wie sie Ehrengäste und Funktionäre besonders sparsam befördern.

TENNIS

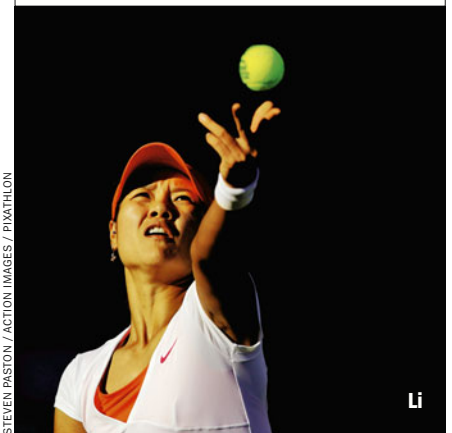
## Nachwuchs für China

Der chinesische Tennisverband hofft, dass der Sieg von Li Na bei den French Open in Paris einen Boom bei Kindern und Jugendlichen auslöst. Bislang sind in China offiziell nur 500 Jungen und Mädchen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren registriert, die Tennis spielen. Tom McCarthy, Vermarkter des chinesischen Verbandes, glaubt, dass wegen Lis Triumph künftig mehr Eltern ihren Nachwuchs zum Tennis bringen würden, „weil sie nun erkennen, dass Chinesen auch darin Weltklasse sein können“. Die beliebtesten Sportarten in China sind Basketball, Fußball und Tischtennis. Tennisprofi Li Na, 29, aus Wuhan in der Provinz Hubei, ist die erste Asiatin, die ein Grand-Slam-Turnier im Einzel gewonnen hat. Die derzeitige Nummer vier der Weltrangliste gehört auch beim Turnier in Wimbledon, das an diesem Montag beginnt, zu den Favoritinnen.

116

Millionen Chinesen

haben das Damen-Finale der French Open im Fernsehen verfolgt.



STEVEN PASTON / ACTION IMAGES / PIXATHLON

Li



BASKETBALL 5:06  
18

# Ein unamerikanischer Held

Dirk Nowitzki wurde in den USA lange als behüteter Junge aus Europa belächelt. Jetzt dominiert er einen Sport, dessen Stars meist aus den schwarzen Ghettos kamen. Aber taugt ein stiller Deutscher in Amerika auch als Idol? *Von Marc Hujer*



Basketball-Star Nowitzki im Finale gegen Miami

ANDREW D. BERNSTEIN / NBAE / GETTY IMAGES



Er steht ganz hinten am Tresen und kann den Blick kaum von den Fernsehern wenden. Er sieht sich dort selbst, Dirk Nowitzki im Finale gegen Miami, wie er nach einem Dutzend Fehlwürfen endlich trifft, wie er immer besser in Form kommt und schließlich den ersten Fade Away verwandelt, seinen ein wenig linkisch anmutenden Wurf, der zu seinem Markenzeichen wurde und von dem die amerikanischen Zeitungen schreiben, er sei „so hässlich, dass er nicht zu stoppen ist“.

Es ist Montagabend vergangener Woche, ein Tag nachdem Dirk Nowitzki die Dallas Mavericks zur ersten Basketballmeisterschaft ihrer Geschichte geführt hat. „Championship Monday“ nennen sie diesen Montag in Dallas.

Mavericks-Eigentümer Mark Cuban hat in Nowitzkis Stammkneipe eingeladen, das Loon, eine dunkle, fensterlose Sportbar in der Innenstadt. Jedes Mal, wenn er dort oben auf dem Bildschirm trifft, reckt Nowitzki hier unten in der Kneipe seinen Arm gegen die Decke, als müsse er alles noch einmal durchleben, das Finale mit seinen Höhen und Tiefen. In den nächsten Tagen wird sich alles um ihn drehen, um „Dörk“, wie die Amerikaner sagen, einen Weißen aus dem Unteren Katzenbergweg in Würzburg, Germany, der nun in einer Reihe mit den Größten genannt wird, mit Magic Johnson, Michael Jordan und Kobe Bryant, den schwarzen Legenden. Und wenn er gefragt wird, wie er sich fühle, findet er keine richtigen Worte dafür.

Plötzlich fliegt die Kneipentür auf und Mavericks-Guard Jason Terry stürmt herein, ein schwarzer Star mit Hang zum Protz, mit Diamantuhr am Handgelenk und einer Sonnenbrille auf der Nase. Er ist einer der wichtigsten Mannschaftskameraden Nowitzkis, aber einer, der kaum unterschiedlicher sein könnte: verschwenderisch, dröhnend selbstbewusst, ein Ghettokind mit neun Geschwistern. Alle nennen ihn Jet, und nach wichtigen Dreipunktwürfen breitet er die Arme aus und läuft wie ein Düsenjet über den Platz. Den Larry-O'Brien-Meisterpokal hat er sich schon vorher auf den Bizeps tätowieren lassen.

Spieler wie Terry prägen die Liga, sie waren der Grund, dass viele glaubten, Nowitzki würde sich mit seiner leisen, bescheidenen Art in Amerika niemals durchsetzen, nicht gegen die Ghettokinder. Aber an diesem Abend ist nichts mehr davon zu spüren.

Als Nowitzki Terry sieht, ruft er ihn bei seinem Namen. „Jet, Jet, Jet“, skandiert er, und die ganze Kneipe stimmt ein. Jet breitet die Arme aus, mimt wieder den Düsenjet, und als er schließlich vor Nowitzki steht, nimmt ihm dieser die Sonnenbrille von der Nase, um sie sich selbst aufzusetzen, das Symbol der Ghettokids.

Es ist eine Frotzelei unter Freunden, aber eine, die sich nicht jeder leisten kann in diesem Sport, der immer auch mit dem Rassenkonflikt kämpfte. Aber an diesem Abend denkt Nowitzki nicht daran, die Brille wieder abzusetzen, er trägt sie bis zum Schluss, und Terry versucht nicht, sie wieder zurückzuholen.

Nowitzki ist jetzt einer der größten Basketballspieler aller Zeiten, der erste Weiße seit Larry Bird, der in diesem schwarzen Sport ein Team zur Meisterschaft geführt hat. Einer, den sich die Basketballliga schon länger gewünscht hat, ein zweiter Larry Bird, der die weißen Fans im Heartland Amerikas anspricht, der aber auch von den Schwarzen akzeptiert wird, der auch als Weißer Thema in den schwarzen Friseursalons des Landes werden könnte. Alle loben ihn nun, selbst die schwarzen Stars. Magic Johnson sagt: „Dirk ist einer der besten Basketballspieler aller Zeiten.“



Miami-Spieler Bosh, Wade, James: Hang zum Protz

Aber wird er auch ein Idol, das neue Vorbild der amerikanischen Jugend?

Er ist ein unamerikanischer Held. Er kommt aus Deutschland, einem Basketballentwicklungsland, und ihm fehlt die Eleganz der großen schwarzen Athleten, die, wie es der Basketballtrainer Isiah Thomas einmal formulierte, „dribbelnd aus dem Mutterleib kommen“. Oft lässt Nowitzki wie ein Terrier die Zunge heraushängen, und das amerikanische „Dörk“ klingt wie ein rülpsender Urlaub.

Was verbindet ihn mit dem Amerika, in dem Sportlegenden geboren werden? Ein Junge, geboren in Würzburg, einer Stadt, die für die Amerikaner nach einem Märchen klingt, nach mittelalterlichen Kirchen und gutem, trockenem Weißwein? Er hat keine Drogenprobleme, keine Tattoos, keine Ghettovergangenheit.

Ihm fehlt der Geruch der amerikanischen Unterschicht, für die eine Karriere im Sport manchmal die einzige Möglichkeit ist, der Armut zu entkommen, die Sport auch zum nationalen Mythos erhebt, zu einem unverzichtbaren Teil des amerikanischen Traums, dass es jeder

nach oben schaffen kann. Nowitzki aber ging nach Amerika, weil er einfach nur ein besserer Basketballspieler werden wollte, weil Amerika die beste Liga hatte und er dort mitspielen wollte, nicht aus Not. Sein Trainer, Holger Geschwindner, hat damals mit ihm den Grand Canyon besucht, Las Vegas, sie haben sich Colleges angeschaut, und dann haben Nowitzki die Talentsucher der Profiliga entdeckt. Für Nowitzki war die Karriere in Amerika ein Luxusproblem.

Als er 1999 in die USA kam, sahen die Amerikaner in ihm vor allem einen behüteten Jungen aus dem alten, satten Europa. Und er selbst förderte unfreiwillig dieses Bild, als er in einem Interview einmal bekannte, er vermisse in Amerika Freunde, Familie und die „Knödel meiner Mama“.

Und so galt er von Beginn an als zu weich. Er hatte Talent, das stand außer Frage, aber im entscheidenden Moment,

in den ganz großen Spielen versagte er. Und jeder Misserfolg trug mehr zu dem Image bei, ihm fehle die nötige Härte. Vor allem 2006, als er mit den Mavericks zum ersten Mal gegen Miami im Endspiel stand und verlor. „Irk“ nannten sie ihn, ohne D für Defense, weil sie ihm die Fähigkeit zur Verteidigung absprachen, und „No-Win-ski“, weil er die wichtigen Spiele verlor.

Die Kritik hat ihn geärgert, und vielleicht hat sie ihm die Härte gegeben, die er bisher vermissen ließ. Es ist Dienstag der vergangenen Woche, der Tag nach der Party im Loon.

Nowitzki kommt die Treppen aus den Umkleidekabinen herunter, setzt sich auf einen Hometrainer und beginnt noch einmal vom Finale zu erzählen, von seinen Stärken und Schwächen, dem Mannschaftsgeist, dann kommt er auf das Spiel 4 zu sprechen, in dem er mit Husten und 39 Grad Fieber antrat.

21 Punkte hat er an diesem Tag gesammelt und damit die Mavericks zum Sieg geführt, er hat nicht nur gewonnen, er war hart, härter als alle anderen. Dwyane Wade, neben Chris Bosh und LeBron James einer der schwarzen Stars von Miami, wollte das nicht wahrhaben, er zweifelte an, dass Nowitzki überhaupt krank war an jenem Tag, und äffte ihn vor laufender Kamera nach, wie er in sein T-Shirt hustete. „Kindisch“ sei das gewesen, sagte Nowitzki, und jetzt sagt er: „Ich habe noch nie etwas vortäuschen müssen. Ich hätte noch viel deutlichere Worte verwenden können.“ Nowitzki findet „kindisch“ noch ziemlich nett. Er hat zurückgeschlagen, bestimmt, aber unaufgeregt, und diesmal hat er das letzte Wort.

Es hat sich in Amerika viel geändert seit Larry Bird, einer Zeit, als Ronald Rea-



# Die Königin von Buffalo

Die Brasilianerin Marta gilt als beste Spielerin der Welt. Im Alltag kickt sie für einen Club in der amerikanischen Provinz. Ihr Geldgeber ist ein Hotdog-Hersteller.

gan Präsident war und sich das Land an die Bürgerrechte gewöhnen musste. Es gibt noch immer Konflikte zwischen Schwarz und Weiß, aber das Land ist toleranter geworden, es hat mit Barack Obama seinen ersten schwarzen Präsidenten gewählt. Man müsse sich das einmal vorstellen, sagt Geschwindner, Nowitzkis Entdecker. „Ein Weißer schickt alle zum Fischen, und dann kommt er auch noch aus einem Fußballerland.“

Geschwindner sitzt in einem Starbucks im Norden von Dallas, in der Nähe von Nowitzkis Haus, es ist sein zweites Büro. Seit zwei Monaten ist er hier, für die gesamten Play-offs. Er nennt ihn noch immer „den Bub“, dessen „Werkzeug“ er erweitern muss. Seine Drills tragen alte deutsche Namen, Hasenhüpfer nennt er sie und Froschsprünge.

Geschwindner ist ein Mann alter Schule. Einer, der uncoole Dinge sagt, Opa-Sätze: „Wer saufen gehen kann, kann auch trainieren.“ Er predigt Fleiß, Loyalität und warnt vor Maßlosigkeit. Vor der Marotte vieler Basketballspieler etwa, sich für jeden Wochentag ein Auto zu halten, und vor dem generellen Drang der Amerikaner, immer alles zeigen zu müssen, was sie haben. Er hat immer gepredigt, „dass man nicht jeden Tag Kaviar essen kann“ und dass er deshalb nicht jeden Werbevertrag annehmen muss. „Man muss ja nicht wie eine Litfaßsäule rumrennen“, sagt Geschwindner.

Nowitzki ist auch ein Produkt seiner Erziehung, seines Plädoyers gegen Maßlosigkeit, an der nicht nur die amerikanische Basketballliga leidet. Es gibt ein neues Bewusstsein in Amerika, einen Zwang zur Bescheidenheit, auch in der Wirtschaft und in der Politik, dafür hat die Finanzkrise gesorgt.

Und damit werden die Tugenden wieder modern, für die einer wie Nowitzki steht, der nicht umsonst dafür so viel Lob erhält, dass er im letzten Jahr nicht zu einem anderen Club gewechselt ist und auf Gehalt verzichtete, damit die Mavericks neue Spieler unter Vertrag nehmen konnten.

Am vergangenen Donnerstag feiern sie diesen Titel noch einmal, mit der großen Parade durch die Innenstadt von Dallas. Nowitzki steht neben Terry auf dem Wagen. Sie grüßen die Fans, sie jubeln ihnen zu, Terry spritzt die Fans mit Wasser nass, während Nowitzki dauernd die Arme zur Siegerpose nach oben streckt, aber als der Jubel besonders laut wird, an den großen Kreuzungen und der Autobahnunterführung, geben sie sich ein Zeichen, gehen in die Knie und breiten die Arme aus, dann machen sie gemeinsam den Düsenjet. Es sieht ein wenig steif aus, wenn Nowitzki das macht, und als Terry ihn sieht, zeigt er auf ihn, um sich über Nowitzki lustig zu machen. Sie lachen, es ist nichts für den Deutschen.

Sie trägt ein Trikot der brasilianischen Nationalmannschaft im Stil der sechziger Jahre, blaue Fußballschuhe, auf denen ihr Name steht, weiße Socken. Und einen blauen, fast knielangen Faltenrock. Marta sieht aus wie ein Kind in einem zu groß geratenen Faschingskostüm, eine Haarspange rafft das Trikot im Rücken, der Rock ist zu weit.

So läuft sie durch eine Sporthalle in der Nähe von Elma, einem Vorort von Buffalo, im Nordosten der USA, um sie herum vier Frauen, die aus Brasilien kommen wie sie. Sie sind hier, um Marta für ein Hochglanzmagazin zu fotografieren, sie haben die Fußballerin geschminkt, ihre Haare glattgezogen und ihr dieses Kostüm gegeben.

Marta zapft an dem Rock, schaut auf ihre Beine. Sie ist schmal, nur 1,62 Meter groß, ihre Füße sind winzig, aber ihre Beine ziemlich kräftig. „Sieht super aus“, ruft ihr die Stylistin zu, die anderen Frauen nicken. Die Fotografin sagt: „In Brasilien nennen wir sie ja Pelé mit Rock.“

Vermutlich hat nie eine Frau besser Fußball gespielt als Marta Vieira da Silva. Sie ist seit fünf Jahren durchgehend Weltfußballerin des Jahres. Keine Frau bekam diesen Titel so oft wie sie. Nur Weltmeisterin ist Marta, 25, noch nicht, sie könnte es im Sommer werden, am 26. Juni beginnt die Frauenfußball-WM in Deutschland. Es gibt zwei Favoriten, einen großen und einen kleinen. Der große sind die Deutschen, die fast als unschlagbar gelten, sie haben die letzte und die vorletzte WM gewonnen.

Der kleine Favorit ist Marta, sie soll der Star der WM werden, beweisen, dass sie all ihre Ehrungen verdient hat. Wenn

jemand die Deutschen schlagen kann, dann sie, das ist die Erwartung, die ihr Land an sie hat.

Brasilien ist kein Frauenfußball-Land, es gibt nicht mal eine nationale Liga, nur einen Pokal. Neben Marta sind zwei Nationalspielerinnen bei Vereinen im Ausland. Wenn es heißt, Brasilien sei ein WM-Favorit, dann vor allem wegen Marta.

Vor vier Jahren hat sie es nicht geschafft. Sie verschoss einen Elfmeter im WM-Finale gegen die Deutschen, am Ende verlor Brasilien.

„Wir standen immerhin im WM-Finale, zum ersten Mal“, sagt Marta über diesen Tag. Es sei eben noch nicht der Moment für den Sieg gewesen. Wenn sie hört, dass die Deutschen seit Wochen gemeinsam für die WM trainieren, sagt sie: „Wow.“ Das gehe in Brasilien nicht. „Aber wir wollen immer gewinnen.“ Sie klingt ein wenig trotzig, das mache brasilianische Fußballer aus, ihr Wille und ihr Talent.

Auf einer Wiese vor der Halle legt sich die Fotografin vor Marta ins Gras. Marta soll in die Luft springen und die rechte Faust hochreißen, so wie Pelé das oft gemacht hat. Allerdings musste Pelé dabei nicht auf seinen Rock aufpassen.

Dann läuft Marta zurück zur Halle, posiert drinnen für weitere Fotos, sie soll unter anderem einer Mickymaus-Figur ins Ohr beißen. Immerhin trägt sie nun Jeans, eine Lederjacke, Kleidung, die zu ihr passt.

Vor zwölf Jahren ist Marta aufgebrochen in diese Welt. Sie war noch ein Mädchen, als sie Dois Riachos verließ, ihre kleine Heimatstadt im Nordosten Brasiliens, „ich war das einzige Mädchen dort, das Fußball spielte“.



Fußballstar Marta, Stadion der Western New York Flash, Marta-Fans in Buffalo, Fotomodell Marta:





FOTOARENA / IMAGO

**Brasilianische Nationalspielerin Marta:** „Pelé mit Rock“

Marta redet schnell, gehetzt fast, lieber Portugiesisch als Englisch, ihre Stimme ist tief und rau, sie klingt viel älter als 25. Ihr Gesicht ist schmal und kantig, mit großen Augen, deren Ausdruck so häufig wechselt wie ihre Laune.

Marta sagt, dass sie keine Lust auf noch ein Gespräch über sich habe, dass sie zu erschöpft sei. Bis sie auf einmal meint: „Okay, das Interview, geht sofort?“

Wie fing sie an, Fußball zu spielen? „Ich war sieben. Mit den Jungs, auf der Straße, ohne Schuhe.“ Die Nachbarn re-

deten über sie, ihre Brüder waren sauer, ihre Mutter machte sich Sorgen. Aber sie verbot ihr das Spielen nicht. Mit 14 nahm Marta einen Bus nach Rio de Janeiro, spielte bei einem Verein vor und blieb.

„Ich lebe da, wo ich spielen kann, wo ich besser werden kann“, sagt sie. So sei das immer gewesen. Muss sie ihr Leben noch weiter erklären? Sie ist fast schon wieder genervt.

Zwei Wochen bevor sie 18 wurde, zog sie nach Schweden, in eine Stadt nahe am Polarkreis, sie hatte einen Vertrag

beim Verein Umeå IK bekommen. Als Marta ankam, war Sommer in Brasilien, Winter in Schweden, es lag viel Schnee, ihr erster Schnee. Spielen die hier wirklich Fußball?, fragte sie sich.

In Schweden habe alles angefangen, sagt Marta. Da habe sie gelernt, allein zu leben, besser auf sich zu achten. Sie blieb fünf Jahre lang, ihr Verein wurde viermal Meister, sie lernte Schwedisch, fand viele Freunde, ein gutes Leben, ihr Blick wird weich, wenn sie von Schweden spricht.

Nun ist sie hier, Western New York Flash heißt der Verein, bei dem sie seit dem Frühjahr spielt, nach dem Westen des Bundesstaats New York. Die Niagarafälle sind nicht weit, das Land ist flach und grün. Dem Vereinsbesitzer Joe Sahlen gehört eine Fleischfabrik in Buffalo.

Es ist Martas dritter Club, seit sie vor gut zwei Jahren in die USA zog. In den USA machte damals eine neue, professionelle Frauenliga auf, die mit ihr groß und wichtig werden sollte. Dafür verließ sie Schweden, leicht fiel es ihr nicht.

Als die Frauen vom Fototeam abbauen, wartet schon ein Kameramann von einem brasilianischen Sportsender. Martas Trainer sagt, bevor sie Marta hatten, sei kaum mal die Lokalpresse da gewesen.

Marta führt den Fernsehmann herum, erzählt ihm, dass ihre Idole Rivaldo und Ronaldinho heißen, dass ihr Agent in Brasilien auch Ronaldo vertritt. Der Fernsehmann fragt, wie sie sich denn so mit Ronaldo verstehe, er will über die berühmten Fußballer reden, über die Männer, aber Marta sagt, dass sie Ronaldo kaum kenne, trotz des Agenten.

Als der Mann die Kamera ausstellt, nimmt sie ihren Rucksack, vor der Halle steht ihr Auto, sie fährt nach Hause, Orchard Park, ein weiterer Vorort von Buffalo. Der Club hat dort Wohnungen für die Spielerinnen, Marta teilt ihre mit Maurine, die auch aus Brasilien kommt.

Am nächsten Nachmittag steht sie mit den anderen wieder vor der Halle und wartet auf den Bus. Jedes Heimspiel ist für sie ein weiteres Auswärtsspiel, sie haben kein Stadion in Buffalo, sondern spie-



*Sie soll der Star der WM werden, beweisen, dass sie all ihre Ehrungen verdient hat*



len in Rochester, eine Autobahnstunde entfernt. Dort hält der Bus am Rand eines flachen Stadions vor einem Container. Darin befinden sich die Umkleiden, auf dem Parkplatz stehen Chemietoiletten für die Spielerinnen.

Western New York Flash spielt gegen einen Verein namens MagicJack. Im Stadion geht es zu wie auf einem Kindergeburtstag, mit Discomusik, Fußball-Bingo, Kinderschminken. Es sind viele Mädchen da, Fußball ist in den USA ihr Sport. Sie jubeln, als Marta auf den Platz läuft.

Oben auf der Tribüne sitzt Clubchef Joe Sahlen in seiner klimatisierten Loge mit Ledersesseln und Einbauküche, auf einem Flachbildfernseher läuft Baseball. Joe Sahlen interessiert sich für Fußball, seit seine Tochter Alexandra als Kind mit diesem Sport begann. Sie ist 28 und sitzt unten auf der Bank, sie spielt in Martas Mannschaft, aber vielleicht müsste man eher sagen, dass Marta in ihrer Mannschaft spielt. Der Trainer ist der Schwiegersohn von Sahlen, Alexandras Mann, er heißt Aaran Lines und hat in der Nationalmannschaft von Neuseeland und in der zweiten Mannschaft von Werder Bremen gespielt. Vor drei Jahren gründete die Familie den Club, im vorigen Jahr beschloss sie, in die oberste Spielklasse einzusteigen. Im Januar fragte Sahlen seinen Schwiegersohn: Was hältst du von Marta?

Marta saß damals in Brasilien, sie hatte ihren fünften Weltfußballerinnenpokal, aber keinen richtigen Job. Die neue Frauenliga in den USA ist bisher kein so großer Erfolg, sechs Teams gibt es noch. Martas erster und zweiter Club beendeten die Saison jeweils als Tabellenführer und gingen dann pleite.

Nun spielt sie für Joe Sahlen, der sagt: „Ist doch besser, sie zu haben, als gegen sie spielen zu müssen.“

Die Hälfte der Frauen unten auf dem Feld sind Nationalspielerinnen, viele werden zur WM fahren. Das Stadion ist mehr als halbvoll, 8076 Zuschauer, die Leute bei Western New York Flash sind begeistert. Nur zu drei Spielen der Liga kamen jemals mehr Zuschauer. Frauenfußball wollen auch in den USA nicht allzu viele Leute sehen.

Es ist keine schlechte Partie, schnell, aber etwas altmodisch, an Marta klebt die meiste Zeit eine Verteidigerin, die einen Kopf größer ist als sie, Manndeckung hieß das. Wenn Marta sich lösen kann, spürt man ihr Talent, sie hat Ideen, mit denen die anderen nicht rechnen, leider auch ihre Mitspielerinnen nicht immer.

Joe Sahlen wirkt zufrieden. „Das Produkt ist gut“, sagt er. Es ist ein Satz, den Sahlen oft sagt, mal ist das Produkt sein Team, mal der Frauenfußball an sich, wahrscheinlich sagt er es auch, wenn er von seinen Würstchen redet.

Sahlen ist 58, drahtig, sein Gesicht wirkt geherbt, er hat sich angezogen wie seine eigene Werbefigur. Firmenlogo auf dem Sonnenschirm, Firmenlogo auf dem Poloshirt, Turnschuhe in den Firmenfarben. Er leitet in vierter Generation die Sahlen's Fleischfabrik, verkauft Schinken, Truthahnbrüste und Hotdogs, fährt nebenbei selbst Autorennen. Er scheint nur nicht gern zu reden.

War es schwer, Marta zu bekommen? „Sie ist teuer.“ Wie teuer, sagt er nicht,



Weltfußballer Messi, Marta: „Sie ist teuer“

aber seit sie in den USA spielt, heißt es, dass Marta eine halbe Million Dollar im Jahr bekomme. Sie ist damit wohl die bestbezahlte Fußballerin der Welt.

Hat sich die Investition gelohnt? Mal sehen, sagt Sahlen. „Ein paar Tore noch, und alles ist gut.“ Er setzt sich auf die Tribüne vor seiner Loge; wenn Marta am Ball ist, ruft er: „Okay, let's go, Marty.“ Ohne Männer wie Sahlen würde es die kleine, aber immerhin professionelle Liga in den USA vermutlich gar nicht geben.

Martas Mannschaft gewinnt 3:0, sie hat kein Tor gemacht, aber einen Elfmeter herausgeholt. Nach dem Spiel hüpfte sie über den Platz, zieht ihr Trikot hoch,

zeigt eine Schramme an ihrer Hüfte. „Egal, wie hart sie mich angehen, ich gebe nie auf“, ruft sie, lacht, als hätte sie einen Pokal gewonnen. Keine ihrer Mitspielerinnen ist so aufgedreht wie sie. Es ist nicht nur ihr Talent, das Marta von den anderen unterscheidet.

Am Montag nach dem Spiel haben sie frei, nur Marta ist wieder in der Trainingshalle, es sind wieder Kamaleute aus Brasilien da, Fotografen, bald beginnt die WM, sie wollen ihren Star. Marta setzt sich an einen Tisch am Eingang, plötzlich in Gesprächslane, bringt Kaffee an den Tisch, trinkt selbst schnell zwei Becher. Sie trägt ein T-Shirt der Uno, für die werde sie bald nach Afrika fahren.

Wenn sie frei hätte an diesem Tag, wie die anderen, was würde sie tun?

Tennis spielen vielleicht, ein bisschen auf der Gitarre üben. Über Skype mit ihrer Familie in Brasilien telefonieren. Dinge, die man fast überall tun kann, die zu ihrem Leben passen, den Umzügen.

Sie vermisst Schweden. Bald will sie hinfahren, Freunde besuchen.

Es sei nicht toll, jedes Jahr neu anzufangen, so wie zuletzt, „es ist etwas frustrierend“, schade auch, dass die US-Liga so klein sei. Aber die Clubs, die es gibt, seien gut, jede Partie eine Herausforderung. Die Gesprächszeit ist fast um, keine Zeit für Zweifel.

Im Januar stand Marta bei der Gala für die Weltfußballer des Jahres in Zürich auf der Bühne, in einem weißen Kleid neben Lionel Messi, die beste Frau und der beste Mann. Messi bekam den Preis zum zweiten Mal, Marta zum fünften Mal hintereinander. Vielleicht wird sie jetzt auch Weltmeisterin, vielleicht kann sie die Deutschen schlagen.

Aber das würde auch nicht viel ändern. Sie könnte auch zehnmal Weltfußballerin werden, sie spielt in einer anderen Sportart als die Männer, einer Sportart, die kein riesiges weltweites Geschäft ist, sondern eine Art besseres Hobby.

Messi hat mit dem FC Barcelona eben die Champions League gewonnen, weltweit sahen 100 Millionen Menschen zu, Marta schießt Tore für einen Hotdog-Fabrikanten.

Aber in Brasilien bauen sie ihm ein Denkmal, dem entschlossenen Mädchen aus Dois Riachos. In Maceió wird es liegen, der Hauptstadt des Bundesstaats Alagoas, aus dem sie kommt. Dort war sie gerade für ein Testspiel, im Stadion „König Pelé“. Das Denkmal, eher ein kleines Museum, wird im Stadion liegen, „da kommen meine Fotos hin, Videos, meine Pokale, damit die Leute etwas über mich lernen können“.

Ihre Mutter war dabei, als sie Marta die Pläne zeigten, und weinte. Im Dezember soll das Denkmal eingeweiht werden. Es soll „Königin Marta“ heißen.

WIEBKE HOLLERSEN







## MARKETING

## „Zeit“ will „Bild“ zahlen lassen

Der Streit zwischen „Zeit“ und „Bild“ um ein Interview der Wochenzeitung mit Jörg Kachelmann eskaliert. Am vergangenen Mittwoch prahlte die „Bild“-Zeitung auf ihrer Online-Seite erneut damit, „Die ganze Abrechnung in „Bild“ zum Fall Kachelmann zu präsentieren. „Das ist ein dreister Verstoß gegen die Unterlassungserklärung von Bild Digital, und wir fordern dieses Mal auch eine Vertragsstrafe“, sagte eine „Zeit“-Sprecherin. Bereits in der Woche zuvor hatte sich „Bild“ damit gebrüstet, dass bei ihr die „ganze Abrechnung“ zu lesen sei – tatsächlich aber hatte das Blatt nur wie andere Medien auch aus dem „Zeit“-Interview zitiert; die „Zeit“ beanstandete das umgehend. Bild Digital versicherte daraufhin, die Formulierung nicht mehr verwenden zu wollen. Doch nur wenig später brach die Boulevard-Redaktion das eigene Versprechen. Schuld an dem neuerlichen Verstoß sei „eine Verkettung unglücklicher Umstände und ein individueller Fehler in der Redaktion“, so ein Springer-Sprecher.



„Zeit“-Chef Giovanni di Lorenzo



Nuhr

## KARRIEREN

## ARD setzt auf Nuhr

Der Kabarettist Dieter Nuhr, 50, hat sich in der vergangenen Woche als Showmaster versucht. In einem Kölner Studio zeichnete er eine deutsche Version des britischen Ratespiels „Pointless“ auf, das seit 2009 auf BBC Two läuft. In der Sendung, die der früheren RTL-Show „Familienduell“ ähnelt, geht es darum, möglichst wenig Punkte zu kassieren. Sollten die Programmverantwortlichen das Projekt gutheißen, könnte „Pointless“ künftig im Vorabendprogramm des Ersten laufen. In der ARD heißt es, man wolle testen, was man mit Nuhr über den „Satire Gipfel“ hinaus noch machen könne, den er seit Januar präsentiert. Das Format hatte er von Mathias Richling übernommen.

35,6

Millionen Leser

hatte die US-Online-Zeitung Huffington Post im Mai auf ihrer Seite – erstmals mehr als die Web-Seite der „New York Times“, die im gleichen Zeitraum, laut Marktforschern, nur auf 33,6 Millionen Leser kam.

## VERLAGE

## Publizistischer Kleinkrieg

Die Auseinandersetzung zwischen dem Hamburger Bauer-Verlag („Bravo“, „Adel exklusiv“, „In-Touch“) und der Jugendzeitschrift „Spiesser“ nimmt obskure Züge an. Mittlerweile beharrt man sich nicht nur in Fragen der tatsächlich verbreiteten Auflage oder Formulierungen in Pressemitteilungen über juristische Teilerfolge. Auch wenn es um freche

User-Kommentare auf der Web-Seite Spiesser.de geht, schrecken die Bauer-Juristen vor gerichtlichen Schritten nicht zurück. So wollten sie den Satz „Scheiß Bauer-Verlag!“ verbieten lassen – und sind damit beim Landgericht Hamburg gescheitert. Der Leserkommentar stammte angeblich von Besucher „phil\_98“; die inkriminierte Aussage war auch auf der Homepage zu lesen. Über die inhaltliche Zulässigkeit machten die Richter keine Aussage. Vielmehr ging es um die Frage, ob „Spiesser“ den Kommentar manuell auf die Startseite gehoben hat. Das Gericht glaubte offenbar einer eides-

stattlichen Versicherung des „Spiesser“-Geschäftsführers, dass auf der Startseite immer nur Teile des jeweils zuletzt abgegebenen User-Kommentars angerissen werden. Ob man gegen das aus „rein formalen Gründen ergangene Urteil“ vorgehe, prüfe man derzeit, teilt der Bauer-Verlag auf Anfrage mit. Ein möglicher Grund für den publizistischen Kleinkrieg: Im Bauer-Verlag erscheint auch die angehrte Jugendpostille „Bravo“. Deren Auflage sank zuletzt auf rund 400 000 Exemplare, der „Spiesser“ richtet sich an eine ähnliche Zielgruppe – wird allerdings gratis verteilt.



SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Fördern, was wächst“

Der designierte ZDF-Intendant Thomas Bellut, 56, über das Ende der Expansion seines Senders, den Kampf um jüngere Zuschauer und die Zukunft von „Wetten, dass ...?“



GABY GERSTER / DER SPIEGEL

**Programmdirektor Bellut:** „Nicht rund um die Uhr bedeutungsvoll sein“

**SPIEGEL:** Herr Bellut, am Freitag hat der Fernsehrat des ZDF Sie zum künftigen Intendanten gewählt. Sie waren der einzige Kandidat und erhielten 96 Prozent der abgegebenen Stimmen. So was kennt man eher von Diktaturen oder Parteitag.

**Bellut:** Ich kann Ihnen versichern, dass es sich um eine freie und geheime Wahl gehandelt hat. Ich bin seit 25 Jahren im Haus und habe einst als Volontär angefangen. Die Fernsehleute kennen mich. Sie wissen, wie ich mit meinen Mitarbeitern umgehe und wie wichtig mir vor allem die journalistische Unabhängigkeit ist.

**SPIEGEL:** Ihr bisheriger Job als Programmdirektor sei einfach gewesen, sagten Sie mal. „Man guckt, was läuft.“ Was macht man als Intendant darüber hinaus?

**Bellut:** Ein Intendant ist wie ein Gärtner: Er fördert das, was wächst. Ehrlich gesagt war es immer eine Traumvorstellung von mir, Intendant zu werden.

**SPIEGEL:** Sie sind ehrgeizig ...

**Bellut:** ... was ich nicht als Makel sehe.

**SPIEGEL:** Ihr Vorgänger Markus Schächter, der noch bis März 2012 amtiert, gilt als Strippenzieher, aber auch als Zauderer ...

**Bellut:** ... womit man ihm Unrecht tut. Er war zehn Jahre lang ein hervorragender Stratege und ZDF-Repräsentant, der für ein offenes Miteinander im Sender gesorgt hat. Er hat machen lassen. Auch mich.

**SPIEGEL:** Was soll später mal über den Intendanten Bellut geschrieben werden?

**Bellut:** Dass das Programm nach mir besser dasteht als vorher. Ich bin als Journalist zum ZDF gekommen, hatte immer mit Inhalten zu tun und werde mich auch künftig ins Programm einmischen.

**SPIEGEL:** Ihre Tochter ist 18, Ihr Sohn 22. Mal ehrlich: Schauen die beiden ZDF?

**Bellut:** Meine Tochter guckt Privatsender wie ProSieben und Vox, aber auch Arte und unseren jungen Kanal ZDFneo. Sie fand es cool, dass dort „Mad Men“ lief ...

**SPIEGEL:** ... die vielfach ausgezeichnete US-Serie über eine New Yorker Werbeagentur in den sechziger Jahren.

**Bellut:** Mein Sohn ist viel im Internet. Aber wenn in der Welt etwas Wichtiges passiert, schaut er auch „heute-journal“. Es gibt also Wege, meine Kinder zu erreichen. Umgekehrt ist es ja nicht so, dass das ältere Publikum keinerlei Veränderung will. Der Erfolg unserer satirischen „heute-show“ hat uns allen Mut gemacht.

**SPIEGEL:** Eigentlich ist das ZDF ein Paradies: Sie haben 3500 Beschäftigte und allein an Gebühren Geldern 1,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Aber Ihr Zuschauer ist im Schnitt 61 Jahre alt.

**Bellut:** Es wäre schon ein Erfolg, wenn angesichts des steigenden Durchschnittsalters der Bevölkerung dieser Wert nicht mehr steigen würde. Die ZDF-Familie, von Arte über Phoenix bis ZDFneo, erreicht zunehmend jüngere Zuschauer, die dem Mutter-sender verlorengegangen sind.

**SPIEGEL:** Heißt das, Sie wollen noch mehr Sender gründen?

**Bellut:** Die Grenzen der Ausdehnung sind definitiv erreicht.

**SPIEGEL:** Könnte es umgekehrt sein, dass Sie sich von einem Kanal verabschieden?

Das Gespräch führten die Redakteure Alexander Kühn und Thomas Tuma.

**Bellut:** Ich kann das nicht ausschließen.

**SPIEGEL:** Das ist zugleich eine Absage an einen gemeinsamen Jugendkanal von ARD und ZDF, wie ihn der SWR-Intendant Peter Boudgoust gefordert hat.

**Bellut:** Wir wollen jetzt erst mal ZDFneo zu dauerhaftem Erfolg führen. Im Übrigen müssen wir andere Wege finden, junge Zuschauer anzusprechen. Das wird die gewaltigste Aufgabe der nächsten Jahre sein. Mein Ziel ist es, dass das ZDF keine jungen Zuschauer mehr verliert. Und bei unseren anderen Angeboten will ich einen Zuwachs an jüngeren Zuschauern um zehn Prozent.

**SPIEGEL:** Jünger bedeutet?

**Bellut:** Unter fünfzig. Durch Neo lernen wir gerade, welche strategischen Fehler wir beim ZDF gemacht haben. Es war zum Beispiel falsch, dass wir in den vergangenen Jahren anders als die Privatsender keine US-Serien gekauft haben. Die sind teils von höchster Qualität und interessieren das jüngere Publikum massiv. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir so etwas wie „Mad Men“ im Zweiten zeigen. Das geht aber nur, wenn wir ein passendes Umfeld schaffen. Ein nationaler Fernsehsender ist wie ein Tankschiff: Kursänderungen sind mühsam und brauchen Zeit. Wer zu schnell dreht, läuft Gefahr zu kentern.

**SPIEGEL:** Als künftiger Kapitän könnten Sie sich aus dem Quotenrennen mit den Privatsendern verabschieden, um nur noch auf Qualität zu setzen.

**Bellut:** Das ist keine Alternative. Das ZDF muss sein Publikum finden, sonst verliert es seinen Sinn. Wir brauchen erfolgreiche Live-Events, um aufzufallen. Deshalb verteidige ich auch den Erwerb der Fußball-Champions-League-Rechte ...

**SPIEGEL:** ... die Sie sich angeblich 54 Millionen Euro im Jahr kosten lassen werden. Das wären 14 Millionen mehr, als Sat.1 bisher bezahlt hat. Klingt nach Wettbewerbsverzerrung mit Hilfe von Gebührengeldern.

**Bellut:** Die Summe haben wir von Anfang an als zu hoch dementiert. Wir erhoffen uns durch Fußballereignisse wie diese eine positive Ausstrahlung aufs gesamte Programm. Auf das „heute-journal“, das in den Halbzeitpausen läuft, ebenso wie auf das „auslandsjournal“ oder die Dokumentationen, die im Anschluss gezeigt werden.

**SPIEGEL:** Gehört Fußball zur verfassungsrechtlich fixierten Grundversorgung?

**Bellut:** Sport gehört zum Programmauftrag. Wir haben Boxen abgeschafft. Wir übertragen künftig keine Tour de France mehr. Europas Spitzenfußball ist das attraktivste Angebot, das wir unseren Zuschauern machen können. Wir sind kein Nischensender, sondern ein öffentlich-rechtliches Vollprogramm.

**SPIEGEL:** Ausgerechnet mit der ARD kommt sich das ZDF immer wieder ins Gehege.

**Bellut:** Früher waren Gegenprogrammierungen an der Tagesordnung. Ich will derlei nicht, denn für solche Kindereien fehlt den Gebührenzahlern zu Recht das Verständnis. Leider ist es so, dass die einzelnen ARD-Anstalten sich bislang oft nur

chen auch Programme, die bestimmte Tageszeiten abdecken. Ich nenne die gern Bodendecker, noch so ein Vergleich aus dem Gartenbau. Ein Sender kann nicht rund um die Uhr bedeutungsvoll sein. Wenn Sie das Publikum am Vorabend mit einer leichten Serie binden, bleibt es auch zu den „heute“-Nachrichten.

**SPIEGEL:** Von RTL lernen heißt siegen lernen?

**Bellut:** RTL transportiert ein fragwürdiges Menschenbild. Ein Hauptelement des Programms ist dort, dass sich Menschen demütigen lassen. Soziologen haben eine schöne Erklärung dafür, weshalb etwa das „Dschungelcamp“ oder manche Sendung am Nachmittag beim Bürgertum so erfolgreich ist. Sie nennen es den sozialen Abwärtsvergleich. Um sich selbst besser zu fühlen, beobachtet jede gesellschaftliche Gruppe gern, was die unter ihr macht. Sie werden es aber nicht erleben, dass im ZDF singende Jugendliche gedist werden.

**SPIEGEL:** Wäre Comedy im ZDF denkbar?

**Bellut:** Eine deutsche Variante von „Two and a Half Men“ im Programm wäre für mich eine traumhafte Vorstellung. Wir müssen mehr Engagement zeigen, in der Unterhaltung den Zeitgeist zu treffen.

**SPIEGEL:** Das gilt besonders für Ihren Klassiker „Wetten, dass ...?“. Die Suche nach einem neuen Moderator gestaltet sich offenbar weit schwieriger als die nach einem neuen Intendanten.

**Bellut:** Bis Jahresende wird die Sendung noch von Thomas Gottschalk präsentiert. Im Herbst wird seine Nachfolge entschieden. Danach möchten wir eine Pause einlegen, damit Gottschalks Schatten nicht zu dunkel auf dem Neuen liegt. Im ersten Halbjahr 2012 wird es deshalb keine Sendung geben.

**SPIEGEL:** Als mögliche Nachfolger gelten vor allem Hape Kerkeling und Jörg Pilawa.

**Bellut:** Richtig ist, dass ich zurzeit mit zwei Moderatoren Gespräche führe.

**SPIEGEL:** Laut Meinungsumfragen wünschen sich die Zuschauer eher Kerkeling.

**Bellut:** Wir haben gerade eine Doku-Reihe mit ihm gedreht, die ganz großartig geworden ist. Wir haben Spielfilme mit ihm gemacht, und ich würde gern weitere Projekte mit ihm in Angriff nehmen. Kerkeling fühlt sich bei uns wohl.

**SPIEGEL:** Sie umschmeicheln ihn.



Moderator Gottschalk auf Mallorca: „Ich würde ihn ungern verlieren“



Entertainer Kerkeling: „Seine Beliebtheit ist gigantisch“

dann einig sind, wenn es gemeinsam gegen das ZDF geht.

**SPIEGEL:** Vieles von dem, was bei ARD und ZDF läuft, können die Privatsender mindestens genauso gut.

**Bellut:** Ich habe nie behauptet, dass Privatsender und öffentlich-rechtliche sich in allem unterscheiden müssen. Wir brau-





EVERETT COLLECTION / ACTION PRESS

Szene aus der US-Serie „Mad Men“: „Massives Interesse bei jüngeren Zuschauern“

**Bellut:** Seine Beliebtheit ist gigantisch. Und wir verstehen uns gut.

**SPIEGEL:** Es heißt, Jörg Pilawa habe Ihnen vor seinem Wechsel von der ARD zum ZDF die Zusage abgerungen, dass Sie ihn als Ersten fragen, wenn Gottschalks Erbe verteilt wird. Nun wird ihm medial dauernd erklärt, dass er für den Job der Falsche sei.

**Bellut:** Das lese ich auch. Er gehört zur Top-Riege unserer Moderatoren. Ich würde ihn bei so einer Frage nie übergehen.

**SPIEGEL:** Was er bei Ihnen bisher moderiert, funktioniert aber nicht besonders.

**Bellut:** Das liegt nicht an ihm. Vielleicht haben wir zu stark auf ein einziges Format gesetzt, das Quiz „Rette die Million!“. Er wird weitere Shows bekommen, und ich bin mir sicher, dass er, wie zuletzt, bis Ende des Jahres auch Top-Quoten erreicht. Senderwechsel sind eben schwer.

**SPIEGEL:** Noch mal: Kerkeling oder Pilawa?

**Bellut:** Noch mal: Die Entscheidung fällt im Herbst.

**SPIEGEL:** „Wetten, dass ...?“ ist ein Tanker wie das ZDF. Wie kann man den Kurs so einer Show ändern?

**Bellut:** Die Wetten bleiben das Herz der Sendung. Womöglich werden wir künftig weniger internationale Stars als Wettpaten einladen, sie sind oft austauschbar und kein tragendes Element. Die Bereitschaft der Gäste zu Spiel und Spaß muss wachsen. Da muss mehr kommen als das Auf-der-Couch-Sitzen und Ein-paar-Sätze-Sagen. Thomas Gottschalk hat da viel gerettet, aber das wird künftig nicht mehr funktionieren.

**SPIEGEL:** Die Quote ist rapide gesunken. Im Mai schalteten nur noch 7,4 Millionen Zuschauer ein, so wenige wie nie zuvor.

**Bellut:** Als ich vor neun Jahren Programmdirektor wurde, waren es 12 oder 13 Millionen. Das werden wir wohl nie mehr erleben. Dafür haben sich die Interessen der Zuschauer zu sehr auseinanderbewegt, und die Konkurrenz ist gewachsen. Wenn es aber gelänge, zwischen 8 und 9 Millionen zu erreichen, wäre das eine Riesenerleistung. „Wetten, dass ...?“ ist die Dorf- und Stadt, um die sich alle versammeln. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

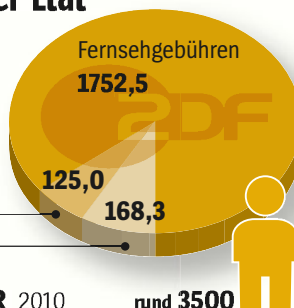
**SPIEGEL:** Und was wird aus Gottschalk?

**Bellut:** Ich würde ihn ungern verlieren. Wir haben über viele Jahre prima zusam-

## Gesicherter Etat

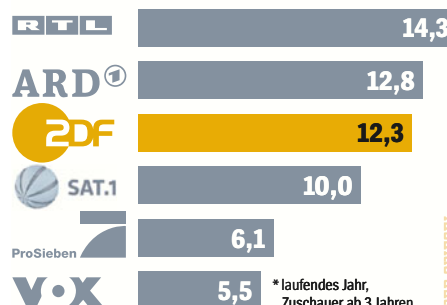
**ERTRÄGE**  
in Mio. €, Betriebshaus-  
halt 2010  
(Planzahlen)

Werbung —  
Sonstige —



**MITARBEITER** 2010 ..... rund 3500

**MARKTANTEILE** in Prozent, 2011\*



\* laufendes Jahr,  
Zuschauer ab 3 Jahren

mengearbeitet. Er ist ein Gesamtkunstwerk, und das ZDF könnte noch eine lange und schöne Zeit mit ihm erleben. Ich würde mir wünschen, dass er bei uns eine wöchentliche Late-Night-Show moderiert.

**SPIEGEL:** Gegen die Talk-Flut im Ersten könnte er mehrmals wöchentlich antreten.

**Bellut:** Dafür haben wir nicht die Sendeplätze. Und ich kann auch für ihn nicht das gesamte Programm umschmeißen. Gottschalk könnte neben einer Late Night noch andere Events moderieren. Für kreative Ausbrüche ist da viel Raum. Aber offenkundig hat er ein Angebot der ARD, das eine tägliche Sendung am Vorabend umfasst.

**SPIEGEL:** Das Erste erweckt den Eindruck, als sei der Wechsel schon sicher.

**Bellut:** Ich hoffe, dass Gottschalk sich für uns entscheidet. Er wird sich wohl nach seinem Urlaub festlegen. Bis Anfang August müssen wir Gewissheit haben, damit wir fürs nächste Jahr planen können. Die Offerten liegen jedenfalls auf dem Tisch.

**SPIEGEL:** Hätten Sie gern Günther Jauch gehabt, der im September sein ARD-Debüt als Talkmaster gibt?

**Bellut:** Ganz im Ernst: Ich hätte ihn mir wahrscheinlich nicht leisten können. Warum auch? Wir setzen mit „Maybrit Illner“ den Maßstab für politische Gesprächssendungen.

**SPIEGEL:** Berühmt geworden ist Jauchs Ärger über die Aufsichtsgremien in den öffentlich-rechtlichen Sendern, deren Mitglieder er einst als „Gremlins“ beschimpft hat. Wie ist Ihre Erfahrung mit diesen Kontrolleuren?

**Bellut:** Ich fühle mich in meiner täglichen Arbeit nicht behindert, weder vom Verwaltungs- noch vom Fernsehrat des ZDF. Im Gegenteil, ich habe wirklich gute, kontroverse und qualifizierte Diskussionen erlebt.

**SPIEGEL:** 2009 hat der von CDU und CSU beherrschte Verwaltungsrat verhindert, dass der Vertrag des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender verlängert wurde. Politiker maßen sich die Rolle der Marionettenspieler an.

**Bellut:** Die Affäre Brender war bitter fürs ganze Haus.

**SPIEGEL:** Welche Lehre haben Sie aus dem Theater gezogen?

**Bellut:** Dass sich so etwas nie wiederholen darf.

**SPIEGEL:** Sie selbst gelten als „Schwarzer“. Warum eigentlich?

**Bellut:** Ich war mal Vorsitzender der Jungen Union in Neuenkirchen bei Oldenburg. Als ich mich während des Studiums entschied, Journalist zu werden, war mir schnell klar, dass die Zugehörigkeit zu einer Partei damit nicht vereinbar ist. Seit her habe ich aus prinzipiellen Gründen kein Parteibuch.

**SPIEGEL:** Herr Bellut, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.





## Impressum

Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail [spiegel@spiegel.de](mailto:spiegel@spiegel.de) · Facebook [www.facebook.com/DerSpiegel](http://www.facebook.com/DerSpiegel) · SPIEGEL ONLINE [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de)

**HERAUSGEBER** Rudolf Augstein (1923 – 2002)

**CHEFREDAKTEURE** Georg Mascolo (V. i. S. d. P.),  
Matthias Müller von Blumencron

**STELLV. CHEFREDAKTEUR** Dr. Martin Doerry

**TEXTCHEF** Klaus Brinkbäumer

**DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO** Leitung: Dirk Kurbjuweit,  
Michael Sauga (stellv.), Christoph Schwennicke (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Ulrike Demmer, Christoph Hickmann, Wiebke Hollersen, Kerstin Kullmann, Ralf Neukirch, René Pfister, Christian Schwägerl, Merlind Theile. *Autor:* Markus Feldenkirchen

*Meinung:* Dr. Gerhard Spörl

*Redaktion Wirtschaft:* Markus Dettmer, Katrin Elger, Peter Müller, Alexander Neubacher, Christian Reiermann. *Autor:* Jan Fleischhauer

**DEUTSCHLAND** Leitung: Konstantin von Hammerstein, Alfred Weinzierl; Hans-Ulrich Stoldt (Panorama, Personalien). *Redaktion:* Jan Friedmann, Michael Fröhling, Carsten Holm (Hausmitteilung, Online Koordination), Ulrich Jaeger, Petra Kleinau, Guido Kleinhubbert, Bernd Kühn, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Christoph Scheuermann, Katharina Stegelmann, Andreas Ulrich, Dr. Markus Verbeet, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahkamp, Dr. Thomas Darnstadt, Gisela Friedrichsen, Beate Lakotta, Bruno Schrep, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro Leitung: Holger Stark, Frank Hornig (stellv.). *Redaktion:* Sven Becker, Markus Deggerich, John Goetz, Sven Robel, Marcel Rosenbach, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autor:* Stefan Berg

**WIRTSCHAFT** Leitung: Armin Mahler, Thomas Tuma. *Redaktion:* Susanne Amann, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Jörg Schmitt, Jan-ko Tietz. *Autoren, Reporter:* Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

**AUSLAND** Leitung: Hans Hoyng, Dr. Christian Neef (stellv.), Britta Sandberg (stellv.), Bernhard Zand (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Julia Amalia Heyer, Jan Puhl, Daniel Steinvorth, Helene Zuber. *Reporter:* Clemens Höges, Susanne Koelbl, Walter Mayr, Christoph Reuter, Mathieu von Rohr

*Diplomatischer Korrespondent:* Dr. Erich Follath

**WISSENSCHAFT UND TECHNIK** Leitung: Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Jörg Blech, Manfred Dworschak, Dr. Veronika Hackenbroch, Julia Koch, Cordula Meyer, Hilmar Schmudt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autorin:* Rafaela von Bredow

**KULTUR** Leitung: Lother Gorriss, Dr. Joachim Kronsbein (stellv.). *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Nikolaus von Festenberg, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Nora Reinhardt, Elke Schmitter, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Wolfgang Höbel, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Katja Thimm, Dr. Susanne Weingarten

*KultursPIEGEL:* Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Maren Keller, Daniel Sanders

**GESELLSCHAFT** Leitung: Matthias Geyer, Cordt Schnibben, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip, Ditschla Krahe, Takis Würger. *Reporter:* Uwe Buse, Jochen-Martin Gutsch, Thomas Hütelin, Alexander Osang

**SPORT** Leitung: Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Lukas Eberle, Cathrin Gilbert, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

**SONDERTHEMEN** Leitung: Dietmar Pieper, Annette Großbongardt (stellv.), Norbert F. Pötzl (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruhns, Angela Gatterbug, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Rainer Traub

**IPAD** Jens Radü; Nicola Abé, Jochen Brenner, Roman Höfner, Bernhard Riedmann

**CHEF VOM DIENST** Thomas Schäfer, Katharina Lücken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

**SCHLUSSREDAKTION** Christian Albrecht, Gesine Block, Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Lucie Huneke, Anke Jensen, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Fred Schlöterbeck, Tapio Sirikka, Ulrike Wallenfels

**PRODUKTION** Solveig Binroth, Christiane Stauder, Petra Thormann; Christel Basilon, Petra Gronau, Martina Treumann

**BILDREDAKTION** Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Michaela Herold (stellv.), Claudia Jeczawitz, Claus-Dietrich Schmidt; Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Peer Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. E-Mail: [bildred@spiegel.de](mailto:bildred@spiegel.de)  
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

**GRAFIK** Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

**LAYOUT** Wolfgang Busching, Ralf Geilhufer (stellv.), Reinhilde Wurst (stellv.); Michael Abke, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Kristian Heuer, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm  
*Sonderhefte:* Jens Kuppi, Rainer Sennewald

**TITELBILD** Stefan Kiefer; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg, Arne Vogt

**REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND**  
**BERLIN** Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

**DRESDEN** Maximilian Popp, Wallgäßen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

**DÜSSELDORF** Georg Bönisch, Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

**FRANKFURT AM MAIN** Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Christoph Pauly, Anne Seith, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

**KARLSRUHE** Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

**MÜNCHEN** Dinah Deckstein, Conny Neumann, Steffen Winter, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

**STUTTGART** Eberhardstraße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

**REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND**

**ABU DHABI** Alexander Smoltczyk, P.O. Box 35 290, Abu Dhabi

**BANGKOK** Thilo Thielke, Tel. (0066) 22584037

**BRÜSSEL** Christoph Schult, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

**ISTANBUL** PK 90 Beyoglu, 34431 Istanbul, Tel. (0090212) 2389558, Fax 2569769

**KAIRO** Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

**LONDON** Marco Evers, Suite 266, 33 Parkway, London NW1 7PN, Tel. (004420) 32394776, Fax 75045867

**MADRID** Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (0034) 650652889

**MOSKAU** Matthias Schepp, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

**NAIROBI** Horand Knaup, P.O. Box 1402-00621, Nairobi, Tel. (00254) 207123387

**NEW DELHI** Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

**NEW YORK** Ulrich Fichtner, Thomas Schulz, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

**PARIS** 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

**PEKING** Dr. Wieland Wagner, P.O. Box 170, Peking 100101, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

**RIO DE JANEIRO** Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

**ROM** Fiona Ehlers, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

**SAN FRANCISCO** Dr. Philip Bethge, P.O. Box 151013, San Rafael, CA 94915, Tel. (001415) 7478940

**SHANGHAI** Sandra Schulz, Taiyuan Road, Lane 63, Block 7 (jia), Room 101, Xuhui District, Shanghai 2000 31, Tel. (008621) 34141703

**SINGAPUR** Jürgen Kremb, 5 Hume Avenue # 05-04, Hume Park 1, 598720 Singapur, Tel. + Fax (0065) 63142004

**STAVANGER** Gerald Trautetter, Ryggveien 33a, 4020 Stavanger, Tel. (0047) 51586252, Fax 51583543

**TEL AVIV** Juliane von Mittelstaedt, P. O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. (009723) 6810998, Fax 6810999

**WARSAU** P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

**WASHINGTON** Marc Hujer, Dr. Gregor Peter Schmitz, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

**DOKUAMENTATION** Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Andrea Curtaz-Wilkes, Heinz Egleder, Johannes Eltschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Catrin Hammy, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immsich, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensicki, Jan Kerbusch, Ulrich Klotzer, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Margret Nitsche, Malte Nohn, Sandra Öfner, Thorsten Oltner, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

**LESER-SERVICE** Catherine Stockinger

**NACHRICHTENDIENSTE** AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

**SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG**

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 65 vom 1. Januar 2011  
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, [www.spiegel-qc.de](http://www.spiegel-qc.de)  
Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00  
Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass  
Druck: Prinovis, Dresden  
Prinovis, Itzehoe

**VERLAGSLEITUNG** Matthias Schmolz

**GESCHÄFTSFÜHRUNG** Ove Saffe

## Service

### Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Brandstwierte 19, 20457 Hamburg  
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: [leserbriefe@spiegel.de](mailto:leserbriefe@spiegel.de)

### Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966  
E-Mail: [artikel@spiegel.de](mailto:artikel@spiegel.de)

### Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966  
E-Mail: [nachdrucke@spiegel.de](mailto:nachdrucke@spiegel.de)

übriges Ausland:

New York Times Syndication Sales, Paris  
Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

### für Fotos:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966  
E-Mail: [nachdrucke@spiegel.de](mailto:nachdrucke@spiegel.de)

### SPIEGEL-Shop

SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titelillustrationen als Kunstdruck und eine große Auswahl an weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter [www.spiegel.de/shop](http://www.spiegel.de/shop)  
Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

### SPIEGEL-Einzelhefte (bis drei Jahre zurückliegend)

Telefon: (040) 3007-2948  
Fax: (040) 3007-857050  
E-Mail: [nachbestellung@spiegel.de](mailto:nachbestellung@spiegel.de)

### Ältere SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (08106) 6604 Fax: (08106) 34196  
E-Mail: [spodats@t-online.de](mailto:spodats@t-online.de)

### Kundenservice

Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr,

Sa. 10.00 – 16.00 Uhr

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,

20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 (3,9 Cent/Min.)\*

Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 (3,9 Cent/Min.)\*

Fax: (040) 3007-857006

\* aus dem Mobilfunk max. 0,42 €/Min.

Service allgemein: (040) 3007-2700

Fax: (040) 3007-3070

E-Mail: [aboservice@spiegel.de](mailto:aboservice@spiegel.de)

### Kundenservice Schweiz

Telefon: (0049) 40-3007-2700 Fax: (0049) 40-3007-3070

E-Mail: [kundenservice-schweiz@spiegel.de](mailto:kundenservice-schweiz@spiegel.de)

### Abonnement für Blinde

Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.

Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259

E-Mail: [info@blist.de](mailto:info@blist.de)

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt

Frankfurt am Main

Telefon: (069) 95124-15 Fax: (069) 5976296

E-Mail: [m-kirchner@t-online.de](mailto:m-kirchner@t-online.de)

### Abonnementspreise

Inland: zwölf Monate € 197,60

Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 717,60

Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl.

sechsmal UniSPIEGEL

Schweiz: zwölf Monate sfr 361,40

Europa: zwölf Monate € 252,20

Außerhalb Europas: zwölf Monate € 330,20

DER SPIEGEL als E-Paper:

zwölf Monate € 197,60

Halbjahresaufträge und befristete Abonnements

werden anteilig berechnet.



### Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,

20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL

☐ für € 3,80 pro Ausgabe (Normallieferung)

☐ für € 13,80 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am

Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zum Monatsende

zu kündigen.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte

bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

|                                                                                            |                |
|--------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| Name, Vorname des neuen Abonnenten                                                         |                |
| Straße, Hausnummer oder Postfach                                                           |                |
| PLZ, Ort                                                                                   |                |
| Ich zahle                                                                                  |                |
| <input type="checkbox"/> bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)                 |                |
| Bankleitzahl                                                                               | Konto-Nr.      |
| Geldinstitut                                                                               |                |
| <input type="checkbox"/> nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht. |                |
| Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten                                                   | SP11-001-WT127 |

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is \$350 per annum.  
K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631.  
Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and additional mailing offices. Postmaster:  
Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood, NJ 07631.


**Deutsche Nationalspielerinnen: Spektakel vor heimischem Publikum**

### **SPORT | Die Frauen kommen!**

Die deutschen Fußballfrauen wollen in eigenen Land WM-Geschichte schreiben, den Titel zum dritten Mal hintereinander gewinnen. Verfolgen Sie die Weltmeisterschaft auf SPIEGEL ONLINE: Liveticker, Spielberichte, Foto-strecken und Videos – und alle Statistiken und Steckbriefe zu den 16 Teams.

### **POLITIK | Euro-Showdown**

Stunde der Wahrheit für Griechenland: Die EU-Staats- und Regierungschefs beraten über Nothilfen für den klammen Partner in Athen. SPIEGEL ONLINE analysiert die Verhandlungen in Brüssel.

### **WISSENSCHAFT | Kampf dem Mief**

In Zeiten des Rauchverbots riecht es in Kneipen nicht mehr nach Zigaretten, sondern nach Schweiß und Bier. Ein junger Forscher unternahm nun ein Duft-experiment in Nachtclubs – mit überraschendem Ergebnis.

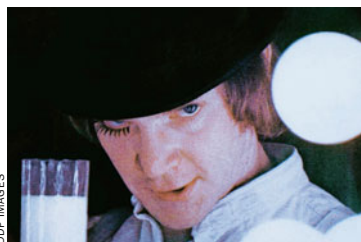
### **KULTUR | Die Konzentrierte**

Feinnervig und angespannt spielt sie die besten deutschen Thriller-Rollen. Porträt der neuen „Polizeiruf“-Kommissarin Maria Simon.

### **AUTO | Im Spritrausch**

Mit großem Aufwand bemühen sich Autohersteller, den Benzinverbrauch ihrer Wagen zu drosseln. SPIEGEL ONLINE hat die verschiedenen Techniken untersucht – das Ergebnis ist ernüchternd.

### **einstages.de | Hey! Hey! Hey! Hier kommt Alex!**



Vor 40 Jahren feierte der Kultfilm „A Clockwork Orange“ Premiere. Die Toten Hosen waren von Kubricks Meisterwerk so elektrisiert, dass sie dem Thema später ihr Konzept-album „Ein kleines bisschen Horrorschau“ widmeten. einstages.de sprach mit Sänger Campino über die Bedeutung des Films für die Punkszene, Angst vor klassischer Musik – und den Spaß an Chaos und Zerstörung.

**www.spiegel.de – Schneller wissen, was wichtig ist**

MONTAG, 20. 6., 23.00 – 23.30 UHR | SAT.1

**SPIEGEL TV REPORTAGE**

### **Ohne Bleibe – Mietnotstand in Köln**

Rund 40 000 Objekte werden von Kölns größter Wohnungsbaugesellschaft, der GAG, verwaltet. Doch nur selten wird eine Wohnung frei – die Wartelisten sind lang. Besonders Einkommensschwache haben es in der Domstadt schwer, eine passende Wohnung zu finden: Um bis zu vier Pro-


**Wohnungssuchende**

zent steigen die Mieten hier jährlich. Nach München und Stuttgart liegt Köln damit auf dem dritten Platz bei den Großstädten.

SAMSTAG, 25. 6., 20.15 – 0.05 UHR | VOX

**DIE GROSSE SAMSTAGSDOKUMENTATION**

### **Wenn Soldaten zu Bestien werden – Das Grauen des Krieges**

Was macht der Krieg mit den Menschen? Diese Frage beschäftigt Historiker, Sozialwissenschaftler und Psychologen. Überliefert sind Aufnahmen deutscher Wachmannschaften, die sich grinsend und peitschenhaltend neben gefangenen Sowjetsoldaten fotografieren lassen. Berüchtigt sind die Bilder amerikanischer GIs, die in Abu Ghuraib mit misshandelten Gefangenen für Fotos posieren. Sönke Neitzel und Harald Welzer, die Autoren des Bestsellers „Soldaten – Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben“, analysieren das Verhalten deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Andere Experten zeigen an Beispielen aus den Kriegen in Korea, Vietnam, dem Irak und Afghanistan, wie Soldaten im Kampfeinsatz alle Moralvorstellungen vergessen und zu skrupellosen Mördern werden.

SONNTAG, 26. 6., 22.10 – 22.55 UHR | RTL

**SPIEGEL TV MAGAZIN**

**Am Strand der toten Frauen** – Der Serienkiller von Long Island; **Wer kann Kanzler?** – Steinbrück und die K-Frage; **Von zerbrochenen Scheiben und kaputten Mietern** – Wenn der Hausmeister zum Seelenklopfer wird.



## GESTORBEN

**Bernhard Heisig**, 86. Das Sprechen strengte den Maler an, als er sich vor zwei Jahren vom SPIEGEL in seinem Atelier interviewen ließ, doch seiner Wut konnte er gut Ausdruck verleihen. Dass damals eine große Ausstellung zur jüngeren Geschichte der deutschen Kunst auf Bilder aus der DDR verzichtete, nannte er einen „unverschämten Blödsinn“. Er selbst zählt zu den bekanntesten Repräsentanten der sogenannten Leipziger Schule. Sein Malerleben wird immer Fragen aufwerfen, denn er hatte es zwar gewagt, die offizielle Kunstpolitik – den „Bitterfelder Weg“ – zu kritisieren, und wurde als Rektor der Leipziger Hochschule abgesetzt, hat dann aber wieder eine Karriere gemacht, wie sie nur regimetreuen Künstlern möglich war, und wurde erneut Leiter der Hochschule. Seine Bilder sind düster und voller Anspannung. Er neigte zu Metaphern, zu Verrätselungen, zu einem schwingenden Pathos – das gefiel 1986 dem Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der sich von ihm porträtieren ließ. Sein Thema aber, so Heisig selbst, sei der Krieg, 17-jährig hatte er sich als Freiwilliger gemeldet und kam 1943 zur Waffen-SS. Ihm sei die Tragweite nicht klar gewesen, versuchte er den Schritt später zu erklären. Er, der Widersprüchliche, sagte aber auch, er habe das Gefühl, sich in seinem Leben ganz gut geschlagen zu haben. Bernhard Heisig starb am 10. Juni in Strodehne im Havelland.



W. GRUBITZSCH / PICTURE-ALLIANCE / DPA

**Peter Schamoni**, 77. Der in Berlin geborene Regisseur und Produzent sagte dem konservativen Kino der fünfziger Jahre den Kampf an und trug maßgeblich zur Verjüngung des deutschen Films bei. In seinem Spielfilmdebüt „Schonzeit für Füchse“ (1966) krepelte er den Heimatfilm einmal um und zeigte ein in Traditionen erstarrtes Land. Dann produzierte er den Kultfilm der 68er-Bewegung: Die Komödie „Zur Sache, Schätzchen“ feierte unbekümmert die Libertinage der neuen Zeit und entdeckte den Gammler als Helden eines von Grund auf veränderten Deutschlands. Doch in den Jahren danach, als diese Utopie an der Realität zerbrach und der Aufbruch zum Teil in Terror mündete, wirkte er mit seinem Drama „Deine Zärtlichkeiten“ oder seinem Western „Potato Fritz“ seltsam weltabge-

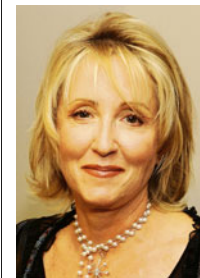


OLIVER KILIG / PICTURE-ALLIANCE / DPA

wandt. Später zog er sich vom Spielfilm zurück und drehte viele preisgekrönte Dokumentationen über Künstler wie Max Ernst und Niki de Saint Phalle. Peter Schamoni starb am 14. Juni in München.

**Gerhard Krug**, 74. Er war ein echter Hamburger Jung, stieß schon als 15-Jähriger zum HSV und wurde in der legendären Mannschaft von 1960 an der Seite von Uwe Seeler Deutscher Fußballmeister. Seinem Verein blieb er treu, auch als Aufsichtsrat. Krugs Liebe gehörte aber nicht nur dem Sport. Der studierte Germanist war auch Literaturkenner und Experte in internationaler Politik. Für den „Stern“ interviewte der Theodor-Wolff-Preisträger Muammar al-Gaddafi und Norman Mailer, bei „Tempo“ war er Vize-Chef – ein allseits hochgeachteter Kollege. Und ein Förderer von Talenten, als Redaktionsleiter Fernsehen beim ORB wie als Jury-Mitglied für den Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis. Gerhard Krug starb am 12. Juni in Hamburg.

**Laura Ziskin**, 61. „In meiner Welt besiegt der Held immer den Bösewicht, der Junge bekommt immer das Mädchen, und Krebs



ARUN NEWADER / WIREIMAGE / GETTY IMAGES

gibt es nicht mehr“, sagte die Filmproduzentin im Januar. Ziskin war eine der erfolgreichsten Frauen hinter den Kulissen von Hollywood. Sie verantwortete Filme wie „Pretty Woman“, setzte aber auch kontroverse Stoffe wie „Fight Club“ gegen Bedenkenträger in den Studios durch. Als kommerziell größter Erfolg ihrer Karriere gelten die „Spider-Man“-Spektakel, die eine neue Welle von Comic-Verfilmungen auslösten. Verehrt wurde Ziskin zuletzt vor allem für ihren Kampf gegen den Krebs. Nachdem 2004 bei ihr Brustkrebs diagnostiziert worden war, gründete sie die Stiftung „Stand Up to Cancer“, die bisher rund 200 Millionen Dollar für die Erforschung der Krankheit sammelte. Laura Ziskin starb am 12. Mai in Santa Monica, Kalifornien.

**Zev Birger**, 85. Gerade 14-jährig ging der im litauischen Kaunas geborene Wolf Birger durch die „Nazi-Hölle“, wie er es in seiner Autobiografie „Keine Zeit für Geduld“ beschreibt. 1947 emigrierte der KZ-Überlebende nach Israel, wo er seinen Vornamen ins hebräische „Zev“ übersetzte. Der vor Energie sprühende Mann gehörte dort zu den einflussreichsten Persönlichkeiten des Kulturlebens. Unter seiner Ägide wurde die Jerusalemer Buchmesse, die er seit 1983 leitete, zu einer der wichtigsten internationalen Veranstaltungen dieser Art. Zev Birger starb am 6. Juni in Jerusalem.







WANG CHENG BING / IMAGINECHINA / LAIF

Zhang

**Zhang Xiufang**, Chinesin, ist wegen ihrer Leidenschaft für Fitnesstraining den Job als Straßenkehrerin losgeworden. Zur Entspannung hatte sie eine neuartige Gymnastikform entwickelt: Akrobatik am Besen. Auf Grundlage von Tai-Chi-Fertigkeiten machte Zhang während ihrer Elfstundenschichten in den Straßen Nanjings Dehn- und Streckübungen, bei denen sie das Kehrgerät einbezog. Ein kurzes Video ihrer Darbietungen stellte sie ins Internet; kaum mehr als 48 Stunden später konnte sie über 30 000 Klicks verbuchen. Zahlreiche Einladungen für TV-Auftritte in Talentshows folgten. Nun wurde die Mutter einer Tochter von ihrem Arbeitgeber gefeuert. Eine Vorgesetzte Zhangs erklärte Reportern, die häufige Abwesenheit der Feger-Akrobatin habe „zu Unzufriedenheit bei ihrer Teamkollegin“ geführt, die Zhangs Pflichten übernehmen musste. Die Straßenkehrerin wehrt sich nicht gegen die Entlassung, bat aber darum, ihre Uniform für Bühnenauftritte behalten zu dürfen.

**Henning Voscherau**, 69, ehemaliger Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, hat seinen Parteifreund und Amtsnachfolger Olaf Scholz (SPD) am vergangenen Freitag publikumswirksam abgewatscht. Kurz nach zwölf Uhr mittags unterschrieb er in der Hamburger Innenstadt das Volksbegehren der Initiative „Unser Hamburg – Unser Netz“, die sich für einen Rückkauf der städtischen Energienetze einsetzt. Scholz lehnt dies ab und will die Stadt lediglich mit je 25,1 Prozent an Gesellschaften mit den derzeitigen Netzbetreibern E.on (Gas) und Vattenfall (Strom, Fernwärme) beteiligen. „Ich bin für einen substantiellen Einfluss der Stadt im Energiebereich und glaube nicht, dass der mit 25,1 Prozent zu erreichen ist“, sagte der Altbürgermeister am Rande der Unterschriftenaktion. Auf die Frage, ob er nun nicht den Zorn der Genossen fürchten müsse, antwortete Voscherau: „Ich werde in diesem Jahr 70, da ist man doch ein freier Mann.“

**Christy Martin**, 43, amerikanische Profiboxerin, versucht nach einem Mordanschlag im November vergangenen Jahres ein Comeback. Die Sportlerin mit der beeindruckenden Bilanz von 49 Siegen (davon 31 durch K. o.) bei 58 Kämpfen hatte die Gewalttat nur knapp überlebt. Ihr damals 66 Jahre alter Ehemann und Trainer soll sie zunächst niedergestochen und dann angeschossen haben. Er sitzt seitdem in Haft, der Prozess soll Anfang Oktober beginnen. Sein Motiv: Martin hatte ihm mitgeteilt, dass sie ihn wegen einer Frau endgültig verlasse. den Entschluss, wieder in den Ring zu steigen, begründet das Opfer mit dem traumatischen Erlebnis. „Boxen ist die beste Therapie, die ich mir denken kann.“ Ihr erster Kampf nach fast 21 Monaten Pause endete für Martin Anfang Juni allerdings mit einem technischen K. o.: Sie brach sich in der vierten Runde bei einem Schlag die rechte Hand.

**William**, 28, und **Harry**, 26, Prinzen von Großbritannien und Nordirland, beweisen Pragmatismus. Während der frischvermählte William gemeinsam mit seiner Frau Catherine auf die Fertigstellung der ehelichen Wohnung im Kensington-Palast wartet, wohnt das Paar bei Harry, wenn es seinen gesellschaftlichen Verpflichtungen in London nachkommt. Da die Brüder dieselbe Schuhgröße haben, kam es immer wieder zu Verwechslungen des Schuhwerks. Um dies zu vermeiden, nutzen die beiden inzwischen einen simplen Trick: Sie schreiben die Initialen ihrer Vornamen auf die Sohle. Das kleine geschwisterliche Geheimnis wurde kürzlich entdeckt, als ein Gast auf einer Wohltätigkeitsgala unter Williams Schuh ein „W“ erspähte.



JACQUES LANGE / PARIS MATCH / SCOOP

Irina und Natalia Strozzi

**Natalia Strozzi**, 34, und ihre Schwester **Irina**, 29, kämpfen für die Totenruhe einer berühmten Ahnin: Lisa Gherardini, die als Modell der „Mona Lisa“ gilt, gehört nachweislich zum Stammbaum der Strozzi. Natalia und Irina posierten kürzlich auf ihrem Weingut in der Toskana vor einer Kopie des Meisterwerks Leonardo da Vincis. Sie protestierten damit gegen Ausgrabungsarbeiten italienischer Forscher, die derzeit in einem ehemaligen Kloster nach den Gebeinen ihrer 1542 verstorbenen Verwandten suchen. Die Wissenschaftler wollen endgültig klären, ob die florentinische Kaufmannstochter tatsächlich auf dem Gemälde verewigt wurde. DNA-Analysen und eine Schädelrekonstruktion sollen das Rätsel lösen. „Kann man unsere Gioconda nicht in Ruhe lassen?“, klagt Natalia Strozzi seither. Ihre eigene Ähnlichkeit mit der geheimnisvollen Frau auf dem Bild spreche doch für sich. „Ich habe ihre Augen, aber ihr Lächeln müssen Sie bei meinem Vater suchen“, sagt die adelige Italienerin. „Irina und ich sind die modernen Gesichter der Mona Lisa.“





Lapikowa

EASTNEWS / IMAGO



Putin

YANA LAPIKOWA / RIA NOVOSTI / AP



Lapikowa

AP

**Karl-Josef Laumann**, 53, Fraktionsvorsitzender der oppositionellen CDU im Düsseldorf-Landtag, freut sich über ein neues Amt: Er ist Schützenkönig in der westfälischen Ortschaft Birgte. Der frühere Sozialminister schoss am Pfingstmontag den hölzernen Vogel der St. Hubertus Schützen von seinem Sockel. Der Fraktionschef der Grünen, Reiner Priggen, gratulierte zur Königswürde: „Um es mit Shakespeare zu sagen: ‚Gut sind die Waffen, ist nur die Absicht, die sie führt, gerecht.‘ Kein Wunder also, dass Sie als Schützenkönig den Vogel abschießen, bei der Landesregierung aber meistens danebenzielen.“

**Azim Premji**, 65, indischer Milliardär, will Hightech-Geräte für alle erschwinglich machen. Nach seinem Willen soll es in Indien bald einen Tablet-PC für weniger als (umgerechnet) 25 Euro geben. Entwickelt wird der preiswerte Bruder des iPad von der Firma Wipro. Geschäftsmann Premji hat das Software-Unternehmen in den sechziger Jahren aufgebaut. Der kostengünstige Tablet-PC soll vor allem der ländlichen Bevölkerung und Schülkindern zugute kommen. Die Arbeiten an dem Kleincomputer laufen in Bangalore, wo Wipro 30 000 Mitarbeiter beschäftigt. Ein Prototyp soll bereits Anfang nächsten Jahres präsentiert werden.

**Jacques Chirac**, 78, ehemaliger französischer Staatspräsident und Hundefreund, musste draußen bleiben: Das Casino in Deauville verwehrte ihm jüngst den Einlass. „Tiere sind hier nicht zugelassen“, erklärte ein Wachmann freundlich, aber bestimmt. Der Konservative, der gerade mit seinen Memoiren für Aufregung sorgt, trennt sich aber nur äußerst ungern von „Sumette“, seinem weißen Schoßhündchen, das er vor eineinhalb Jahren in einer Fernsehsendung geschenkt bekommen hatte. Also machte Chirac samt Vierbeiner wieder kehrt. Nach Angaben des Casino-Direktors nahm der Ex-Präsident die Abfuhr klaglos hin.



Chirac

BERTRAND RINDOFF / PETROFF / AGENCE ANGELI

**Wladimir Putin**, 58, und Dimitri Medwedew, Konkurrenten um die Macht in Moskau, demonstrieren wenigstens bei der Auswahl ihrer Hofjournalisten Harmonie. Beide beriefen erstmals Frauen in den Pool ihrer „persönlichen Fotografen“. Präsident Medwedew, selbst ein begeisterter Hobby-Fotograf, lässt sich künftig von Jekaterina Shtukina ins Bild setzen. Sie hat zehn Jahre Berufserfahrung vorzuweisen, zuletzt arbeitete sie als Reporterin der regierungsnahen Tageszeitung „Iswestija“. Weil Medwedew die veraltete Ausrüstung von Shtukina auffiel, schenkte er ihr eine neue Kamera. **Jana Lapikowa**, 25, darf ab sofort Premierminister Putin begleiten, zunächst „auf Probe“. Die „beeindruckende Brünnette“, so das Boulevardblatt „Moskowski kom-somolez“, arbeitete bei der staatlichen Nachrichtenagentur RiaNowosti. Fotos in Reizwäsche und die Teilnahme am Schönheitswettbewerb „Miss Moskau“ nennt die Fotografin eine Jugendsünde, „für die ich nun teuer bezahle“. Blogger hatten die freizügigen Aufnahmen ins Netz gestellt. Die von Lapikowa selbst geschossenen drittklassigen Fotos von Geburtstagstorten und Melonen zeigten sie ebenfalls.



## Hohlspiegel

Aus der „Rhein-Neckar-Zeitung“: „Ihre Turbo-Koloraturen sind einmalig. Ihre Lippen flattern so rasant, dass jede Fliege fürchten muss, sofort eingefangen zu werden.“

Bildunterschrift aus dem Fernsehmagazin „rtv“: „Migräneattacken sind besonders quälend für Betroffene.“

**Kerngesund ohne Atomstrom!**  
**Wie geht denn das?**  
www.schwarz-rot-rotter.de

Aus dem „Oberhausener Wochenblatt“

Aus der „Stuttgarter Zeitung“: „Für CDU und Grüne beginnt mit dem gestrigen Tag die Entzauberung der Grünen.“

**Dachs lief lebensmüde  
vor ein Auto  
und starb**

Aus der „Main-Post“

Aus dem „Stern“: „Seit 1994 die NSDAP-Mitgliederkartei von den USA dem Bundesarchiv übergeben wurde, tauchen immer mehr bekannte Namen auf ... eine ganze Generation von Übervätern geriet in den letzten Jahren trotz tadellosen Nachkriegslebenslaufs in andere Umstände, nachdem ihre Mitgliedskarten in den NSDAP-Akten entdeckt wurden.“



Aus einer Broschüre des Westfalia-Versands

Aus dem „Weser-Kurier“: „Der EHEC-Erreger wird nicht über Tröpfchen, also beim Niesen oder Küssen weitergegeben, sondern im direkten Kontakt mit Infizierten oder dem Bakterium.“

## Die erogenen Zonen werden kleiner

In Wien wird bald die Straßenprostitution in Wohngebieten verboten

Aus der „Frankfurter Allgemeinen“

Dr. Dirk Sommerfeldt im „Hamburger Abendblatt“: „Der häufigste Grund für Unfälle mit Gartentrampolinen ist ihre unsachgemäße Benutzung.“

## Rückspiegel

### Zitate

*Die „Süddeutsche Zeitung“ zum SPIEGEL-Bericht „Metropolen – Diese Stille“ über die bayerische Landeshauptstadt München (Nr. 22/2011):*

Wenn es so weitergeht, dann gibt es in München schon bald überhaupt keine Prominenz mehr ... Der SPIEGEL hat Anfang der Woche in Zusammenhang mit München und Hamburg dieses schaurige Wort gebraucht, das es so wahrscheinlich nur im Deutschen gibt: Bedeutungsverlust. Immerhin setzt die Vokabel voraus, dass München schon mal Bedeutung hatte. Und ja, in den 60er und 70er Jahren haben sich hier Mick Jagger und Keith Richards durch die Stadt gekiffert, bis sie irgendwann mal gemerkt haben, dass sie gar nicht in New York, sondern in der bayerischen Landeshauptstadt sind.

*Der „Tagesspiegel“ zur SPIEGEL-Panoramameldung „Affären – Verdächtige Vertretungen“ (Nr. 24/2011):*

Das Auswärtige Amt hat eine neue Visa-Affäre ... Nach einem Bericht des SPIEGEL soll der Leiter der Visa-Abteilung in Dubai über vier Jahre hinweg afghanischen Bürgern Einreise-Genehmigungen ausgestellt haben, die auf gefälschten Unterlagen einer Firma mit Sitz in dem Emirat beruhten. Pro Visum soll der Diplomat bis zu 3000 Dollar in bar erhalten haben.

*Das Online-Fachmagazin „Healthcare Marketing“ zum SPIEGEL-Bericht „Medizin – Giftige Geschäfte“ über gefährliche künstliche Hüftgelenke (Nr. 16/2011):*

Nach einem Enthüllungsbericht im SPIEGEL über Materialfehler bei einer künstlichen Hüfte des US-amerikanischen Prothesenherstellers DePuy (einer Tochter des Pharmakonzerns Johnson & Johnson) geht die Techniker Krankenkasse in die Offensive ... Die Kasse hat nun für Betroffene, „die wegen eines Mangels von ihrer Klinik angeschrieben wurden oder ein verdächtiges Knacken, Knarren oder eine Lockerung an ihrer Prothese bemerken“, eine spezielle Hotline geschaltet.

### Ehrung

Der SPIEGEL-Titel „Aufhören!“ (Nr. 24/2010) wurde bei den Lead Awards 2011 mit Gold als „Cover des Jahres“ ausgezeichnet. „Das Titelbild fängt ein, was fast ganz Deutschland gedacht hat“, hieß es in der Begründung der Jury.







